



Plenarprotokoll

103. Sitzung

Donnerstag, 29. Januar 2009

Gemeinsame Beratung

a) Konjunkturpaket II..... 7626

Antrag der Fraktion BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/2401

Antrag der Fraktionen von CDU
und SPD
Drucksache 16/2425

Änderungsantrag der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/2429

**b) Initiativen zur Stabilisierung
von Wirtschaftswachstum und
Beschäftigung.....** 7626

Antrag der Fraktionen FDP, CDU,
SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-
NEN sowie der Abgeordneten des
SSW
Drucksache 16/2423

Rainer Wiegard, Finanzminister.... 7627, 7653

Karl-Martin Hentschel [BÜND-
NIS 90/DIE GRÜNEN]..... 7630, 7650

Dr. Johann Wadehul [CDU]..... 7633

Dr. Ralf Stegner [SPD]..... 7637, 7649,
7654

Dr. Heiner Garg [FDP]..... 7642

Anke Spoorendonk [SSW]..... 7646

Wolfgang Kubicki [FDP]..... 7652

**c) Programm für Zukunft und Be-
schäftigung.....** 7626

Beschluss: Überweisung der Anträge Drucksachen 16/2423, 16/2425 und 16/2429 an den Wirtschafts- ausschuss.....	7654	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/2407	
Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Kin- dertagesstättengesetzes.....	7654	Sylvia Eisenberg [CDU].....	7675
Gesetzentwurf der Fraktion von CDU und SPD Drucksache 16/2430		Karl-Martin Hentschel [BÜND- NIS 90/DIE GRÜNEN].....	7677
Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses Drucksache 16/2441		Jutta Schümann [SPD].....	7680
Werner Kalinka [CDU], Bericht- ersteller.....	7655	Dr. Ekkehard Klug [FDP].....	7680
Wolfgang Kubicki [FDP].....	7655	Anke Spoorendonk [SSW].....	7682
Werner Kalinka [CDU].....	7655	Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7683
Beschluss: Verabschiedung in der Fassung der Drucksache 16/2441..	7656	Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung und Frauen.....	7684
Allgemeine Situation der Sparkas- sen in Schleswig-Holstein.....	7656	Beschluss: 1. Überweisung des An- trags Drucksache 16/2400 an den Bildungsausschuss	
Antrag der Fraktionen von CDU und SPD Drucksache 16/2391		2. Ablehnung des Antrags Drucksache 16/2407.....	7686
Lothar Hay, Innenminister.....	7656, 7675	Grünlandverluste stoppen.....	7686
Tobias Koch [CDU].....	7657, 7671	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/2363	
Dr. Ralf Stegner [SPD].....	7660, 7674	Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7686, 7692
Wolfgang Kubicki [FDP].....	7662, 7672	Claus Ehlers [CDU].....	7687
Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7666	Dr. Henning Höppner [SPD].....	7688
Anke Spoorendonk [SSW].....	7668, 7674	Günther Hildebrand [FDP].....	7689
Dr. Johann Wadephul [CDU].....	7673	Lars Harms [SSW].....	7690
Beschluss: Antrag Drucksache 16/ 2391 und der Tagesordnungspunkt durch die Berichterstattung der Landesregierung erledigt.....	7675	Dr. Christian von Boetticher, Mi- nister für Landwirtschaft, Um- welt und ländliche Räume.....	7691
Gemeinsame Beratung		Beschluss: Überweisung an den Um- welt- und Agrarausschuss.....	7694
a) Berufliche Bildung stärken.....	7675	Gemeinsame Beratung	
Antrag der Fraktionen von CDU und SPD Drucksache 16/2400		a) Zweite Lesung des Entwurfs ei- nes Gesetzes zur Änderung des Landesministergesetzes (Neben- tätigkeiten).....	7694
b) Neue Perspektiven der berufli- chen Bildung.....	7675	Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/1663	
		b) Zweite Lesung des Entwurfs ei- nes Gesetzes zur Änderung des Landesbeamtengesetzes (Neben- tätigkeiten)	7694

Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/1664		Dr. Gitta Trauernicht, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Fa- milie, Jugend und Senioren.....	7705
c) Zweite Lesung des Entwurfs ei- nes Gesetzes zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Abge- ordnetengesetzes (Nebentätig- keiten)	7694	Dr. Heiner Garg [FDP]..... Ursula Sassen [CDU]..... Jutta Schümann [SPD]..... Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]..... Lars Harms [SSW].....	7707 7708 7709 7710 7711
Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/1665		Beschluss: Antrag Drucksache 16/ 2394 und der Tagesordnungspunkt durch die Berichterstattung der Landesregierung erledigt.....	7712
d) Zweite Lesung des Entwurfs ei- ner Änderung der Verhaltensre- geln für die Abgeordneten des Schleswig-Holsteinischen Land- tags.....	7694	Förderung von Ganztagsangeboten an Gymnasien.....	7712
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/1668		Anträge der Fraktion der FDP Drucksache n 16/1874 und 16/2440	
Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses Drucksache 16/2349		Bericht und Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses Drucksache 16/2424	
Werner Kalinka [CDU], Bericht- ersteller.....	7694	Sylvia Eisenberg [CDU], Bericht- erstatteerin.....	7712
Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7694	Sylvia Eisenberg [CDU].....	7713
Werner Kalinka [CDU].....	7695, 7702, 7704	Dr. Ekkehard Klug [FDP].....	7713
Klaus-Peter Puls [SPD].....	7696	Dr. Johann Wadephul [CDU].....	7713
Wolfgang Kubicki [FDP].....	7697	Dr. Henning Höppner [SPD].....	7715
Anke Spoorendonk [SSW].....	7698	Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7715
Ursula Sassen [CDU].....	7700	Anke Spoorendonk [SSW].....	7716
Dr. Ralf Stegner [SPD].....	7700	Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung und Frauen.....	7717
Karl-Martin Hentschel [BÜND- NIS 90/DIE GRÜNEN].....	7701	Beschluss: 1. Ablehnung des Antrags Drucksache 16/2440 2. Annahme des Antrags Drucksache 16/1874 in der Fas- sung der Drucksache 16/2424.....	7718
Dr. Heiner Garg [FDP].....	7702		
Holger Astrup [SPD].....	7703		
Beschluss: Ablehnung der Gesetzent- würfe Drucksachen 16/1663, 16/1664, 16/1665 und des Antrags Drucksache 16/1668.....	7704	Wahl der Präsidentin oder des Prä- sidenten bei dem Landesarbeitsge- richt Schleswig-Holstein in Kiel.....	7718
Umsetzung der Honorarreform 2009.....	7704	Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses Drucksache 16/2415	
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/2394		Beschluss: Annahme.....	7718

Sammeldrucksache über Vorlagen gemäß § 63 Abs. 1 a der Geschäftsordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtages.....	7718
Drucksache 16/2426	
Beschluss: Annahme.....	7718

* * * *

Regierungsbank:

Ute Erdsiek-Rave, Stellvertreterin des Ministerpräsidenten und Ministerin für Bildung und Frauen

Uwe Döring, Minister für Justiz, Arbeit und Europa

Lothar Hay, Innenminister

Dr. Christian von Boetticher, Minister für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume

Rainer Wiegard, Finanzminister

Dr. Gitta Trauernicht, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren

* * * *

Beginn: 10:02 Uhr

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Ich eröffne die Sitzung. Erkrankt sind von der CDU-Fraktion die Abgeordneten Herlich Marie Todsen-Reese und Frank Sauter sowie von der Landesregierung Ministerpräsident Peter Harry Carstensen und Minister Dr. Werner Marnette. - Allen noch einmal herzliche Besserung!

(Beifall)

Bevor ich in die Tagesordnung einsteige, möchte ich unsere Besuchergruppen begrüßen; das sind Schüler und Schülerinnen der Realschule Plön, Schüler und Schülerinnen der Beruflichen Schule am Ravensberg in Kiel und die begleitenden Lehrkräfte. - Seien Sie uns sehr herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 23, 28 und 29 auf:

Gemeinsame Beratung

a) Konjunkturpaket II

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/2401

b) Initiativen zur Stabilisierung von Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

Antrag der Fraktionen FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten des SSW
Drucksache 16/2423

c) Programm für Zukunft und Beschäftigung

Antrag der Fraktionen von CDU und SPD
Drucksache 16/2425

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/2429

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Mit dem Antrag Drucksache 16/2401 wird ein mündlicher Bericht in dieser Tagung erbeten. Ich

(Vizepräsidentin Ingrid Franzen)

bitte Sie zunächst darüber um Abstimmung. Wer diesen Bericht hören will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Dann ist das so gewollt.

Ich erteile Herrn Finanzminister Rainer Wiegard das Wort. Lassen Sie mich geschäftsleitend sagen, dass wir im Ältestenrat eine Vereinbarung über die Redezeiten haben, und zwar haben FDP und Landesregierung zehn Minuten erbeten und alle übrigen Fraktionen und der SSW 15 Minuten. - Bitte schön, Herr Minister.

Rainer Wiegard, Finanzminister:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Meine Kolleginnen und Kollegen! Deutschland steht am Anfang der schwersten Rezession seit 60 Jahren. Weltweit haben sich die wichtigen Wirtschaftsdaten rasant verschlechtert. Wer wie Deutschland fast die Hälfte seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit auf Märkten außerhalb Deutschlands erzielt, der profitiert in Boomzeiten besonders stark, ist aber in Krisenzeiten eben auch von einem Rückgang dieser Märkte besonders betroffen. Diesen Zustand haben wir nun erreicht.

Aktuelle Prognosen erwarten für Deutschland einen **Rückgang des Bruttoinlandsprodukts** von mehr als 2 %. Damit folgt nach einem sehr kurzen und ebenso heftigen Aufschwung in den Jahren 2006, 2007 und 2008 nun ein derart heftiger Abschwung, wie wir ihn bisher noch nicht gekannt haben.

Meine Damen und Herren, die Spanne der **Prognosen** und die fast wöchentlichen Korrekturen dieser Prognosezahlen sind ein Beleg für die enorme Unsicherheit. Weil Wirtschaftspolitik sehr viel mit gefühlten Situationen zu tun hat, sollten wir der Versuchung widerstehen, uns am Wettbewerb der schlechtesten Prognosen und der bösesten Szenarien zu beteiligen.

(Beifall bei der CDU)

Dazu gehören Spekulationen über die mögliche Dauer dieser Krise ebenso wie unzulässige Vergleiche zur Weltwirtschaftskrise Ende der 20er-Jahre des vorigen Jahrhunderts. Vielmehr ist es nun vorrangige Aufgabe der Politik, auf allen Ebenen - Bund, Länder und Gemeinden - gemeinsam daran mitzuwirken, die Folgen einer solchen **Rezession** einzudämmen. Denn vollständig aufhalten können wir sie nicht.

Meine Damen und Herren, Deutschland ist besser gegen die Folgen wirtschaftlicher Krisen gerüstet als noch vor wenigen Jahren. Unser Land hat in den letzten Jahren viele Stärken und Fähigkeiten zu-

rückgewonnen. Unsere Unternehmen sind für den internationalen Wettbewerb recht gut aufgestellt. Die Inflationsrate ist - auch infolge der Krise - deutlich gesunken. Die Verbraucher profitieren gerade in dieser Zeit von rückläufigen Preisen für Öl, Kraftstoffe, Energie und auch Lebensmittel.

Für Schleswig-Holstein gilt, dass vor allem unsere mittelständisch geprägte Wirtschaft sich schon häufig als weniger anfällig erwiesen hat. Jetzt gilt es eben, diese Stärken zu stärken, die Kräfte zu bündeln und sich bereits heute für die Zeit nach der Krise neu aufzustellen. Deshalb sollten wir uns bei dem, was nun staatliche und kommunale Aufgabe ist, in Folgendem einig sein: Es geht jetzt nicht darum, möglichst schnell möglichst viel Geld auszugeben, sondern es geht jetzt vor allem darum, in den vergangenen Jahren gewonnene **Arbeitsplätze** - und das waren eine ganze Menge in Schleswig-Holstein und auch in Deutschland - möglichst zu erhalten und die staatlichen Aktivitäten auf Maßnahmen zu konzentrieren, die für uns alle in der Zukunft eine nachhaltige Wirkung erzielen und **wirtschaftliches Wachstum** wieder befördern helfen. Das wird die Aufgabe in dieser Zeit sein.

(Beifall bei der CDU sowie des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Deshalb müssen die jetzt von uns gemeinsam - ich betone das Wort „gemeinsam“ - zu treffenden Maßnahmen kurzfristig für Beschäftigung sorgen, aber langfristig ihre Wirkung und ihren Nutzen erzielen.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung unterstützt, wie schon beim **ersten Konjunkturpaket** Ende letzten Jahres, die von der Bundesregierung vorgesehenen Maßnahmen, auch wenn man sich - das wird die Diskussion heute sicherlich noch ergeben - über die Wirksamkeit der einen oder anderen Einzelmaßnahme sehr wohl streiten kann. Das Gesamtpaket aus Entlastung bei Steuern und Abgaben, aus Stärkung der wirtschaftlichen Kräfte, aus Sicherungsmaßnahmen für Beschäftigung und aus Investitionen in die Zukunft ist nach Ansicht der Landesregierung geeignet, negative Wirkungen dieser Krise abzumildern und nach der Krise gut aufgestellt zu sein. Das sind unsere Ziele.

Schleswig-Holstein unterstützt deshalb das Gesamtpaket dieser Maßnahmen der Bundesregierung im Bundesrat ebenso wie bei der Umsetzung in unserem Land.

Zusätzlich tragen wir erheblich zur Verstärkung dieses Pakets bei. Ich darf Sie erinnern, dass der Landtag im Dezember bei den Beratungen über die **Haushalte 2009 und 2010** die **Investitionen** ge-

(Minister Rainer Wiegard)

genüber den beiden Vorjahren für diese beiden Haushaltsjahre um 280 Millionen € deutlich verstärkt und damit bereits auf die erwartete negative konjunkturelle Entwicklung reagiert hat. Ich nenne hier das zusätzliche Schulbauinvestitionsprogramm, den verstärkten Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, die Sanierung unserer Kulturbauten und die energetische Modernisierung unserer Infrastruktur.

Mit dem **zweiten Investitionspaket** investieren Bund, Länder und Gemeinden nun weitere 13,3 Milliarden €. Davon stellt der Bund 10 Milliarden € zur Verfügung, 3,3 Milliarden € kommen von Ländern und Kommunen.

In **Schleswig-Holstein** werden hiervon anteilig - es ist eine gute Entwicklung, dass es nicht nach dem Windhund-Verfahren geht und nicht danach, wer der Stärkste, der Schnellste oder der Beste ist, sondern nach einem vereinbarten Schlüssel - **430 Millionen €** zusätzlich investiert.

Mit dem zweiten Investitionspaket werden also die schon geplanten Steigerungen der Investitionen um 280 Millionen € in den nächsten Jahren mehr als verdoppelt. Ich glaube, das ist ein guter Hinweis auf die Fähigkeiten, die wir in den nächsten beiden Jahren entwickeln werden.

(Beifall bei der CDU)

Von den 430 Millionen € aus diesem Paket fließen 280 Millionen € in den **Bildungsbereich**. Insbesondere der Ausbau des Kindertagesstättenbereichs wird schneller vorankommen. Schulgebäude und Ausstattung werden an Qualität gewinnen. Hochschulen und Forschungsmaßnahmen werden gefördert und so zusätzlichen Rückenwind im Wettbewerb mit anderen bekommen.

Weitere 150 Millionen € werden die **Infrastruktur** in unserem Land verbessern. Insbesondere Krankenhäuser, Städtebau und die ländliche Infrastruktur stehen auf der Förderliste. Dies gilt ebenso für Lärmschutz an Straßen und den flächendeckenden Einsatz moderner Informationstechnologien, wozu Bund und Länder gemeinsam bis Ende Februar ein besonderes Programm entwickeln wollen.

Damit wird das bereits genannte Ziel noch einmal deutlich. Es geht nicht um bloßen einmaligen Konsum, um das Geldausgeben, sondern es geht um Investitionen in Strukturen, die dauerhaft bleiben und die wirken. Da ist nichts, was verpufft. Im Gegenteil, der Nutzen wird sich über die Jahre mehren.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Mit dem **Zukunftsinvestitionsprogramm** verfolgen wir klare Ziele, auch im Verfahren. Es ist wichtig, dass jetzt nicht gezögert und gezaudert wird. Jeder hat seine kleinen besonderen Wünsche und wird nicht erfreut darüber sein, wenn sie nicht erfüllt werden können. Es geht jetzt aber darum, dass jetzt nicht blockiert wird. Die **Finanzhilfen** des **Bundes** in Kombination mit den Hilfen des Landes müssen jetzt einfach und unbürokratisch erreichbar sein. Das wird unser Ziel sein.

(Beifall bei CDU und SPD)

Sie müssen schnell in **Aufträge** umgesetzt werden; denn es geht darum, dass schnell und im ganzen Land in voller Breite unsere **Handwerksbetriebe** und insbesondere der Baubereich Aufträge erhalten, damit Arbeitsplätze gesichert bleiben und damit Zukunft geschaffen wird.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb werden die **Vergabebedingungen** für diesen Zweck angepasst. Anpassen heißt in diesem Zusammenhang eindeutig beschleunigen. Wir setzen auf transparente, schnelle und unkomplizierte Prozesse.

(Beifall bei der CDU)

In diesem Prozess sind die **Kommunen** ein klar benannter Adressat dieses Investitionsprogramms. Sie sollen und werden von den Mitteln ausdrücklich profitieren. Es ist vorgesehen, dass 300 Millionen €, also 70 % der 430 Millionen € zur Förderung kommunaler Maßnahmen eingesetzt werden. Zur Umsetzung des Gemeinschaftsprogramms ist die Landesregierung im Gespräch mit den kommunalen Spitzenverbänden. Dabei geht es vor allem darum, bei der Verteilung der Mittel im Rahmen der zulässigen Fördermaßnahmen weitgehend die regionale Kompetenz und Verantwortung zu nutzen. Es werden also eher schnelle dezentrale Entscheidungen anstatt umständlicher zentraler Vergabekonferenzen angestrebt. Das wird unser Ziel sein.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, Schleswig-Holstein ist ein struktur- und finanzschwaches Land. Wir wissen sehr gut, was es bedeutet, im Wettbewerb um Fördermittel das Nachsehen zu haben, wenn eigene Komplementärmittel nur begrenzt zur Verfügung stehen. Deshalb wird die Landesregierung **finanzschwachen Kommunen** über den im Übrigen sehr üppigen Fördersatz von 75 % hinaus behilflich sein, damit auch die struktur- und finanzschwachen Gemeinde in der Lage sein werden, ihren Anteil aus diesen Maßnahmen umzusetzen, damit sie nicht aus

(Minister Rainer Wiegard)

ihrer eigenen Finanzschwäche heraus gegenüber den übrigen Kommunen weitere strukturelle Nachteile erleiden.

(Beifall bei der CDU)

Selbstverständlich ist das alles nicht umsonst zu haben. Das Land Schleswig-Holstein und die Kommunen werden die Investitionen kofinanzieren. Der Bund beteiligt sich dankenswerterweise - der Dank an die Adresse des Bundes ist meines Erachtens angemessen - mit 75 % an der öffentlichen Förderung. 25 % sind vom Land und von den Kommunen zu schultern. In Zahlen bedeutet dies: 323 Millionen € kommen vom Bund, 107 Millionen € müssen vom Land und von den Kommunen kofinanziert werden.

Die Landesregierung wird dem Landtag für die Februar-Tagung die erforderlichen Regelungen zur **Umsetzung** dieses Paktes vorlegen. Dazu gehört natürlich auch die haushaltsrechtliche Umsetzung der Finanzierung, nachdem Land und Kommunen Einvernehmen über Verfahren, Umfang und Volumen erzielt haben.

Meine Damen und Herren, in der öffentlichen Diskussion über notwendige Maßnahmen in diesem Zusammenhang zur Bewältigung dieser Krise ist in den vergangenen Wochen der Eindruck entstanden, dass alle Erkenntnisse und intensiven Beratungen in den vergangenen drei Jahren über die dramatische **Verschuldungslage** der öffentlichen Haushalte bedeutungslos geworden sind. Dabei hat natürlich in der Diskussion über neue wirksame Schuldengrenzen in der Föderalismuskommission selbstverständlich auch die finanzielle Bewältigung von konjunkturellen Schwankungen und besonderen Krisensituationen eine Rolle gespielt. Dies war sehr wohl Gegenstand der Beratung.

Gerade deshalb will ich sehr ausdrücklich sagen: Die Beratungen über eine neue wirksame Schuldengrenze müssen erfolgreich abgeschlossen werden, und zwar insbesondere in einer solchen Krisensituation. Dass für uns und andere strukturschwache Länder dabei die Realisierbarkeit einer solchen Grenze im Vordergrund steht und abhängig davon ist, dass es uns auch ermöglicht wird, eine solche Grenze zu erreichen, steht außer Frage und wird Gegenstand der Beratung in der nächsten Woche sein.

Die Ausgaben für das Konjunkturpaket müssen mit einem verbindlichen **Tilgungsplan** unterlegt werden. Konjunkturprogramme von heute dürfen nicht die Schulden und damit die Steuererhöhungen unserer Kinder in der Zukunft sein.

(Beifall bei der CDU)

In diesem Zusammenhang begrüße ich ausdrücklich - es hat mich wirklich gefreut, dass Herr Steinbrück diese Kurve gepackt hat -, dass der Bund seine Mittel für den Investitionspakt über einen **Schuldentilgungsfonds** präzise nach dem Muster Schleswig-Holsteins für die gesamte Altschuldentilgung finanzieren will. Die zeitlich befristet wirkenden Maßnahmen des Investitionspakets des Bundes sollen also über einen Schuldentilgungsfonds finanziert werden, der innerhalb eines relativ kurzfristigen Zeitraums wieder getilgt wird. Die Schulden sollen also nicht auf künftige Generationen übertragen werden. Zu dieser Entscheidung kann man dem Bund nur gratulieren.

(Beifall bei der CDU)

Bedauerlich ist aber, dass der Bund unsere Forderung, insbesondere die schleswig-holsteinische Forderung nach wie vor ablehnt, dass der Finanzierungsanteil der Länder und der Kommunen ebenfalls über diesen Fonds abgewickelt werden kann.

(Beifall bei der CDU)

Ich fordere den Bund auf, im weiteren Beratungsverfahren diese Haltung doch noch einmal zu überdenken und dies zu ermöglichen. Es wäre ein gutes Zeichen für die Öffentlichkeit, wenn Bund, Länder und Gemeinden nicht nur die Aufgaben gemeinsam angehen, um diese Krise zu bewältigen, sondern auch bei der Finanzierung erstmals einen gemeinsamen Weg gehen, um zeitlich befristet aufgenommene Schulden für bestimmte Zwecke nicht dauerhaft künftigen Generationen zu überlassen.

(Vereinzelter Beifall bei CDU und SPD)

Meine Damen und Herren, aus einem Streit über die Wirksamkeit von Maßnahmen kann sich auch Gutes entwickeln. So stehen wir wegen des dringenden Wunsches der Bundesregierung, die **Kfz-Steuer** in eine **CO₂-Steuer** umzuwandeln, nun unmittelbar vor einer abschließenden Regelung für die vollständige Übernahme dieser Steuer in die Zuständigkeit des Bundes. Das heißt, die Länder erhalten einen dauerhaften **Ausgleich** für das ausfallende Steueraufkommen in der Größenordnung des Steueraufkommens aus dem Jahr 2008 von etwa 8,8 Milliarden €. Der Bund übernimmt verbindlich spätestens im Jahr 2014 diese Steuer in eigene Verwaltung. In der Zwischenzeit erhalten die Länder für die Verwaltung dieser Steuer in Organleihe einen jährlichen Verwaltungskostenausgleich von 170 Millionen €. Das sind die Bestandteile der der-

(Minister Rainer Wiegard)

zeitigen Verhandlung. Darüber werden wir in den nächsten Tagen abschließend miteinander reden.

Ich freue mich über diese Einsicht des Bundes. Ganze Generationen von Finanzministern haben daran gearbeitet. Wir haben kaum noch daran geglaubt, dass dies gelingen kann.

Damit liegt alles, was Verkehrssteuern betrifft, in Deutschland in einer Hand und Zuständigkeit. Dies gilt sowohl für die Entscheidungskompetenz als auch für die Verwaltung. Der Bund kann damit die notwendigen energiepolitischen und sozialpolitischen Entscheidungen treffen, die in diesem Zusammenhang erforderlich sind.

Das Bundeskabinett hat zum Konjunkturpaket am Dienstag, also am 27. Januar, den Gesetzentwurf und die Verwaltungsvereinbarung mit den Ländern beschlossen. Bundestag und Bundesrat beraten darüber abschließend am 13. und am 20. Februar 2009. In der Woche darauf wird der Landtag die in der Folge erforderlichen Entscheidungen treffen. Das ist erneut ein sehr kurzer Beratungsprozess für ein sehr umfangreiches Programm. Es ist das größte Konjunktur- und Krisenbewältigungsprogramm in der Geschichte der Bundesrepublik. Ich glaube, dass wir damit erneut die Handlungsfähigkeit unseres föderalen Systems unter Beweis gestellt haben. Mit dem Gesamtpaket besteht die Chance, der Krise Einhalt zu gebieten, die wirtschaftliche Lage weitgehend zu stabilisieren und in den nächsten Jahren wirtschaftliches Wachstum zu ermöglichen. Trotz aller Unterschiedlichkeit der Auffassungen in Detailfragen danke ich ausdrücklich allen Fraktionen des Hauses, den Kommunen, den Verbänden, der Wirtschaft und den Gewerkschaften für ihre grundsätzliche Bereitschaft, die notwendigen Maßnahmen zu unterstützen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke dem Herrn Finanzminister. Durch seine Rede sind nach § 56 Abs. 6 der Geschäftsordnung für alle Fraktionen und für den SSW zusätzliche Redezeiten von sieben Minuten entstanden. Ich eröffne die Aussprache. Für die antragstellende Fraktion des ältesten Antrags hat Herr Abgeordneter Karl-Martin Hentschel von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Jetzt kommt die große Unterstützung!)

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Angesichts der Größenordnung dessen, über was wir hier reden, hätten wir eigentlich eine Regierungserklärung erwartet. Das wäre normal gewesen, aber was ist an dieser Regierung noch normal?

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es hat eines Antrags der Grünen bedurft, damit ein Bericht gegeben wurde. Der Minister hat uns ausführlich erläutert, um was es geht. Herr Minister, ich danke Ihnen. Ich denke, das ist eine gute Grundlage, um heute über das Thema zu reden.

Am 5. Januar dieses Jahres forderte Klaus Töpfer, Ex-Minister der CDU und Ex-Chef des UN-Umweltprogramms eine dritte wirtschaftliche Revolution:

„Deutschland braucht jetzt einen Green New Deal.“

Das erklärte er mit Bezug auf den New Deal von Präsident Franklin D. Roosevelt nach der Wirtschaftskrise 1929.

Dazu forderte Klaus Töpfer massive Investitionen in die Infrastruktur für erneuerbare Energien und die Wärmesanieierung des Gebäudebestandes.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Am 21. Januar erklärte Sir Nicholas Stern, Ex-Chefökonom der Weltbank:

„Es ist Zeit für eine grüne industrielle Revolution.“

Er warnte davor, die drei globalen Krisen, die Finanzkrise, die Energiekrise und das Klimaproblem, gegeneinander auszuspielen. Wir müssen jetzt durch gewaltige **Investitionen in Energieeinsparungen** und in **erneuerbare Energien** die Finanzkrise überwinden, die Arbeitsplätze der Zukunft schaffen und zugleich die Klimaerwärmung stoppen, so Nicholas Stern.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Am 21. Januar forderte das konservative Zentrum für europäische Politik mit Roman Herzog, unserem ehemaligen Bundespräsidenten, und Ex-Bundesbankchef Hans Tietmeyer an der Spitze, Investitionen von 200 bis 300 Milliarden € in die **Offshore-Windparks** und in den **Ausbau der Stromnet-**

(Karl-Martin Hentschel)

ze, um die Angebotsschwankungen europaweit auszugleichen und um die Grundlagen für eine Komplettversorgung sowie die Umstellung auf regenerative Energien in Europa zu schaffen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist zu wenig!)

Das sind alles konservative Politiker, die sehr klare Worte über die Notwendigkeiten sprechen, vor denen wir stehen. Am 16. Januar dieses Jahres gibt Umweltminister Gabriel bekannt, dass die Umweltwirtschaft in den letzten Jahren der Wirtschaftszweig war, der die größten Arbeitplatzeffekte gehabt hat. Dieser Bereich hat in den letzten Jahren zusätzlich 1,8 Millionen gut bezahlte Arbeitsplätze geschaffen. Diese Zahl wird sich in den kommenden Jahren verdoppeln.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gerade **Schleswig-Holstein** ist ein Musterbeispiel dafür, was die grüne industrielle Revolution leisten kann. An der Westküste von Schleswig-Holstein ist die grüne Industrie - insbesondere die erneuerbaren Energien mit der **Windindustrie** an der Spitze - nach dem **Tourismus** mittlerweile der zweitgrößte Wirtschaftsfaktor. In Husum liefert sie bereits 40 % des Bruttosozialprodukts. Man muss sich nun vorstellen, dass in dieser Situation in der letzten Woche ein gescheiterter SPD-Politiker namens Clemens aus Nordrhein-Westfalen auf Einladung der IHK hier nach Schleswig-Holstein kommt und die Rückkehr zu Atomstrom und Kohle fordert. Das ist absurd! In dieser Situation stellt sich der Ministerpräsident dieses Landes hin und fordert statt Zukunftsinvestitionen mehr Geld für den Straßenbau.

(Beifall bei CDU und FDP)

In dieser Situation führt die CDU dieses Landes virtuelle Koalitionsverhandlungen mit der FDP,

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Noch besser!)

die keine einzige Idee dazu hat, wie man die Wirtschaft in diesem Land ankurbeln kann. Stattdessen spielt sie die alte Leier und fordert Steuergeschenke für die Wohlhabenden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Lachen bei der FDP)

Alle hier im Hause sind sich einig darüber, dass wir angesichts der Finanzkrise ein **Konjunkturprogramm** brauchen. Das ist ein gewaltiger Fortschritt gegenüber 1929, als Konservative und marktradikale Politiker in den USA und in Europa viel dazu beitrugen, den Zusammenbruch der Weltwirtschaft zu beschleunigen. Wenn jetzt konservative Regie-

rungen Banken verstaatlichen, dann kann man nur staunen. In welche Richtung ein solches Konjunkturprogramm aber gehen soll, ist heftig umstritten. Das, was die Große Koalition in Berlin zustande gebracht hat, ist leider ein wildes Sammelsurium von mehr oder weniger sinnvollen Maßnahmen ohne einen erkennbaren Leitfadens.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Deshalb stimmen Sie dem auch zu!)

Natürlich sind **Investitionen in die Bildung** wichtig und sinnvoll. Natürlich macht es Sinn, gerade Niedrigverdiener durch die **Senkung der Krankenversicherungsbeiträge** und des **Einkommensersatzes** zu entlasten und Eltern pro Kind einen **Bonus** zu zahlen. So besteht zumindest eine hohe Wahrscheinlichkeit, dass das Geld in den Konsum fließt. Auf die Konjunktur dürfte das aber nur geringe Auswirkungen haben. Nach einer Umfrage des „Spiegel“ halten 62 % der befragten Bundesbürger das Konjunkturprogramm II für nicht geeignet, die Wirtschaftskrise wirksam zu bekämpfen.

(Dr. Johann Wadephul [CDU]: Wie reagieren die Grünen darauf?)

Die Konzentration auf den Straßenbau ist ein großer Unsinn. Der Pkw-Verkehr in Deutschland geht seit acht Jahren zurück. Es wurde längst erkannt, dass es nötig ist, den **Güterfernverkehr**, der unsere Autobahnen verstopft, endlich auf die **Schiene** zu verlagern. Jeder, der die Zahlen kennt, weiß, dass die öffentlichen Mittel schon für die Sanierung und für den Unterhalt des vorhandenen Straßen- und Brückennetzes vorn und hinten nicht reichen werden. Wir haben gestern darüber diskutiert. Der größte Aberwitz des Programms aber ist die **Abwrackprämie** von 2.500 € für jedes Schrottauto.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Deshalb stimmen Sie im Bundesrat auch zu!)

Diese Prämie soll angeblich auf einen Vorschlag der SPD zurückgehen. Sie wird uns auch noch als **Umweltprämie** verkauft. Die Prämie ist Unsinn, weil es keinerlei Kopplung an einen Umweltstandard des Neuwagens gibt. Die Prämie ist Unsinn, weil alle Experten mit einem Mitnahmeeffekt von mindestens 85 % rechnen. Die Prämie ist auch Unsinn, weil nur ein Strohfeuer angezündet wird.

Die Autokäufe werden nur vorgezogen. Im März, wenn die Prämie erschöpft ist und wenn die 1,5 Milliarden € ausgegeben sind, dann kommt für die Autoverkäufer das große Erwachen. Was hat die **Kfz-Steuer** mit dem Konjunkturprogramm zu

(Karl-Martin Hentschel)

tun? - Wir waren immer dafür, die Kfz-Steuer umzustellen. Es war aber immer die Rede davon, dass wir eine **CO₂-Steuer** schaffen, die auch tatsächliche Auswirkungen auf die Umweltfreundlichkeit von Autos hat. Die jetzige Steuer wurde so ausgerechnet, dass alle das Gleiche bezahlen wie vorher. Was hat das mit der Umwelt zu tun? - Das ist absoluter Blödsinn!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was die Koalition uns vorgelegt hat, ist ein wildes Sammelsurium von Einzelmaßnahmen ohne einen roten Faden. Die Grünen haben sich entschieden, trotzdem konstruktiv mit dem Programm umzugehen und einige wichtige Korrekturen zu fordern.

(Lachen bei der FDP)

Wir haben uns auch deshalb zu diesem Kompromiss entschieden, weil wir unbedingt verhindern wollen, dass die FDP mithilfe der bayerischen CSU über den Bundesrat die Verhandlungsmacht bekommt, um in dieser dramatischen Situation noch weitere **Steuersenkungen** durchzusetzen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD] und Anke Spoorendonk [SSW] - Lachen bei der FDP)

Liberaler und Konservative fordern unentwegt Steuergeschenke,

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Obama auch!)

- obwohl klar ist, dass die Hälfte der Bevölkerung nichts davon hat.

Nein, ich habe gerade in den Nachrichten gehört, dass die Republikaner im Kongress das Paket von Obama abgelehnt haben, weil sich Obama geweigert hat, angesichts der katastrophalen finanziellen Lage des US-Haushalts zusätzliche Steuergeschenke zu machen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Was ist das denn für ein Blödsinn? - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Das Gleiche haben wir hier in Deutschland. Wir brauchen ein Konjunkturprogramm, wir werden sowieso 50 Milliarden € zusätzliche Schulden haben. Was wir aber absolut nicht gebrauchen können, ist jetzt noch Steuergeschenke an die Wohlhabenden zu verteilen, die das Staatsdefizit noch mehr erhöhen und noch weitere Generationen mit Schulden belasten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Herr Kollege, Sie haben ein Mikrofon, wir hören Sie sehr gut!

(Lachen und Beifall bei der CDU - Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Euer Verhalten ist unhöflich und unparlamentarisch!)

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Die Staatsverschuldung wird in diesem Jahr erneut gigantische Größenordnungen annehmen. Wer angesichts dieser Belastungen für die Zukunft erneut Steuergeschenke fordert, der hat nichts, aber auch nichts begriffen. Ich freue mich übrigens, dass die Kollegen von der CDU aus dem Finanzausschuss des Bundestages gestern erklärt haben, dass sie das nicht mitmachen und fordern, dass auch beim Konjunkturprogramm auf die Verschuldung geachtet wird und dass zusätzliche Steuergeschenke nicht in Frage kommen. Das kann ich nur begrüßen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es gibt offensichtlich auch in der Union noch Verunft.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Aber was soll man zur FDP sagen? Die FDP von heute ist nur noch der parlamentarische Arm der Heuschrecken.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe von CDU und FDP)

Der größte **Arbeitsmarkteffekt** ist durch Investitionen in **energetische Gebäudesanierung** erreichbar. Durch eine weitere Aufstockung des KfW-Programms kann die jährliche Sanierungsrate von Gebäuden von zurzeit 0,5 % auf 3 % gesteigert werden. Das schafft qualifizierte Arbeitsplätze vor Ort für das Handwerk für die nächsten 30 Jahre - Arbeitsplätze für den Mittelstand hier in Schleswig-Holstein. Denn energetisch zu sanierende Gebäude können nicht ins Ausland verlagert werden. Ein solches Programm löst Multiplikatoreffekte von mindestens fünf zu eins aus.

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Kubicki?

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Aber gern!

Wolfgang Kubicki [FDP]: Lieber Kollege Hentschel, da die FDP nur verlängerter Arm der Heuschrecken ist, würden Sie dem Hohen Haus freundlicherweise erklären, an wen die Bundesrepublik Deutschland die IKB verkauft hat, wer dafür verantwortlich ist und zu welchem Preis das geschehen ist?

- Das habe ich nicht verstanden, aber das können wir einmal extra diskutieren.

(Lachen bei FDP und CDU)

Ich mache mal weiter, aber ich höre auch schlecht, das ist mein Problem. Das bedeutet, ein investierter Euro des Staates in die Gebäudesanierung schafft fünfmal so viele Arbeitsplätze wie ein Euro im Straßenbau.

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU])

Ein solches Programm spart aber auch Energie und Importe. Damit werden die deutsche Wirtschaft und auch die privaten Haushalte um Milliarden Euro entlastet, die heute für **Energieimporte** für Gas aus Russland, Öl aus dem Nahen Osten oder Uran aus Australien ausgegeben werden. Damit sparen wir das Geld, das wir in Zukunft für Bildung brauchen, um unsere Schulen vernünftig auszustatten.

Der neue amerikanische Präsident Obama hat angekündigt, mit Milliardeninvestitionen in grüne Technologien die Konjunktur anzukurbeln. Er hat sich explizit zum Ziel gesetzt, den Vorsprung von Deutschland und Japan bei den Zukunftstechnologien einzuholen, damit sich die USA wieder an die Spitze stellen.

Meine Damen und Herren, nehmen wir diesen Wettkampf auf, den Wettkampf um die Zukunft! Nutzen wir unsere Chancen! Investieren wir hier in Schleswig-Holstein in die dritte industrielle Revolution!

Frau Präsidentin, gestatten Sie mir zum Schluss ein Zitat von Altbundeskanzler Willy Brandt, auch zur Freude der Sozialdemokraten. Willy Brandt sagte: „Der beste Weg, die Zukunft vorauszusagen ist, sie zu gestalten.“

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Karl-Martin Hentschel. - Das Wort für die CDU-Fraktion hat nun deren Vorsitzender, Herr Abgeordneter Dr. Johann Wadephul.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Lächerlichmachen ist die beste parlamentarische Pflicht!)

- Herr Matthiessen! Sie sind nicht dran!

Dr. Johann Wadephul [CDU]:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Reaktion des Auditoriums ist immer auch davon abhängig, was der Redner hier bietet.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich muss sagen, wir sind in einer Phase der **Krise der Weltwirtschaft** - Finanz- und Wirtschaftskrise -, in der sich eigentlich niemand, der sich ernsthaft an der Diskussion beteiligt, anmaßt, dass er Patentrezept hat.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Darum haben Sie auch so gelacht, als mein Kollege geredet hat? Das ist Ihr Ernst?)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich sage es noch einmal: Sie sind nicht dran. Wir haben auch die Möglichkeit der Ordnungsrufe! Ich bitte Sie!

Dr. Johann Wadephul [CDU]:

Herr Kollege Matthiessen, ich will Ihnen einmal etwas sagen: Wenn wir eine der größten Wirtschaftskrisen der Welt haben und sich der Fraktionsvorsitzende der Grünen hier hinstellt und sagt, wir bauen ein paar Windräder und dann ist die Sache erledigt, dann können Sie froh sein, wenn ich darüber nur lache. Im Grunde muss man empört sein. Das sind schlicht untaugliche Mittel, diese Krise zu beherrschen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Damit will ich ausdrücklich sagen, dass natürlich nicht jedes der Mittel, das ergriffen wird, ordnungspolitisch richtig ist.

(Zuruf des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Nicht mit allem ist man einverstanden. Wir sind in einer Großen Koalition. Das eine Mittel finden die

(Dr. Johann Wadehul)

Sozialdemokraten besser, das andere finden Christdemokraten besser, und manch ein Kompromiss wird gemacht. Ich halte aber auch fest: Glaubwürdigkeit in der Politik heißt auch, dass man das, was man hier sagt, auch politisch durchhält. Und es ist in einem Zwischenruf gerade schon gesagt worden: Die Grünen waren die ersten, die gesagt haben: Wir verhelfen dem im Bundesrat zu einer Mehrheit. Wie glaubwürdig ist eigentlich eine grüne Partei, wenn sie so tut, als wenn sie dagegen sei und dann dem Paket zu einer Mehrheit verhilft?

(Beifall bei CDU und FDP)

Und im Grunde an der Stelle nur - es ist durch die Rede von Herrn Kollegen Hentschel deutlich geworden - deswegen, weil man der FDP die Chance nehmen wollte, darauf Einfluss zu nehmen. Das ist reine Parteipolitik.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wollen Sie Steuersenkungen?)

Das ist reine Parteipolitik! - Ich sage gleich etwas zum Punkt Steuerreform; ich komme gleich zu der Frage. Das ist doch keine inhaltliche Begründung an der Stelle gewesen!

Ich will Ihnen auch zur CO₂-Steuer sagen: Es ist jetzt immerhin ein **Einstieg** gelungen, eine **CO₂-Besteuerung** von **Kraftfahrzeugen** zu erreichen.

(Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber nicht durch Sie! - Weitere Zurufe von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Das ist doch jetzt geschehen, das wird doch jetzt bei der Kfz-Steuer kommen, und das hätten Sie in Ihrer Zeit in der rot-grünen Regierung schon lange machen können.

(Beifall bei CDU und SPD)

Es ist nicht meine Aufgabe, die Freien Demokraten hier zu verteidigen, das wird der Kollege Garg gleich tun, der zu diesem Punkt redet. Wenn Sie jetzt schimpfen und sich jetzt beklagen, dass es Heuschrecken in Deutschland gibt: Wer hat denn überhaupt die Hedge-Fonds in Deutschland rechtlich ermöglicht? - Das war doch Rot-Grün, die das alles ermöglicht haben!

(Beifall bei CDU und FDP)

Was haben Sie eigentlich für ein politisches Gedächtnis?

Und wenn wir miteinander über Steuern reden: Die größte Steuerreform, die Rot-Grün gemacht hat, hat zu erheblichen Milliardenausfällen bei der Körperschaftsteuer geführt.

(Beifall bei CDU und FDP)

Das ist Geld, das uns heute noch fehlt. Das sind Schulden, die wir heute noch haben.

(Zuruf von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen will ich Ihnen zum Thema **Steuerreform** in der Tat Folgendes sagen: Wir sind der Auffassung - ein Konzept liegt dazu vor -, dass wir eine Steuerreform brauchen, die in der Tat einfacher und gerechter ist und zu niedrigeren Steuern führt. Aber natürlich muss sie finanzpolitisch verantwortbar sein. Wir werden uns nach der Bundestagswahl in aller Ruhe angucken, wann das finanzpolitisch umsetzbar ist.

Bis auf einen Punkt bin ich absolut einer Auffassung mit dem Finanzminister des Landes Schleswig-Holstein, und das hat auch die ganzen finanzpolitischen Diskussionen der vergangenen Jahre hier im Haus geprägt. Das waren unsere Anstrengungen hier im Land, und die müssen wir auch auf Bundesebene weiterhin unternehmen. So viel wir jetzt auch an Kapital einsetzen - und es ist in der Tat notwendig, jetzt eine ordentliche Schippe draufzupacken; das ist richtig und notwendig -, dürfen wir unsere Verantwortung, was die Finanzen des Staates angeht, nicht am Eingang des Parlaments abgeben. Wir haben eine Verantwortung für **nachfolgende Generationen**, deshalb brauchen wir einen **Tilgungsfonds** und deswegen müssen wir sofort mit dem Tilgen dieser Schulden beginnen. Etwas anderes ist nicht verantwortbar.

(Beifall bei CDU und FDP - Zuruf der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich bin auch der Auffassung, dass wir natürlich einen Anspruch haben - und darüber müssen wir als Bundesland auch hart mit dem Bund verhandeln -, dass die Bundesländer mit in den Tilgungsfonds hineinkommen. Es ist nur sinnvoll, wenn eine solche Geschichte begonnen wird, und sie ist nur sinnvoll - Herr Steinbrück hat ein sehr sinnvolles Konstrukt entworfen -, wenn die Bundesländer an dieser Stelle beteiligt werden.

Ich will mir an der Stelle erlauben: Wir sind an einem Verhandlungsstand, wo wir noch nicht die endgültige Beschlussfassung des Deutschen Bundestags haben. Immerhin finden da noch Parlamentsberatungen statt.

Wer, wenn nicht wir als Landesparlament müssen konzedieren, dass in diesen Verhandlungen auch noch Veränderungen durch die Fraktionen stattfinden werden? Wir stehen noch vor der Beratung im

(Dr. Johann Wadephul)

Bundesrat, auch wenn in etwa absehbar ist, wie das dort ausgehen wird. Die Grünen werden dem Paket ja zu einer Mehrheit verhelfen. Darüber habe ich bereits gesprochen. Außerdem stehen noch Verhandlungen mit den Ländern aus.

In dieser Situation will ich für meine Fraktion einige grundsätzliche Bemerkungen machen.

Erstens. Wir haben keine Krise der sozialen Marktwirtschaft und keinen Markttradikalismus. Wer die Konzeption unserer Wirtschaftsordnung kennt und die Botschaften Ludwig Erhards vor Augen hat, weiß, dass die **soziale Marktwirtschaft** niemals als Versorgungsstaat gedacht war und sich in dieser Hinsicht klar von Entwürfen mit sozialistischen Elementen abgrenzte. Sozialismus und Staatskapitalismus sind insbesondere in Deutschland, insbesondere in Europa, passé. Wir haben gesehen, wohin das führt: zu Unfreiheit, Unterdrückung und Armut. Niemand von uns kann dieses leidvolle Kapitel der deutschen Geschichte wiederhaben wollen.

(Zuruf des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Die soziale Marktwirtschaft unter ihrem Vater Ludwig Erhard hat dagegen in den vergangenen 60 Jahren für Wohlstand, Arbeit, Sicherheit und Frieden gesorgt. Deswegen, Herr Kollege Hentschel, sollten Sie nicht pauschal über die Marktwirtschaft schimpfen. Die Marktwirtschaft hat für unseren Wohlstand in Deutschland gesorgt, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Zweitens. Die Krise zeigt aber auch: **Liberaler Marktgläubigkeit** ist ebenfalls passé. Denn soziale Marktwirtschaft heißt ebenso Ordnung der Märkte, damit die Märkte den Menschen dienen und nicht umgekehrt. Soziale Marktwirtschaft heißt auch grundsätzlich maßhalten. Das ist in vergangener Zeit häufig missachtet worden, indem man immer weiter einem vordergründigen **Shareholder value** gehuldigt hat. Überproportionale Gehaltssteigerungen auf der Vorstandsebene, überproportionale Gewinnmargen in großen deutschen Unternehmen und die gleichzeitige Erklärung, Tausende von Mitarbeitern entlassen zu wollen, lassen sich nach unserer Überzeugung nicht miteinander verbinden.

Soziale Marktwirtschaft ist nach christlich-sozialer Vorstellung keine moralfreie Zone. Deswegen fordern wir alle Unternehmerinnen und Unternehmer, auch die Inhaber dieser Unternehmen, die Aktionäre, auf, **soziale Verantwortung** wirksam werden zu lassen. Es gibt eine Verantwortung für Mitarbei-

terinnen und Mitarbeiter, es gibt eine Verantwortung dafür, dass es langjährigen Kunden und langjährigen Mitarbeitern gut geht. Man muss sie teilhaben lassen am Wohlstand und an der Wohlfahrt eines Unternehmens.

(Beifall bei CDU, SPD und FDP)

Drittens. Das **Leitbild des ehrbaren Kaufmanns**, das Werte wie Anstand, Ehrlichkeit, Mäßigkeit, Genugsamkeit und Verantwortung beinhaltet, ist nicht abzuheften und verstaubt, sondern muss wieder eine stärkere Beachtung finden. Bereits Ende des 15. Jahrhunderts schrieb der Erfinder der doppelten Buchführung, die gerade in unserer heutigen Verwaltungswirtschaft wieder eine große Anerkennung findet:

(Zuruf von der CDU: Es hat 100 Jahre gedauert!)

Nichts gelte höher als das Wort eines guten Kaufmanns.

(Jürgen Feddersen [CDU]: Jawohl! Sehr gut!)

- Jürgen Feddersen, das ist ein guter Satz, den wir heute wieder in die Wirklichkeit zurückholen sollten, nicht nur auf Pellworm, sondern in ganz Schleswig-Holstein.

Wahr ist jedoch auch, dass es den Unternehmen durch ausufernde **Bürokratie** immer schwerer fällt, sich korrekt zu verhalten. Deswegen muss auch die Politik einen Beitrag dafür leisten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Bundeskanzlerin Angela Merkel hat zu Recht darauf hingewiesen, dass es eine der politischen Konsequenzen aus dieser Krise sein muss, dass wir die erfolgreiche Ordnung der sozialen Marktwirtschaft auch international etablieren. Gerade weil es heute in der **globalisierten Welt** keine isolierten nationalen Maßnahmen mehr geben kann, muss ebenso die internationale Architektur besser gestaltet werden. Wir brauchen international eine neue Finanzmarktverfassung, einen fairen Freihandel, eine bessere Beachtung von sozialen Mindeststandards sowie den Ausbau des internationalen Klimaschutzregimes.

Ich bin insgesamt der Überzeugung, dass gerade Deutschland gute Gründe hat, an eine bestmögliche Schadensbegrenzung zu glauben. Das liegt zum einen an der allgemeinen Konsolidierung und an den beschlossenen Reformen der Vorjahre. Zum anderen muss man der Bundesregierung ein gutes **Krisenmanagement** bescheinigen. Der erste

(Dr. Johann Wadehul)

Schritt zur Bewältigung der Krise, die Stützung der Banken und damit des Finanzsystems, war wohlüberlegt und wurde gut bewältigt. Es gelang, was nicht selbstverständlich war, eine Panik zu verhindern.

Da wir den **Banken** geholfen haben, so ist es nun unsere Erwartung an die Banken, dass sie die Hilfen, die sie bekommen haben, nicht nur zur eigenen Sanierung benutzen, sondern dass sie jetzt auch wieder ihre Aufgabe wahrnehmen und dem **Mittelstand** die notwendigen **Kredite** geben. Es gibt auch eine Verantwortung der Kreditwirtschaft, das System jetzt wieder zum Laufen zu bringen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das **zweite Konjunkturpaket** des Bundes wird ein weiterer wichtiger Schritt sein, um die Folgen der Finanzkrise für unsere Wirtschaft und für unseren Arbeitsmarkt abzumildern. Diesbezüglich besteht in Deutschland ein breiter Konsens. Es setzt an den wichtigen Schlüsselstellen unserer Wirtschaft an, indem es eine **Investitionsoffensive** von Bund, Ländern und Kommunen im Bildungsbereich und bei der Modernisierung der Infrastruktur sowie spürbare Entlastungen bei Steuern und Abgaben vorsieht. Ein Großteil dieser Investitionen kommt der Bildung sowie der Forschung zugute.

In dieser Situation sollten wir jedoch aufpassen, dass wir nicht den Eindruck erwecken, als ob wir diese Krise völlig verhindern könnten und als ob wir **Konjunkturzyklen** völlig glätten könnten. Die Methode Keynes hat niemals hundertprozentig funktioniert. Verheben wir uns also nicht, weder verbal noch finanziell. Erwecken wir nicht den Eindruck gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern, wenn die Politik einschritte und Geld in die Hand nähme, so passierte überhaupt nichts. Nein, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir können nur die schlimmsten konjunkturellen Dellen glätten, und wir können nur versuchen, die schlimmsten Auswirkungen zu beheben. Eine Konjunkturkrise, wie wir sie jetzt haben, wird die Politik nicht vollständig verhindern können. Deswegen warne ich davor, zu hohe Erwartungen zu wecken.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich halte nichts davon, dass sich der **Staat** an Unternehmen der **Realwirtschaft beteiligt**. Das sage ich ganz klar zu einigen Debatten, die auch in meiner Partei hierüber geführt werden. Der Staat ist nicht der bessere Unternehmer. Es ist falsch, wenn wir Beamte

in Aufsichtsräte und Vorstände entsenden und meinen, sie würden eine bessere Geschäftspolitik machen.

(Beifall bei der CDU)

Wir Politiker gehören nicht dorthin.

Bemerkenswert ist natürlich, dass gerade in dieser Situation viele in der Wirtschaft den Staat geradezu anflehen, dies zu tun. Aber ich warne ausdrücklich davor, diesen Weg weiterzugehen.

Darüber hinaus ist zu sagen: Wir haben dem Bankensystem geholfen, aber der Staat ist nicht dazu da, einzelnen Unternehmen zu helfen. Ich nenne nur das aktuelle Beispiel von Schaeffler und Continental. Wenn sich dort jemand verhaben hat, dann ist es nicht Aufgabe des Staates einzugreifen. Das muss sich im Markt selber regulieren, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall)

Das würde insbesondere bei vielen Handwerkern und Kleingewerbetreibenden, die sich in einer schwierigen sozialen und wirtschaftlichen Situation befinden, den katastrophalen Eindruck hinterlassen, dass man den Großen hilft, dass man die Kleinen aber allein lässt. Dadurch würde das Vertrauen in einen gerechten Staat erschüttert werden. Deswegen dürfen wir so nicht vorgehen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch **Schleswig-Holstein** wird von dem **Stabilitätsprogramm** profitieren, und zwar voraussichtlich in einem Umfang von 322 Millionen €. Verbunden mit der zu erbringenden **Kofinanzierung** werden somit etwa 430 Millionen € unmittelbar in die Belebung der schleswig-holsteinischen Konjunktur fließen, in wichtige Bereiche, in den Bildungssektor, in die Krankenhäuser, aber auch in die Verkehrsinfrastruktur.

Ich schließe mich ausdrücklich dem Finanzminister an, der gesagt hat, in dieser Situation müssten wir alles tun, damit das Geld schnell und unmittelbar bei unserer kleingewerblichen Wirtschaft, beim Handwerk landet.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen müssen wir alle Verordnungen daraufhin überprüfen, ob sie einfach und gerecht sind. Wir müssen die **Vergabeordnung** vereinfachen, und wir sollten das Geld möglichst schnell den **Kommunen** direkt in die Hand geben. Kommunalpoli-

(Dr. Johann Wadephul)

tiker wissen, wie sie das Geld am effektivsten einsetzen. Wir auf Landesebene sind nicht die Besserwisser, wir sollten Kommunalpolitikern vertrauen, wir sollten das Geld den Kommunen zur Verfügung stellen und darauf vertrauen, dass diese das Geld für Schulen, für Infrastruktur, für soziale Einrichtungen richtig einsetzen. Hier kann Kommunalpolitik, die häufig in Sonntagsreden beschworen wird, einmal von der Landespolitik praktisch gelebt werden.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Ich möchte abschließend sagen, dass ich hoffe, dass wir schnell zu Ergebnissen kommen, dass wir zu einer schnellen und unkomplizierten **Umsetzung** dieses Pakets kommen und dass wir dabei trotz mancher aufgeregter Debatten wie der heute Morgen, die den Auftakt der parlamentarischen Beratung geprägt haben, zu einem Miteinander kommen. Denn das, was Rainer Wiegand vorhin gesagt hat, ist völlig richtig: Es gibt erste Anzeichen einer Aufhellung. Das Weihnachtsgeschäft hat alle, insbesondere den Einzelhandel, überrascht. Man reibt sich die Augen. Der **Geschäftsklimaindex** des ifo-Instituts München ist mit einem Mal wieder positiv. In Deutschland ist es häufig so, dass man entweder himmelhoch jauchzend oder zu Tode betrübt ist. Es gibt keinen Anlass zum Defätismus oder zur Schwarzmalerei. Übernehmen wir ein großes Wort eines Politikers, von dem vorhin schon in diesem Rund gesprochen worden ist: Ja, wir können es!

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke Herrn Abgeordneten Dr. Wadephul. - Das Wort für die SPD-Fraktion hat deren Vorsitzender, Herr Abgeordneter Dr. Ralf Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Deutschland befindet sich vor der schwierigsten wirtschaftlichen Phase seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. International bedarf es einer **konzertierten Aktion** gegen den wirtschaftlichen Abschwung und für Maßnahmen, die verhindern, dass die Hauptursachen dieser Krise gleich zur nächsten führen. Deshalb muss man sich übrigens auch mit den **Ursachen** bei der Frage beschäftigen, was zu tun ist.

Wir haben eine einzigartige Situation durch die weltweite Rezession, eine tiefgreifende Finanzmarktkrise und eine Strukturkrise, zum Beispiel in der Automobilindustrie. Deutschland ist überdurchschnittlich betroffen, weil hierzulande 40 % des **Bruttosozialprodukts** vom Im- und Export abhängen - weit mehr als in Japan oder den USA. Das hat Folgen für Schleswig-Holstein, auch wenn es hier wegen unserer mittelständischen Struktur langsamer abwärts, allerdings dann auch langsamer aufwärts geht.

Für eine solche Krise gibt es keine Blaupausen und auch nicht viele kluge, das heißt praxistaugliche Ratschläge für die Politik aus Wissenschaft und Wirtschaft. Mancher von den Wirtschaftsforschern ist bei seinen Vorhersagen deutlich schlechter als die Wetterfrösche.

Gleichzeitig haben wir die große Chance für eine **Neuorientierung** der Politik in Bund, Ländern und Kommunen. Es geht um eine **neue Balance** zwischen **Markt und Staat**. Was wir brauchen, ist eine gemeinsame Kraftanstrengung statt Bürokratie und Zuständigkeitsstreit, den die Menschen leid sind. Und ja, wir brauchen auch zusätzliche Verschuldung, um den Pakt für Stabilität und Beschäftigung umzusetzen, den Frank-Walter Steinmeier vorgeschlagen und die Berliner Regierungskoalition beschlossen hat.

Die Dimension der Krise führt immerhin auch zu der Erkenntnis, dass der Staat sich einmischen muss - zumindest verbal selbst bei denen, die bisher den Staat klein geredet und klein gemacht haben. Die Zeit der **marktradikalen Politik** mit dem Ruf nach immer weniger Staat und ungezügelter Markt hat ausgedient.

(Beifall bei SPD und SSW)

Die Finanzkrise und die sich jetzt spürbar entwickelnde Konjunkturkrise zeigen deutlich, dass der Markt allein es nicht richten kann und darf. Es geht hier nicht um Staatsverherrlichung, aber **staatliche Verantwortung** ist heute mehr denn je vonnöten, demokratische Politik muss das ausgleichen, was der Markt angerichtet hat. Die immer weiter vorangetriebene Liberalisierung der Finanzmärkte, die mangelnde Binnennachfrage und die extremen internationalen Handelsungleichgewichte haben eine **labile Situation** geschaffen, die nun zusammengebrochen ist und kaum mehr Puffer bietet. Unter der leiden am meisten die Ärmsten in der Welt. Gerade die Entwicklungsländer sind am schlechtesten dran und haben deutlich mehr zu leiden als wir.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und SSW)

(Dr. Ralf Stegner)

Wir haben in **Deutschland** immerhin noch einige antizyklisch wirkende automatische **Stabilisatoren**, zum Beispiel eine gesetzliche Rentenversicherung, die Dank sozialdemokratischer Beharrlichkeit immer noch mit dem Umlageverfahren funktioniert, die gesetzlichen Krankenversicherungen und die Sparkassen. Andere, die dies nicht haben, wie zum Beispiel England, kämpfen einen ungleich schwierigeren Kampf.

Ich hoffe, dass das unselige Kapitaldeckungsverfahren für die sozialen Sicherungssysteme nun endgültig vom Tisch ist,

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

denn aus der Finanzkrise hätte eine Staats- und Demokratiekrise werden können, wenn Millionen von Rentnern um ihre Alterssicherung fürchten müssten, wenn wir den marktradikalen Vorschlägen in Sachen sozialer Sicherung gefolgt wären.

(Beifall bei SPD und SSW)

Wir müssen verhindern, dass der jetzige Abwärtstrend in eine **Depression** mündet. Uns drohen wachsende Arbeitslosigkeit und sinkende Steuereinnahmen, die zu sinkender Nachfrage führen würden. Wenn wir hier nicht **antizyklisch** gegensteuern, droht eine Abwärtsspirale mit verheerenden sozialen Folgen. Am Ende rechnet es sich immer am besten, wenn die Menschen arbeiten, Löhne haben, von denen sie Steuern und Beiträge zahlen können und keine Sozialtransfers brauchen. Das ist übrigens unser Verständnis von **sozialer Marktwirtschaft**. Das will ich hier einmal ganz deutlich sagen.

(Beifall bei der SPD)

In der jetzigen Zeit den Gürtel noch enger zu schnallen, die Sparanstrengungen zu verstärken, hieße die Krise zu verschärfen. Das trifft übrigens immer am stärksten die mit den kleinen Einkommen, die Familien und die Schwächsten, während andere in solchen Krisen sogar noch Kasse machen.

Das Konjunkturpaket wird Impulse für ein dauerhaftes und qualitatives **Wachstum** und mehr **Beschäftigung** setzen. Es bietet eine gute und sozial ausgewogene Grundlage, um **Arbeitsplätze** zu sichern, die Wirtschaft und **Binnennachfrage** zu stärken, die öffentliche **Infrastruktur** nachhaltig zu modernisieren und die **ökologische und energiepolitische Wende** zu fördern, damit auch neue Zukunftsmärkte für Deutschland erschlossen werden.

Lassen Sie mich das an zwei Beispielen deutlich machen! Erstens. Wenn ich ein **Gebäudesanierungsprogramm** mache - wie das hier vorgeschlagen wird -, dann tue ich etwas für das Handwerk vor Ort, dann Sorge ich dafür, dass die Mieter Einsparungen bei der Miete haben, die sie belastet, dann tue ich etwas für Klima und Umwelt. Das ist gut. Das ist mit das Beste, was in dem Programm drin ist.

Zweitens. Wenn wir die **Stromnetze** in **öffentliches Eigentum** überführen oder etwas dafür tun, das die Lebensadern unserer Wirtschaft nicht mehr von Atomkonzernen abhängig sind, die den Kurs vorgeben, dann ist auch das vernünftig.

(Beifall bei SPD und SSW)

Insofern, lieber Herr Kollege Hentschel: Clemens heißt ja der Gütige, ich finde, wir sollten den Mantel des Schweigens über Leute von gestern breiten, die über vorgestrige Themen reden.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU: Oh!)

Keynes hat einmal gesagt, dass man auch Flaschen mit Geldscheinen ein- und wieder ausbuddeln lassen könnte, um die Wirtschaft durch öffentliche Investitionen zu stärken. Man könnte allerdings auch sinnvoller investieren. Alles andere wäre nämlich herausgeschmissenes Geld. Das ist unsere Verantwortung. Wir brauchen keine Strohfeuer, die in einem Konjunkturzyklus verpuffen, nein, wir wollen **Werte für die Zukunft** schaffen. Die Weichen wurden dafür in Berlin gestellt, nun ist es an uns und den Kommunen, sinnvolle Prioritäten zu setzen. Dazu müssen alle Ebenen gemeinsam an einem Strang ziehen, und wir müssen so schnell wie möglich anfangen.

Mit dem **zweiten Konjunkturpaket** wird auch dank der Sozialdemokratie ein deutlicher Schwerpunkt im Bereich der **öffentlichen** und besonders kommunalen **Investitionen** gesetzt, die einen ungleich größeren Wachstumseffekt haben als zum Beispiel Steuersenkungen. Dass die **Abschaffung von Beiträgen für Kindertagesstätten** zudem einen viel größeren Entlastungseffekt für ganz normale Familien hätte, ist hier bekannt. Die SPD-Fraktion wird das in dem vereinbarten Stufenplan sicherstellen.

Unsere Schwerpunkte werden aufgegriffen: Bildung, kommunale Investitionen und energetische Sanierung - das sind die Bereiche, wo wir enormen Bedarf haben und allein aus finanziellen Gründen bisher nicht mehr gemacht haben, auch wenn wir in

(Dr. Ralf Stegner)

dem diesjährigen Haushalt hier schon deutliche Schwerpunkte gesetzt haben. Ich erinnere daran, dass das vor Kurzem noch öffentlich kritisiert worden ist.

In den nächsten Wochen müssen wir klären, wie **Land und Kommunen** in Schleswig-Holstein die über 100 Millionen € aufbringen, die wir brauchen, um die **Bundsmittel** abrufen zu können: unbürokratisch, schnell und wie verabredet im Verhältnis 75:25 zwischen Bund und Ländern und 70:30 zwischen Land und Kommunen.

Das Paket enthält aber auch den **Grundsatz „Qualifizieren statt entlassen“** und den Vorrang von Kurzarbeit vor Entlassung. Ich erwähne dies, weil das hilft, Beschäftigung zu sichern, Arbeitslosigkeit zu verhindern und Know-how zu sichern. Jetzt sind auch die ARGen gefordert, dieses noch mehr als bisher innovativ und zukunftsorientiert umzusetzen.

Das Konjunkturprogramm stärkt zusätzlich die **private Nachfrage** mit gezielten Hilfen für Familien und Menschen mit wenig Einkommen. Mit dem Konjunkturpaket helfen wir besonders **Familien mit Kindern**. Familien erhalten für jedes Kind einmalig einen Kinderbonus von 100 €. Die Regelsätze für Kinder von Arbeitslosengeld-II-Bezieherinnen und -Beziehern werden erhöht. Das war überfällig und eine langjährige Forderung der SPD-Landtagsfraktion.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und SSW)

Natürlich hätten wir uns noch mehr für die Kinder vorstellen können, aber in Koalitionen muss man nun einmal Kompromisse machen, und so wurden zumindest weitergehende Steuergeschenke für Gutverdiener verhindert.

Wir werden sehen, wohin uns das Urteil des Bundessozialgerichtes noch führen wird. Die weiteren Beschlüsse zum **Mindestlohn** - auch das füge ich hinzu -, der künftig für sechs weitere Branchen gelten soll, werden hier ebenfalls positiv wirken. Das ist - wie man bei der Zeitarbeit sieht - immer ein mühsamer Kampf für ökonomische Vernunft und soziale Gerechtigkeit, den wir Sozialdemokraten gemeinsam mit den Gewerkschaften führen.

(Beifall bei der SPD)

Die Entscheidung, den **Einkangsteuersatz** zu senken, ist im Prinzip richtig, es stellt sich aber die Frage, ob die damit verbundenen stärkeren Entlastungen gerade der höheren Einkommen nicht hätten abgeschöpft werden müssen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und SSW)

Ich möchte mich an dieser Stelle, lieber Kollege Hentschel, ausdrücklich bei den Grünen dafür bedanken, dass sie in Bremen mit der SPD und in Hamburg mit der Union durch ihre Entscheidung, das Konjunkturpaket im Bundesrat zu stützen, den **Steuersenkungsplänen** für Besserverdienende aus der Partei der Besserverdienenden die Grundlage entzogen haben. Herzlichen Dank, Herr Kollege.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe von der FDP)

Ich sage es hier ganz deutlich: Weitergehende milliardenschwere Steuerentlastungen à la FDP oder CSU gingen zulasten von Bildung und Kinderbetreuung, also der Handlungsfähigkeit öffentlicher Haushalte in Ländern und Kommunen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe von der FDP)

Außerdem sind sie verteilungspolitisch falsch, weil sie eben doch von unten nach oben hin zu denen verteilen, die nicht den Konsum ankurbeln, sondern eine besonders hohe Sparquote haben. Eine solche **Umverteilung** zu denen, die ohnehin profitieren, lehnen wir Sozialdemokraten - erst recht in schwierigen Zeiten - ab.

(Beifall bei der SPD)

Wenn schon eine **Steuerreform**, dann eine nach dem Motto, wie wir es hier vor fünf Jahren vorgeschlagen haben, nämlich mit einer anderen Besteuerung das **Gemeinwesen** zu stärken, wo es nämlich darum geht, diejenigen zu belohnen, die Arbeitsplätze sichern, die die Umwelt nicht verpesteten und etwas für Kinder tun. Das sind richtige Steuerreformen nach dem Motto, die, die mehr haben, müssen auch mehr zahlen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist auch richtig, den Beitragssatz für die Krankenkassen zu senken, auch wenn ich mir gewünscht hätte, dass wir die Rückkehr zur Parität hätten erreichen können. Das ist leider nicht gelungen.

Ich hoffe, dass die Impulse für die private Nachfrage jetzt schnell wirken und bereits konjunkturelle Impulse geben können, die naturgemäß natürlich langsamer anlaufen.

Das **kommunale Investitionsprogramm**, das auch die Gewerkschaften unterstützen, ist wichtig. Es ist übrigens das genaue Gegenteil von dem, was die virtuelle Wunschkoalition bis vor Kurzem noch an marktradikalen Patentrezepten vorgeschlagen hat. Schloss Gottorf ist übrigens ein wundervolles Mu-

(Dr. Ralf Stegner)

seum mit alten Gemälden, übrigens auch mit innovativen Ideen, wenn ich an den scheidenden Direktor Professor Guratzsch denke, manchmal aber auch mit alten Kamellen, wenn man sich zur Diskussion zukünftiger Regierungsprogramme ausgerechnet so langjährig ausgewiesene Oppositionsspezialisten einlädt.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich bin aber sicher, dass die Wählerinnen und Wähler bei der Bundestagswahl das „Was wäre, wenn“ mit ins Kalkül ziehen werden. Ich will das hier deutlich sagen: Wer mit seinen Forderungen und Inhalten bisher das unterstützt hat, was die Krise ausgelöst hat - zum Glück gibt es ja ein gutes Archiv -, ist wohl kaum dafür prädestiniert, die richtigen Antworten dafür zu haben, die entstandenen Probleme zu lösen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist leider wie bei der Kriminalitätsbekämpfung: Die Gefahr der politischen Rückfälligkeit ist trotz aller anders lautender verbaler Begründungen sehr groß.

(Beifall bei der SPD)

Es geht um die Stabilisierung der Konjunktur und um die Rettung von Arbeitsplätzen, damit hier kein Geld verpufft, sondern die richtigen Zukunftsinvestitionen auf den Weg gebracht werden. Masse allein genügt nicht. Zielgerichtet müssen die Investitionen sein.

Es sind gerade die schleswig-holsteinische SPD und die SPD-Fraktion in diesem Haus, die programmatisch seit Jahren auf die Sicherung der Handlungsfähigkeit des Staates und auf die Möglichkeit für höhere **öffentliche Investitionen** für die **Daseinsvorsorge** drängt. Ein hoher Anteil der Mittel, nämlich 70 %, wird den **Kommunen** zugute kommen, für die Investitionen in Schulen und Kindergärten und die Modernisierung kommunaler Infrastruktur. Das ist gut so; denn die Kommunen sind der größte **öffentliche Investor**. Sie sind unmittelbar an den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger dran. Sie wissen auch, was nötig ist für ihre Infrastruktur und ihre Handwerksbetriebe vor Ort. Wir müssen dafür sorgen, dass die praktischen Fragen, was Zusätzlichkeit, was Haushaltsveranschlagung, was Projektentwicklung angeht, schnell und mit wenig Bürokratie gelöst werden.

Die SPD setzt sich für starke Kommunen ein, die sorgfältig die richtigen Prioritäten setzen und sich

selbst überlegen, welchen Beitrag sie zur Stärkung der Konjunktur leisten können und dann gemeinsam mit der Landesregierung das umsetzen, was am besten ist. Gerade **finanzschwache Kommunen** sollen - das wird das Bundesprogramm vorsehen - von dem Programm profitieren. Eine Null-Prozent-Beteiligung halte ich aber nicht für sinnvoll. Da gibt es auch zusätzliche Möglichkeiten wie Zins- und Tilgungsaussetzungen bei der KfW.

Was die Gesetzesvorschläge angeht, die die Landesregierung im Februar dem Landtag zuleiten wird, empfehle ich beispielgebend die Beschlüsse aus Rheinland-Pfalz, wo eine vorzügliche und kommunalfreundliche Regelung gefunden worden ist.

Die SPD wird sich auf allen Ebenen einbringen und konstruktiv und mit Weitsicht das kommunale Investitionsprogramm in Schleswig-Holstein umsetzen helfen. Wir wollen eine zügige Abwicklung, die so unbürokratisch wie möglich ist, die aber auch darauf achtet, dass Mindestanforderungen erfüllt sind. Ich will mal an das Stichwort **Tariftreue** erinnern, für die der Kollege Schröder und andere hier so lange geworben haben. Das ist auch ein wichtiger Punkt, wichtiger denn je in diesen Zeiten übrigens. Bei der befristeten Einführung gelockerter Vergabebedingungen ist es wichtig Transparenz, Partizipationsmöglichkeiten und Gerechtigkeit nicht aus den Augen zu verlieren.

(Beifall bei SPD und SSW)

Angesichts der anstehenden Europawahl möchte ich übrigens hervorheben, wie flexibel die viel gescholtene EU hier reagiert hat und auch weiter reagieren will. Das ist doch auch mal etwas, was man loben darf, finde ich.

(Beifall bei SPD und SSW)

Zumindest jetzt hat sie erkannt, dass es sich eben nicht um das Problem einzelner Banken mit dummen Managern handelt, sondern um eine Krise des gesamten Systems des **finanzmarktgetriebenen Kapitalismus**. Ich hoffe, dass auch hier die Einsicht greift, dass eine weitergehende Deregulierung der Finanzmärkte nicht sinnvoll ist.

(Beifall bei der SPD)

Im Gegenteil, wir brauchen einen TÜV für Finanzmarktprodukte, wir brauchen mehr **Kontrolle**, und wir brauchen auch die staatliche Mitsprache, wo Steuermittel eingesetzt werden. Was wir übrigens nicht brauchen, ist die **Verstaatlichung von Betrieben**. Das ist nicht „Rüttgers Club“, sondern eher „Rotkäppchen“. Wenn ich die Banken stütze, dann erwarte ich aber auch, dass diese wieder Kre-

(Dr. Ralf Stegner)

dite vergeben und der Staat nicht auch das noch erledigen muss mit den Betrieben.

(Beifall bei SPD und SSW)

Das Beispiel der Schaeffler-Group nach dem Motto „Milliardärin will Staatsknete“ spricht Bände darüber, welche absurden Blüten diese Diskussion hier treibt.

(Beifall bei der SPD)

Wenn es uns gelingt, die Investitionen in eine sinnvolle, in eine nachhaltige Richtung zu lenken und den Abschwung abzumildern, dann ist das investierte Geld nicht verloren. Dennoch müssen wir uns um die Finanzierung Gedanken machen.

Ich finde es im Übrigen richtig, dass das **Paket** nicht über den Haushalt, sondern durch einen **Sonderfonds** abgewickelt wird, der durch einen Teil des Bundesbankgewinns und später zusätzlich durch Steuermittel getilgt werden soll. Das folgt dem Vorbild des Fonds Deutsche Einheit, in dem die Altschulden der DDR über zwei Jahrzehnte hinweg abgebaut worden sind.

Wir haben in Schleswig-Holstein einen ähnlichen Vorschlag für die Schulden der Länder gemacht, weil auch hier gilt, dass wir in einem extra Fonds klarere Rückführungsregeln finden können als in allgemeinen Haushalten. Darüber müssen wir in der **Föderalismuskommission** auch noch einmal reden.

Ich hoffe auch, dass wir bei der Finanzierung daran denken, was diese Krise verschärft hat. Wir dürfen nicht die belasten, die an der Krise nun wirklich nicht schuld sind und in den letzten Jahren immer weniger in den Taschen hatten und die alles, was sie hatten, auch ausgeben mussten, sondern wir müssen die belasten, die ohnehin nicht wussten, wohin mit ihrem Geld und die in immer risikoreichere Anlagen investiert haben.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sollten für das Ende der Krise nicht weitere Steuersenkungen versprechen, sondern diejenigen heranziehen, die mehr tragen können, zum Beispiel durch eine gerechtere **Besteuerung höherer Einkommen** und Vermögen, durch eine erweiterte **Gewerbesteuer** und auch durch das Schließen des Schlupfloches **Steueroasen**.

(Beifall bei der SPD)

Anderenfalls werden wir keinen handlungsfähigen Staat schaffen, und wie gefährlich das ist, können wir, können alle Bürger seit Monaten verfolgen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Ich kann nur sagen: Heuchler!)

Deswegen geht die angedachte Schuldenregel ohne eine Idee, wie alle Länder in die Lage versetzt werden, dass sie diese auch erfüllen können, nicht. Ich bin sehr skeptisch, was den derzeitigen Stand in der Föderalismuskommission angeht. Ich sage Ihnen: Ohne eine faire **Altschuldenregelung** wird Schleswig-Holstein nicht zustimmen können. Ich bin auch nicht sicher, ob es so glaubwürdig ist, wenn wir momentan Milliarden Schulden aufnehmen, den Bürgern dann aber sagen, wir machen jetzt eine ganz strikte Schuldenregelung, die von Gerichten überwacht wird und die in etwa fünf bis zehn Jahren anfangen kann. Das ist nicht besonders glaubwürdig; das ist schwierig. Das ist auch eine Kapitulation von Parlamenten und die Delegation von Politik an die Judikative.

(Beifall bei der SPD)

Verstehen Sie mich nicht falsch: Wir können nicht nach dem Motto verfahren: „Es kommt nicht mehr drauf an“. Wir müssen auch über Refinanzierung reden, aber das muss primär die betreffen, die den Schlamassel angerichtet haben.

Unsere Wirtschaftsordnung ist, wie sie ist. Gier ist bedauerlich, sie ist aber offenbar Teil des Systems. Es geht darum, dass wir Regeln und Gesetze schaffen, die dieser Gier erfolgreich Grenzen setzen. Das betrifft die Reits- und die Hedge-Fonds.

(Zuruf)

- Weil ich den Zwischenruf gehört habe, will ich mal sagen, weil das so töricht ist: Wir wollten die Reits- und die Hedge-Fonds eigentlich gar nicht in Schleswig-Holstein; die SPD war sowieso dagegen.

(Lachen bei der FDP)

Das, was Sie im Bundesrat gefordert haben, war, sie vollständig freizugeben. Es ist nicht zu glauben, dass Sie sich hier anmaßen, solche Vorwürfe zu erheben.

(Beifall bei der SPD)

Diejenigen, die gesagt haben, Kontrolle von Finanzmärkten sei DDR ohne Zäune - O-Ton Westerville im letzten Jahr im Deutschen Bundestag -, sind nun die Allerletzten, die Ratschläge geben dürfen, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Allerletzten!

(Dr. Ralf Stegner)

(Beifall bei der SPD)

Steueroasen, Leerverkäufe und vieles mehr, ich sage Ihnen: In Spanien, wo die Regulierung wesentlich dichter war - übrigens mit einer sozialistischen Regierung -, stehen trotz des Zusammenbruchs des Immobiliensektors die Banken recht solide da. Schauen Sie sich mal an, was die gerade an Bilanzen vorlegen!

Die SPD will deshalb schnell über langfristige Konsequenzen aus der Finanzkrise entscheiden. Soziale Marktwirtschaft ist nicht damit vereinbar, Arbeitsplätze zu streichen, Familien ins Unglück zu stürzen, damit der Börsenkurs steigt. Diese Logik muss verändert werden, und zwar grundsätzlich.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich sage das auch deshalb, weil es schon wieder viele Stimmen gibt, die sagen: Die Gewitterwolke ist vorbei, der Staat hat jetzt eingegriffen - heraushalten soll er sich auch, beteiligen an Banken ja, aber ja nicht mitreden. Übrigens, nicht einmal die Behauptung, die öffentlichen Banken seien diejenigen, die die Krise ausgelöst hätten, ist bei allen Problemen richtig. Schauen Sie sich mal an, was die Deutsche Bank zu verkünden hat, die tolle Lokomotive Nummer eins, oder andere in diesem Bereich! Nein, ich glaube, die ganze Logik muss sich ändern.

„Konjunkturprogramm“ war lange Zeit ein Unwort der deutschen Politik. Ich bin froh, dass sich das geändert hat und die Erkenntnis, dass der Markt nicht allein alles richten kann und darf, endlich um sich greift. Ich hoffe, dass die Erkenntnis länger anhält als die jetzige Krise. Gefordert ist jetzt Entschlossenheit im Handeln, damit die Bürger nicht im wahrsten Sinne des Wortes bürgen müssen mit ihren Steuergeldern für Managementversagen und für eine Haltung, die vergessen hat, dass die Wirtschaft für die Menschen da ist und nicht umgekehrt.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Dr. Stegner. - Das Wort für die FDP-Fraktion hat nun der Herr Abgeordnete Dr. Heiner Garg.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

- Sie haben zehn Minuten plus sieben Minuten, also 17 Minuten. Ich werde also erst nach 17 Minuten ermahnen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Frau Präsidentin, jetzt sind nur noch zehn Minuten drauf!)

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Am Anfang meiner Rede soll der Dank stehen, Dank, den man üblicherweise nach einem solchen Bericht kundtut. Ich möchte mich als Erstes sehr herzlich bei den Grünen bedanken. Sie haben sehr anschaulich unter Beweis gestellt, dass das, was Sie Politik nennen, was Sie jetzt aufführen, mit „Kasperletheater“ noch freundlich umschrieben ist. Im Bundesrat werden Sie für das Konjunkturpaket stimmen, obwohl Sie es für falsch halten, obwohl Sie die meisten Bestandteile ablehnen, obwohl Sie die Abwrackprämie ökologisch sehr kritisch sehen. Im Bundestag werden Sie dagegen stimmen. Liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, für diese ausgesprochen konsequente Politik danke ich Ihnen vom ganzen Herzen und fordere Sie auf: Weiter so!

(Beifall bei FDP und CDU)

Ich möchte aber auch sehr herzlich dem künftigen Oppositionsführer Ralf Stegner danken, der sich heute mit seiner Parteitagrede offensichtlich schon einmal warmgelaufen hat. Ich kann den Sozialdemokraten in Schleswig-Holstein nur Mut machen, ihn mit einem möglichst einstimmigen Ergebnis zu wählen, denn ich glaube, eine bessere Wahlkampfhilfe kann es für eine künftige bürgerliche Regierung nicht geben. Herr Stegner, auch an Sie mein herzlicher Dank für diesen Beitrag!

(Beifall bei FDP und CDU)

Ich sage auch hier: Weiter so!

(Zuruf der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Nein, Frau Birk! Sie können gern rausgehen, da Sie davon eh nichts verstehen, und einen Kaffee trinken.

(Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ihre Beiträge werden immer besser!)

Das Jahr 2009 wird eine extreme Herausforderung für Wirtschaft und Gesellschaft. Wir befinden uns nicht vor, sondern in der tiefsten und breitesten **Rezession**, die wir bewältigen müssen. Es ist keine Konjunkturkrise, sondern eine **Weltwirtschaftskrise**. Es wäre also gerade jetzt an der Zeit, grund-

(Dr. Heiner Garg)

gende strukturelle Änderungen zum Beispiel im Bereich der Wirtschaftspolitik, in der Steuerpolitik oder in der Bildungspolitik herbeizuführen.

Weil das **Konjunkturpaket** des Bundes in vielen Reden als alternativlos vorgestellt wird, will ich Ihnen ganz deutlich sagen: Ich halte dieses Konjunkturpaket des Bundes in vielen Teilen nicht für alternativlos, sondern schlicht für verantwortungslos.

(Beifall bei der FDP)

Ich will das ganz deutlich auch an Ihre Adresse, Frau Birk, sagen. Ich halte eine Abwrackprämie von 2.500 € für verantwortungslos. Ich halte einen Kinderbonus mit 100 €, der im Übrigen in völligem Missverhältnis zu 2.500 € Abwrackprämie steht, für verantwortungslos.

(Beifall bei FDP und SSW)

Ich halte es für den Gipfel der **Verantwortungslosigkeit**, ein Konstrukt wie der Gesundheitsfonds, das Sie mitgeschaffen haben, der den Krankenkassenbeitrag der gesetzlichen Krankenversicherung in schwindelerregende, noch nie gekannte Höhen getrieben hat, jetzt mit Steuermitteln ein wenig zu senken und das als Konjunkturprogramm zu verkaufen. Das ist dumm, und das ist verantwortungslos.

(Beifall bei FDP und SSW)

Das ist eigentlich die größte Volksverdummung, die ich mir vorstellen kann.

(Zuruf der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Frau Birk, noch einmal: Der Kaffee wartet!

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Herr Dr. Garg, ich bitte Sie, sich zu mäßigen und nicht zu entscheiden, wer hier draußen und hier drinnen ist.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Unglaublich! - Weitere Zurufe von der FDP)

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Frau Präsidentin, ganz locker - es war lediglich eine Anregung.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

- Herr Oppositionsführer, lieber Kollege Kubicki, ich merke mir das: Ich werde in Zukunft keine Kollegin mehr zum Kaffee bitten.

Zentrale Frage ist doch: Meistert man eine Krise, die durch gigantische **Schulden** ausgelöst wurde? Ich will mich einmal auf das besinnen, was die **Ursache** der Krise ist.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ihre Ideologie ist die Ursache!)

- Dass wir so wichtig sind, ist schön, Herr Hentschel! - Meistern wir eine Krise, die durch gigantische Schulden ausgelöst wurde, wirklich dadurch, dass wir noch mehr Schulden machen? Meistert man dadurch diese Krise wirklich? - Ich glaube, mit Sicherheit nicht.

Die vereinbarte **Schuldenbremse**, die hier auch schon ins Gespräch gebracht wurde, ist wohl eher ein symbolischer Akt. Wenn sie überhaupt kommt, soll sie eher in der übernächsten Legislaturperiode des Bundestags greifen. Das ist ein Grund, aus dem verantwortungsvolle Unionspolitiker genannt wurden. Ich halte es für verantwortungsvoll, dass sich unter anderem der Landesgruppenchef der Union in Schleswig-Holstein, Ole Schröder, bei einer Abstimmung in der Unionsfraktion enthalten hat und ganz klar gemacht hat: Wenn diese Schuldenbremse nicht, und zwar gleich mit dem Konjunkturpaket kommt, wenn wir hier nicht einen klaren Riegel vorschieben, können wir dem Konjunkturpaket nicht zustimmen. Das ist verantwortungsvolle Politik, meine Damen und Herren!

(Beifall bei FDP und CDU)

Zu der Lehrstunde - ich habe bei Ihrer sehr genau zugehört, Herr Dr. Stegner - über **antizyklische Politik** habe ich in den letzten zehn Jahren meiner Parlamentszugehörigkeit Folgendes gelernt: Antizyklische Politik á la Stegner heißt, der Staat gibt in guten Zeiten mehr Geld aus, als er eigentlich hat, und häuft Schulden auf, und in schlechten Zeiten gibt er noch mehr Geld aus, das er nicht hat, und häuft noch mehr Schulden auf und löst dadurch die nächste scharfe Krise aus, weil er so viele Schulden aufgehäuft hat.

(Beifall bei der FDP)

Nur vor dem Hintergrund, dass Herr Stegner das als antizyklische Politik verkauft, kann man erklären, dass er sich ernsthaft hier hinstellt und sagt, er habe dafür gesorgt, dass der Staat handlungsfähig geblieben ist. Vor diesem Hintergrund kann man nur den Kopf schütteln, Herr Stegner, und sagen: Nehmen Sie sich ein makroökonomisches Lehrbuch zur Hand und lesen Sie nach, was antizyklische Politik wirklich bedeutet!

(Beifall bei der FDP)

(Dr. Heiner Garg)

Die **Krise** werden wir auch nicht dadurch überwinden, dass ein Land, dessen Wohlstand zu über 60 % auf **Exportleistungen** fußt, auf einmal zunehmend **protektionistische Maßnahmen** berät und beschließen lässt. Jedes neue Handelsabkommen zum Beispiel mit der Volksrepublik China sichert mehr Arbeitsplätze und schafft mehr Wohlstand als dieses Sammelsurium, das uns insgesamt als Konjunkturpaket verkauft werden soll. Jede **Reform des Steuerrechts** mit dem Ziel, es einfacher, gerechter und mit geringeren Steuersätzen zu machen, ist wirkungsvoller und schafft mehr Wohlstand und Arbeitsplätze als dieses Sammelsurium.

(Beifall bei der FDP)

Herr Kollege Hentschel, Sie liegen völlig falsch in Ihrer Präsentation der Vorstellung vom neuen amerikanischen Präsidenten.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Der Kernpunkt des Obama-Paketes besteht darin, den Mittelstand massiv durch Steuersenkungen zu entlasten.

(Beifall bei FDP und CDU)

Ich kann überhaupt nicht verstehen - das muss an einer Desinformation liegen, die Ihnen zugetragen wurde, oder Sie behaupten hier absichtlich etwas Falsches - -

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Er kann kein Englisch! - Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Herr Hentschel, Sie sollten sich ernsthaft mit dem Konjunkturprogramm von Obama auseinandersetzen und daraus Lehren ziehen!

(Beifall bei FDP und CDU)

Ich erinnere an die Aktuelle Stunde und die Beiträge zur Großen Anfrage zur Finanzierbarkeit von Verkehrsproblemen von gestern. Ich sage völlig unbeeindruckt von dieser schrill vorgetragenen Kritik an unserem System der sozialen Marktwirtschaft ganz klar: Wir brauchen zur Bewältigung der Krise nicht mehr Staat, der als Unternehmer auftritt, sondern wir brauchen mehr Markt, der klare Spielregeln braucht, die kontrolliert und in dem Fall, dass gegen diese Spielregeln verstoßen wird, konsequent sanktioniert wird.

(Beifall bei FDP und CDU)

Das ist das, was wir brauchen. Ich höre beispielsweise, dass der Kollege Hentschel als Antwort auf die Finanzkrise fordert, die Ratingagenturen zu ver-

staatlichen. Ich stelle mir vor, jeder Landtag entsendet Abgeordnete, die in Zukunft über das Rating von Banken entscheiden. Wenn das die Antwort ist, haben wir wirklich eine Staatskrise.

(Beifall bei FDP und CDU)

Ich bin dem Fraktionsvorsitzenden der CDU ausgesprochen dankbar. Es geht darum, das Fundament für Wachstum und für Wohlstand zu sichern. Dieses Fundament ist unsere **soziale Marktwirtschaft**. Es ist das Erfolgsrezept der letzten 60 Jahre, das so vielen Menschen zu Wohlstand verholfen hat. Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Hentschel, es waren Ihre sogenannten marktradikalen, neoliberalen und konservativen Politiker, die diesem Konzept und dieser Philosophie zum Tragen verholfen haben, und nicht irgendwelche Grünen, die dann irgendwann in die Parlamente kamen. An dieser Stelle wäre also tatsächlich etwas Mäßigung angebracht.

Was in dieser Krise Sinn macht, ist, dass **Investitionen**, die ohnehin dringend erforderlich sind, vorgezogen werden.

Ich will aber auch eines sagen, und zwar auch kritisch an diejenigen gerichtet, die jetzt hier Regierungsverantwortung tragen, und vor allem an diejenigen, die sie vor dem Jahr 2005 hier getragen haben: Es ist ein absolutes Armutszeugnis, dass sich jetzt jeder darüber freut, dass **Sanierungsstau** abgebaut werden kann, dass **Investitionsstau** beseitigt werden kann, weil wir jetzt die größte Wirtschaftskrise überhaupt haben und es endlich ein bisschen Geld zu geben scheint - im Übrigen auch schuldenfinanziert -, um Investitionsstau abzubauen. Ich warne eindringlich davor, in der öffentlichen Kommunikation diesen Eindruck weiter zu verfestigen. Er ist nämlich eher peinlich sowohl für die Vorgängerregierung als auch für die Große Koalition.

(Beifall bei der FDP)

Gleichwohl haben wir als Landespolitiker die Pflicht - -

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] unterhält sich mit Vizepräsidentin Ingrid Franzen)

- Herr Kollege Hentschel, das stört. Frau Präsidentin, es wäre ganz nett, wenn das unterbliebe.

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Wir machen das leise; es ist in Ordnung. Entschuldigung.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! **Investitionen** in die Verkehrsinfrastruktur, in die Bildungsinfrastruktur, in die energetische Sanierung von Gebäuden und in die Ausstattung des ländlichen Raums oder zur besseren Versorgung mit Breitbandinternet machen Sinn. Insofern ist der interfraktionelle Antrag, der heute hier beschlossen werden soll, konsequent.

Ich sage eines aber auch ganz deutlich: Die amtierende Ministerpräsidentin, die stellvertretende Ministerpräsidentin, und der Landesvorsitzende der SPD haben sich letzte Woche vor die Presse gesetzt und mehr Tempo bei den Investitionen gefordert. Da sage ich nur: Sie hätten das höhere Tempo haben können. Einen gleichlautenden Antrag hat meine Fraktion bereits Ende November eingebracht; Sie hätten ihm bloß zustimmen müssen.

(Beifall bei der FDP)

Dann hätten Sie das höhere Tempo, das Sie in Ihrem grandiosen Presseauftritt eingefordert haben, schon gehabt. Allerdings, liebe Kolleginnen und Kollegen, mit dem Tempo wird es wohl ohnehin nicht so sehr was werden, denn es ist mittlerweile ein offener Streit zwischen Union und SPD über die **Mittelverteilung** entbrannt. Und nicht nur zwischen den beiden Großkoalitionären ist der Streit entbrannt, auch innerhalb der Sozialdemokratie gibt es offensichtlich sehr merkwürdige Differenzen, wofür und wie dieses Geld verteilt werden soll.

Ich will einmal die Stellvertreterin von Herrn Stegner zitieren, die im „Ostholsteiner Anzeiger“ schreibt:

„Zwar sind zwei Drittel des Geldes für Bildung vorgesehen.“

Neue Fachräume oder Anbauten seien eigentlich nicht förderfähig, sagt Hagedorn.

Dann will ich einmal aus dem Schreiben der stellvertretenden Ministerpräsidentin und Bildungsministerin vom 15. Januar 2009 zitieren:

„Im Rahmen des von der Bundesregierung beschlossenen zweiten Konjunkturprogramms werden auch Investitionen in die schulische Infrastruktur besonders gefördert werden. Hierbei geht es nach dem derzeitigen Kenntnisstand um Neubau, Erweiterung, Umbau, Sanierung und Modernisierung von Schulen.“

Liebe Landesregierung, ich erwarte an der Stelle Aufklärung: Können Schulen jetzt neu gebaut wer-

den? Können Umbauten finanziert werden? Können Anbauten und Modernisierung finanziert werden, wie die Kultusministerin behauptet? Oder hat Frau Hagedorn recht, dass das alles nicht förderfähig sei? Und die Kommunen warnen davor, solche Projekte anzumelden? Also auch hier Kakophonie innerhalb der Großen Koalition, Verwirrung und kein Konjunkturprogramm.

(Beifall bei der FDP)

Völlig unklar ist bis zum heutigen Zeitpunkt, was wo investiert werden soll. Völlig unklar ist der **Finanzierungsanteil** des Landes und der Kommunen und wie diese Anteile aufgeteilt werden sollen. Es ist nach wie vor unklar, wer über die Sanierung tatsächlich entscheiden soll - die Kommune, der Kreis oder das Land. Ich will Ihnen ganz deutlich sagen: An dieser Stelle macht die Große Koalition in der Krise keine gute Figur. Ganz anders in Niedersachsen. Bei den so viel gescholtenen Konservativen und Liberalen in Hannover ist man sich einig über die Projekte, ist sich einig über die Finanzierung, und man beginnt bereits mit der Auftragsvergabe.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Hier könnten sich vielleicht einmal in der Restlaufzeit der Großen Koalition Union und SPD zum Wohle des Landes dafür entscheiden.

Aus der Krise kommen wir durch Kreativität, durch Innovation und durch intellektuelle und oft auch physische Mehrarbeit. Aus der Krise kommen wir bestimmt nicht mit einer Mentalität, es den Staat oder Leuten wie Herrn Stegner machen zu lassen. Die Krise wird von denjenigen gemeistert, die uns auch in der Vergangenheit durch Krisen gebracht haben, nämlich tüchtige, einfallreiche, fleißige Menschen, die die Ärmel hochkrepeln und denen wir etwas zutrauen müssen und für die wir die Rahmenbedingungen schaffen müssen, dass sie sich selbst etwas zutrauen. Dieses ganze Gerede, diese sogenannte Kapitalismuskritik: Irgendwie bin ich immer peinlich davon berührt, wenn ein System, das uns so großen Wohlstand wie kein anderes zuvor beschert hat, in dieser Art und Weise kaputtgeredet wird.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Bevor ich in der Reihenfolge der Redner fortfahre, darf ich auf der Besuchertribüne sehr herzlich Schülerinnen und Schüler der Freien Waldorfschule

(Vizepräsidentin Ingrid Franzen)

aus Neumünster, Schülerinnen und Schüler der Realschule Ramskamp aus Elmshorn und die Kursteilnehmer der Fortbildungsakademie der Wirtschaft mit den begleitenden Lehrkräften sehr herzlich willkommen heißen.

(Beifall)

Das Wort für den SSW im Landtag erhält nun deren Vorsitzende, die Abgeordnete Anke Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch die heutige Debatte hat gezeigt: Es ist wenig beruhigend, dass wir gerade in ein Krisenjahr schliddern, während Deutschland nicht nur eine Große Koalition am Ruder hat, sondern auch noch zahlreiche Wahlen bevorstehen. Es ist bezeichnend, dass die erste Reaktion auf die Finanzkrise der Erlass der Kfz-Steuer für Neuwagen war. Kein Mensch kauft sich ein neues Auto, weil er 300 € Kfz-Steuern weniger bezahlt. Für den Staat werden hier aber allein in diesem Jahr 400 Millionen € verpulvert. Diese kopflose Glanzleistung der Berliner Koalition war Teil des ersten Konjunkturpakets, das viel zu klein war, um wirklich etwas zu bewegen. Nun folgt das **Konjunkturpaket II**, das auch mehr als Kompromiss denn als konsistente Lösung daherkommt.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

CDU, SPD und CSU haben jeder in ihre Richtung gezogen, und die Richtungsentscheidung heißt, dass die Große Koalition in alle Richtungen geht. Dieses Muster kennen wir auch nur allzu gut hier in Schleswig-Holstein: Wenn man sich nicht einigen kann, dann macht man eben ein bisschen von jedem. Diesem elastischen Strickmuster folgend enthält das Konjunkturprogramm II zwar gute Punkte, aber auch einige Punkte, die nicht unsere Unterstützung finden. Ich möchte nicht verhehlen, dass besonders die angekündigten **Steuererleichterungen** mich skeptisch stimmen. Natürlich gönnen wir allen Bürgerinnen und Bürgern mehr Geld in der Tasche. Die beschlossenen Steuererleichterungen für alle Einkommensgruppen bedeuten aber in den meisten Fällen nicht mehr als 10 bis 20 € pro Monat. Ob dies jetzt wirklich hilft, die Konjunktur wirksam anzukurbeln, darf bezweifelt werden.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In die richtige Richtung hingegen weist die Anhebung der **Hartz-IV-Regelsätze** für 6- bis 13-Jähri-

ge. Auch für die Erwachsenen wäre eine Erhöhung der monatlichen Sätze des **Arbeitslosengeldes II** sowohl verteilungspolitisch als auch konjunkturpolitisch am Platz gewesen.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da kann ich mir nicht die Bemerkung verkneifen, lieber Kollege Garg: Wir können uns gern über Kapitalismus unterhalten, wir können uns gern über soziale Marktwirtschaft unterhalten, aber die soziale Marktwirtschaft, wie wir sie in Deutschland haben, ist nicht dazu imstande gewesen, die Kluft zwischen Arm und Reich wirklich auszugleichen.

(Zurufe von CDU und FDP: Oh, oh!)

Denn eine noch **gezieltere Entlastung von Niedrigeinkommen** wäre konjunkturwirksamer gewesen als die Steuerentlastung für alle.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dann wäre man ganz sicher, dass der Zuwachs des Nettoeinkommens auch in den Konsum geht. So aber bleibt abzuwarten, wie sehr die geänderten Steuersätze sich auch in der Binnennachfrage niederschlagen.

Auch die Wirkung der anderen Entlastungen ist nicht optimal. Natürlich sind 100 € **Einmalzahlung für Kinder** immerhin 100 € und kein Pappentier. Aber viele andere angebliche Wohltaten sind eher hypothetisch.

Die **Senkung der Krankenkassenbeiträge** zum 1. Juli entspricht gerade einmal der Erhöhung, die wir zum 1. Januar bekommen haben. Wenn die Große Koalition von einer großen Entlastung der Familien spricht, dann ist das Augenschwermerei.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Entlastung fällt zu gering aus, um jetzt massenhaften Wohlstand auszulösen.

Hinzu kommt, dass die **Steuerentlastung** für das erste Halbjahr 2009 erst im Juli ausgezahlt werden soll. Gerade die Tatsache, dass die meisten Maßnahmen erst im **zweiten Halbjahr 2009** wirksam werden, nährt den Verdacht, dass es hier vielmehr um Wahlgeschenke kurz vor der Bundestagswahl geht. Es kann aber nicht wahr sein, dass CDU und SPD diese schlimme Krise nutzen, um für sich noch Vorteile herauszuholen. Denn eines muss uns klar sein: Das, was jetzt an Steuern und Abgaben mehr

(Anke Spoorendonk)

bei den Bürgern bleibt, steht zukünftig weniger für Bildung, Soziales oder Gesundheit zur Verfügung.

Deshalb bleibe ich dabei: Das wichtigste und beste Mittel gegen die Krise sind **öffentliche Investitionen**. Die Sanierung von Schulen und anderer Infrastruktur sorgen für Arbeit und Umsatz, kommen allen Bürgern zugute, und sie müssen irgendwann ohnehin getan werden. Das Deutsche Institut für Urbanistik schätzt den Investitionsstau bei Kommunen auf rund 75 Milliarden €, davon allein 6 Milliarden € bei den Schulen und 30,9 Milliarden € bei Straßen.

Gerade dieser Teil des zweiten Konjunkturpakets ist die größte Herausforderung für das Land, denn wir entscheiden mit, wie es in Schleswig-Holstein umgesetzt wird. Jetzt kommt es darauf an, dass die **Landesverwaltung** in Zusammenarbeit mit den **Kommunen** die Gelder schnell und flexibel in die Taschen von Handwerkern, Unternehmern und Arbeitnehmern transportiert, natürlich für eine entsprechende Gegenleistung.

Entscheidend ist vor allem die Frage, wie die insgesamt mehr als 400 Milliarden € auf das Land verteilt werden. Ich bin froh, dass die CDU schon signalisiert hat, dass kein Windhundverfahren gewählt werden wird, bei dem die schnellsten Antragsteller die Gelder abgreifen können. Viele Windhunde sind schon längst losgelaufen, aber der kommunale Dackel muss auch eine Chance haben.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb muss es eine andere Art der Verteilung geben.

Die jetzt ins Spiel gebrachte **Investitionspauschale** für **alle Kommunen**, wie sie in Niedersachsen vorgesehen ist, halten wir allerdings auch nicht für den richtigen Weg. Würden die gesamten Gelder per Einwohnerquote verteilt und die Projekte in jeder Gemeinde beschlossen, dann ginge es nicht mehr nach der Qualität der Projekte, und dann hätten die freien Träger auch schlechte Karten. Ihre Angebote stehen nicht selten in Konkurrenz zu öffentlichen Institutionen und würden bei einer Prioritätensetzung vor Ort keine Chance haben. Deshalb erwarten wir von der Landesregierung eine Regelung, die Einrichtungen in Trägerschaft der ADS, des Dänischen Schulvereins, oder der AWO ebenso berücksichtigt wie öffentliche Einrichtungen. Ich muss es leider so deutlich sagen, weil mindestens ein Landrat schon zu verstehen gegeben hat, dass er nicht daran denkt.

Insgesamt erscheint uns eine **Kombination** aus **Pauschalen und Antragsverfahren** der beste Weg zu sein, um die Gelder in Schleswig-Holstein zu verteilen. Wenn jedes Kreisgebiet pauschal eine Summe zur Verfügung bekommt, die sich nach der Schüler- beziehungsweise Einwohnerzahl des Kreises errechnet, und innerhalb dieses Bereiches dann ein Antragsverfahren durchführt, wäre die Ausgewogenheit der Förderung gewährleistet.

Noch einmal: Wir erwarten, dass die Schülerzahlen auch freie Schulen umfassen und diese ebenso gefördert werden.

Außerdem liegt es in der Hand des Landes zu definieren, was eine **finanzschwache Kommune** ist und wie ihr geholfen wird. Der SSW erwartet, dass das Land klammen Kommunen unter die Arme greift, wenn sie nicht die entsprechende Kofinanzierung aufbringen können, im Extremfall bis hin zum vollständigen Verzicht auf kommunale Eigenmittel. Ansonsten verstärken wir nur die Probleme, die vor Ort bestehen.

Wer heute kein Geld für Investitionen hat, hat es nach dem Konjunkturprogramm schon gar nicht. Denn die beiden Konjunkturpakete werden zu deutlichen **Mindereinnahmen** bei der **Gewerbsteuer** und **Einkommensteuer** führen. Dem Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung zufolge werden diese **Steuermindereinnahmen** bundesweit 1,9 Milliarden € 2009 und 2,7 Milliarden € 2010 betragen. Dies sind bis zu 30 % der zusätzlichen Investitionsmittel, die durch das Konjunkturprogramm II zur Verfügung gestellt werden. Auch aus diesem Grund hätten wir uns beim Konjunkturpaket ein stärkeres Primat der öffentlichen Investitionen gewünscht. Deshalb dürfen arme Kommunen nicht ausgeschlossen werden.

(Beifall beim SSW)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, noch eines muss klar sein: Das Land darf natürlich nicht als Nächstes wieder in den **kommunalen Finanzausgleich** eingreifen, wenn die finanziellen Folgen der Rezession und der Konjunkturpakete ihre volle Wirkung für den Landeshaushalt entfalten. Dann wären wir konjunkturpolitisch gesehen nämlich völlig gleich weit.

(Beifall beim SSW)

Der **Bund** hat eine Reihe von Bereichen vorgegeben, innerhalb derer die Investitionsmittel ausgegeben werden dürfen. Das **Land** hat die Möglichkeit, innerhalb dieser Grenzen **Schwerpunkte** zu setzen. Dabei muss es darum gehen, solche Bereiche und

(Anke Spoorendonk)

Maßnahmen auszuwählen, die nachhaltig sind, also auch in den kommenden Jahren nachwirken und weiteres Wachstum und Beschäftigung auslösen. Wir halten vor allem Investitionen in die Energieeffizienz von öffentlichen Gebäuden für sinnvoll, weil diese einen Multiplikatoreffekt haben. Sie sind nicht nur ein Beitrag zum Klimaschutz, sondern sparen auch Energieausgaben und können zukunfts-feste, neue Arbeitsplätze in der regionalen Wirtschaft schaffen.

(Beifall beim SSW)

Die Sanierung und der Neubau von Schulgebäuden sind nicht nur angesichts des maroden Zustands vieler Schulen notwendig, sondern sinnvoll in einer Zeit, in der sich die Schulstrukturen im Land ändern.

Auch die stärkere Fokussierung auf den **ländlichen Raum**, die nicht nur die flächendeckende Ausstattung mit Breitband-Internetverbindungen umfasst, sondern auch die von der CDU angesprochene Förderung von anderer Infrastruktur und der Wirtschaft, ist richtig. Was allerdings nicht sein kann, ist, dass die Maßnahmen gezielt eingesetzt werden, um bestimmte Schulformen zu fördern, wie es der Kollege Wadephul am Wochenende vorgeschlagen hat. Eine so stark parteipolitisch geleitete Investitionsförderung lehnen wir ab. Dies gilt ebenso für die grüne Verteufelung des kommunalen Straßenbaus.

Trotz aller Angst vor einer Rezession muss die Politik auch an übermorgen denken. Eines ist sicher: Wenn die enormen Summen zur Konjunkturförderung ausgegeben und die Krise hoffentlich überwunden ist, wird der Staat für lange Jahre kaum Geld für solche notwendigen Maßnahmen mehr haben. Es ist das Mindeste, dass die gepumpten Milliarden für die Stabilisierung der Konjunktur jetzt mit Vernunft ausgegeben werden und nicht nur mit dem kurzfristigen Blick auf Wahlen. Es ist gut, dass die großen Parteien mittlerweile aus ihrer neoliberalen Phase herausgewachsen sind

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und die Erkenntnis gewonnen haben, dass **antizyklische Impulse** immer noch ein legitimes Instrument der Wirtschafts- und Finanzpolitik sind. Der SSW begrüßt vor allem, dass nun die berechtigte Frage nach den Grenzen des Wettbewerbs gestellt wird. In Verbindung mit dem Zukunftsinvestitionsgesetz sollen **neue Schwellenwerte** bei der **Vergabe öffentlicher Aufträge** gelten. Die Ausschreibung von Teillosen, die freihändige Vergabe bis zu 100.000 € und die begrenzte Ausschreibung bei

Bauleistungen bis zu 1 Million € tragen dazu bei, dass die Gelder wirklich in der Region ausgegeben und verdient werden können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Landesregierung kann aber auch selbst und unabhängig vom Bundesprogramm mehr dafür tun. Sie kann und muss dafür sorgen, dass diejenigen Schleswig-Holsteiner, die sich diese Gelder mit ihrer Hände Arbeit verdienen, gerecht bezahlt werden. Wer unsere Schulen und Straßen renoviert, soll dafür einen ordentlichen **Lohn** erhalten.

Deshalb fordern wir die Landesregierung auf, endlich eine Nachfolgelösung für das **Tariftreuegesetz** zu finden. Der SSW hat einen Weg aufgezeigt, wie dies mit Allgemeinverbindlichkeitserklärungen EU-konform geregelt werden kann. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Große Koalition, ziert euch nicht länger und lauft endlich diese offene Tür ein! Das ist wirklich im Interesse des Landes.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In noch einem Punkt ist das Konjunkturprogramm II zumindest grundsätzlich zukunftsweisend: Wir begrüßen die Ausrichtung auf **ökologische Fragen**. Ich habe es schon einmal gesagt: Gerade hier liegt eine Chance, etwas für den Klimaschutz zu tun, Energie zu sparen, zukunfts-feste, neue Arbeitsplätze zu schaffen und die regionale Wirtschaft zu fördern. Deshalb ist es gut, dass die energetische Sanierung im Programm hervorgehoben wird. Leider kommt der Umweltschutz in anderen Teilen aber zu kurz. Wer ein zehn Jahre altes Auto verschrottet, das woanders noch Hunderttausende von Kilometern laufen könnte, tut nichts für die Gesamtökobilanz, sondern zuerst etwas für den Autohandel. Deshalb ist die **Kopfprämie für Alautos** wirklich absolut unsinnig.

(Beifall beim SSW)

Im Übrigen mutet es skurril an, dass Autohändler schon mit der Prämie werben und Bürger schon mit ihrem Auto vor der Schrottpresse stehen, bevor sich der Gesetzgeber überhaupt in erster Lesung mit der Sache befasst hat. Die Bundesregierung und ihre Parlamentarier tun so, als sei der Kabinettsbeschluss von vorgestern schon die dritte Lesung gewesen. Auch das ist typisch Große Koalition und schwächt die Bedeutung und das Ansehen des Parlaments.

Nachdem zu lange gezögert wurde, will man jetzt offensichtlich um jeden Preis Taten zeigen. Das Zaudern der Bundesregierung und das Hickhack

(Anke Spoorendonk)

von CDU, SPD und CSU um die Konjunkturprogramme haben wieder einmal gezeigt, dass es diesem Land an einer Regierung mit klaren Vorstellungen und klaren Zielen fehlt.

Auch das Superwahljahr wird wohl eher den blinden Aktionismus und die politische Kosmetik befördern. Das sieht man schon daran, wie sehr sich manche plötzlich um ein neues Profil bemühen. Nachdem Bundeskanzlerin Merkel jahrelang innenpolitisch gezögert hat, will sie sich nun als große Macherin darstellen. Auch Kanzlerkandidat Steinmeier, der als Ex-Kanzleramtsminister eine wesentliche Verantwortung für die Hartz-Reformen trägt, entdeckt nun plötzlich seine sozialromantische Ader. Liebe Kolleginnen und Kollegen, eine solche Politik, die sich nach dem Wahlkalender richtet, ist unglaublich unwürdig.

(Beifall beim SSW)

Nicht besser ist allerdings die Reaktion auf die Finanzkrise hierzulande beziehungsweise eher die Nichtreaktion. Viele fragen zu Recht, weshalb sie in dieser Debatte so viel von anderen CDU-Länderchefs, aber kaum etwas von Peter Harry Carstensen gehört haben. Der Ministerpräsident hat sich vier Jahre lang kreuz und quer durchs Land gelacht und keine Gelegenheit zur Selbstdarstellung ausgelassen. Zum Thema Wirtschaftskrise ist er aber von Anbeginn an abgetaucht.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Er begnügt sich damit, die Ankündigungen aus Berlin zu bejubeln, scheint aber ansonsten keine eigene Meinung, geschweige denn eigene Ideen gehabt zu haben.

(Beifall beim SSW)

Schleswig-Holstein braucht also mehr denn je eine Regierung, die bei einem ernsthaften politischen Thema ebenso tatkräftig anpacken kann, wie Peter Harry Carstensen bei jedem Drachenbootrennen in Schleswig-Holstein - -

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

- Habe ich das gesagt, lieber Kollege? Ich spreche von einer tatkräftigen Regierung. Das ist ein Ziel, und dabei können wir uns anscheinend einigen.

(Beifall bei der FDP)

Auch die Diskussion um die HSH Nordbank - -

(Zuruf)

- Die FDP ist derzeit so sehr auf sich selbst fixiert, dass es fast narzisstisch ist. Ich möchte deshalb darum bitten, dass man auch einmal woanders hinschaut.

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei der SPD)

Die Diskussion um die **HSH Nordbank** müsste eigentlich allen gezeigt haben, dass sich mit Arroganz oder Jovialität allein keine Krise bremsen lässt.

Der SSW unterstützt einige Maßnahmen des Konjunkturprogramms II und steht anderen skeptisch gegenüber. Man könnte natürlich sagen, dass für jeden etwas dabei ist. Dies bedeutet aber auch, dass die verschiedenen Möglichkeiten nicht optimal ausgeschöpft werden können, weil begrenzte Mittel auf eine Vielzahl von Maßnahmen verteilt werden müssen. Es bleibt spannend, liebe Kolleginnen und Kollegen, ob eine solche Konjunkturpolitik mit der Schrotflinte wirklich optimal durchschlagen kann; denn es ist fraglich, ob die einzelnen Maßnahmen richtig dimensioniert und auch effektiv genug sind.

Hinzu kommt, dass viele Punkte des Gesamtpakets erst mit Verzögerung umgesetzt werden und daher nicht rechtzeitig greifen, um den Abschwung zu bremsen. Die Große Koalition im Bund hat aber in ihrer großen Weisheit so entschieden, und so soll es dann auch sein, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Bundestag wird dieses Paket kritiklos verabschieden. Das ist ein offenes Geheimnis. Insofern bleibt uns nur, das Beste daraus zu machen, denn ein Konjunkturpaket III kann sich Deutschland mit Sicherheit nicht leisten.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Dr. Ralf Stegner das Wort.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Anke Spoorendonk, kein Mensch hat die Idee, im Zusammenhang mit dem Konjunkturprogramm an den KFA heranzugehen. Das möchte ich an dieser Stelle ausdrücklich sagen. Pläne solcher Art gibt es in der Großen Koalition nicht. Ich hoffe, solche Pläne hat auch niemand anders in diesem Haus.

(Dr. Ralf Stegner)

Es ist noch ein bisschen Zeit erforderlich, um sich ein bisschen mit der großartigen Rede von Herrn Dr. Garg zu beschäftigen. Das hat sich wirklich gelohnt.

(Beifall bei der FDP)

Er hat argumentiert wie der stellvertretende Hauptgeschäftsführer der Deutschen Banken. Er hat nämlich gesagt, schuld an der Krise sei nicht die Wirtschaft, sondern die Politik. Da reibt man sich die Augen. Er begründet dies damit, dass wir Lehman Brothers pleite gehen lassen hätten und dass es nicht genug Finanzkontrolle gegeben hätte. Das finde ich spannend. Ich vermisse aber so ein bisschen die Belege dafür, dass früher Finanzkontrolle gefordert worden ist, und zwar sowohl von den Banken als auch von der FDP.

Sie haben dann von Mäßigung gesprochen, und dann haben Sie sich mit Barack Obama beschäftigt. Das tun in diesen Zeiten viele. Sie haben sehr sachkundige Ausführungen gemacht. Ich weiß gar nicht, ob Sie zur Kenntnis genommen haben, was die Position von Barack Obama zum Thema Mindestlohn, zum Thema Steuern auf Vermögen und große Erbschaften, zum Thema Politik für die Mehrheit der Bevölkerung oder zum Thema Finanzkontrolle ist. Herr Kollege, wenn Sie das zur Kenntnis genommen hätten, dann hätten Sie vielleicht nicht so geredet.

Es lief so ein bisschen nach dem Motto: Fragen Sie Herrn Dr. Garg, wie wir aus der Krise herauskommen. Ich habe Verständnis dafür. Wenn man den Weltökonom aus Strande zum Chef hat, der alles weiß und alles kann, dann ist es natürlich verführerisch, hier so aufzutreten, als sei man zumindest Weltwirtschaftsgehilfe, und hier politisch zu hyperventilieren.

(Heiterkeit bei der SPD)

Lieber Herr Kollege, ich muss Ihnen aber sagen: Wenn Sie hier so reden, wie Sie gerade geredet haben, und sagen, dass wir aus der Krise herauskommen, indem wir die Steuern senken, dann kann ich dazu nur sagen, dass der alte Spruch gilt: Trotz aller Reden von Herrn Garg, getretener Quark wird breit nicht stark.

(Beifall bei SPD und SSW)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Das Wort hat nun der Herr Abgeordnete Karl-Martin Hentschel.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Auch ich war nach der Rede von Herrn Dr. Garg ausgesprochen verwirrt. Ich wusste nicht, was er nun eigentlich will.

(Zuruf von der FDP: Vorher oder nachher?)

Sie haben gesagt, Sie seien für die Marktwirtschaft. Das sind wir wohl alle. Dann haben Sie gesagt, dass Sie auch für Regulierung seien. Sie seien aber dagegen, dass der Staat das macht. Dann frage ich mich natürlich, wer denn das nun regulieren soll.

Das Problem der Finanzmarktkrise, das nun offensichtlich wird - das wird nicht nur in Deutschland, sondern weltweit so diskutiert -, ist, dass die **Regulierungen** bei den **internationalen Finanzmarkttransaktionen** nicht ausreichend waren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Jetzt geht es darum, darüber zu diskutieren, welche Instrumentarien angebracht sind, um die internationalen Finanzströme so zu regulieren, dass wir nicht wieder in solche Krisen kommen. Das Gleiche gilt natürlich auch in den USA für die Frage der Immobilienmärkte. Auch dort haben offensichtlich die Kontrollen nicht ausgereicht.

Was im Übrigen nicht funktioniert hat, ist die Arbeit der Ratingagenturen. Obama und auch andere haben davon geredet, dass die Ratingagenturen offensichtlich zu sehr mit den Kreditinstituten verschmolzen sind. Sie werden von den Kreditinstituten bezahlt, sollen sie aber kontrollieren. Das ist ein Fehlmechanismus.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb brauchen wir eine staatliche Kontrolle beziehungsweise eine Verstaatlichung der Ratingagenturen. Das kann allerdings nur international geschehen. Alle Ökonomen dieser Welt - auch der aktuelle Nobelpreisträger hat sich dazu geäußert - sagen, dass man die Ratingagenturen beim IWF oder einer anderen internationalen Organisation ansiedeln muss, weil eine Kontrolle der Finanzmärkte sonst nicht gegeben ist, Herr Garg.

Sie haben nicht gesagt, wie Sie sich das vorstellen. Sie fordern grundsätzlich immer nur Liberalisierung. Wenn man Sie darüber hinaus zu sehr angreift, dann fangen Sie an, sich über Frau Birk zu ärgern und werden frauenfeindlich. Das ist aber keine Antwort.

(Karl-Martin Hentschel)

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Dr. Heiner Garg [FDP]: Was hat Sie denn gebissen?)

- Herr Garg, die FDP hat sich darüber aufgeregt, dass wir den Fehler begangen haben, Hedge-Fonds zuzulassen. Ich gebe zu, dass das ein Fehler war. Die Forderung der FDP war aber viel weitergehend. Die FDP hat viel mehr gefordert. Die FDP fordert eine Privatisierung von Rentenkassen. Die FDP fordert eine Privatisierung von Krankenkassen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Völliger Unsinn!)

- Herr Kubicki, jetzt bin ich dran.

Stellen wir uns einmal vor, die Bundesrepublik wäre nach dem Modell der FDP konstituiert, und wir wären dann in die Krise geraten. Dann hätten wir die gleiche Situation wie in den USA, das Millionen Menschen ihre Renten verloren hätten. Dann hätten wir die Situation, dass Millionen Menschen ihre Krankenkassen verloren hätten, weil sie nicht mehr bezahlen können. Dann hätten wir die gleiche Situation wie in den USA. Das ist in Amerika jetzt der Fall, gucken Sie sich das an!

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Herr Hentschel, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Garg?

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Die kommt mir jetzt sehr gelegen. Bitte reden Sie deutlich, damit ich Sie höre.

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich erteile Herrn Dr. Garg das Wort.

Dr. Heiner Garg [FDP]: Herr Kollege Hentschel, da ich immer deutlich rede, bitte ich Sie, mir noch einmal die Passage aus meiner Rede in Erinnerung zu bringen, in der ich gegenüber einer Kollegin frauenfeindlich gewesen bin.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich schlage vor, dass wir das anhand des Protokolls kontrollieren, dann wird das deutlich. Ich kann nur darauf verweisen, dass selbst die Präsidentin Sie ermahnt hat. Das war nicht einmal ich. Vielleicht habe ich Sie auch falsch verstanden, Herr Dr. Garg.

Ich möchte noch auf einen Satz eingehen, den der Fraktionschef der größten Fraktion, Herr Dr. Wadephul, vorgetragen hat. Er sagte: Die Grünen wollen ein Konjunkturprogramm und glauben, es würde ausreichen, ein paar Peanuts und ein paar Windmühlen zu bauen. Das, was ich zitiert habe, stammt nicht einmal von den Grünen. Das, was ich zitiert habe, stammt von einem konservativen europäischen Think Pool mit Hans Tietmeyer und Roman Herzog an der Spitze. Das sind offensichtlich keine Grünen, sondern Konservative. Wenn sie fordern, wir sollten keine Peanuts, sondern in den nächsten 20 Jahren 300 Milliarden € in die regenerativen Energien sowie in den Ausbau der europäischen Netze investieren, damit die regenerativen Energien aus Wind, Wasser und Sonne sich innerhalb Europas ausgleichen könnten, dann sind diese Forderungen keine Peanuts. Herr Wadephul, Sie haben irgendetwas völlig missverstanden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Es geht um die Kernfrage: Haben wir einerseits ein Klimaproblem und andererseits eine Finanzkrise? Haben wir an einer dritten Stelle eine Energiekrise? Ist es so, dass wir uns deshalb, weil wir jetzt eine Finanzkrise haben, darauf konzentrieren müssen und nichts zur Bewältigung des Klimaproblems tun? Oder ist es so, dass diese **Krisen** ursächlich miteinander zusammenhängen? Ist es vielleicht so, dass die Energiekrise mit den steigenden Energiepreisen ganz entscheidend dazu beigetragen hat, dass die Hausbesitzer in Amerika ihre Zinsen nicht mehr bezahlen konnten? Ist es vielleicht so, dass eine massive Investition in erneuerbare Energien dazu führt, dass wir die Arbeitsplätze der Zukunft schaffen? Schaffen wir so die Arbeitsplätze, die wir in Zukunft brauchen? Können wir die Abhängigkeit von Öl, Kohle, Uran und Gas reduzieren? Für diese Energieformen geben wir in jedem Jahr viele Milliarden Euro aus. Können wir damit den Staatshaushalt besser stellen? Ist es vielleicht so, dass wir dann, wenn wir diese Dinge zusammen anpacken, auch noch etwas für das Klima tun? Ist es nicht vielleicht viel schlauer, die Probleme gerade in der jetzigen Krise insgesamt zu betrachten und auch in der Gesamtheit zu bekämpfen statt so zu tun, als seien dies Dinge, die man gegeneinander ausspielen müsste? - Herr Wadephul, ich kann Ihnen nur vorschlagen, darüber nachzudenken.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung hat nun Herr Abgeordneter Wolfgang Kubicki das Wort. Herr Dr. Garg hätte Ihnen nur eine Minute Redezeit gelassen. Das schien mir unzumutbar.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn die schleswig-holsteinische Öffentlichkeit vernimmt, wie hier im Parlament über eine der größten Krisen seit dem Zweiten Weltkrieg oder seit 1929 debattiert wird, dann glaube ich, dass die Menschen sich mir Erschrecken und mit Grausen abwenden würden. Sie würden dies tun, weil der geballte ökonomische Sachverstand, der sich hier breit macht, wirklich kein Vertrauen weckt. Ich habe mich die ganze Zeit gefragt, wie eine Traditionsparterie wie die SPD bei Meinungsumfragen auf einen Stimmenanteil von nur 22 % kommen kann. Ich kann nur sagen, das hat etwas mit Redebeiträgen wie denen von Herrn Dr. Stegner zu tun. Man kann nur sagen, er ist der Ypsilanti des Nordens. Machen Sie so weiter! Die Differenz von 6 % zwischen uns und Ihnen schaffen wir auch noch, wenn Sie so weiterreden. Einen größeren Gefallen können Sie uns nicht tun. Ich will Ihnen auch sagen, warum das so ist. Das ist so, weil es sich bei Ihnen und anderen aus der Sozialdemokratie um gesplante Persönlichkeiten handeln muss.

(Zurufe von der SPD)

Darf ich das an einem konkreten Beispiel dokumentieren? - Herr Dr. Stegner saß bis März 2008 im Aufsichtsrat der HSH Nordbank. Anschließend erklärt er uns, er habe als Aufsichtsratsmitglied von Gründungen auf den Cayman Islands nichts mitbekommen, das sei an ihm vorbeigelaufen. Von Steuersparmodellen, die die Bank anbiete, habe er nichts mitbekommen. Die ehemalige Ministerpräsidentin Heide Simonis erklärt uns und der deutschen Öffentlichkeit in einem Zeitungsinterview: Möglicherweise habe man das gewusst. Augenzwinkernd habe man diese Steuerspargeschichte auch in Kauf genommen. Die Finanzminister hätten aber jedes Mal darauf geachtet, dass das nicht zu doll wird. Der Finanzminister war Herr Dr. Ralf Stegner. Ich nenne noch ein interessantes Beispiel, das verdeutlicht, warum Sie in der Öffentlichkeit als ernst zu nehmender Gesprächspartner nicht mehr wahrgenommen werden können. Wir werden das selbstverständlich verstärken. Der Vorstandsvorsitzende der HSH Nordbank, Herr Dr. Nonnenmacher, erklärt

uns das Folgende, die Sozialdemokraten sitzen im Saal, und Herr Astrup nickt als großer Weltökonom verständnisvoll.

(Zurufe von der SPD)

- Herr Dr. Stegner, mit Ihrer Ausbildung in Harvard kann ich nicht mithalten. Das will ich gar nicht erst versuchen.

(Holger Astrup [SPD]: Das merken wir doch!)

Er erklärt:

„Wenn die Bank keine Offshore-Gesellschaften mehr unterhalten dürfte, dann könnte sie ihr Geschäftsmodell nicht mehr aufrechterhalten, denn Investoren erwarteten aus Gründen der Rechtssicherheit die Gründung von Objektgesellschaften außerhalb der Bundesrepublik Deutschland, weil sich das deutsche Steuerrecht permanent ändere.“

Kollege Astrup nickt. Ich finde das verständnisvoll. Sie stellen sich heute noch einmal ebenso wie der Bundesfinanzminister hier hin, der zu mir wahrscheinlich eine intensivere Beziehung pflegt als zu Ihnen - er wird wissen, warum - und sagen: Wir müssen Steueroasen weltweit trockenlegen. Der gleiche Sozialdemokrat, der nickt und sich freut, dass die HSH Nordbank in Steueroasen Geschäfte macht und sagt, dass dies zu ihrem Geschäftsmodell gehöre, sagt gleichzeitig, dass wir diese Oasen jetzt trockenlegen müssen. Wie glaubwürdig ist eine solche Politik eigentlich?

(Beifall bei der FDP)

Frau Präsidentin, zum Schluss nenne ich noch ein Argument im Zusammenhang mit den Grünen. Man kann von den Liberalen halten, was man will. Herr Kollege Hentschel, Sie haben eine bestimmte Vorstellung, und die Sozialdemokraten haben diese auch.

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Herr Kollege, die drei Minuten sind um!

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Ja, mein letzter Satz: Sie glauben auch, die Liberalen seien zu allem fähig, insbesondere dann, wenn man ihnen Posten anbietet. Dass wir so verkommen wären, gegen unsere Überzeugung einer Maßnahme zuzustimmen, nur um Sie zu ärgern, wäre für die Liberalen undenkbar. Das zeigt Ihre Beliebigkeit in Ihren moralischen Positionen.

(Wolfgang Kubicki)

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Der Herr Finanzminister hat erneut um das Wort gebeten. Nach § 56 Abs. 6 der Geschäftsordnung hat das zur Folge, dass für die Fraktionen neue Redezeiten entstehen. Ich möchte darauf hinweisen, dass Ausschussüberweisung beantragt worden ist. Nichts geht verloren, Sie können auch noch im Ausschuss diskutieren.

Bitte, Herr Minister, Sie haben das Wort.

Rainer Wiegard, Finanzminister:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte die Gelegenheit nutzen, zu zwei Sachverhalten, die hier im Plenum eine Rolle gespielt haben, etwas zu ergänzen und klarzustellen. Es handelt sich hier um ein **Programm des Bundes**. Der Bund hat durch das Bundeskabinett vorgestern - vor zwei Tagen - den Entwurf des Gesetzes und den Entwurf der Verwaltungsvereinbarung gebilligt und ihn dem Bundestag zugeleitet, der morgen in erster Lesung darüber beraten wird, Herr Kollege Garg. Am 13. Februar erfolgen die zweite und die dritte Lesung. Der Bundesrat wird am 13. Februar im ersten Durchgang und am 20. Februar im zweiten Durchgang darüber beraten.

Wer sagt, wir seien in Schleswig-Holstein immer noch nicht fertig mit dem, was aus dem Programm im Land umgesetzt werden soll, dem sage ich, er verkennt immer noch die **Zuständigkeiten**. Der Bundestag wird möglicherweise an der einen oder anderen Stelle noch einige Änderungen vornehmen. Vielleicht wird auch der Bundesrat noch Änderungen vornehmen. Ich glaube, deshalb sind wir mit der vorhin geschilderten Geschwindigkeit gar nicht so schlecht davor. Dieses Programm wird innerhalb von vier Wochen umgesetzt. Das muss man für andere Dinge in dieser Dimension erst einmal umsetzen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Ich wollte noch einmal einen Dissens herausarbeiten, auf den der Kollege Stegner aufmerksam gemacht hat und den ich für sehr bedeutsam halte, weil er auch unsere Verhandlungen in der **Föderalismuskommission** berührt. Herr Kollege Stegner, hier geht es um die Frage, wie wir mit **neuen Schulden** und mit **neuen Krediten** umgehen, die dazu benutzt werden, einer Krise mit vorübergehenden Mitteln zu begegnen. Hier geht es beim Bund und bei den Ländern im Zusammenhang mit diesem

Programm möglicherweise um ein Investitionsvolumen in Höhe von 20 Milliarden €. Insgesamt reden wir über ein Volumen von 80 Milliarden €.

Da haben Sie, wie ich finde, einen Dissens herausgearbeitet, dem ich wirklich begegnen möchte, indem ich deutlich sage: Es kann nicht angehen, dass wir weiter wie in der Vergangenheit, wie in den letzten 40 Jahren, Jahr für Jahr für Jahr immer neue Schulden oben auf die vorhandenen draufpacken. Wir haben im vergangenen Jahr doppelt so viel für Zinsen ausgeben müssen, wie unser Haushaltsdefizit einschließlich Neuverschuldung ausmacht. Doppelt so viel! Das heißt, alles was wir immer neu oben draufpacken, wird uns künftig als Zinsen zusätzlich belasten und den Spielraum einengen.

Deshalb sage ich noch einmal, wie der Vorschlag von uns konkret aussieht. Er sieht - neben dem Altschuldentilgungsfonds, der definitiv innerhalb von 50 Jahren sämtliche staatlichen Schulden und staatlichen kommunalen Schulden tilgen soll - so aus, dass wir in Zeiten überdurchschnittlicher Steuereinnahmen das, was über dem Durchschnitt liegt, in **Rücklagen** einbringen, um uns in Zeiten, in denen wir unterdurchschnittliche Einnahmen haben, nicht weiter **prozyklisch** verhalten müssen. Das ist etwas ganz anderes und das Gegenteil dessen, was Sie hier dargestellt haben.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU und Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Wenn ich das jetzt einfach mal nicht an irgendwelchen hypothetischen Zahlen der Zukunft, sondern an konkreten Ist-Zahlen der Vergangenheit messe, dann stelle ich fest, dass wir in jedem Jahr von 1989 bis 2000 Steuereinnahmen gehabt haben, die oberhalb des durchschnittlichen Steuerzuwachses gelegen haben. Wenn immer das, was oberhalb des langfristigen Durchschnitts von 2,7 % Zuwachs gelegen hat - damit muss man auskommen -, Rücklagen zugeführt worden wäre, hätten wir in der Zeit der letzten Rezession 2001 bis 2005 hierfür keinen einzigen Cent zusätzliche neue Schulden aufnehmen müssen, weil wir sie aus der Rücklage hätten bedienen können. Das wird die Lösung sein, keine andere.

Ich sage das sehr deutlich, weil Sie gesagt haben, wir müssten diejenigen verantwortlich machen, die den Schaden angerichtet haben. Lassen Sie uns mit großer Sorgfalt über die Erkenntnisse aus der Vergangenheit reden, um sie in der Zukunft richtig umzusetzen. Wir sind jedenfalls in diesem Punkt nicht

(Minister Rainer Wiegard)

auf dem Lösungsweg, den Sie hier aufgezeigt haben.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Der Finanzminister hat neue Redezeiten nach § 56 Abs. 6 der Geschäftsordnung eröffnet - vier-einhalb Minuten. Ich habe eine Wortmeldung von Herrn Dr. Stegner. Mit Restredezeit haben Sie sechs Minuten.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich wollte noch einmal zwei Punkte ansprechen. Das eine ist, dass ich Ihnen, Herr Wiegard, ausdrücklich zustimme. Wenn es so definiert ist, wie Sie das gerade gesagt haben, steht das überhaupt nicht im Widerspruch zu dem, was ich vorhin festgestellt habe. Ich sehe die Lösung in der **Föderalismuskommission** nur noch nicht, die in diese Richtung gehen soll. Ich sehe dafür weder eine Mehrheit, noch sehe ich im Augenblick eine Klärung, was das Thema **Altschulden** angeht, die für Schleswig-Holstein befriedigend wäre. Beides ist im Augenblick so nicht da. Ich weiß nicht, ob Sie Erwartungen haben, dass sich das nächste Woche ändert. Ich bin da skeptischer, ich höre da anderes, und dann werden wir hier nicht zustimmen können.

Ich habe mich zweitens zu Wort gemeldet, weil Herr Kollege Kubicki nach seiner alten Methode verfahren ist: Er sitzt zwar in der Regel als Verteidiger im Gerichtssaal, aber er betätigt sich hier immer gern als Ankläger, indem er Beschuldigungen erhebt, die er dann nicht belegt - nach dem Motto, es wird schon etwas hängen bleiben, wenn es nur schrill genug vorgetragen ist.

Herr Oppositionsführer, darf ich darauf aufmerksam machen, dass die **weltweite Verflechtung** der **HSH Nordbank** allen bekannt gewesen ist, übrigens selbst den Beiratsmitgliedern - wie Sie eines sind -, die da seit 1994 sitzen? Es ist vielleicht nicht immer allen bekannt gewesen, in welcher Anzahl, das hat auch niemand behauptet. Keine weltweiten Verflechtungen zu haben wäre übrigens auch unvernünftig, denn man wird nicht Weltmarktführer in der Schiffsfinanzierung, wenn man sich nur in Strände betätigt. Da muss man schon weltweit unterwegs sein, das ist wahr.

Aber die Behauptung aufzustellen - Sie haben das wiederholt getan -, dass es darüber Kenntnis gebe, dass jemand mit Schreiben, die an vermögende

Kunden wie Sie gerichtet waren, Geld an der Steuer vorbeigebracht hätte, ist eine Frechheit, die ich hier wirklich zurückweise. Wenn Sie solche Behauptungen aufstellen, dann belegen Sie sie bitte in Zukunft, anstatt sich hier hinzustellen und Leute zu beschimpfen, ohne einen Nachweis anzutreten. Übrigens hat sich auch Frau Simonis diesbezüglich so nicht geäußert.

(Zuruf von der SPD)

Ich füge ein Weiteres hinzu: Ich habe an der Sitzung - im Gegensatz zu Ihnen - nicht teilgenommen, aber nach meiner Kenntnis hat der Vorstandsvorsitzende der HSH Nordbank ausdrücklich darauf hingewiesen, dass in den Schreiben, die Sie zitiert haben, auf die Steuerpflicht in Deutschland in jedem Punkt hingewiesen worden sei. Ich kann das gar nicht belegen, weil ich das im Gegensatz zu Ihnen gar nicht bekommen habe. Aber Sie sollten sich die Methode abgewöhnen, mit Schmutz zu werfen, weil Sie glauben, bei dem anderen bleibt was hängen. Das fällt auf den zurück, der es macht, Herr Oppositionsführer!

(Beifall bei der SPD - Wolfgang Kubicki [FDP]: Genau, Herr Dr. Stegner!)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Ich stelle fest, dass der Berichtsantrag Drucksache 16/2401 durch die Berichterstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden hat.

Im Übrigen ist beantragt worden, die Drucksachen 16/2423, 16/2425 und 16/2429 dem Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist so geschehen.

Herr Kalinka ist im Saal, dann bitte ich darum, dass wir den Tagesordnungspunkt 7 a) vorziehen. Das ist die zweite Lesung des Kita-Gesetzes. Wir müssen das so schnell und früh machen, damit es veröffentlicht werden kann. Ich bitte um Verständnis.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 7 a) auf:

Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Kindertagesstättengesetzes

Gesetzentwurf der Fraktion von CDU und SPD
Drucksache 16/2430

(Vizepräsidentin Ingrid Franzen)

Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses
Drucksache 16/2441

Ich erteile dazu dem Berichterstatter des Innen- und Rechtsausschusses, Herrn Abgeordneten Werner Kalinka das Wort.

Werner Kalinka [CDU]:

Frau Präsidentin! Der Innen- und Rechtsausschuss hat sich mit dem ihm durch Plenarbeschluss vom 28. Januar 2009 überwiesenen Gesetzentwurf zur Änderung des Kindertagesstättengesetzes gestern Mittag in einer Sitzung befasst. Der Ausschuss hatte - der Wunsch war an ihn herangetragen worden - schon im Vorwege der Landtagsberatung vor dem Hintergrund der geplanten ersten und zweiten Lesung des Gesetzentwurfs in dieser heutigen Sitzung schriftliche Stellungnahmen von den kommunalen Landesverbänden und der Landeselternvertretung der Kindertageseinrichtungen in Schleswig-Holstein eingeholt. Beide Stellungnahmen lagen rechtzeitig zur Ausschusssitzung vor. Sie haben auch noch einmal zu einer sorgfältigen Erörterung geführt.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wie bitte?)

- Lieber Herr Kollege, wenn man an der Sitzung nicht teilnehmen kann, kann man das nicht beurteilen.

In der Sitzung wurde übereinstimmend der Wunsch nach einer zusätzlichen Klarstellung des Begriffs des Schuleintrittszeitpunkts im Gesetz geäußert. Die Fraktionen von CDU und SPD haben dem folgend einen vom Bildungs- und Innenministerium kurzfristig vorgelegten entsprechenden Ergänzungsvorschlag in ihren Gesetzentwurf übernommen. Wir haben dazu die Sitzung unterbrochen, um ausreichend Zeit zu haben, dies noch einmal zu prüfen, damit nicht wieder etwas passiert.

Mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimmen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfiehlt der Innen- und Rechtsausschuss heute dem Landtag die Annahme des - wie gerade vorgetragen - ergänzenden Gesetzentwurfs in der Fassung der rechten Spalte der Drucksache 16/2441. Es ist jedem freigestellt, dieses zur Hand zu nehmen, um zu wissen, worüber wir nachher abstimmen. Die Fassung der rechten Spalte der in dieser Drucksache ersichtlichen Gegenüberstellung wurde außerdem noch den üblichen rechtsförmlichen Vorgaben angepasst. Ich danke den Mitgliedern des Ausschusses für gründliche und sehr sach-

liche Beratungen und bitte um Annahme des so vorliegenden Gesetzentwurfs.

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Es gibt eine Wortmeldung zum Bericht, wenn ich das richtig als Wortmeldung gesehen habe. Herr Kubicki, Sie haben das Wort.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte nur für die FDP-Fraktion feststellen, dass wir im Ausschuss und jetzt auch hier darauf hinweisen, dass nach unserer Auffassung in der Neuregelung wiederum etwas gemacht wird, was Probleme bereiten wird. Jetzt ist die Phase zwischen dem 1. August jeden Jahres und der tatsächlichen Einschulung ungeregelt.

(Holger Astrup [SPD]: Das war auch bisher so!)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Gibt es weitere Wortmeldungen zum Bericht? - Ja, Herr Abgeordneter Kalinka, noch einmal zum Bericht. Ich darf darauf hinweisen, dass wir uns noch bei den Wortmeldungen zum Bericht befinden.

Werner Kalinka [CDU]:

Herr Oppositionsführer, genau dieses Problem ist im Ausschuss angesprochen worden, auch von Ihrem Fraktionskollegen, Herrn Dr. Garg. Es ist zur Zufriedenheit im Ausschuss beantwortet und erörtert worden.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Dass die Eltern zahlen müssen?)

- Herr Kollege, Sie können doch nicht darauf warten, dass wir im Ausschuss auch in Anwesenheit Ihrer Fraktion darüber sprechen und es vernünftig und zufriedenstellend beantwortet wird - ob man unterschiedlicher Ansicht ist, ist eine andere Frage -, und nachher sagen, es sei nicht erörtert worden. Es ist erörtert worden!

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Gibt es weitere Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Dann lasse ich über den Gesetzentwurf Drucksache 16/2430 in der vom Ausschuss empfohlenen und hier vorgetragenen Fassung abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das

(Vizepräsidentin Ingrid Franzen)

Handzeichen. - Gegenprobe! - Damit ist der Gesetzentwurf mit den Stimmen von CDU, SPD und SSW gegen die Stimmen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der empfohlenen Fassung angenommen worden.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 17 auf:

Allgemeine Situation der Sparkassen in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktionen von CDU und SPD
Drucksache 16/2391

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Mit diesem Antrag wird ein mündlicher Bericht zu dieser Tagung erbeten. Ich bitte Sie um Ihr Handzeichen, wenn Sie diesen Bericht hören wollen. - Das ist teilweise, aber mehrheitlich der Fall. Somit darf ich Ihnen, Herr Innenminister Hay, das Wort erteilen.

Lothar Hay, Innenminister:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die weltweite Finanzkrise und ihre verheerenden Auswirkungen, die wir schon bei einem vorgegangenen Tagesordnungspunkt diskutiert haben, beherrschen immer noch die Schlagzeilen nicht nur der Wirtschaftspresse. Das Vertrauen zwischen den Banken ist verloren gegangen. Davon ist natürlich auch die Kreditwirtschaft in Deutschland nicht ausgenommen. Inzwischen hat sich die Finanzkrise auch deutlich spürbar auf die Realwirtschaft ausgewirkt.

Die Lage auf den internationalen Finanzmärkten ist eine große Belastung für unsere Volkswirtschaft. Das Kreditgeschäft kam teilweise zum Erliegen, zugleich müssen etliche Anlagen in ihrem Wert neu bewertet werden.

Mit dem **Gesetz zur Stabilisierung des Finanzmarktes** wurden vom Bund und von den Ländern entschlossen schnell stabilisierende Maßnahmen eingeleitet. Sie können den Handel zwischen den Banken beleben, die Einlagen der privaten Sparer sichern und den Banken eine Neuausrichtung ermöglichen.

In dieser Situation werden die **Sparkassen** in Deutschland immer wieder als Stabilitätsfaktor bezeichnet. Ihr konservatives Geschäftsmodell mit der Konzentration auf **private Kunden** und auf die **mittelständische Wirtschaft**, ihre **öffentliche Rechtsform** und ihre **Bindung an die Kommunen**

haben sich bewährt und werden sich bewähren. Die Sparkassen sind eben Kreditinstitute besonderer Art. Für sie ist Verantwortung für Gesellschaft und Region keine bloße Werbeformel, sondern real unterlegt.

Fast alle Sparkassen richten ihre Geschäftspolitik nicht an den kurzfristigen Opportunitäten der Gewinnmaximierung aus. Daher ist die in den **Sparkassengesetzen** enthaltene **Gemeinwohlorientierung** auch nicht überholt. Im Gegenteil, sie ist aktueller denn je.

(Beifall bei der SPD - Günter Neugebauer
[SPD]: Sehr richtig!)

Die in dem öffentlich-rechtlichen Status der Sparkassen angelegte Interessenidentität zwischen mittelständischer Wirtschaft, Kommunen und Sparkassen ist ein entscheidender Vorteil für die ökonomischen und sozialen Entwicklungsmöglichkeiten von **Regionen**. Das belegen folgende Daten nachdrücklich.

In Schleswig-Holstein sind 1,3 Millionen Menschen, das heißt jeder zweite Bürger, Kunden einer Sparkasse. Für fünf von zehn Unternehmen in Schleswig-Holstein ist die Sparkasse Hausbank.

Die Landesregierung sieht daher ihre Verpflichtung darin, alle **Voraussetzungen** zu schaffen, damit die Sparkassen ihren öffentlichen Auftrag auch in Zukunft vollumfänglich erfüllen können. Aber auch die Sparkassen müssen ihrer Verantwortung gerecht werden.

(Beifall bei SPD und CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, nach den Angaben des **Sparkassen- und Giroverbandes in Schleswig-Holstein** stellt sich die aktuelle **Ertrags- und Vermögenslage** der Sparkassen wie folgt dar: Nach den vorläufigen Zahlen des SGV für 2008 wird für die Gesamtheit unserer 15 Sparkassen ein geringerer Betriebsgewinn vor Bewertung von 0,7 % der Durchschnittsbilanzsumme gegenüber 0,87 % im Vorjahr erwartet. Die Vergleichszahlen aller Regionalverbände im Bundesgebiet liegen mit 0,8 % beziehungsweise 0,9 % für 2007 darüber. Der für die Ertragslage besonders wichtige Zinsüberschuss ist insbesondere aufgrund höherer Zinsaufwendungen weiter rückläufig. Gleiches gilt für den Provisionsüberschuss.

Bei nahezu unverändertem Verwaltungsaufwand, das heißt Personal- und Sachaufwand, gab es höhere Wertpapierabschreibungen aufgrund der allgemeinen Kapitalmarktentwicklung. Gestiegene Abschreibungen auf Wertpapiere konnten allerdings

(Minister Lothar Hay)

zu großen Teilen durch niedrigere Risikoaufwendungen im Kreditgeschäft kompensiert werden. Im Verhältnis zur Durchschnittsbilanzsumme entspricht der Bewertungsaufwand den Ergebnissen auf Bundesebene.

Bei dem, was ich dargestellt habe, sind die Auswirkungen der Beteiligung des Sparkassen- und Giroverbandes an der **HSH Nordbank** nicht berücksichtigt. Es ist darauf hinzuweisen, dass der Kurs der HSH Nordbank in der Vergangenheit von den Vertretern des Sparkassen- und Giroverbandes mitgetragen wurde. Auch die Ausstattung der Sparkassen mit **Eigenkapital** wird vom Sparkassen- und Giroverband als solide bezeichnet.

Diese Angaben machen insgesamt deutlich, dass das Geschäftsmodell der Sparkassen nach wie vor zukunftsfähig ist. Zu einer nüchternen Analyse der Situation der Sparkassen gehört es aber auch, dass aufgrund der Entwicklung im Bereich der Realwirtschaft und aufgrund des starken Engagements der Sparkassen bei der Finanzierung unserer mittelständischen Wirtschaft in diesem Jahr mit einem erhöhten Einzelwertberichtigungsbedarf bei Krediten an Firmenkunden gerechnet werden muss. Auch vor diesem Hintergrund ergibt sich für die Sparkassen aus der Krise der HSH Nordbank eine besondere Problematik. Bei einem Anteil über 14 % an der HSH Nordbank spüren dann natürlich auch die Sparkassen die dramatischen **Auswirkungen der Finanzkrise** und müssen sich entsprechend darauf einstellen und Konsequenzen für ihre Geschäftspolitik ziehen.

Für das Jahr 2008 wird die HSH Nordbank ihre wirtschaftlichen Ziele nicht erreichen und einen Fehlbetrag ausweisen. Daraus ergeben sich hohe Abwertungsrisiken für die Beteiligung der schleswig-holsteinischen Sparkassenorganisation an der **HSH Nordbank** sowie Rückstellungsrisiken im Zusammenhang mit der Umstrukturierung der Bank.

Die Botschaft, die die Regierung im Interesse der Kreditversorgung unserer heimischen mittelständischen Wirtschaft um die Jahreswende verkündet hat, lautet: Die Landesregierung steht zu den schleswig-holsteinischen Sparkassen. Sie wird Hilfe leisten, wenn und soweit es erforderlich ist. Der Nachweis, dass diese Hilfe erforderlich ist, ist vom Sparkassen- und Giroverband unverzüglich durch belastbare Fakten zu erbringen. Die Landesregierung hat deshalb dem Sparkassen- und Giroverband eine **Garantieerklärung** angeboten, mit der ein Bilanzverlust aus einer vorübergehenden Wertminderung der Aktien vermieden werden soll. Über Art,

Umfang und alle Modalitäten befinden wir uns in intensiven Gesprächen mit dem Sparkassen- und Giroverband.

Wir wissen dabei um die hohe **wettbewerbsrechtliche Hürde**. Nicht nur deshalb werden die Sparkassen auch gegenüber Regierung und Parlament den Nachweis über die Notwendigkeit einer derartigen Hilfe führen müssen. Für die Leistung einer Garantie soll dann gelten, dass jede Leistung ihren Preis hat, der von den Sparkassen zu bezahlen wäre.

(Günter Neugebauer [SPD]: Sehr richtig!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, was wir in der derzeitigen Situation aus meiner Sicht überhaupt nicht gebrauchen können, ist eine erneute **Privatisierungsdiskussion** bezüglich der Sparkassen, wie sie von der FDP mit ihrer Presseinformation vom 21. Januar erneut initiiert worden ist.

(Beifall bei SPD und CDU)

Für die Sparkassen die Möglichkeit zu schaffen, **Beteiligungskapital** von anderen Mitgliedern der Sparkassenorganisation aufzunehmen, ist eine **Option**, die einer sorgfältigen Prüfung bedarf und die in jedem Fall europarechtskonform ausgestaltet werden muss. Diese Frage ist allerdings unabhängig von den anstehenden Problemen im Zusammenhang mit der HSH Nordbank.

(Beifall bei SPD und CDU)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke dem Herrn Innenminister für seinen Bericht, eröffne die Aussprache und erteile für die CDU-Fraktion dem Herrn Abgeordneten Tobias Koch das Wort.

Tobias Koch [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich gleich zu Beginn festhalten: Die schleswig-holsteinischen Sparkassen sind trotz der Krise gut aufgestellt. Sie sind neben Privatbanken und Genossenschaftsbanken die unverzichtbare dritte Säule im Bankwesen Deutschlands, und sie tragen in vorbildlicher Art und Weise dazu bei, die Kreditversorgung der regionalen Wirtschaft auch in diesen schwierigen Zeiten zu gewährleisten.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Das Anliegen der CDU-Fraktion ist es, dass das auch in Zukunft so bleibt. Diese Absicht liegt so-

(Tobias Koch)

wohl den Überlegungen der Koalitionsfraktionen zu einer Änderung des Sparkassengesetzes als auch dem Vorschlag der Landesregierung für eine Garantieverklärung zugunsten der Sparkassen zugrunde. In beiden Fällen geht es darum, unsere **Sparkassen** zu stärken, indem wir für eine ausreichende **Eigenkapitalausstattung** sorgen. Dadurch sollen die Sparkassen in die Lage versetzt werden, auch zukünftig die Bürgerinnen und Bürger, die Handwerker und den Mittelstand vor Ort ausreichend mit Krediten zu versorgen.

Meine Damen und Herren, ich finde beide Vorschläge höchst ehrenwert. CDU- und SPD-Fraktion nehmen damit ebenso wie die Landesregierung ihre Verantwortung für unser Land und für die Bürgerinnen und Bürger wahr.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: In welcher Form denn?)

Alle Vorschläge rundweg abzulehnen, ohne dabei auch nur einen einzigen eigenen Lösungsvorschlag zu unterbreiten, ist einfach zu wenig, meine Damen und Herren von den Grünen.

Auch die Opposition trägt Verantwortung für unser Land. Ich frage mich: Wo sind eigentlich die grünen Ideale und Werte geblieben, wenn Sie in der aktuellen Krise ausschließlich versuchen, daraus politisches Kapital zum eigenen Vorteil zu ziehen.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Welchen Vorschlag haben Sie denn? - Wolfgang Kubicki [FDP]: Das machen Sie ja gar nicht!)

Ich glaube, damit ist zu den Diskussionsbeiträgen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN alles Erforderliche gesagt.

Herr Kollege Kubicki, ich will mich jetzt gern den Vorschlägen der FDP zuwenden,

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Die kennen Sie doch noch gar nicht!)

die immerhin in der letzten Woche eigene Vorschläge unterbreitet hat. Das gilt es zunächst einmal anzuerkennen. Allerdings ist schnell festzustellen, wenn man sich diese Vorschläge anschaut, dass die damit verbundenen Fragezeichen und Probleme weitaus größer sind als die noch offenen Detailfragen aufseiten der Koalitionsfraktionen und der Landesregierung.

Nehmen wir zum Beispiel den Vorschlag, den Sparkassen ihren **Anteil an der HSH Nordbank** zu einem fairen Preis abzukaufen. Würde sich dieser faire Preis am aktuellen Verkehrswert bemessen -

das ist die übliche Grundlage zwischen Vertragspartnern; das weiß niemand besser als die Liberalen -, dann wäre den Sparkassen damit überhaupt nicht geholfen. Ganz im Gegenteil. Denn der aktuelle Verkehrswert dürfte nach erfolgter Wertberichtigung deutlich unterhalb des bisherigen Buchwertes liegen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wo denn?)

Er dürfte deutlich unter dem bisherigen **Buchwert** liegen. Wenn dann das Land zu diesem Preis die Anteile ankauft, ergibt sich für die Sparkassen unmittelbar ein realisierter **Kursverlust**, der das Eigenkapital mindert und die Kreditvergabefähigkeit einschränkt.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU - Zurufe von der FDP)

Offensichtlich meint die FDP mit dem fairen Preis aber gar nicht den **Verkehrswert**, sondern sie meint einen am bisherigen Buchwert orientierten Preis.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sie haben überhaupt keinen Verkehrswert, weil die Aktien nicht gehandelt werden!)

- Ja, wir können sie aber bewerten, mithilfe von Wertgutachten können wir die Anteile bewerten.

Aber Sie meinen offensichtlich ja den bisherigen Buchwert, so wie die Anteile bei den Sparkassen in den Büchern stehen, und schlagen vor, dass das Land die Anteile zu einem derartigen Preis ankaufen soll, mit anderen Worten zu einem deutlich überhöhten Preis, der nicht dem aktuellen Wert entspricht. Dieses würde zulasten des Landes gehen und daraus würde sich unmittelbar der EU-rechtliche Tatbestand einer unerlaubten Beihilfe ergeben. Der ist doch um Längen gravierender, als es die rechtlichen Fragen sind, die bei einer Garantie- oder **Bürgschaftserklärung** derzeit noch offen sind. Ein derart überhöhter Kaufpreis ist doch als eine unmittelbare Beihilfe viel, viel schwieriger EU-rechtlich zu lösen, als das bei einer Bürgschaftserklärung der Fall ist.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der FDP)

Im Übrigen gibt es noch eine weitere Konsequenz: Wenn das **Land** die Anteile ankauft, wird Schleswig-Holstein auf einmal zum allergrößten Aktionär der HSH Nordbank. Wenn das eintreten würde, was uns der Kollege Kubicki schon die ganzen letzten Wochen vorhersagt, nämlich dass die **Anteilseigner** noch weiteres Kapital zuführen müssen, dann müsste auch Schleswig-Holstein den weitaus größ-

(Tobias Koch)

ten Teil dieser **Eigenkapitalaufstockung** tragen. Das wären weitere Risiken im dreistelligen Millionenbereich für das Land Schleswig-Holstein. Das kann auch die FDP nicht ernsthaft wollen.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Herr Oppositionsführer, haben Sie eine Frage an den Redner der CDU?

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Tobias Koch [CDU]:

Ich erläutere Ihnen das gern später noch einmal genauer, Herr Kollege Kubicki.

Für das Sparkassengesetz schlägt die FDP vor, dass sich alle **schleswig-holsteinischen Sparkassen** an einer neuen **Sparkassenholding** beteiligen, welche sich umgekehrt wiederum mit 25,1 % an allen Sparkassen beteiligt. Es bleibt das Geheimnis der FDP, wie auf diesem Wege auch nur eine Sparkasse einen einzigen Euro zusätzlich an Eigenkapital erhalten soll. Das ist doch ein reines Nullsummenspiel.

Dann die nächste Ungereimtheit: **Entscheidungen über Beteiligungen** sollen autonom vom jeweiligen Eigentümer der Sparkasse getroffen werden. Hierfür bedürfe es einer Zustimmung von 75 % des Stammkapitals. Nach den eigenen Vorschlägen der FDP verfügen zumindest die öffentlichen Eigentümer nur noch über 74,9 % - Pech, da fehlen leider 0,1 %. Also, die **öffentlichen Eigentümer** könnten zumindest nach den Vorstellungen der FDP nicht mehr autonom über Anteilseigner entscheiden.

Sollte es aber dennoch zu einer Beteiligung Dritter kommen, dann will die FDP auch die Beteiligung **privater Aktionäre** zulassen und glaubt, mit einer gesetzlichen Regelung, dass mindestens 50,1 % der Anteile von der öffentlichen Hand zu halten seien, alles geregelt zu haben.

Meine Damen und Herren, ich frage mich, warum wir uns im Augenblick über die **Hamburger Sparkasse** so sehr den Kopf zerbrechen, wenn das alles so einfach ist, und man nur einfach in das Gesetz hineinschreiben müsste, 50,1 % müssen bei der öffentlichen Hand liegen. Das wäre, sobald sich Private beteiligen, doch ein ganz klarer **Verstoß gegen die Kapitalmarktfreiheit** innerhalb der Europäischen Union. Private Anteilseigner würden diskri-

miniert, indem ihnen gesetzlich ein Mehrheitserwerb verboten wird. Eine solche gesetzliche Regelung ist doch anschließend das Papier nicht wert, auf dem sie steht.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU - Zurufe von der FDP)

Ich bin deshalb so ausführlich auf die Vorschläge der FDP eingegangen,

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Weil Sie keine eigenen haben!)

um gerade in der Abgrenzung aufzuzeigen, dass die Überlegungen der CDU und SPD sowie der Landesregierung deutlich realistischer sind, wirkliche Problemlösungen bieten und wesentlich geringere rechtliche Probleme aufwerfen.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Welche rechtlichen Probleme sind es denn?)

Eine Änderung des Sparkassengesetzes, wie von den Koalitionsfraktionen überlegt, würde es kapitalstarken **Sparkassen** ermöglichen, sich an schwächeren Sparkassen mit einem **Minderheitsanteil** zu beteiligen. Wenn dies auf den Weg einer Kapitalerhöhung geschieht, erhalten die kapitalschwächeren Sparkassen zusätzliches Eigenkapital, also auch weitere Möglichkeiten, Kredite zu vergeben.

(Beifall des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU])

Die Möglichkeit eines solchen Minderheitsanteils ließe sich auf **öffentlich-rechtliche Sparkassen in Schleswig-Holstein** begrenzen. Man könnte auch auf die öffentlich-rechtlichen Sparkassen im gesamten Bundesgebiet diese Regelung ausdehnen. Beides wäre EU-rechtlich unproblematisch, da wir uns ausschließlich im öffentlichen Bereich bewegen. Als weitere **Option** könnte auch die **Hamburger Sparkasse** einbezogen werden, sofern man sie dem öffentlichen Sektor zurechnen kann.

Nun kennen wir alle die Situation der Hamburger Sparkasse als Gesellschaft alten Hamburger Rechts, die über keine privaten Anteilseigner verfügt, sondern quasi sich selbst gehört und außerdem gemäß ihrer eigenen Satzung auf das Allgemeinwohl verpflichtet ist. Es gibt also zumindest gute Anhaltspunkte dafür, dass sie zum **öffentlichen Sektor** gehört.

(Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

(Tobias Koch)

Eine Entscheidung hierüber wird letztlich nur die EU-Kommission treffen können. Die Entscheidung werden wir nicht treffen können. Das wir letztlich nur die EU-Kommission tun können. Deshalb plädiere ich nachdrücklich dafür, diese Frage auch nicht von vornherein zu beantworten und von vornherein diese Option auszuschließen. Sondern lassen Sie uns gemeinsam einen Gesetzentwurf einbringen, lassen Sie uns damit zur EU-Kommission gehen und unsere Entscheidung davon abhängig machen, was die EU-Kommission uns antworten wird.

(Beifall bei der CDU - Zurufe der Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP] und Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Eine solche Änderung des Sparkassengesetzes wäre eine dauerhafte, strukturelle Maßnahme zur Stärkung unserer Sparkassen, indem wir neben den bestehenden Instrumenten eine weitere Option zur **Stärkung ihres Eigenkapitals** hinzufügen. Neben den stillen Einlagen und der Fusion zweier Sparkasse stünde ihnen dann das zusätzliche Instrument einer Minderheitsbeteiligung zur Verfügung.

Bei der von der Landesregierung erwogen **Garantie- oder Bürgschaftserklärung** handelt es sich im Unterschied dazu um eine akute Hilfsmaßnahme, die verhindern soll, dass die **Eigenkapitalbasis** der Sparkasse geschmälert wird durch die dargestellten **Wertberichtigungen der HSH Nordbank**. Auch hier gibt es rechtliche Fragen zu klären. Deshalb ist von der Regierung völlig zu Recht darauf hingewiesen worden, dass die Sparkassen zunächst glaubhaft die Notwendigkeit belegen müssen. Es muss auch ein marktüblicher Preis als Bürgschaftsprovision gezahlt werden. Völlig klar muss auch sein, dass eine solche Bürgschaft kein vorweggenommener Kaufvertrag, sondern eine zeitlich begrenzte **Wertabsicherung** ist, bei der das Land im **Bürgschaftsfall** seine Verpflichtung auch durch die Zahlung des Differenzbetrages erfüllen kann.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Zu guter Letzt kann man von der Sparkasse auch erwarten, dass sie zunächst alle eigenen finanziellen Möglichkeiten ausschöpfen, bevor das Land in die finanzielle Verantwortung genommen wird.

Ich meine, die **Änderung des Sparkassengesetzes** wäre genau eine solche Hilfe zur **Selbsthilfe** innerhalb des Sparkassensektors, und deshalb ist sie für mich auch eine Voraussetzung für eine mögliche Landesbürgschaft.

Die Lösungsvorschläge sind damit aufgezeigt. Die sorgfältige Prüfung und das konsequente Vorantreiben der geschilderten Vorhaben schließen sich gegenseitig nicht aus, sondern sie bedingen einander. Indem wir beides gleichzeitig tun, werden wir unserer Verantwortung gerecht und tun unser Möglichstes, um unseren Sparkassen in dieser Krise beizustehen.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und einzeln bei der SPD)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke Herrn Abgeordneten Koch und erteile für die SPD-Fraktion dem Fraktionsvorsitzenden, Herrn Abgeordneten Dr. Ralf Stegner, das Wort.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie haben vielleicht am Dienstag in der „Financial Times Deutschland“ den Bericht des europäischen Ratspräsidenten gelesen, in dem - so heißt es - für Europa eine **Kreditklemme** festgestellt wird. Dies kann zumindest die Europäische Union für die Betriebe des Handwerks und für die Klein- und Mittelbetriebe in den Staaten Europas nicht bestätigen, die über einen dezentralen Bankenmarkt verfügen und die dieses dreigliedrige System haben, was wir immer verteidigt haben. Denn in einer entsprechenden Umfrage aus dem vorherigen Monat gibt es keine Unterschiede - was die **Kreditvergabe** angeht - zu den vorhergehenden Jahren.

Schwierigkeiten gibt es für große Unternehmen in den Ländern, die ausschließlich große private Banken haben - von dem Schicksal der Investmentbanker will ich mal gar nicht reden.

Die Generaldirektion Wettbewerb berichtet von einem Zulauf auf die Sparbücher als einer sicheren möglichen Anlageform. Wenn die Lage nicht so ernst wäre, müsste man eigentlich darüber schmunzeln, dass jetzt jene zu den Sparkassen und Genossenschaftsbanken kommen, die vorher mit erhobener Nase eben jene Institute in Richtung aberwitziger Renditeverheißungen verlassen haben.

Dennoch ist die Lage auch für die Sparkassen nicht einfach. Sie haben selbst Fehler gemacht, in dem sich einzelne ein wenig zu sehr an den Privaten orientiert haben, wobei der öffentliche Druck auf die Sparkassen nach dem Motto, „wenn die Deutsche Bank 25 % Rendite erwirtschaftet, warum dann nicht auch ihr?“, natürlich groß gewesen ist. Sie ge-

(Dr. Ralf Stegner)

raten außerdem in die prozyklische Wirkung von **Basel II**, die bei den nun risikoreicher gewordenen Krediten eine stärkere **Eigenkapitalquote** einfordert. Sie merken den Rückgang der Konjunktur, und sie müssen mit den Anforderungen umgehen, die die Anteilseignerschaft an der HSH Nordbank mit sich bringt.

Was ist also zu tun? - Die **Sparkassen** sind ein enorm stabilisierender und vertrauensbildender Faktor in Deutschland.

(Beifall bei der SPD)

Sie sind für 45 % der **Unternehmensfinanzierungen** in Deutschland zuständig. Zum Vergleich: Die Commerzbank liegt bei gerade mal 7 %. Wir stehen alle in der Verantwortung, dafür zu sorgen, dass es so bleibt, wir müssen aber auch immer bedenken, was für langfristige Auswirkungen unser Handeln hat.

Ich habe die Aussage des Präsidenten des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes sehr wohl wahrgenommen, der gesagt hat, dass die Sparkassen mögliche Probleme einzelner Sparkassen, die außerhalb der Landesbanken liegen, innerhalb der Sparkassenfamilie lösen wollen. Dazu greift zunächst der **Sicherungsfonds in Schleswig-Holstein** und in dem Fall, dass der nicht reichen würde, der **Überlauffonds des Bundesverbandes**. Das ist nun keine altruistische Aussage, sondern das geht natürlich von der klaren Prämisse aus, dass sie alles vermeiden wollen, was Brüssel alarmieren könnte. Dies bezieht sich auch auf fast alle Änderungen im Sparkassengesetz, die ja mit unterschiedlicher Tiefe zur Diskussion stehen.

Das ist deswegen erfreulich, weil das zeigt: Wir sollten hier keine Schnellschüsse machen, die wir dann bitter bereuen würden, wenn wir hier etwas Falsches machten.

(Beifall bei der SPD)

Ich muss Ihnen sagen: Nach vielen Gesprächen, die ich geführt habe, ist meine Skepsis eher gewachsen, inwiefern wir durch eine Gesetzesänderung eine europafeste Einstiegsmöglichkeit für ein Institut machen können, und auch deshalb prüfen wir alle vernünftigen Alternativen. Vernünftige Alternativen sind übrigens durchaus auch das, was der Kollege Koch hier beschrieben hat, dass man **Beteiligungsmöglichkeiten untereinander** prüft oder dass man das, was jetzt schon gilt für freie Sparkassen in Schleswig-Holstein und deren Möglichkeiten, etwas zu machen, natürlich auch prüft. Wenn Zweifel bleiben, dass eine Änderung des Sparkas-

sengesetzes europarechtlichen Deichschutz gegen jedwede Privatisierungsgefahr bietet, wird es sie mit der Sozialdemokratie nicht geben.

Ich füge hinzu: Die Behauptung der Grünen, es gäbe einen gemeinsamen Gesetzentwurf von SPD- und CDU-Fraktion, ist falsch. Das hätte man durch eine einfache Nachfrage klären können.

(Zuruf von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Kennen Sie einen Gesetzentwurf, der irgendwo eingebracht worden wäre? Es gilt immer noch das parlamentarische Verfahren: Ein Gesetzentwurf ist es dann, wenn er hier eingebracht ist, und nicht, wenn Ideen entwickelt werden. Das machen übrigens die Fraktionen ständig, und das gilt sogar für Ihre Fraktion.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist Dialektik!)

- Nein, nein, da muss man schon sehr genau hingucken.

Es gibt das klare **Angebot** des **Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes**, einzelne Sparkassen beratend zu unterstützen. Es gibt intensive Gespräche. Herr Innenminister, ich bedanke mich dafür, dass Sie das ausdrücklich den Verwaltungsratsmitgliedern vermittelt haben; denn man liest in den Zeitungen, dass sie Informationen brauchen. Ich füge hinzu: Ich wünsche mir, dass die Verbandsverantwortlichen das alles beherzt und mit Kompetenz angehen.

Ich glaube übrigens nicht daran, dass **Zusammenschlüsse** immer helfen. Es hat sich gezeigt, wie wichtig eine regionale Verankerung ist, dass vor Ort entschieden wird und nicht irgendwo im zentralen Anderswo. Dabei finde ich den Hinweis interessant, dass nach einem internen Benchmarking die Größe von Sparkassen keine Rolle für ihre Ertragsituation spielt, sondern die **Qualität** dessen, was dort geschieht.

Was die **Hamburger Sparkasse** angeht, so ist diese weder eine feindliche noch eine altruistische Organisation. Zusammenarbeit ist sinnvoll, Blauäugigkeit nicht. Eine **Beteiligung** zum Beispiel **an der HSH Nordbank** wäre sehr schön, leider in diesen Zeiten aber schwer zu erreichen.

Um seriös über notwendige Maßnahmen im Zusammenhang mit der **HSH Nordbank** zu reden und zu entscheiden, brauchen wir eine seriöse, umfangreiche Grundlage an Informationen. Diese bekommen wir mit dem **Gutachten der KPMG** und dem **Jahresabschluss** der HSH Ende Februar. Ich be-

(Dr. Ralf Stegner)

grüße auch das, was der Herr Innenminister zu den Dingen gesagt hat, die in dem Brief enthalten sind, den er und Herr Wiegard geschrieben haben. Ich muss sagen, das finde ich sehr klärend. Nicht alles, was ich über die Jahreswende an Veröffentlichungen gelesen habe, hat dem entsprochen. Ich will es deutlich sagen: So lange solche seriösen Informationen nicht vorliegen, wird es mit der SPD-Fraktion keine Entscheidung über irgendwelche Schirme, irgendwelche Umstrukturierungsmodelle oder sonst etwas in diesem Hause geben.

Wir wollen auch nicht, dass uns zum Beispiel die Genossenschaftsbanken verklagen, weil wir etwas tun, was wettbewerbsrechtlich nicht zulässig ist.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

- Klatschen Sie nicht zu früh. Zu dem Vorschlag, wir sollten eben mal die Anteile zurückkaufen, frage ich mich: Mit welchem Geld eigentlich? Ich wundere mich immer, dass Redner bei dem einen Tagesordnungspunkt sagen, ihr müsst mehr sparen, Schuldenbremse, und bei einem anderen Tagesordnungspunkt sagen, ihr müsst da mehr ausgeben und dort mehr ausgeben. Gestern habe ich gelesen, da mal 70 Millionen €, das müssten wir doch haben. Tut mir leid, das ist für mich jedenfalls mit Solidität nicht vereinbar. Wir haben nicht das Geld, die **Sparkassenanteile** zurückzukaufen.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben Entscheidungen zu fällen, die viele **Arbeitsplätze** in der Region betreffen, die für das Wohl und Wehe unseres Landes entscheidend sind. Ich sage: Wir müssen eine **gemeinsame Lösung** finden mit den Kommunen, die Träger sind, mit den Sparkassen, mit der Landesregierung, mit der HSH Nordbank und mit dem Bund. Wir dürfen nichts tun, was die Gefahr erhöht, dass man in **Brüssel** sagt, das deutsche Sparkassensystem sei europarechtswidrig und müsse aufgelöst werden. Wer die Konkurrenz der Sparkassen fürchtet, soll doch in den Ländern welche gründen, wo es noch keine gibt, anstatt das in Brüssel ändern zu wollen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Trotz aller Probleme, die die Sparkassen sicherlich haben - wozu eigene Anlage- und Managementfehler ebenso gehören wie der Wert ihrer Anteile - , trotz allem sind sie ein kaum zu überschätzendes Element in unserer Wirtschaft und unserer Gesellschaft als regionale Kreditgeber, als regionale Förderer von Kultur, Sport, Wissenschaft und sozialen Projekten, als sicherer Anlageort und mit der von ihnen sicher-

gestellten Möglichkeit für jede und jeden, ein Konto zu eröffnen.

Damit komme ich zu dem wirklichen Treppenwitz dessen, was ich letzte Woche gehört habe, dass die FDP vorgeschlagen hat, ausgerechnet in dieser Zeit eine **Privatisierung der Sparkassen** via **Aktiengesellschaften** zu fordern, das heißt just jene Elemente abzuschaffen, die jetzt stabilisierend wirken. Wir hätten dann auch dort Renditeorientierung statt Gemeinwohlorientierung, wir hätten Kundenselektion statt das Konto für jedermann, und wir hätten krisenanfällige internationale Abhängigkeit statt einen sicheren Anlagehafen.

(Beifall bei der SPD)

Wohin würden wir kommen, wenn das in diesem Haus mehrheitsfähig wäre! Die FDP hat in **NRW** einsehen müssen und hat das dort mit ihrem Koalitionspartner auch ein Stück weit geändert, dass man die Sparkassen nicht ihrer eigenen Gestaltungsmacht berauben und sie mittelfristig privatisieren kann. Vielleicht können Sie da ja von Ihren Parteifreunden lernen.

Statt die Sparkassen ihrer **Grundlagen** zu berauben, müssen wir sie erhalten. Wir sollten jedoch aus der jetzigen Krise lernen, wie wichtig Institutionen sind, die sich dem renditefixierten Verwertungsinteresse entziehen. Wir sollten aber auch darauf achten, dass diese Institutionen das auch tatsächlich tun.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Gegner hatten und haben unsere so schön rot leuchtenden Sparkassen viele, in Brüssel, bei Privatbanken. Sie haben auch fragwürdige und ganz illiberale rechtliche Zwangsbeglücker. Wahre politische Freunde sind da schon rarer gesät. Ich sage das ganz bewusst und gerade in diesen Zeiten: In Sachen Sparkassen bleiben die Sozialdemokraten eine sichere Bank!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke Herrn Dr. Stegner und erteile für die FDP-Fraktion dem Herrn Oppositionsführer Wolfgang Kubicki das Wort.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hatte mir von der heutigen Debatte einiges erhofft und bin bedauerlicherweise enttäuscht. Ich bin auch enttäuscht darüber, dass CDU und SPD offen-

(Wolfgang Kubicki)

sichtlich mit dem zufrieden sind, was sie gehört haben, oder mit sich selbst zufrieden sind. Entweder es stimmt, dass die Sparkassen vor enormen Problemen stehen, die einen dringenden Handlungsbedarf beinhalten. Dann müssen wir alsbald etwas tun, denn im März brauchen wir nichts mehr zu tun, dann haben wir alles hinter uns. Oder es stimmt nicht, wie der Minister es gesagt hat; den Sparkassen geht es gut, sie haben genug eigene Substanz, die brauchen nicht unbedingt neues Eigenkapital. Dann brauchen wir die Debatte eigentlich auch nicht. Dann frage ich mich, was eigentlich an Sondersitzungen des Kabinetts vor Weihnachten und großen Erklärungen des Ministerpräsidenten, nach tiefem Nachdenken, Rettungsschirme für die Sparkassen zu spannen, gewesen ist.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

- Herr Kollege Neugebauer, dass man in sozialistischer Verharrung die **Umwandlung in eine private Rechtsform** bereits für ein Übel hält, habe ich ja begriffen. Das war übrigens bei der HSH Nordbank anders. Die ist auch in einer privaten Rechtsform, nämlich als AG, gegründet worden, ohne dass jetzt jemand auf die Idee kommt, das sei eine Bank, von der man sich sofort verabschieden müsste. Ich höre doch immer, welche solidarischen Erklärungen hier von Sozialdemokraten gegeben werden. Das heißt, die **Rechtsform** sagt noch nichts darüber aus, welche Aufgaben zu erfüllen sind. Aber ich sage, die **private** Rechtsform ermöglicht es, **Kapital** auf eine Art und Weise zuzuführen, die sonst nicht möglich ist. Unsere Auffassung ist, dass wir das den **Eigentümern der Sparkassen**, den kommunalen Trägern und dem Sparkassen- und Giroverband, überantworten sollten und dass wir nicht so tun sollten, als sei das Parlament der Ort, an dem diese Entscheidungen getroffen werden müssten.

(Beifall bei der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Lage der Sparkassen ist ernst. Es gibt besonders eine Sparkasse, deren Lage besonders ernst ist, wie öffentlich kommuniziert wird. Das kann möglicherweise auch daran liegen, dass sie in der Vergangenheit eine Geschäftspolitik betrieben hat, die mit ihrem Auftrag nicht in Übereinstimmung steht.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich hätte mich ja gefreut, wenn sich Sozialdemokraten und Christdemokraten hingestellt und gesagt hätten, der Verkauf von Krediten an Heuschrecken - Lonestar - sei etwas Schlimmes gewesen und

beinhalte, dass man sich möglicherweise mit dem Vorstand der Sparkassen und ihrem Geschäftsmodell näher beschäftigt. Die Tatsache, dass die Sparkasse mit Kampfbedingungen, die zu immensen Verlusten führen, den mit ihr im Wettbewerb stehenden Volksbanken und Raiffeisenbanken Kunden abspenstig machen will, muss doch die Frage auslösen, ob der Staat, ob wir als Land anschließend dafür einstehen sollen, dass sie mit solchen Methoden am Markt operiert.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Herr Kubicki, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Kalinka?

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Selbstverständlich.

Werner Kalinka [CDU]: Herr Kollege, können Sie sich vorstellen, dass es gelegentlich unterschiedliche Interessen und Auffassungen zwischen dem Träger einer kommunalen Sparkasse und dem Verband geben könnte?

- Herr Kollege Kalinka, das kann ich mir vorstellen. Das wünsche ich mir sogar, weil sie unterschiedliche Interessen zu vertreten haben. Bisher bin ich allerdings der Auffassung gewesen - da fühle ich mich bestätigt -, dass jedenfalls Abgeordnete überwiegend Ihrer Fraktion die Interessen des Sparkassen- und Giroverbandes und nicht die der Sparkassen vertreten. Anders kann ich mir bestimmte Äußerungen von Vorständen von Sparkassen, abweichend vom Sparkassen- und Giroverband und abweichend zu Ihrer Haltung, nicht erklären.

Werner Kalinka [CDU]: Herr Kollege, abgesehen davon, dass das keine Antwort war

- Das war eine Antwort.

- nein -, würden Sie mir zumindest zustimmen, dass zur Regelung dieser Dinge gegebenenfalls der Gesetzgeber aufgefordert ist, um allen eine einheitliche Chance zu geben?

- Es war eine Antwort; die mag Sie nicht befriedigen, aber es war eine Antwort. Die Antwort lautet schlicht und ergreifend: Ich gehe davon aus, dass der Sparkassen- und Giroverband und das Parlament beziehungsweise die CDU-Fraktion und die kommunalen Träger unterschiedliche Auffassungen haben, weil sie unterschiedliche Interessen zu vertreten haben. Das war die Antwort.

(Wolfgang Kubicki)

(Zuruf)

- Wir können uns lange darüber unterhalten, wer im Sparkassen- und Giroverband sitzt. Ich bin dankbar, dass der SGV in der Diskussion deutlich weiter ist als die regierungstragenden Fraktionen. Ich habe auf den Vorschlag der FDP-Fraktion eine Reihe von Mails bekommen, das sei ein interessanter Aspekt, den sollte man weiter verfolgen, was die Zukunftsfähigkeit der Sparkassen angeht. Ich könnte das ja zitieren. Leuten, die sich hier hinstellen und sagen, dass sei die Ausgeburt allen Übels, würde ich raten, einmal darüber nachzudenken.

Lassen Sie mich jetzt auf die Situation der Sparkassen zurückkommen, die einen verwundert, wenn man im parlamentarischen Bereich länger tätig ist. Am 13. Dezember 2008 konnten wir in den Zeitungen von einem Krisentreffen des Kieler Kabinetts zur **Lage der Sparkassen** lesen. Es hieß, die Landesregierung gehe davon aus, dass die Mehrzahl der landesweit 15 Sparkassen in der Folge der **Krise bei der HSH** in massive Probleme geraten könnte. Es wurde über einen **Verlust** von 200 Millionen € spekuliert. Hinzu kämen weitere 40 Millionen € **Dividendenausfall** durch die **Beteiligung an der HSH**. Auf dem Spiel stehe damit bei den meisten Sparkassen die Fähigkeit, kleinere und mittlere Betriebe zwischen Nord- und Ostsee mit Krediten zu versorgen. Die Landesregierung wolle jetzt schnell handeln, bis Ende Januar - so ist in den Zeitungen des 13. Dezember 2008 zu lesen - sei alles unter Dach und Fach, ließ der Ministerpräsident verlauten.

Wir haben jetzt Ende Januar 2009, und wir hören, dass man über irgendwelche Sachen noch debatiert.

Am 3. Januar 2009 - das muss man zitieren - berichtete dann der „Schleswig-Holsteinische Zeitungsverlag“, dass zwischen Landesregierung und Sparkassen eine **Garantieerklärung** erarbeitet worden sei. Die Sparkassen sollten ihren 14,8%-Anteil an der HSH behalten, und der Wert in Höhe von 700 Millionen € solle garantiert werden.

Herr Koch, ich will den Unterschied zwischen Bürgschaft und Garantieerklärung momentan nicht erklären. **Bürgschaften** kann man für Garantieerklärungen gar nicht abgeben. Das sind die Erklärungen, dass man bei der Kreditvergabe für den Fall eintreten will, dass der Schuldner ausfällt. Hier geht es um eine **Wertgarantie** im Unterschied zu einer Bürgschaft. Darauf komme ich nachher noch einmal zurück. Wenn Sie diese Wertgarantie nicht spä-

testens Ende Februar 2009 abgeben, brauchen die Sparkassen diese Garantieerklärung nicht mehr.

(Beifall bei der FDP)

Eine **Laufzeit** der Garantie bis zum Jahr 2013 wurde vereinbart, so war zu lesen. Danach soll ein eventueller Gewinn mit den Sparkassen wieder geteilt werden. Aber offenbar hat die Landesregierung bei der Erarbeitung weder mit den Regierungsfraktionen noch mit dem Sparkassenverband gesprochen. Lassen Sie mich den Ministerpräsidenten zitieren. Ich bedauere, dass er nicht hier ist; ansonsten würde ich ihn beglückwünschen dafür, dass er einen solchen Kommentar abgegeben hat. Am 3. Januar 2009 kommentiert Stefan Richter im „sh:z“:

„Zu den Stärken des Landes gehört der berühmte kurze Draht. Gerade in der Krise kann das direkte Gespräch offenbar Wunder bewirken. Drohte auch dem schmucken Sparkassendampfer des Landes noch vor wenigen Wochen Wassereinbruch, weil der Eisberg HSH Nordbank auf sie zutrieb, so herrscht jetzt auf der Kommandobrücke eitel Sonnenschein. Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Peter Harry Carstensen ist ein Coup gelungen.“

Es heißt weiter:

„Solche Lösungen“

- also nicht der Versuch, sie zu erarbeiten -

„setzen Vernunft und Augenmaß voraus. Sowohl Carstensen als auch Sparkassenpräsident Jörg-Dietrich Kamischke haben sich nicht zu falschem Aktionismus hinreißen lassen. Während ihnen mangelndes Krisenmanagement vorgeworfen wurde, schmiedeten sie ein Konzept, das allen Luft verschafft.“

Ich kann sagen: Bisher haben wir nur heiße Luft.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD] und Lars Harms [SSW])

In einem Punkt - ich bedauere, dass ich das machen muss - stimme ich Ihnen ausdrücklich zu, Herr Kollege Stegner. Sie haben erklärt, Blankoschecks, durch die die Risiken allein auf das Land abgewälzt würden, darf es nicht geben. So habe ich Sie auch heute verstanden. Bei Ihnen geht jetzt auch Gründlichkeit vor Schnelligkeit. Dabei haben wir wiederum ein Problem. Den Sparkassen muss, damit ihnen in dieser entscheidenden Frage überhaupt geholfen werden kann, spätestens im März geholfen werden.

(Wolfgang Kubicki)

Ansonsten ist die **Rückholung auf die Bilanz** zum 31. Dezember 2008 rechtlich ausgeschlossen. Das bedeutet auch für das Parlament - Herr Minister, das gilt übrigens auch für das, was Sie mit der HSH Nordbank vorhaben -: Sie können nicht erwarten, dass sich Parlamentarier hinsetzen, eine Tischvorlage bekommen und innerhalb von zwei Tagen darüber entscheiden, dass dieses Land mit Millionenbeträgen beglückt werden soll und der Haushaltsgesetzgeber des Jahres 2010 bis 2015 belastet wird. So funktioniert das nicht.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe die Beiträge des Kollegen Koch und des Kollegen Dr. Stegner so verstanden, dass jedenfalls aus dem **Land Schleswig-Holstein** mit einer weiteren **Eigenkapitalzuführung** nicht zu rechnen ist. Es ist hier erklärt worden: Das Geld haben wir nicht. Verschulden wollen wir uns dafür nicht. Damit ist für die weiteren Planungen, was noch passieren soll, klar - -

(Minister Rainer Wiegard: Die Planungen machen wir erst einmal! Dann kann darüber entschieden werden!)

- Ich habe das von den beiden regierungstragenden Fraktionen so vernommen. Es kann sein, dass das anders wird. Das werden wir in drei Wochen ja sehen. Ich sage Ihnen nur: Meine Fraktion - ich bin auch sicher, kein anderer Schleswig-Holsteiner - wird nicht verstehen, dass Sie innerhalb kurzer Zeit Milliardenbeträge in die HSH Nordbank hineinpumpen und uns erklären, man könne den Sparkassen ihren Anteil zu einem fairen Preis nicht abkaufen.

(Beifall bei der FDP)

Herr Kollege Koch, zu den rechtlichen Problemen! Unser Modell der Sparkassenstruktur haben wir bereits im Jahr 2000 vorgestellt. Wir haben auch die rechtlichen Fragen geklärt. Wir haben es um einen einzigen Punkt ergänzt, nämlich die **Minderheitsbeteiligung** durch eine **Holding des Sparkassen- und Giroverbandes**. Das ist eine Hommage an die Sparkassen, um zu verhindern, dass gegen ihren Willen auf dem Finanzplatz Schleswig-Holstein jemand hinzutreten kann. Nur darum kann es gehen. Sie wissen, wie massiv der Widerstand der Sparkassen - bis auf die Sparkasse Südholstein - gegen einen **Einmarsch der Hamburger Sparkasse** nach Schleswig-Holstein ist.

(Werner Kalinka [CDU]: Das ist sehr modifiziert!)

Ich sage: mit gutem Grunde. Sie schaffen eine **Konzernstruktur**. Aufgrund der Kapitalkraft der Haspa werden die Entscheidungen darüber, wohin und an wen Kredite vergeben werden, künftig - nach einem Zeitraum von drei bis fünf Jahren - nicht mehr in Schleswig-Holstein getroffen werden, sondern in Hamburg. Wenn das der Weg ist, den Sie beschreiten wollen, sagen Sie das offen.

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Wie ich sehe, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Herr Oppositionsführer, haben Sie möglicherweise bemerkt, dass in meiner Rede das Wort „Kapitalerhöhung“ überhaupt nicht vorgekommen ist und ich darauf hingewiesen habe, dass wir die Dinge prüfen, wenn das vorliegt, dass ich mich aber auf den Vorschlag der FDP bezogen habe, die Anteile der Sparkassen vom Land zurückzukaufen? Dazu habe ich die Aussage gemacht, die Sie richtigerweise zitiert haben.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Ich gehe davon aus, dass ich Sie jetzt richtig verstanden habe: Das Geld darf Schleswig-Holstein nicht aufnehmen, um die Anteile der Sparkassen an der HSH Nordbank zu kaufen, weil das Verschuldung wäre. Wir dürften uns aber nach Ihrer Einschätzung, wenn es denn kommt, verschulden, um die Eigenkapitalbasis der HSH Nordbank zu stärken. Habe ich Sie so richtig verstanden?

(Günter Neugebauer [SPD]: Das hat er auch nicht gesagt! - Weitere Zurufe von der SPD)

- Auch nicht? Sie prüfen das dann, wenn es kommt?

(Zustimmung bei der SPD)

- Gut, Sie prüfen es, wenn es kommt; das ist immer gut.

Herr Kollege Koch, zur Frage des fairen Preises! Es gibt keinen **Verkehrswert** für die **HSH-Nordbank-Anteile**, weil es keinen Markt dafür gibt. Sie sind momentan nicht zu verkaufen. Es gibt eine andere Möglichkeit, den Wert von Aktien zu bestimmen, nämlich den **inneren Wert** des Unternehmens zu bestimmen und die Erwartung der künftigen **Ertragskraft**. Nun gibt es zwei Möglichkeiten. Der Finanzminister kommt auf die Idee zu sagen, wir erwarten von der HSH Nordbank gar nichts. Dann

(Wolfgang Kubicki)

stimme ich Ihnen zu, dann sind die Anteile nichts wert. Oder wir glauben ihm - jedenfalls würden wir ihm glauben -, die Anteile würden künftig wieder sehr wertvoll werden. Dann bestimmt sich der faire Preis oberhalb dessen, was Sie gerade gedacht haben, und unterhalb des Buchwerts. Der faire Preis kann also ausgehandelt werden, weil sich Käufer und Verkäufer im Zweifel darauf verständigen. Ich erkläre Ihnen das vielleicht noch einmal. Kommen Sie nicht mit dem Argument, wir könnten das aus diesen Gründen nicht machen.

Lange Rede, kurzer Sinn - ich will hier jetzt nicht weitermachen -: Ich bin dankbar, dass sich die Regierungserklärung und der Beitrag der beiden großen Fraktionen darin erschöpft haben zu erklären, was sie nicht wollen. Was sie wollen, haben wir nicht erfahren. Das wissen die Sparkassen nicht, das wissen die Menschen in diesem Land nicht.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

So stelle ich mir verantwortungsbewusste, zukunftsgerichtete Politik vor, insbesondere wenn es um den Finanzplatz Schleswig-Holstein geht! Ich sage Ihnen: Sie sind momentan sowohl bei der HSH Nordbank als auch bei den Sparkassen dabei, den Finanzplatz Schleswig-Holstein zu ruinieren.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erhält die Frau Abgeordnete Monika Heinold.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die **Sparkassen** in Schleswig-Holstein haben als öffentlich-rechtliche Institute wichtige **Aufgaben der Daseinsvorsorge**. Sie versorgen die kleinen und mittelständischen Betriebe mit den notwendigen Krediten, sie sichern das Konto für jedermann, sie bilden aus, sie nehmen aktiv am gesellschaftlichen kommunalen Leben teil und sponsern wichtige gesellschaftliche Aufgaben, insbesondere im Jugendhilfe- und im kulturellen Bereich.

Meine Fraktion plädiert entschieden dafür, dass wir die Sparkassen als öffentlich-rechtliche Institute mit ihrer Gemeinwohlorientierung und ihrer regionalen Verankerung erhalten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Der Glaube, Privatisierungen und Fusionen seien immer das A und O und stellten jeweils die wirtschaftlichste Lösung dar, ist falsch.

Die größten **Probleme** hat zurzeit die **Sparkasse Südholstein**, also gerade das Institut, welches fusioniert hat und nun mit einer Bilanzsumme von 6,1 Milliarden € das umsatzstärkste Unternehmen unter den schleswig-holsteinischen Sparkassen ist.

Die Sparkassen leben vom **Regionalprinzip**. Ziehen sie sich aus der Fläche zurück oder werden sie zu großen anonymen Einheiten, verlieren sie automatisch Kunden. Vor diesem Hintergrund ist es mehr als befremdlich, dass CDU und SPD mit ihrem intern gehandelten Gesetzentwurf argumentieren. Ich habe das auch in der Presse gesagt, Herr Stegner: Es gibt einen Entwurf, der ist nicht eingereicht; es ist ein intern gehandelter Entwurf. Zumindest stehen CDU und SPD darauf, es stehen Koch und Rother darunter; er wird bei entsprechenden Leuten - -

(Günter Neugebauer [SPD]: Hat der Gesetzentwurf eine Drucksachenummer?)

- Nein. Ich sage ja auch, dass er nicht eingereicht ist, sondern dass das anscheinend einer Ihrer Vorschläge ist. Herr Koch hat ja auf der einen Seite gesagt: Wir haben keinen Vorschlag. - Dann hat er uns angegriffen. Auf der anderen Seite haben Sie anscheinend auch nichts. Entweder haben Sie etwas - dann ist es dies -, oder Sie haben nichts.

(Zuruf: Wer hat das denn unterschrieben?)

- Das habe ich doch gesagt: Rother und Koch.

Vor diesem Hintergrund ist es nicht zu verstehen, dass CDU und SPD jetzt anscheinend die Teilprivatisierung von Sparkassen wollen.

In dem Gesetzentwurf beziehungsweise in dem vorliegenden Blatt heißt es - -

(Unruhe)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich bitte um etwas mehr Aufmerksamkeit für die Abgeordnete.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

In dem Papier von Herrn Rother und Herrn Koch heißt es, dass zukünftig **Stammkapital** in Höhe von bis zu 49,9 % auf **Mitglieder der Sparkassen-**

(Monika Heinold)

organisation übertragen werden kann. Mit dieser Formulierung tauchen gleich zwei Probleme auf. Erstens ist der Begriff „Mitglieder der Sparkassenorganisation“ rechtlich nicht definiert. Zweitens würde mit einer **Beteiligung der Haspa** an den schleswig-holsteinischen Sparkassen erstmalig eine **Finanzholding** Anteilseigner an unseren öffentlich-rechtlichen Sparkassen werden.

Da es nach dem europäischen Recht keine Wettbewerbsverzerrung geben darf, stellt diese Änderung des Sparkassengesetzes, sollte sie so kommen, aus unserer Sicht das Einfallstor für alle privaten Kaufinteressenten dar. Ich habe mich beim Sparkassen- und Giroverband schlaue gemacht, was mit dem **Begriff „Mitglieder der Sparkassenorganisation“** wohl gemeint ist. Dieser Begriff ist identisch mit den Mitgliedern der Sparkassen-Finanzgruppe. Das sind viele Organisationen: 457 Sparkassen in den unterschiedlichsten Rechtsformen, alle Landesbanken und Landesbausparkassen, 36 öffentlich-rechtliche Versicherungsunternehmen, Leasinggesellschaften in Form von Aktiengesellschaften, Unternehmensberatungsstellen und vieles mehr. Sollen diese unterschiedlichen Wirtschaftseinheiten zukünftig berechtigt sein, Anteile an unseren Sparkassen zu kaufen? Haben Sie das, meine Damen und Herren von CDU und SPD, tatsächlich gemeint? Ist das Ihre Absicht? Aber selbst, wenn Sie nur die Beteiligung der Haspa im Sinn haben - auch dies haben Sie ja Anfang Januar 2009 öffentlich gesagt, muss man feststellen: Die Beteiligung einer Finanzholding an unseren gemeinwohlorientierten Sparkassen wäre systemfremd und würde dem **Regionalprinzip** diametral entgegenstehen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Es stellt sich also die Frage, was die Große Koalition eigentlich bezweckt. Nach Auskunft des Sparkassenverbandes gibt es zurzeit keine Existenzbedrohung für die schleswig-holsteinischen Sparkassen. Zu dem Problem der HSH Nordbank-Anteile komme ich noch. Einzig und allein die **Sparkasse Südholstein** macht Druck, weil sie frisches Kapital braucht und sich hierfür die Haspa als Retter auserkoren hat.

Zur Sparkasse Südholstein ist aber zu sagen: Ihre Geschäftspolitik scheint in den letzten Jahren nicht sonderlich erfolgreich gewesen zu sein.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Auch die Forderungsverkäufe - das ist erwähnt worden - an einen amerikanischen Geldhai waren

kein Ruhmesblatt für eine öffentlich-rechtliche Sparkasse.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Der Druck, der jetzt von der Sparkasse Südholstein auf die Kommunalpolitik in den Kreistagen Segeberg, Neumünster und Pinneberg ausgeübt wird, wo in Sondersitzungen jetzt Resolutionen verabschiedet werden sollen, empfinde ich als äußerst unangenehm. Schließlich liegt offiziell - das haben Sie eben noch einmal bestätigt - gar kein Gesetzentwurf vor, sodass die Kommunalpolitiker und Kommunalpolitikerinnen gar nicht wissen können, für welche Rechtsform, für welche Änderung sie jetzt ihre Hand heben sollen.

Meine Damen und Herren von CDU und SPD, Sie können doch nicht aufgrund der schlechten Geschäftspolitik einer einzelnen Sparkasse den Weg für den Einstieg der Haspa frei machen!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die Haspa ist keine Wohltätigkeitsorganisation, sondern hat schlicht ein Interesse, und das ist, ihren **Einfluss in Schleswig-Holstein** massiv auszuweiten. Das versucht sie schon sehr lange. Entscheidender für die Zukunft der Sparkassen in Schleswig-Holstein ist sowieso eine andere Frage, nämlich die Frage: Wie können die Sparkassen die hohen **Verluste ihrer HSH-Nordbank-Anteile** verkraften?

Der Ministerpräsident - das ist erwähnt worden - hatte sich ja einen feinen Schutzschirm ausgedacht, der leider beim ersten Mal Reinpieksen wie ein Luftballon zerplatzte. Welch Dilettantismus, mit dem die Landesregierung hilflos durch die Finanzmarktkrise schliddert! Und das, wo die Sparkassen dringend eine rechtlich einwandfreie Lösung brauchen - zeitnah; das ist erwähnt worden -, damit die Wertverluste der HSH Nordbank-Anteile nicht voll auf die Bilanzen der Sparkassen 2008 durchschlagen, wodurch das Kreditgeschäft in seiner bisherigen Höhe für die kleinen und mittelständischen Betriebe deutlich reduziert werden müsste! Die **kleinen und mittelständischen Unternehmen** sind darauf angewiesen, dass die Sparkassen liquide bleiben. Deshalb muss das Land gemeinsam mit den Sparkassen eine Lösung finden, welche die schon jetzt bestehende **Kreditklemme** auf dem Finanzmarkt nicht noch verstärkt.

(Günter Neugebauer [SPD]: Und jetzt kommen Ihre Vorschläge!)

(Monika Heinold)

- Genau, die kommen jetzt. Das haben Sie gut erkannt; wir kennen uns lange.

Bei einem Hilfspaket für die Sparkassen muss allerdings berücksichtigt werden, dass auch die Sparkassen für das Desaster der HSH Nordbank mit verantwortlich sind. Ihr Verbandsvertreter saß sowohl im Aufsichtsrat als auch im Risikoausschuss der HSH Nordbank. Und: Das Land hat nicht die Kapazität, eben mal ein 500-Millionen-€-Geschenk für die Sparkassen zu schnüren. Außerdem muss eine Lösung gefunden werden, die wettbewerbsrechtlich sauber ist.

Einen **Schutzschirm**, wie ihn sich der Ministerpräsident ausgedacht hat, nach dem Motto „Wir helfen großzügig, und keiner muss dafür bezahlen“, wird nicht funktionieren. Denn entweder zahlen die Sparkassen in relevanter Höhe Zinsen für die gegebene Garantie - Herr Hay hat das eben ausgeführt -, oder das Ganze ist wettbewerbsrechtlich angreifbar, weil es im Grunde die Wiederherstellung der alten **Gewährträgerhaftung** wäre.

Wunschenken kann bestehendes Recht nicht ersetzen. - Herzlichen Gruß an den Ministerpräsidenten, verbunden mit Genesungswünschen! Besorgen Sie sich also endlich einen Kompass, damit Schleswig-Holstein in der Finanzmarktkrise nicht untergeht!

Für meine Fraktion steht fest: Erstens: Die Sparkassen dürfen nicht privatisiert werden - auch nicht teilprivatisiert.

Zweitens: Die Sparkassen dürfen durch die Verluste der HSH Nordbank nicht in ihrer Existenz gefährdet werden.

Drittens: Land und Sparkassen müssen eine für beide Seiten verträgliche und rechtskonforme Lösung für den Umgang mit den Risiken aus den HSH-Nordbank-Anteilen finden. Dabei scheint der Weg, dass das Land den Sparkassen ihre Anteile an der HSH Nordbank abkauft, aus unserer Sicht zurzeit der praktikabelste zu sein.

(Günter Neugebauer [SPD]: Das soll Ihr Vorschlag sein?)

- Sie wollten einen Vorschlag. Ich habe den Vorschlag unterbreitet. Er mag Ihnen nicht gefallen.

(Günter Neugebauer [SPD]: Ich habe einen soliden Vorschlag erwartet!)

Der Vorschlag, den Ihre Regierung vorgestellt hat, funktioniert in keiner Weise.

Wenn man über die Frage des **Kaufs** nachdenkt, müssen dabei zwei entscheidende Fragen geklärt

werden. Erstens: Wie hoch müsste der Preis sein, damit es von der EU-Kommission nicht als wettbewerbsverzerrend eingestuft wird?

Zweitens: Was kann das Land finanziell schultern?

Damit beim Land nicht ab sofort hohe Zinsen für den Kauf der Anteile entstehen, könnten wir uns auch vorstellen, über eine **Put-Option** nachzudenken. Damit hätten die Sparkassen die Sicherheit, dass das Land ihnen ihre Anteile 2013 zu einem schon jetzt festgelegten Preis abkauft. Der Vorteil für das Land wäre, dass das Land den Kredit für den Kauf erst 2013 aufnehmen müsste. Also in dem Moment, wo auch die Haltevereinbarung der öffentlichen Hand gegenüber der HSH Nordbank ausläuft und wo die Karten eh neu gemischt werden müssen.

Die Aufgabe, die schleswig-holsteinischen Sparkassen zukunftssicher zu machen, ist groß.

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Frau Abgeordnete, achten Sie bitte auf die Zeit!

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Meine letzten Sätze, Frau Präsidentin: Die Lösungskompetenz, welche die Große Koalition bisher an Tag gelegt hat, ist klein. Das ist schlecht für unser Land.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Für den SSW im Schleswig-Holsteinischen Landtag erhält deren Vorsitzende, Frau Abgeordneten Anke Spoorendonk, das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die aktuelle Finanzkrise hat gezeigt, dass das Geschäftsmodell der Sparkassen in diesem Land erfolgreich und zukunftsorientiert ist. Die Sparkassen haben dem Gesetz nach einen öffentlich-rechtlichen Auftrag, in dem Gemeinwohlorientierung und die Verantwortung für die Region verankert sind.

Dies wird in der herausragenden Position als **Kreditgeber** für die **regionale Wirtschaft** deutlich. 65 % **Marktanteil** liegen hier bei den Sparkassen. Aber auch das flächendeckende Filialnetz und die Unterstützung zukunftsweisender Investitionen machen deutlich, dass sich die Sparkassen für die Re-

(Anke Spoorendonk)

gion, die einzelnen Gemeinden, die Bürger und die Mitarbeiter verantwortlich fühlen.

Diese Ausrichtung muss uns allen in Extremsituationen wie der derzeitigen Finanzkrise etwas wert sein. Gerade diese Krise hat uns doch allen gezeigt, dass die Dollarzeichen in den Augen von vielen Bankern, aber auch von Managern und Politikern blind machen für die gesellschaftspolitische Verantwortung, die sie tragen

Der im Raum stehende potenzielle Entwurf zur **Änderung des Sparkassengesetzes** und die **Krise der HSH Nordbank** haben zu einer wirren Diskussion über die Situation der Sparkassen geführt. Hier werden Dinge zusammengemischt, die nicht zusammengehören und uns einmal wieder vor die grundlegende Entscheidung stellen, ob wir das System der öffentlich-rechtlichen Sparkassen erhalten wollen oder nicht erhalten wollen.

Unsere Position hierzu ist seit vielen Jahren konsequent und klar. Das System der **öffentlich-rechtlichen Sparkassen** muss erhalten bleiben. Eine **Privatisierung** oder Teilprivatisierung ist mit uns nicht drin.

(Beifall beim SSW)

Derweil als Folge der Finanzkrise auf Ebene des Bundes die Bankenstruktur zunehmend verstaatlicht wird, soll in Schleswig-Holstein anscheinend genau das Gegenteil passieren. Es scheint, als sei eine Privatisierung der Sparkassen angedacht, um - wie Ministerpräsident Carstensen es ausdrückt - die Sparkassenlandschaft zu stärken und für die Zukunft auszurichten. Dabei ist es dem Ministerpräsidenten lieber - so sagte er in einem Interview -, eine Sparkasse zusätzlich ins Land zu holen - nämlich die **Haspa** -, als die Gefahr der Kundenabwanderung an die Haspa im Hamburger Randgebiet in Kauf zu nehmen.

Aber nur weil da Sparkasse draufsteht, ist noch lange keine öffentlich-rechtliche Sparkasse drin. Was die Öffnung des Sparkassengesetzes für private Teilhaber zur Folge hat, ist derzeit noch völlig unklar.

(Zuruf von der SPD)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Bitte melden Sie sich zu Wort, wenn Sie eine Frage haben. - Frau Abgeordnete, der Herr Abgeordnete Astrup hat eine Frage.

Holger Astrup [SPD]: Frau Kollegin, sind Sie so freundlich, dem Hohen Haus mitzutei-

len, woher Sie die Weisheit haben, dass die Große Koalition eine Privatisierung auch nur ansatzweise ins Auge fassen könnte?

Anke Spoorendonk [SSW]:

Es ist natürlich sehr problematisch, darauf eine konkrete Antwort zu geben. Ich habe das den Presseberichten entnommen, lieber Herr Kollege Astrup. Das ist überall nachzulesen.

(Zuruf von der SPD)

- Ich habe die Presseberichte jetzt nicht in der Hand. Insofern führe ich jetzt eine hypothetische Diskussion mit mir selbst.

(Heiterkeit)

Im Raum steht, wie man eventuell eine **weitere Teilhabe** hinzufügen kann. Was jetzt im Raum steht, hat also eher mit blindem Aktionismus zu tun. Außerdem - und das ist das Wichtigste - wird das von der überwiegenden Mehrheit der Sparkassen des Landes abgelehnt. Wir haben Briefe erhalten, die darauf hindeuten, dass all das, was ich jetzt in den Raum stelle, auch von den Sparkassen so aufgefasst wird.

Konkret liegt eine Idee der FDP zur Einrichtung einer **Holding** vor. Das harmoniert überhaupt nicht mit dem öffentlich-rechtlichen Auftrag der Sparkassen und wird von uns abgelehnt. Mit der Umwandlung der Sparkassen in Aktiengesellschaften wird zwar die Möglichkeit der Eigenkapitalzufuhr eröffnet, gleichzeitig nimmt die FDP aber in Kauf, dass das öffentlich-rechtliche Versorgungsnetz durch die Sparkassen zerstört wird.

Die Festlegung der Eigentümerstruktur per Gesetz ist eben nicht realisierbar, da die **öffentlich-rechtliche Trägerschaft** nicht mit einer **privaten Eigentümerstellung** gleichgesetzt werden kann. Eigentümer können mit der Sache nach Belieben verfahren, so dass mit einer **Gemeinwohlorientierung** der Sparkassen für das Land Schleswig-Holstein und seine Bürgerinnen und Bürger in Zukunft nicht zu rechnen ist.

Aus Sicht des SSW muss jedoch gerade in der aktuellen finanziellen Krisensituation an den gemeinwohlorientierten Aufgaben der Sparkassen festgehalten werden. Nur so können wir die herausragende Bedeutung der Sparkassen für die regionale Wirtschaft sowie die Regional- und Strukturpolitik unseres Landes langfristig sichern.

Dass die **Sparkasse Südholstein** unbedingt die Haspa ins Boot holen möchte, ist der Wunsch die-

(Anke Spoorendonk)

ser einen Sparkasse, die zum Großteil hausgemachte Probleme pflegt und nur mit einer **Kapitalzufuhr** aus Hamburg zufrieden zu sein scheint.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die bisherigen Vorschläge zur Änderung des Sparkassengesetzes - ich diskutiere immer noch mit mir selbst - lassen jedoch befürchten, das nicht nur der Haspa, sondern auch **anderen Konzernen** ein Einstieg in den regionalen Sparkassensektor eröffnet wird.

Wir haben es hier also mit bundesweiten Auswirkungen zu tun, die das gesamte bisherige Sparkassenwesen zerstören können. Dabei können die Probleme in Südholstein mit der Stützung und Neuaufstellung durch die Sparkassenorganisation gelöst werden, sodass wir überhaupt keine Gesetzesänderung benötigen.

Der SSW fordert daher nicht nur eine Offenlegung der Verhältnisse vor Ort, um genauer zu schauen, was in Südholstein seit Jahren schief läuft, sondern auch die Einbeziehung des Sparkassen- und Giroverbandes zur Entwicklung konstruktiver Lösungsvorschläge.

Die Erhöhung der Kapitalzufuhr der Sparkassen und ihre erfolgreiche Geschäftstätigkeit sind umfassende Herausforderungen, für deren Sicherung wir gerade bei der schlechten Bilanz der **HSH Nordbank** konstruktive Lösungen finden müssen. Mit der Finanzkrise ist die HSH Nordbank endgültig zum Belastungsthema für die Sparkassen geworden. Bei dem vorhergesagten Jahresfehlbetrag der HSH Nordbank sind erhebliche **Bilanzverluste** zu erwarten, die direkten Einfluss auf das Eigenkapital und die Kreditvergabe der Sparkassen und damit auch auf die regionale Wirtschaft unseres Landes haben.

Wir unterstützen daher den angekündigten Rettungsschirm zur **Übernahme der Garantieverpflichtung**. Dass der Rettungsschirm nicht im Galopp durch die Instanzen geprügelt werden kann, ist klar. Trotzdem plädieren wir für eine zügige und europarechtskonforme Bearbeitung und Realisierung des Rettungsschirms, sodass nicht der Eindruck einer versteckten Beihilfe entsteht. Wenn sich gegen alle Erwartungen herausstellt, dass dieser Schirm nicht über die Sparkassen des Landes aufgespannt werden kann, ist der Kauf der Sparkassenanteile durch das Land durchaus eine Lösung, die wir nicht von vornherein ausschließen sollten.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Schwierigkeiten sind bekannt. Das HSH-Problem der Sparkassen wäre mit dem Rettungsschirm erst einmal gelöst. Die Probleme zwischen dem Land Schleswig-Holstein und der HSH Nordbank jedoch noch lange nicht. Zu schwerwiegend haben sich das Verhalten und die Geschäftspolitik der HSH Nordbank auf die Wahrnehmung der Bank in der Öffentlichkeit ausgewirkt, als dass eine eventuelle Übernahme der 14,82 % Sparkassenanteile zu Jubel führen würde.

Ich sage noch einmal, dass uns bewusst ist, dass dies sehr schwierig sein wird. Man sollte es aber zumindest im Auge behalten.

Aus unserer Sicht hat die HSH Nordbank in der Art und Weise, wie sie bisher die Krise gemanaged hat, ihre gesellschaftliche Verantwortung als öffentliche Bank nicht ausreichend erkannt und wahrgenommen.

(Beifall beim SSW und des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Grundsätzlich steht der SSW dazu, dass wir die HSH Nordbank mit ihrem Sachverstand weiterhin als wichtige Säule der Wirtschaftspolitik unseres Landes brauchen. Langfristig müssen wir uns jedoch alle mit der Frage auseinandersetzen, ob sich das Land Schleswig-Holstein weiterhin für eine Bank einsetzen sollte, die primär auf dem globalen Markt tätig ist, oder ob es nicht eher Aufgabe des Landes und der Kommunen ist, sich für die öffentlich-rechtlich handelnden Sparkassen und damit unsere regionale Wirtschaft einzusetzen.

(Beifall beim SSW und des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das geschieht aber nicht, wenn daran gedacht wird, das **Sparkassengesetz** zu ändern. Die spannende Frage bleibt also: Was bewegt die Große Koalition dazu, jetzt darüber zu diskutieren, weshalb man ein Sparkassengesetz ändern soll, das aus Sicht der Sparkassen nicht geändert werden sollte?

(Beifall beim SSW)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke, Frau Abgeordneter Spoorendonk. Bevor ich zur Worterteilung nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung komme, begrüßen Sie bitte mit mir auf der Tribüne den Präsidenten des Roten Kreuzes

(Vizepräsidentin Frauke Tengler)

des Landesverbandes Schleswig-Holstein, Herrn Henning Kramer. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich Herrn Abgeordneten Tobias Koch das Wort.

Tobias Koch [CDU]:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn die Lage nicht so ernst wäre, dann könnte man das, was die Opposition hier heute Morgen geboten hat, als witzig bezeichnen. Sie kritisieren unsere Lösungsvorschläge. Gleichzeitig werfen Sie uns vor, dass wir damit nicht schneller fertig werden. Wir haben Lösungsvorschläge vorgetragen, die Sie selbst zitiert haben. Sie werfen uns vor, dass wir damit nicht fertig werden.

(Lachen bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe)

- Ich komme noch dazu. Bei Ihren eigenen Vorschlägen stellen Sie nicht die Frage nach der Rechtmäßigkeit und danach, ob das rechtlich umsetzbar ist.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich habe doch gesagt, das geht nur, wenn es rechtlich möglich ist!)

- Ja, das ist die gleiche rechtliche Situation, die auch wir zu prüfen haben. Sie stellen sich aber hin und machen Vorschläge, gehen aber mit keinem Wort darauf ein, wie das rechtlich zu beurteilen ist. Ich komme noch zu Ihnen. Dankenswerterweise erhalte ich jetzt mehr Redezeit.

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Herr Abgeordneter Koch, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Hentschel?

Tobias Koch [CDU]:

Ja.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Können Sie uns jetzt endlich verraten, was in dem Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes steht, das Sie in Auftrag gegeben haben?

- Sobald mir die Frau Landtagspräsidentin zusätzliche Redezeit einräumt.

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Wir haben Ihre Redezeit angehalten. Wir halten sie so lange an, bis Sie diese Frage beantwortet haben. Dann geht es weiter.

Tobias Koch [CDU]:

Neue Geschäftsordnungsregeln! - Ich kann Ihnen das gern beantworten. Der Wissenschaftliche Dienst hat uns mitgeteilt, dass die **Ausweisung von Stammkapital** und die **Beteiligung** im öffentlichen Bereich **EU-rechtlich** unbedenklich ist. Das habe ich vorhin vorgetragen. Von den Koalitionsfraktionen ist überhaupt nicht von Privatisierung die Rede gewesen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Es ging darum, zu sagen, wir schaffen im öffentlich-rechtlichen Sparkassensektor Beteiligungsmöglichkeiten. Wir machen das für die Hamburger Sparkasse nur dann, wenn sie von der EU-Kommission als öffentlich anerkannt wird. Das war die klare Aussage. Frau Kollegin Heinold, ich kann nach oben in mein Büro gehen. Dort nehme ich ein Stück Papier und schreibe darauf: Gesetzentwurf. Darunter schreibe ich Koch und Heinold. Schon haben wir einen gemeinsamen Gesetzentwurf.

(Beifall bei der SPD)

Es ist nett, wenn Sie sich auf interne Arbeitspapiere beziehen, die ein halbes Jahr alt sind. Die Krönung von all dem ist, dass Sie einen eigenen Vorschlag machen und diesen mit dem tollen Wort „Put-Option“ überschreiben. Heute Morgen haben Sie sich ausschweifend über die Auswüchse des Kapitalmarktes ereifert. Jetzt sagen Sie, wir machen eine Put-Option, dann haben wir kein Problem. Was ist eine Put-Option anderes als eine Garantierklärung? - Das ist genau das gleiche wirtschaftliche Instrument!

(Beifall des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU])

Auch diese Put-Option können Sie nicht einfach so herüberschieben. Auch die hat einen Wert, und auch die muss von den Sparkassen bezahlt werden. Auch hier haben Sie beihilferechtliche Erklärungen. Nur weil Sie ein englisches Etikett aufdrucken, wird das nichts anderes. Das ist doch die gleiche rechtliche Situation, auch das müssten Sie prüfen.

(Beifall bei CDU und SPD)

Wir alle waren uns einig, dass wir unsere Sparkassen nicht allein stehen lassen wollen. Wir haben vom Innenminister aber auch gehört, dass unsere 15

(Tobias Koch)

schleswig-holsteinische Sparkassen eine rückläufige Ertragslage zu verzeichnen haben, dass die **Erträge** unserer Sparkassen im Bundesvergleich unterdurchschnittlich sind, und dass das alles noch ohne die Wertberichtigung der HSH Nordbank der Fall ist. Ich glaube, es ist ein Gebot der Stunde, sich über Lösungsansätze Gedanken zu machen. Das tun wir als Regierungsfractionen.

(Beifall bei der CDU)

Das tut die Regierung auch. Wir prüfen die **rechtlichen Konsequenzen** sorgfältig. Deshalb wird es mit uns auch keine Privatisierung geben, denn die rechtlichen Konsequenzen wären so, dass anschließend alle Sparkassen komplett in privater Hand sein könnten. Das wollen wir nicht.

(Beifall bei der CDU - Zurufe)

Meine Redezeit ist gleich abgelaufen. Wenn Sie eh nicht mehr zuhören, dann höre ich einfach auf. - Ich wünsche allen einen guten Appetit.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Nur die Redezeit ist abgelaufen, Herr Abgeordneter. Zu einem weiteren Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich Herrn Oppositionsführer Wolfgang Kubicki das Wort.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das ist ein bisschen verkehrte Welt. Die regierungstragenden Fraktionen fordern von der Landesregierung einen Bericht darüber an, wie sie sich das mit den Sparkassen Schleswig-Holsteins vorstellt. Daraufhin sagt der Minister, wir machen das, wenn wir valide Zahlen haben, die er noch nicht hat. Dann gibt es einen Fight des Kollegen Koch gegen Vorschläge der Opposition, die gar nicht auf der Tagesordnung standen. Ich finde es sehr bemerkenswert, wie viel Zeit er sich genommen hat, um sich damit auseinanderzusetzen. Ich möchte sagen: Das, was vom SSW und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gesagt wurde, ist zumindest in sich selbst konsistent und konsequent. Es entspricht nicht ganz meiner Auffassung, aber es ist konsistent und konsequent. Das, was die beiden regierungstragenden Fraktionen uns gerade geliefert haben, ist das Gegenteil von konsistent und konsequent.

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich weiß aber, dass wir nur über ein Non-Paper diskutieren, das Non-Unterschriften trägt und das zwischen den Beteiligten non-verhandelt worden ist. Es wird wahrscheinlich nie das Licht der weiteren Diskussion erblicken. Ich möchte nur auf zwei Punkte hinweisen, weil ich bedauerlicherweise vorhin aufgrund der Erteilung von Rechtsrat nicht mehr dazu gekommen bin. Ich will sagen, dass meine Fraktion selbstverständlich als Second-best-Lösung dem Beitritt der **Haspa** zum schleswig-holsteinischen Sparkassenmarkt zustimmen wird. Ich sage das deshalb, weil wir uns rechtlich sicher sind. Das ist eine Second-best-Lösung. Wir sind uns nämlich definitiv sicher, dass dies der Einstieg in die weitere Öffnung des Sparkassenwesens in Schleswig-Holstein sein wird.

Ich will versuchen, Ihnen das an einem kurzen Beispiel zu erläutern. Stellen Sie sich einmal vor, der Bundesfinanzminister kommt wirklich zusammen mit der CDU auf die Idee, die HRE, die Hypo-Real-Estate, zu verstaatlichen oder eine Mehrheitsbeteiligung der Commerzbank zu gewinnen. Stellen Sie sich vor, er sagt: Mensch, die öffentliche Hand ist mit Mehrheit beteiligt, sie gehört auch zur Sparkassenfamilie. Wir haben dann demnächst die Möglichkeit der Beteiligung der Commerzbank und der HRE an den Sparkassen. Das ist der Weg, den Sie beschreiten werden. Selbstverständlich, die Sparkassenfamilie!

(Beifall bei FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Um es noch einmal zu sagen: Das gilt abgesehen davon, dass der Sparkassen- und Giroverband auf Bundesebene keine gesetzliche Grundlage hat. Vielmehr ist er eine Vereinigung aufgrund des Zusammenschlusses der Verbände.

Ich komme weiterhin zu der Sache mit der **Garantieerklärung**. Irgendwie scheinen Sie alle nicht richtig im Film zu sein. Die Garantieerklärung führt nur dann dazu, dass Sie heute keine Abschreibungen vornehmen müssen, wenn Sie bereits definieren, was Sie im Jahr 2013 machen werden. Das heißt, Sie müssen in der Garantieerklärung erklären: Im **Jahr 2013** werden wir als Land Schleswig-Holstein den **Differenzbetrag** zwischen dem Nominalwert und dem dann festzustellenden Wert ausgleichen. Ansonsten muss jeder Prüfer bereits heute eine Einschätzung darüber abgeben, was die Anteile im Jahr 2013 wert sein werden, und eine entsprechende Bilanzberichtigung vornehmen. Herr Minister Wiegard, ich weiß nicht, ob Sie das verstehen. Lassen Sie sich das von einem Wirtschaftsprüfer erklären. Das muss passieren.

(Wolfgang Kubicki)

(Zuruf von Minister Rainer Wiegard)

- Ach, das ist keine Neuigkeit für Sie? - Das ist ja wunderbar. Das heißt, wir als Landtag sollen uns verpflichten, im Jahr 2013 den Differenzbetrag zwischen dem Nominalwert und dem dann tatsächlich festzustellenden Wert zu tragen, sonst ist die Garantieerklärung nichts wert? Das wollen Sie dem künftigen Haushaltsgesetzgeber gegenüber verantworten? - Mit uns jedenfalls so nicht!

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Zu einem weiteren Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erhält der Fraktionsvorsitzende der CDU-Fraktion, Herr Abgeordneter Dr. Johann Wadephul, das Wort.

Dr. Johann Wadephul [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Kollege Koch hat für meine Fraktion erklärt, dass wir zu den **öffentlich-rechtlichen Sparkassen** als dritte Säule unseres Kreditwesens stehen. Wir meinen das auch so. Das bedeutet auch, dass man daraus die entsprechenden Konsequenzen ziehen muss. Das gilt etwa dann, wenn wir aufgrund der Entwicklung bei der HSH Nordbank von einer nachhaltigen Gefährdung zumindest einzelner Sparkassen ausgehen müssen. Wir wissen das nicht exakt, aber das ist wohl so.

Man muss sich dann die Frage stellen, welche **Konsequenzen** man daraus zieht. Die Landesregierung, der Herr Ministerpräsident, der Herr Finanzminister und - Frau Abgeordnete Franzen! - auch der Herr Innenminister für die SPD-Fraktion haben über diese Frage beraten und eine Absichtserklärung abgegeben, die zwischen den Tagen - wie man in Schleswig-Holstein sagt - die Öffentlichkeit erblickt hat. Sie ist in der Tat positiv kommentiert worden. Herr Kollege Neugebauer, es gibt überhaupt keinen Anlass - auch nicht vonseiten der SPD-Fraktion -, darüber zu lachen oder zu klatschen und sich aus der Verantwortung herauszuziehen. Diese Absichtserklärung ist von beiden Ministern abgegeben und unterschrieben worden. Über die Modalitäten wird jetzt verhandelt. Es wird darüber verhandelt, ob das so geht, einen Rettungsschirm aufzuspannen. Wenn das nicht geht, weil der Sparkassen- und Giroverband das zum Beispiel nicht will, dann geht das möglicherweise nicht. Wenn Sie meinen, dass die Sache nicht realistisch ist, wie der Herr Kollege Kubicki das hier formuliert hat, oder wenn Sie das in irgendeiner Weise

blamabel finden, dann ist das für alle blamabel. Ich sage das nur, um das klarzustellen. Wir haben das gemeinsam angefangen. Zu diesem Projekt sollte man gerade in diesen Tagen gemeinsam stehen.

(Beifall bei der CDU)

Das bedeutet weiterhin, dass ich im Gegensatz zum Kollegen Dr. Stegner für meine Fraktion keine Aussage darüber treffen kann, ob wir es definitiv ausschließen, die **Anteile der Sparkassen** an der **HSH Nordbank** zu kaufen. Ich glaube, das hilft uns auch nicht weiter. Ich kann dazu keine Aussage machen. Ich muss mir die Lage insgesamt angucken. Insofern bin ich bei der Kollegin Spoorendonk und in dieser Sache wohl auch an der Seite der Grünen, die sagen, wir müssen uns das angucken. Wenn hier - umgangssprachlich gesagt - öffentlich-rechtliche Sparkassen über den Deister gehen, dann ist das das Letzte, was wir in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation brauchen. Ich verweise hier auf die Debatte von heute Morgen um 10 Uhr.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Dann müssen wir gegebenenfalls entsprechende Konsequenzen ziehen. Dann müssen wir in der Tat über die Punkte reden, die sich daraus ergeben.

Ich will abschließend noch einmal aufklärend und insoweit auch die SPD-Fraktion in Schutz nehmend zu dem Gesetzentwurf sagen, dass die CDU-Fraktion diesen Gesetzentwurf beraten hat. Herr Kollege Koch hat gesagt, wir müssten darüber nachdenken, ob es so oder anders formuliert **europarechtskonform** geht. Wir haben keine Einigung der Koalitionsfraktionen, das Sparkassengesetz dahin gehend zu ändern, dass die **Haspa** hier einsteigen kann. Die CDU-Fraktion hält das für eine ernsthafte Option und nimmt erfreut zur Kenntnis, dass die FDP-Fraktion das gegebenenfalls mitmachen würde. Es wird jetzt europarechtlich geprüft. Aber ich sage auch an der Stelle, dass wir in Schleswig-Holstein nicht in irgendeiner Form in der komfortablen Lage sind, dass wir uns erlauben könnten, viele Optionen auszuschließen. Wir müssen jede Option prüfen und sie ohne Hektik dann auch miteinander wahrnehmen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke dem Fraktionsvorsitzenden der CDU und erteile das Wort für einen weiteren Wortbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung dem Frakti-

(Vizepräsidentin Frauke Tengler)

onsvorsitzenden der SPD, Herrn Abgeordneten Dr. Ralf Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Präsidentin! Davon, dass man dabei zugucken könnte, wie Sparkassen über den Deister gehen, kann überhaupt keine Rede sein. Wenn mir der Präsident des Sparkassen- und Giroverbandes Deutschland sagt - und der des Landessparkassen- und Giroverbandes auch -, dass die Sparkassenfamilie das selbst regelt, dann habe ich das zunächst einmal zur Kenntnis zu nehmen. Es kann überhaupt nicht infrage kommen, dass Sparkassen über den Deister gehen. Das ist das Letzte, was wir zulassen dürfen.

(Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Dazu darf man dann übrigens auch nachdenken.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Liebe Frau Kollegin Heinold, die SPD-Fraktion leistet sich den Luxus - der Kollege Rother und alle anderen auch -, dass wir erst nachdenken und dann entscheiden. Manche machen das umgekehrt, das ist aber schlecht. Und deswegen machen wir es lieber so. Entschieden wird dann am Ende das, was eine Mehrheit findet.

Zweitens. Die Frage, ob wir **Sparkassenanteile zurückkaufen** oder nicht, muss auch die Fragen einschließen, zu welchen Konditionen das geschieht und wo das Geld herkommen soll. In dem Kontext muss man das beurteilen. Sie haben eben ein bisschen schlank gesagt, das sei doch alles angekündigt. Ich weise noch einmal darauf hin, dass die beiden Minister Wiegand und Hay einen Brief geschrieben haben, in dem von Fragen die Rede ist, die geklärt werden müssen. In dem eben zitierten Zeitungskommentar habe ich das ein wenig anders wahrgenommen. In dem Punkt galt ein wenig Heiterkeit dem Unterschied zwischen dem, was in der Zeitung steht und dem Kleingedruckten. Das Kleingedruckte ist manchmal in der Politik sehr wichtig. Das Ergebnis könnte sein, dass das Land gezwungen wird, eine Entscheidung zu treffen. Die muss aber mit Blick auf die eigenen Risiken, die der Landeshaushalt hat, getroffen werden. Man kann hier nicht zu dem einen Tagesordnungspunkt so reden und zum nächsten ganz anders. Unsere Verantwortung kann dann nicht geteilt werden. Das muss man solide tun.

Und ein Letztes: Herr Oppositionsführer, ich finde es immer ganz schön, wenn Sie - an verschiedene

Adressen gerichtet - fragen, ob wir dieses oder jenes verstehen können oder nicht. Wenn Sie einfach so nett sind, uns im Niveau ein bisschen entgegenzukommen, dann verstehen wir Sie vielleicht auch alle. Das wäre nett.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Das Wort für einen weiteren Beitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erhält Frau Abgeordnete Anke Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Kollege Wadephul machte vorhin eine Bemerkung, die aus meiner Sicht nicht einfach untergehen darf. Er sagte, als drittbeste

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Second best!)

- Second-best-Lösung sei man in der CDU-Fraktion auch dafür, dass sich die Haspa an den Sparkassen des Landes

(Dr. Johann Wadephul [CDU]: Beteiligungsmöglichkeiten einräumt!)

- dazu komme ich jetzt; es war genauso, wie der Kollege Wadephul sagte - beteiligen könnte. Und der Kollege Kubicki sagte, als Second-best-Lösung würde man das auch mittragen. Aber er fügte hinzu - und das ist das Entscheidende -, dass das die **Öffnung** in die **Privatisierung unseres Sparkassensystems** ist.

(Unruhe)

Und darum ist es natürlich auch nicht egal, was geschieht, denn alle Sparkassen im Bundesgebiet gucken auf Schleswig-Holstein. Das würde zu einem Domino-Effekt führen.

(Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Meine Herren, das tut mir leid. Die Möglichkeit einer Zwischenfrage ist nicht mehr gegeben.

Das Wort für - wie ich denke - einen abschließenden Redebeitrag erhält der Innenminister, Herr Lothar Hay.

Lothar Hay, Innenminister:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe der Debatte aufmerksam zugehört und habe stellenweise den Eindruck gehabt, dass man bei meinem Redebeitrag etwas falsch verstanden oder nicht zugehört hat.

(Zuruf von der SPD: Letzteres!)

Erstens. Ich haben einen Bericht zur allgemeinen Situation der Sparkassen in Schleswig-Holstein abgegeben, nicht zu einzelnen Sparkassen.

Zweitens. Ich habe dargestellt, dass die **Situation der Sparkassen** in Schleswig-Holstein ohne das Klumpenrisiko HSH Nordbank solide ist - mit schlechterem Ergebnis für 2008 als 2007 - und dass für 2008 und 2009 mit weiteren **Wertberichtigungen** zu rechnen ist.

Gleichzeitig habe ich darauf hingewiesen, weil das Thema **HSH Nordbank** mit 14,8 % **Beteiligung** des Sparkassen- und Giroverbandes ein Thema ist, was die **gesamte Sparkassenfamilie** in Schleswig-Holstein bewegen muss, dass auf Bitten des SGV - Sparkassen- und Giroverbandes -, Herr Kamischke und andere Vorstandsmitglieder, mit der Landesregierung Gespräche geführt haben, die letztlich in dem schon mehrfach zitierten Brief endeten. Das Land lässt die Sparkassen Schleswig-Holstein nicht im Stich. Die Fakten für eine gesetzliche Absicherung der einzelnen Sparkassen muss der SGV der Landesregierung liefern.

Was die **Sparkasse Südholstein** betrifft, so habe ich darauf hingewiesen, dass sich fast alle Sparkassen im Land Schleswig-Holstein an bestimmten Prinzipien orientieren. Wenn die Sparkasse Südholstein in Schwierigkeiten ist, gibt es die Möglichkeiten über den Sparkassen- und Giroverband, den Stützungsfonds und den Deutschen Sparkassen- und Giroverband. Das ist das, was ich einigen Verwaltungsratsmitgliedern auf Nachfrage auch mitgeteilt habe. Das ist der gesetzliche Rahmen, der im Augenblick gilt.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Bei der **Novellierung des Sparkassengesetzes** diskutieren wir über etwas, was überhaupt noch nicht das Parlament erreicht hat. Ich weise ausdrücklich zurück, dass in irgendeiner Form irgendein Mitglied der Regierung an einer **Privatisierung** der Sparkassen Schleswig-Holsteins Interesse hat. Wir haben dem Parlament ein europarechtskonformes Gesetz vorzulegen, in dem unter anderem geregelt wird, dass sich die Sparkassen auch untereinander

beteiligen können. Das ist nach dem jetzigen Gesetz bisher noch nicht möglich.

(Beifall bei SPD und CDU)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke dem Herrn Innenminister. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe damit die Beratung. Ich stelle zunächst fest, dass der Berichtsantrag Drucksache 16/2391 durch die Berichtserstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden hat. Damit ist der Tagesordnungspunkt erledigt.

Ich wünsche Ihnen einen guten Appetit in der Mittagspause. Wir treffen uns um 15 Uhr hier wieder.

Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung: 14:27 bis 15:01 Uhr)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir setzen die unterbrochene Sitzung fort. Ich begrüße Sie alle wieder herzlich nach der Mittagspause und rufe die Tagesordnungspunkte 22 und 26 auf:

Gemeinsame Beratung**a) Berufliche Bildung stärken**

Antrag der Fraktionen von CDU und SPD
Drucksache 16/2400

b) Neue Perspektiven der beruflichen Bildung

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/2407

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache und erteile für die CDU-Fraktion der Frau Abgeordneten Sylvia Eisenberg das Wort.

Sylvia Eisenberg [CDU]:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nachdem das „Jahr der beruflichen Bildung“ mit einer Vielzahl von Veranstaltungen abgeschlossen wurde, gilt es jetzt, ein Resümee zu ziehen, das auch durch eine Vielzahl von Gesprächen und Informationsbesuchen der CDU-Landtagsfraktion an beruflichen Schulen entstanden ist.

(Sylvia Eisenberg)

Es gibt immer noch etwas zu verbessern. Das System der beruflichen Bildung ist kein statisches, sondern ein offenes, transparentes und durchlässiges System, das immer auch für gesellschaftliche und wirtschaftliche Veränderungen offen ist. Allerdings ist es abhängig von der Bundes- und Landesgesetzgebung, von den Anforderungen des Arbeitsmarktes und der Betriebe und zunehmend auch von europäischen Regelungen wie dem „Qualifikationsrahmen“.

Auf die europäische Dimension will ich aufgrund der Kürze meiner Redezeit jetzt nicht eingehen. Die Erläuterungen dazu finden Sie in einer Pressemitteilung der CDU-Landtagsfraktion.

Meine Damen und Herren, wir wollen, dass die **berufliche Ausbildung** wieder so offen gestaltet wird, dass ein einmal gewählter Weg nicht in eine Sackgasse führt. Was nützt es dem zum Speiseeisverkäufer Ausgebildeten oder dem zum Zweiradmechaniker Ausgebildeten, wenn er kein Speiseeis mehr verkaufen kann beziehungsweise plötzlich ein Fahrzeug mit vier Rädern reparieren soll?

(Beifall des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU])

Deshalb ist eine solide Grundausbildung in einem Berufsfeld notwendig, um später noch andere Wege einschlagen zu können.

(Beifall des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU])

Die CDU-Landtagsfraktion fordert die Tarifparteien, aber auch die Bundesregierung als Verordnungsgeber auf, die **Ausbildungsberufe** so zu ordnen, dass die Ausbildung in einem einmal gewählten Beruf nicht zur Einbahnstraße für den Auszubildenden wird.

(Beifall der Abgeordneten Jutta Schümann [SPD] und Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Eine frühe Spezialisierung lehnen wir als CDU ab.

Wir befinden uns damit in großer Übereinstimmung mit den Ergebnissen des Innovationskreises berufliche Bildung auf Bundesebene, der seine Stellungnahmen im letzten Jahr veröffentlicht hat und der auch mit unseren Forderungen nach einer Ausweitung der zweijährigen Ausbildungsgänge für geringer qualifizierte Auszubildende übereinstimmt.

Unabhängig von den Bemühungen der Landesregierung, jedem Schüler eine Berufseinstiegsbefähigung zukommen zu lassen, die wir sehr begrüßen, halten wir es für wünschenswert, dass sich die re-

gionalen Akteure, also Ministerien, Arbeitsverwaltung und Unternehmen, an einen Tisch setzen, um gemeinsam Konzepte zu entwickeln, die darauf abzielen, mehr Jugendliche auf einen Ausbildungsplatz vorzubereiten und diesen auch zur Verfügung zu stellen. Das Land Schleswig-Holstein stellte nach Berechnungen der Bertelsmann-Stiftung den beruflichen Schulen rund 80 Millionen € für die Integration dieser Jugendlichen zur Verfügung, weitere 13 Millionen € wurden für andere Förderprogramme ausgegeben, ganz abgesehen von dem personellen Einsatz der Ausbildungsakquisiteure der Wirtschaft, denen an dieser Stelle unser besonderer Dank gilt.

(Beifall bei der CDU und der Abgeordneten Jutta Schümann [SPD])

Für diesen Bereich steht also eine Unmenge Geld zur Verfügung, das nur sinnvoll eingesetzt werden kann, wenn alle Akteure an einem Strang ziehen.

Besondere Probleme stellen in diesem Rahmen auch die Jugendlichen dar, die nach Beendigung ihrer Schulzeit keinen Ausbildungsplatz bekommen und bis November - wie man sagt - auf der Straße herumgammeln, bevor sie in ausbildungsvorbereitende Maßnahmen aufgenommen werden können. Hier muss dringend Abhilfe geschaffen werden.

Last, but not least: Ohne Lehrer ist keine **duale Ausbildung** möglich. Nicht nur in der Elektro- und Metalltechnik gibt es kaum noch **Berufsschullehrer**. Auch im Bereich der Agrarwirtschaft, der Gastronomie, im Pflegebereich, aber auch im Bereich der Sozialpädagogik mangelt es zunehmend an Berufsschullehrern. Die Absolventenzahlen der Universität Flensburg gehen besonders im Metall- und Elektrobereich zurzeit gegen null, obwohl ein Ersatzbedarf von 40 bis 50 Lehrerinnen und Lehrern für die ausscheidenden Lehrkräfte besteht. Deshalb muss auf Quer- und Seiteneinsteiger gesetzt werden.

Für diesen Beruf müssen Anreize geschaffen werden. Die wenigen, die bei uns studieren und deren Ausbildung in Schule und Hochschule das Land Schleswig-Holstein und den Steuerzahler viel Geld gekostet hat, dürfen nicht auch noch durch schnelleren Zugriff und mit besseren und erleichterten Einstellungsbedingungen von anderen Bundesländern abgeworben werden. Vorschläge hierzu finden Sie in unserem Antrag. Für weitere Vorschläge sind wir immer offen.

Zu prüfen ist auch, ob nicht die **Kapazitätsverordnung** von 2004 gerade im Hinblick auf Berufsschullehrer in Mangelfächern überprüft werden

(Sylvia Eisenberg)

müsste. Wenn es keine Laufbahnbewerber zum Beispiel für den Elektro- und Metallbereich, für den Agrarbereich, aber auch für die anderen Berufszweige gibt, nützt es den Berufsschulen - selbst bei hervorragender Bewertung - wenig, wenn sie mit Laufbahnbewerbern aus anderen Fachrichtungen oder mit Haupt- und Realschullehrern versorgt werden. Gerade bei Berufsschullehrern ist die Fachlichkeit von besonderer Bedeutung.

Bei allen grundsätzlichen Bedenken auch laufbahnrechtlicher Art ist eine flexiblere Handhabung der Kapazitätsverordnung bis hin zu einer möglichen zeitlich befristeten Aussetzung notwendig.

(Beifall des Abgeordneten Thomas Stritzl
[CDU])

Bayern und Baden-Württemberg machen uns das vor. Warum hält Schleswig-Holstein an den starren Regelungen fest? Meine Damen und Herren, wir dürfen uns nicht ins Abseits manövrieren lassen.

Es gibt viel zu tun. Packen wir es an! Sollte dieser Antrag die Zustimmung des Landtages finden, erwarten wir zu Beginn des nächsten Jahres einen Bericht über die umgesetzten Maßnahmen.

Ihren Antrag, Herr Hentschel, werden wir ablehnen, nicht nur weil er fast wörtlich eine Wiederholung Ihres Antrags vom Februar 2008 - Drucksache 16/1869 - darstellt, sondern auch, weil sich an unseren Argumenten, nachzulesen im Parlamentsprotokoll vom Februar 2008, nichts geändert hat. Die Mehrheit des Landtages hat damals bereits - auch mit den Stimmen der FDP - Ihren Antrag abgelehnt.

Meine Damen und Herren, ich bitte für den Antrag von CDU und SPD um Ausschussüberweisung.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke der Frau Abgeordneten Sylvia Eisenberg.

Bevor ich ein weiteres Mal das Wort erteile, möchte ich Sie bitten, gemeinsam mit dem Präsidium Besucherinnen und Besucher auf der Tribüne zu begrüßen: Mitglieder der Senioren-Union aus dem Kreis Herzogtum Lauenburg sowie Mitglieder des SPD-Ortsvereins Heikendorf. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Für die zweite antragstellende Fraktion erhält der Herr Fraktionsvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Karl-Martin Hentschel, das Wort.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Meine Kollegin von der CDU hat richtig bemerkt, dass der Antrag zwar überarbeitet ist, aber ansonsten dem entspricht, was wir vor einem Jahr vorgelegt haben. Es hat sich aber bei den Argumenten für diesen Antrag mittlerweile einiges getan. Deswegen haben wir ihn noch einmal eingebracht, auch aufgrund der Debatte im Herbst.

Was hat sich seitdem getan? - Einerseits hat die Hamburger Illustrierte „Stern“ in der dritten Ausgabe dieses Jahres nachgewiesen, dass die Behauptung, alle Jugendlichen bekämen eine **Ausbildungsstelle**, nicht zutrifft. Davon waren Sie letztes Jahr noch ausgegangen, das ist auch im Herbst letzten Jahres noch behauptet worden. Auch damals habe ich schon darauf hingewiesen, dass das nicht stimmt. In der Stellungnahme der Bundesagentur zu den Zahlen des „Stern“ werden die Zahlen bestätigt, lediglich die Schlussfolgerung, die Bundesagentur hätte die Zahlen frisiert, sei falsch. Man hätte die Wahrheit schon immer erkennen können, dass nicht alle Jugendlichen eine Ausbildungsstelle bekommen, wenn man die Statistik richtig gelesen hätte - so die Pressestelle der Bundesagentur.

Wohl wahr, denn schon der zweite Nationale Bildungsbericht 2008 von Ministerin Schavan - das ist die zweite Neuigkeit, mit der wir Sie konfrontieren - legte offen, dass über ein Drittel aller Jugendlichen im sogenannten **Übergangssystem** landen. In diesem System befanden sich 2007 über 500.000 **Jugendliche**, und das kostete den Staat über 3,4 Milliarden € - 3,4 Milliarden €! Viele Jugendliche landen dabei in Maßnahmen der Bundesagentur, oder sie absolvieren eine Berufsfachklasse, landen im Berufsvorbereitungsjahr oder - wenn all das nicht zutrifft - landen in den sogenannten BEK, das sind die sogenannten Berufseingangsklassen, früher nannte man sie die Arbeitslosenklassen. Da sind sie dann einen Tag in der Woche, und ansonsten hängen sie zu Hause rum.

Es gibt auch weiterhin zahlreiche Jugendliche, die nirgends landen. Denn meistens wird nicht einmal kontrolliert, ob sie der **Schulpflicht** überhaupt genügen. Nur der Kreis Schleswig tut das. Manche von ihnen machen Hilfsarbeiten in Kleinbetrieben, oder sie arbeiten für 400 € an der Kasse im Supermarkt. Manche liegen zu Hause auf dem Sofa und tauchen erst mit 20 oder 21 Jahren bei der Arbeitsagentur auf, wenn sie aus dem Hotel Mama rausgeschmissen werden. Und Mädchen - aber auch Jungs

(Karl-Martin Hentschel)

- aus Einwandererfamilien werden oft verheiratet, ohne eine Ausbildung zu haben.

15 % der Jugendlichen bekommen zurzeit keine Ausbildungsstelle - das steht alles im Bericht der Bundesministerin Schavan, das sind nicht meine Zahlen, das steht alles im Nationalen Bildungsbericht vom letzten Jahr -, bei den ausländischen Jugendlichen bekommen mittlerweile fast 75 % keine Ausbildungsstelle - **Bundesbildungsbericht!** Diese Jugendlichen haben später kaum eine Chance, jemals einen qualifizierten Job zu bekommen. Der Bericht von Ministerin Schavan benennt deshalb den Abbau von Umwegen beim Übergang von den Schulen in die Ausbildung als eine der zentralen Herausforderungen für die Bildungspolitik der kommenden Jahre.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist der Grund dafür, dass wir den Antrag erneut gestellt haben, weil wir genau diese Frage im letzten Jahr aufgegriffen haben. Das ist jetzt noch aktueller, deshalb haben wir sie erneut aufgegriffen. Ich dränge darauf und bitte die Große Koalition auch darum, sich zu überlegen, ob wir mit diesem Antrag nicht doch noch in die Ausschussberatung gehen sollten, denn ich halte es für dringend notwendig, dass wir uns einmal mit diesen Zahlen und auch mit den möglichen Konsequenzen beschäftigen.

Auch in Schleswig-Holstein ist die Situation nicht besser als im Bundesbereich. Nach dem Bildungsbericht von Ministerin Schavan landeten in Schleswig-Holstein sogar 42,8 % aller Jugendlichen - das sind über 11.000 Jugendliche jährlich - im Übergangssystem. Lediglich 42,7 % - also weniger - bekamen einen Ausbildungsplatz nach Schulabgang in der hoch gelobten dualen Ausbildung. Und das traf nicht nur Hauptschüler. Von den im letzten Herbst unversorgten Schulabgängern hatten nach dem Bericht des Ministeriums - unseres eigenen Ministeriums - 40 % einen Realschulabschluss und 11 % sogar eine Fachhochschulreife oder Hochschulreife. Und auch diese bekamen keinen Ausbildungsplatz in Schleswig-Holstein. Und trotzdem wurde von Ministerium, IHK und Bundesagentur im letzten Herbst noch lauthals verkündet, alle Jugendlichen seien untergebracht. Das ist eine unentschuld bare Falschmeldung - die Betroffenen müssen sich da verhöhnt vorgekommen sein.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich freue mich, dass auch die Große Koalition in Schleswig-Holstein das Thema jetzt ernst nimmt und einen Antrag vorgelegt hat. Das finde ich gut.

Ich freue mich, dass Sie angefangen haben, Berufsschulen zu besuchen - wie ich gehört habe.

(Zurufe von der SPD: Angefangen!)

Ich freue mich auch, dass Sie sich jetzt mit dem Thema Produktionsschule auseinandersetzen.

Damit mich hier niemand missversteht: Das duale Ausbildungssystem leistet großartige Beiträge in der Qualität der Ausbildung und bei der Integration der Auszubildenden in den ersten Arbeitsmarkt. Dies möchte ich ausdrücklich loben und mich bei allen dahinter stehenden Akquisiteuren und Betrieben bedanken.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die grüne Landtagsfraktion begrüßt auch das Handlungskonzept „Schule und Arbeitswelt“ der Landesregierung, um den Übergang der Jugendlichen von der Schule in den **Ausbildungs- und Arbeitsmarkt** zu verbessern. Aber wir stellen fest, angesichts der Problemlage reicht das nicht aus. Anstatt weiter mit Programmen, Fördermaßnahmen und Handlungskonzepten an den Symptomen herumzudoktern - wie es auch der Antrag der Regierungsfractionen erneut versucht -, sollte die Politik endlich eine grundlegende, systematische Verbesserung des Ausbildungssystems vornehmen.

Meine Fraktion hat dazu diesen Vorschlag erarbeitet. Wir haben ihn im vergangenen Jahr bei zahlreichen Besuchen in den Berufsschulen mit Lehrerinnen, Lehrern und anderen Akteuren im Berufsbildungssystem intensiv diskutiert und an verschiedenen Punkten konkretisiert.

Ziel unseres Vorschlags ist ein Gesamtsystem, das sicherstellt, dass **alle Jugendlichen** eine **Berufsausbildung** bekommen. Dafür sollen folgende Eckpunkte gelten: Alle Jugendlichen machen entweder Abitur oder eine Berufsausbildung. Die Schulpflicht wird bis zum Abschluss einer Berufsausbildung oder bis zum Abitur ausgeweitet. Das halte ich für einen ganz wichtigen Punkt. Das muss auch durch einen Abgleich der Meldedaten kontrolliert werden - was zurzeit nur im Kreis Schleswig-Flensburg passiert.

Die Berufsausbildung soll grundsätzlich nach dem 10. Schuljahr beginnen. Die Vorstellung, dass Hauptschüler schon nach neun Schuljahren eine Berufsausbildung beginnen können, ist nicht mehr realistisch. Das 10. Schuljahr sollte aber als berufsvorbereitendes Jahr mit Theorie und Praktika auch an der Berufsschule absolviert werden können. Es geht nicht, dass wir Hauptschüler nach neun Jahren praktisch in Konkurrenz zu Realschülern auf den

(Karl-Martin Hentschel)

Arbeitsmarkt schicken, die ein Jahr länger Schule haben, kompetenter sind, und in Konkurrenz zu Gymnasiasten, die schon 13 Jahre Schule hinter sich haben. Es ist völlig unfair, die Hauptschüler nach neun Jahren auf den Arbeitsmarkt zu schicken und zu sagen, jetzt müsst ihr euch gleich bewerben. Da haben sie keine Chance. Deshalb muss dieses System geändert werden, und wir sollten deshalb dieses Berufsvorbereitungsjahr als Standardjahr 10. Schuljahr einführen. Das hat die Aufgabe, den Hauptschülern oder allen Schülern, die sich in diesem Schuljahr befinden, zu helfen, eine Berufsausbildung zu finden. Man kann sie dabei direkt unterstützen und die Verbindung zu den Betrieben herstellen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ausbildung und Schule sollen modularisiert werden. Die praktischen, theoretischen und allgemeinbildenden Module sollen gesondert testiert und bei einem Wechsel der Ausbildung oder der Schule angerechnet werden. Das ist ganz wichtig. Das wird übrigens auch von der EU im europäischen Qualitätsrahmen gefordert.

Es soll in Zukunft fünf Formen der **Sekundarstufe II** geben: erstens eine betriebliche Ausbildung im dualen System, wie wir sie kennen, zweitens eine staatlich anerkannte Ausbildung an privaten oder staatlichen Einrichtungen, wie wir sie auch kennen - zum Beispiel Krankenpflegeausbildung, Verwaltungsdienst oder Erzieherinnenausbildung -, drittens - neu - eine Ausbildung an einer Berufs- oder Produktionsschule mit vergleichbaren Praxisanteilen in Betrieben oder in überbetrieblichen Ausbildungszentren der Kammern. Die Grundlage dafür wurde bereits 2005 durch die Änderung des § 43 des Berufsbildungsgesetzes geschaffen. Einige Bundesländer - auch CDU-Länder - haben das bereits umgesetzt. Erste Versuche in Schleswig-Holstein laufen; bisher ist aber wenig passiert.

Viertens eine gymnasiale Oberstufe - wie wir sie kennen - an Gymnasien, Fachgymnasien oder an einer Gemeinschaftsschule. Die fünfte Form ist eine mehrwertige, polyvalente vierjährige Oberstufe mit dualer Berufsausbildung und Abitur. Das halte ich für wichtig, weil wir zurzeit in einer ganzen Reihe von Berufen die Situation haben, dass die Jugendlichen erst Abitur machen, dann eine Berufsausbildung machen und erst danach studieren. Das ist verschenkte Zeit. Das Beispiel gibt es bei Versicherungen, Banken, aber auch typischerweise bei Informatikern. Hier sollte man eine polyvalente Oberstufe einführen, sodass die Schüler nach der zehnten

ten Klasse in die Ausbildung kommen und gleichzeitig Abitur und eine Ausbildung machen können.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für die Finanzierung des Systems können die zahlreichen Warteschleifen gegengerechnet werden. Nach Berechnungen des Instituts der Deutschen Wirtschaft können sogar erhebliche Gelder gespart werden. Es sollte aber auch geprüft werden, ob nach dem Modell der Bauwirtschaft Betriebe in den Branchen, in denen unter Bedarf ausgebildet wird, durch eine Abgabe herangezogen werden können, wenn sie nicht selbst ausbilden.

Ich freue mich, dass eine Reihe von wichtigen Problemen auch im Antrag der Koalitionsfraktionen aufgegriffen wird. Insbesondere freut mich, dass die CDU über den Schatten gesprungen ist und das Thema vollzeitschulische Ausbildung endlich aufgreift.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Nicht einverstanden sind wir dagegen mit der Ausweitung der zweijährigen Ausbildungsgänge. Alle Erfahrungen zeigen, dass schwächere Jugendliche eher mehr Zeit als andere brauchen, um eine Ausbildung zu absolvieren. Im Bäckerhandwerk ist das vorbildlich realisiert worden. Dort kann man das hinterher zum vollen Gesellen ausbauen. So, wie es im Bäckerhandwerk realisiert worden ist, stelle ich mir das vor für eine Kurzausbildung.

Meine Damen und Herren, das Jahr der Berufsausbildung, das wir zurzeit haben - vielleicht haben es einige schon gemerkt -, sollte ein Anlass dafür sein, die Probleme der Ausbildung nicht länger zu ignorieren. Wir brauchen deshalb dringend eine Reform und Erweiterung des Berufsbildungssystems.

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Bitte kommen Sie zum Schluss!

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja, ich bin schon beim Schluss. Packen wir es an! Ich hoffe, dass wir die Anträge ausführlich im Ausschuss beraten können.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat Frau Abgeordnete Jutta Schümann.

Jutta Schümann [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Jahr der beruflichen Bildung hatten wir im letzten Jahr, Herr Hentschel. Das hätten Sie vielleicht in Ihrem Manuskript vom letzten Jahr korrigieren müssen, damit Sie das heute zeitgerecht hätten vortragen können.

(Heiterkeit und Beifall bei SPD und CDU)

Es gilt inzwischen als sicher, dass die deutsche Wirtschaft 2009 um 2 bis 3 % schrumpfen wird. Die Unternehmen werden nach allen Möglichkeiten suchen, ihre Kosten zu senken. Nach allen Erfahrungen werden viele dabei gerade die Ausbildung des Nachwuchses nicht als Zukunftssicherung, sondern als finanziellen Ballast ansehen und sich teilweise oder ganz aus der Ausbildung zurückziehen.

Im Landtag und in der Öffentlichkeit besteht weitestgehend Einigkeit darüber, dass die **duale Ausbildung** die beste Vorbereitung auf den Arbeitsmarkt ist. Trotz aller Anstrengungen der Länder und des Bundes stehen nicht für jeden Schulabsolventen in Quantität und Qualität ausreichende Ausbildungsplatzangebote zur Verfügung.

In der Einschätzung darüber sind wir uns einig, nur die Lösungsansätze sehen ein bisschen anders aus.

Der Entschließungsantrag, den wir heute einbringen, führt eine Reihe von Maßnahmen auf, mit denen die Gleichwertigkeit der allgemeinen und der beruflichen Bildung bereits gestärkt worden ist, und fordert die Landesregierung auf, weitere Schritte in diese Richtung zu gehen und dabei besonders dem Nachwuchsmangel, der sich bei den **Berufsschullehrern** in bestimmten Fachbereichen abzeichnet, mit gezielten Maßnahmen zu begegnen, die ich jetzt in der Kürze der Zeit nicht nochmals aufzählen kann.

Die Fraktion der Grünen hat einen weiterentwickelten Antrag vorgelegt, mit dessen Erstfassung sich das Plenum bereits im Februar des vergangenen Jahres grundsätzlich befasst hat. Wir haben den damaligen Antrag ohne Ausschussberatung abgelehnt, weil die grundsätzlichen Diskrepanzen so unüberwindbar waren, dass es ein müßiges Unterfangen gewesen wäre, einen für alle Fraktionen tragfähigen Text daraus zu formulieren. Wir nehmen natürlich zur Kenntnis, dass die Änderungen der antragstellenden Fraktion an der früheren Fassung weitergehen als nur der Tippfehler in der Überschrift. Ihre sogenannte „polyvalente Oberstufe“ soll nicht mehr vier Jahre dauern. Die 10. Klasse ist nicht mehr zwingend ein 10. Hauptschuljahr.

Wir haben weiterhin große Vorbehalte gegen die Atomisierung der Ausbildungsgänge durch die Modularisierung, wie Sie sie grundsätzlich einführen wollen. Die Attestierung von **Teilqualifikationen** ist hier wie in allen anderen Bereichen des Bildungswesens ein richtiger Weg; das haben wir ja auch im Zusammenhang mit Studienabbrechern immer gesagt.

Die Schulpflicht so auszudehnen, dass sie bis zum Abitur oder zu einem Ausbildungsabschluss dauert, ist nach meiner Auffassung nicht mit dem Grundgesetz vereinbar, weil wir dann Volljährige der Schulpflicht unterwerfen würden. Ganz unabhängig davon, ob das überhaupt sinnvoll wäre, glaube ich nicht, dass wir dafür die notwendige Mehrheit in Bundestag und Bundesrat erhalten.

Ihr Verweis auf die Produktionsschulen, die besonders in Dänemark ein sehr erfolgreiches Modell sind, ist diskussionswürdig. Ich warne aber vor allen Überlegungen, die duale Ausbildung dadurch zu unterhöhlen, dass wir immer mehr rein staatliche Alternativen einrichten, die es der Wirtschaft allzu leicht machen, sich aus den Kosten der Ausbildung zurückzuziehen und sie zu verstaatlichen.

(Beifall bei SPD und CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt keinen Königsweg, der uns garantiert, dass die Beteiligung an der dualen Ausbildung endlich bedarfsdeckend wird und dass unser gemeinsames Ziel, dass jeder Jugendliche einen Schulabschluss und eine qualifizierte Berufsausbildung erhält, sei sie akademisch oder nicht akademisch, vollständig umgesetzt wird.

Die Kollegin Eisenberg hat angedeutet und beschrieben, wie wir über die Anträge abstimmen werden. Auch wir werden Ihren Antrag erneut ablehnen. Ich glaube, ich habe das eben hinreichend begründet. Wir werden unseren Antrag an den Ausschuss überweisen und dort im Detail und in genügender Ruhe und mit entsprechender Tiefe weiter diskutieren.

(Beifall bei SPD und CDU)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke Frau Abgeordneter Jutta Schümann und erteile das Wort für die FDP-Fraktion Herrn Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug.

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die berufliche Bildung ist in den meisten Fällen aus-

(Dr. Ekkehard Klug)

schlaggebend dafür, welche Chancen junge Menschen zur Teilhabe am Erwerbsleben erhalten. Zuletzt hat der Landtag vor eineinhalb Jahren ausführlich über bildungspolitische Fragen und Herausforderungen debattiert, die sich im Zusammenhang mit der Entwicklung im Bereich der beruflichen Bildung stellen. Ausgangspunkt war damals die Antwort der Landesregierung auf die von der FDP-Fraktion eingebrachte große Anfrage zum Thema Situation und Perspektiven der beruflichen Bildung in Schleswig-Holstein.

Diese Diskussion, die wir damals geführt haben, wird zu Teilen heute von den Erschließungsanträgen aufgegriffen, insbesondere auch in den Punkten, die im Antrag der Regierungsfractionen angesprochen werden. Ich nenne nur zwei Beispiele: die Frage der Anerkennung von Ausbildungsteilen vollzeitschulischer Ausbildungsgänge im Rahmen von Kammerprüfungen und das Thema der zweijährigen Ausbildungsgänge im Rahmen der Berufsausbildung im dualen System.

Gleichwohl gibt es aus unserer Sicht eine Reihe von Punkten auch im Antrag der Regierungsfractionen, die eine ausführlichere Beratung im Bildungsausschuss notwendig machen. Ich freue mich, dass Sie bereit sind, diese Diskussion im Detail dort zu führen.

Zum Antrag der Grünen haben wir in der Tat im Kern unsere Position schon im Februar dargelegt. Ich wäre aber bereit, auch hier eine Ausschussüberweisung mit zu beschließen, weil natürlich auch den Grünen das Recht eingeräumt werden sollte, ihre Anliegen im Ausschuss noch einmal anzusprechen,

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

auch wenn ich klar sage: Unsere kritische Position, die wir im Februar letzten Jahres vertreten haben, hat sich nicht geändert, was die Position der Grünen zu diesem Themenbereich betrifft.

Aber ich will auf zwei, drei Punkte - wenn die Zeit noch reichen sollte, auf drei, sonst nur auf zwei - etwas detaillierter eingehen, die mit dem Antrag der beiden Regierungsfractionen zusammenhängen.

Meine Damen und Herren von den Fraktionen von SPD und CDU, was ist eigentlich gemeint und gewollt, wenn Sie beantragen, die Landesregierung möge sich auf Bundesebene für eine Vereinheitlichung der Abschlüsse zum Meister und zum Bachelor Professional einsetzen? In Sachen **Bachelor Professional** gibt es bekanntlich eine grundlegende

Meinungsverschiedenheit, zu der die Antragsteller aber keine klare und nachvollziehbar begründete Position beschreiben.

(Beifall bei der FDP)

Die Wirtschaftsministerkonferenz und die Kultusministerkonferenz haben dazu diametral entgegengesetzte Standpunkte bezogen. Auch unter den Verbänden der Wirtschaft gibt es extrem unterschiedliche Auffassungen. Der Zentralverband des Deutschen Handwerks möchte die Bezeichnung „Bachelor Professional“ quasi als Übersetzungshilfe hochwertigen berufsbildenden Abschlüssen wie dem Meister zuordnen. Ähnlich sehen es auch die Industrie- und Handelskammern, die über ihre Weiterbildungsinstitute gern diesen Titel mit Fortbildungszertifikaten, beispielsweise zum Fachwirt IHK, verbinden möchten. Natürlich steht dahinter auch ein wirtschaftliches Interesse der auf dem Weiterbildungsmarkt tätigen Institute.

Die Hochschulrektorenkonferenz, der Wissenschaftsrat, der DGB und die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände stehen dieser Verwendung des Bachelor-Titels eher skeptisch oder sogar entschieden ablehnend gegenüber. Kernpunkt der Kritik ist, dass dadurch die Akzeptanz des akademischen Bachelor-Grades als neuer berufsqualifizierender Hochschulabschluss infrage gestellt wird. Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt stellte fest:

„Unternehmen werden endgültig die Übersicht verlieren. Ein Bachelor Professional wertet die Berufsbildung nicht auf, sondern sorgt dafür, dass Bachelor nichts mehr aussagt.“

Der Vorsitzende des Wissenschaftsrates erklärte zudem:

„Da im europäischen Ausland solche Bachelor-Abschlüsse in der beruflichen Bildung unbekannt sind, wird auch das Ziel der internationalen Mobilität und Vergleichbarkeit nicht erreicht. Darum kann man ebenso gut die bisherige Bezeichnung Meister oder Fachwirt beibehalten.“

Die FDP-Fraktion sieht hier noch erheblichen Klärungsbedarf und teilt die Einwände gegen eine inflationäre Verwendung der Abschlussbezeichnung Bachelor.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Punkt. Nach unserer Auffassung fehlt im Entschließungsantrag der Regierungsfractionen eine Aussage dazu, dass die Zusammenarbeit der be-

(Dr. Ekkehard Klug)

rufsbildenden Schulen und der allgemeinbildenden Schulen - insbesondere, das ergibt sich aus dem Sachzusammenhang, der Haupt- und Realschulen, Regional- und Gemeinschaftsschulen sowie Förderschulen - im Rahmen der **Berufsvorbereitung** verbessert werden sollte. Die bislang gewählten Ansätze zur besseren Verzahnung von Schule und Arbeitswelt - im Antrag unter Abschnitt III angesprochen - sind unseres Erachtens noch keine optimale Lösung. Dies betrifft insbesondere den neuen Bildungsgang der „Berufseingangsklassen“ - BEK. Die Berufsschulen erteilen dabei sieben Stunden Unterricht an einem Tag wie bisher in den Kursen für Jugendliche ohne Ausbildung - JoA. Von anderen Trägern werden dann den jungen Menschen an anderen Tagen im Rahmen des Handlungskonzeptes „Schule und Arbeitswelt“ unseres Erachtens nicht immer zielführende Beschäftigungen geboten. In jedem Falle wäre aber eine Evaluierung dieses neuen Ausbildungsangebots - BEK - mindestens ebenso sinnvoll und dringend notwendig wie auch eine Evaluation der vollzeitschulischen Berufsbildungsgänge, wie es in dem Antrag der Regierungsfractionen unter Abschnitt II gefordert wird.

(Beifall bei der FDP)

In jedem Fall wäre es dringend notwendig, die Probleme, die sich bei einem Teil der Jugendlichen heute für den Übergang ins Berufsleben ergeben, schon frühzeitiger als bisher so weit wie möglich auszuräumen, und dazu bedarf es - wie ich eben gesagt habe - einer entsprechend verbesserten Zusammenarbeit zwischen **Berufsschulen** einerseits und **allgemeinbildenden Schulen** andererseits. Kurz gesagt, es kommt darauf an, die Probleme, die wir heute bei der Ausbildungsreife und damit beim Übergang in das Berufsleben bei einem erheblichen Teil von jungen Menschen erleben, gar nicht erst entstehen zu lassen, dem frühzeitiger entgegenzuwirken, statt relativ spät nach Verlassen der allgemeinbildenden Schule sozusagen Reparaturveranstaltungen durchzuführen. Das ist der Ansatz. Dazu bedarf es auch entsprechender Personalressourcen.

Dritter Punkt, ganz kurz nur in Stichworten angesprochen: das Thema der Quereinsteiger und der Seiteneinsteiger. Ein wichtiges Thema, wenn es darum geht, **Berufsschullehrer** insbesondere in den Fächern zu bekommen, in denen wir heute kaum Bewerber mit einem Studienabschluss berufsbildender Lehramtsstudiengänge auf dem Arbeitsmarkt haben.

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Herr Abgeordneter, achten Sie bitte auf die Zeit.

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Ich mache auch gleich Schluss. - Eine kurze Anmerkung: Es stellt sich die Frage, unter welchen Rahmenbedingungen wir wirklich erfolgreich solche Seiteneinsteiger in den Schuldienst der berufsbildenden Schulen hineinbekommen können. Da ergeben sich in der Praxis eine Reihe von Fragen, die im Ausschuss noch nachzuarbeiten wären.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke Herrn Abgeordneten Dr. Klug und erteile für den SSW der Frau Vorsitzenden Anke Spoorendonk das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute stehen gleich zwei Anträge zur Stärkung und Entwicklung der beruflichen Bildung zur Debatte. Der Antrag der Großen Koalition zieht inhaltlich gesprochen einen Schlusstrich unter das Jahr 2008 als das Jahr der **beruflichen Bildung**. Sozusagen als Antwort auf diesen Antrag haben die Grünen ihren alten Antrag aus dem Februar 2008 noch einmal hervorgeholt.

Der Antrag der Großen Koalition greift eine Reihe von Einzelproblemen auf, die auch aus Sicht des SSW zu reparieren sind. Mit der Aussage gegen eine Zersplitterung der Ausbildungsberufe werden aber die eigentlichen Herausforderungen ignoriert. Aus Sicht des SSW geht es nicht um eine Veränderung der Berufsbilder, sondern um die notwendige Modularisierung der einzelnen Lerninhalte.

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Außerdem ist die Abbrecherquote in der beruflichen Ausbildung in Schleswig-Holstein weiterhin viel zu hoch, sodass hier ein Lösungsvorschlag oder zumindest die Erwähnung durch die Große Koalition wünschenswert gewesen wäre. Die verkehrten Erwartungen, Unzufriedenheit über Lerninhalte und andere Probleme in den Berufsschulen sind Faktoren, die in einem individuellen Stützensystem der einzelnen Jugendlichen gelöst werden können. Das ist ein Punkt, mit dem wir uns in der Ausschussberatung noch einmal befassen müssen. Erst mit einem flexiblen Baukastensystem schaffen wir es, die ho-

(Anke Spoorendonk)

he Abbrecherquote in der beruflichen Bildung zu senken, da die Jugendlichen dann erst nach einer beruflichen Basisorientierung und dem Erlernen grundlegender Kompetenzen den Ausbildungsberuf wählen müssen.

Zu begrüßen ist die Erkenntnis der Großen Koalition, dass die Qualität der beruflichen Lehrerausbildungsgänge an der Universität Flensburg verbessert werden muss. Hierbei geht es vor allem um eine strukturelle Veränderung der **Lehrerausbildung**, ohne die wir nicht weiterkommen. Auf entsprechende Initiativen dürfen wir mit Blick auf den Koalitionsvertrag gespannt sein, wo doch der Status quo in der Lehrerausbildung eigentlich in Beton gegossen ist.

Die Grünen legen mit ihrem Antrag eine Reihe von Vorschlägen zur Modularisierung und Anerkennung von **Teilqualifikationen** in der beruflichen Bildung vor. Das begrüßen wir. Völlig daneben aber ist die Forderung nach einer Schulpflicht, die erst mit der Absolvierung der gymnasialen Oberstufe oder einer Berufsausbildung endet und deren Erfüllung das Ordnungsamt überwachen soll. Mit dieser Forderung habt ihr, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, das Konzept des lebenslangen Lernens auf den Kopf gestellt. Es geht nämlich nicht um lebenslänglich, sondern um eine Motivierung und Befähigung aller Menschen, über die gesamte Lebensspanne hinweg zu lernen. Ich weiß - das geht aus der Begründung hervor -, dass es in erster Linie darum geht, allen Jugendlichen einen **Ausbildungsplatz** zu geben. Das ist ein wichtiges Ziel. Unserer Meinung nach erreicht man es eben nicht, indem man einfach die Schulpflicht verlängert und dann das Ordnungsamt dazu verdonnert, dies zu kontrollieren.

Die Forderung nach der Einrichtung von Produktionsschulen beweist, dass der Antrag doch ein bisschen zu schnell geschrieben wurde. Es hat in Schleswig-Holstein Erfahrungen mit Produktionsschulen nach dänischem Vorbild gegeben. Das ist ein richtiger Einstieg. Problematisch ist, dass es ein Projekt gewesen ist.

Die Herausforderung besteht nun darin, die verschiedenen Möglichkeiten der beruflichen Ausbildung zu optimieren und vor allem in einem transparenten System miteinander zu verzahnen. Wir fordern daher eine Systematisierung der beruflichen Bildung und ein klar gestuftes System mit **Ausbildungsmodulen**, das allen offensteht.

(Beifall des Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wie die FDP hätten wir uns gewünscht, dass beide Anträge in den Ausschuss überwiesen werden. Wir finden, das ist angemessen und gute parlamentarische Praxis.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt soll anscheinend in der Sache abgestimmt werden. Wenn dies geschieht, werden wir uns bei dem Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN enthalten, weil wir einige Bedenken haben. Ich habe bereits in der Februar-Debatte gesagt, dass vieles aber auch mit dem vergleichbar ist, was wir fordern. Das ging auch aus meiner Rede hervor.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke der Frau Abgeordneten Anke Spoorendonk und erteile für einen Beitrag nach § 56 Abs. 4 der Frau Abgeordneten Angelika Birk das Wort.

Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich appelliere an die Aufmerksamkeit der Kolleginnen Schümann, Langner und Eisenberg. Habe ich Sie wirklich richtig verstanden, dass Sie ein zweites Mal unseren Antrag noch nicht einmal im Ausschuss behandeln wollen?

Ich danke für die Unterstützung von Frau Spoorendonk und Herrn Dr. Klug, die bei Kritik an unserem Antrag dennoch an übliche parlamentarische Gepflogenheiten erinnern. Ich stelle mir vor, dass dieses wichtige Thema zu einer Anhörung im Ausschuss führen sollte.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Völlig klar ist: Die Berufsschulszene, die IHKs, die Handwerkskammern diskutieren diese Themen. Wir sind zum Beispiel demnächst in Lübeck eingeladen, aber auch in anderen Bereichen, wo regionale Zusammenschlüsse mit uns über die **Zukunft der beruflichen Bildung** sprechen wollen. Also tun wir doch gut daran, diese Leute zu uns in den Ausschuss einzuladen und eine strukturierte Debatte zu führen!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Sie wissen, dass wir als Fraktion das Recht haben zu versuchen, im Ausschuss Anträge, die im Landtag abgelegt worden sind, im Rahmen des Selbstbe-

(Angelika Birk)

fassungsrechtes einzubringen. Von diesem Recht werden wir Gebrauch machen. Vor dem Hintergrund der differenzierten sachlichen Debatte - wir sehen in den Reihen der Koalition durchaus Bewegung im Vergleich zur Debatte von vor einem Jahr - bitten wir, unseren Antrag mit zu überweisen. Ich weiß nicht, welches Exempel Sie hier statuieren wollen.

(Dr. Henning Höppner [SPD]: Weil wir das alles schon wussten!)

Wir sind selbstverständlich bereit, unseren Antrag im Sinn einer Auseinandersetzung mit den Praktikern zu optimieren, Kritikpunkte aufzugreifen. Aber zu behaupten, unser System sei insgesamt so fernab jeder Realität, dass es sich nicht lohne, sich damit auseinanderzusetzen, ist eine ganz schön hochnäsige Haltung.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Angesichts dessen, dass wir wissen, dass die Praktiker sehr dankbar und sehr interessiert mit unseren Vorschlägen umgehen, sind offensichtlich Sie manchmal nicht auf der Höhe der Zeit. Also noch einmal der Appell: Überweisen Sie den Antrag mit, springen Sie über Ihren Schatten!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf der Abgeordneten Jutta Schümann [SPD])

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Für die Landesregierung erhält die Ministerin für Bildung und Frauen, Frau Ute Erdsiek-Rave, das Wort.

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung und Frauen:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Dieser Vormittag stand ja ganz im Zeichen der Wirtschafts- und Finanzkrise. Aber vielleicht ist das ein ganz guter Anschluss daran, dass man einmal auf eine Krise aufmerksam macht, die womöglich hinter dieser Krise steckt: Das ist der absehbare **Fachkräftemangel** im Kontext der demografischen Entwicklung. Diese Krise könnte möglicherweise sehr viel nachhaltiger und auch bedrohlich werden, weil sie nämlich strukturelle Ursachen hat:

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Geburtenzahlenrückgang, Risikogruppen und so weiter. Es geht vermutlich - so sagen die Fachleute,

so sagt die Arbeitsagentur - um eine Lücke von ungefähr 2 Millionen Fachkräften bis 2020, allein die Hälfte davon mit akademischer Bildung. Ich zitiere nur die Prognosen.

Im gleichen Zeitraum werden sich die Aussichten für gering Qualifizierte weiter verschlechtern. Wir werden vermutlich 25 % weniger Arbeitsplätze für junge Menschen ohne abgeschlossene **Berufsausbildung** haben.

Das ist eine Perspektive, der wir mit allen möglichen Maßnahmen begegnen müssen. Insbesondere gilt das für das berufliche Bildungssystem. Das hat darin eine Schlüsselposition. Allein kann das **berufliche Bildungssystem** dies natürlich nicht leisten. Sie brauchen eine enge Vernetzung - darauf ist hier richtigerweise hingewiesen worden - mit den allgemeinbildenden Schulen, insbesondere mit den Schulen in der Sekundarstufe I. Hier hat sich vieles an besserer Zusammenarbeit, Berufsvorbereitung, Austausch zwischen Lehrkräften, Fortbildung und so weiter getan, aber dies ist noch weiter zu optimieren. Der Appell geht hierbei weniger an die beruflichen Schulen selbst, die dazu sehr bereit sind, als an die allgemeinbildenden Schulen. Das tun wir und müssen wir auch immer wieder gemeinsam tun.

(Beifall bei der SPD)

Übrigens auch das Problem der Berufseingangsklassen, Herr Dr. Klug, wird in den **beruflichen Schulen** natürlich gesehen. Was da an Arbeit geleistet wird, auch an sozialpädagogischer Arbeit - übrigens auch unterstützt von Sozialpädagogen -, ist schon bemerkenswert, muss man wirklich sagen. Was die Lehrer an den beruflichen Schulen leisten, ist wirklich hervorragend.

(Beifall bei SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber natürlich ist das System weiter zu verbessern. Man muss immer wieder gucken: Ist das so optimal geregelt, oder was können wir weiter dazu tun? - Beim Stichwort Evaluation sind wir absolut d'accord.

Mit den Akteuren in der Wirtschaft und den Organisatoren der Wirtschaft muss eine noch engere Vernetzung stattfinden, ebenso mit den Hochschulen und den Weiterbildungseinrichtungen, wenn man weiß, dass die Hälfte des Fachkräftemangels **Akademiker** betreffen wird. Vor allem was die Durchlässigkeit und die Offenheit zur akademischen Bildung betrifft, haben wir keine Zeit zu verlieren. Wir brauchen noch bessere Scharniere

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

und definierte Zugangsregelungen für die nächsten Schritte des Aufstiegs in der Bildung, etwa was den Übergang von der Fachhochschule zur Hochschule betrifft.

Wir haben ja jetzt Änderungen im Hochschulgesetz, die da in die richtige Richtung weisen. Mit dem neuen Berufsakademiegesetz haben wir zudem den Bachelor-Abschluss in das duale Ausbildungssystem integriert. Studium und Berufspraxis passen gut zusammen. Das zeigen ja auch die guten Erfahrungen mit dem dualen Modell, also der Verbindung von dualer **Ausbildung** und **Studium** - dies allerdings nicht zu verwechseln mit einem Bachelor Professional. Der wird ja nicht nur durch KMK-Beschlüsse abgelehnt, sondern das widerspricht auch den Regeln des Bologna-Prozesses. Er würde eben nicht zu mehr Vergleichbarkeit führen. Die Einordnung des Master-Abschlusses muss letztlich über den DQR, über den europäischen Qualifikationsrahmen geleistet werden.

Im Jahr der beruflichen Bildung gehörte die Anschlussfähigkeit zu den Hauptthemen, die diskutiert wurden. Darin werden wir mit den vielen guten Impulsen, die uns dieses Jahr gegeben hat, weiterarbeiten. Ich bin für eine offene Diskussion über alles, was diesem Ziel dient. Das schließt auch ein, Leerläufe und Doppelungen für die Auszubildenden zu vermeiden. Sie verstehen immer wieder einfach nicht, warum es so schwierig ist, deckungsgleiche Inhalte unter betrieblichen Ausbildungen aufeinander anzurechnen. Ich meine, wenn der Staat Teile der Ausbildung übernimmt, dann sollten die Kammern das auch voll und ganz anerkennen. Auch das dient dem Ziel, Fachkräfte zu gewinnen, und das in kürzeren Fristen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vielleicht ist es einmal möglich - wenn ich mir diese Anregung erlauben darf -, im Ausschuss einmal die Vertreter der **Wirtschaft**, der Kammern anzuhören, um auch vom Parlament her ein bisschen mehr Druck in diese Richtung zu machen und zu zeigen: Das Parlament steht hier ganz klar für eine bestimmte Richtung. Es reicht eben nicht, wenn von der Wirtschaftsseite Lippenbekenntnisse kommen, und wenn es dann um konkrete Ausbildungsgänge geht, haben wir hochschwellige Diskussionen.

Um in solchen Fragen voranzukommen, braucht man den Dialog aller Beteiligten im Sinn der Dualpartnerschaft. Der Erfolg des **Bündnisses für Ausbildung** in Schleswig-Holstein, Herr Hentschel,

zeigt ja schon - das muss man sagen -, was möglich ist, wenn man sich auf ein gemeinsames Ziel verständigt.

(Beifall bei SPD und CDU)

Daran mache ich auch keinerlei Abstriche, meine Damen und Herren.

Die Qualität der beruflichen Bildung ist auf gute Rahmenbedingungen angewiesen. Gesetze und Verordnungen sind dafür wichtig. Die machen wir ja nicht allein, sondern gerade in der beruflichen Bildung hat auch der Bund ein Stück mitzureden. Noch wichtiger sind die Menschen, die das Ganze mit ihrem Fachwissen, ihrer Erfahrung, ihrer pädagogischen Kompetenz prägen.

Damit bin ich beim Problem der Ausstattung mit **Lehrkräften**. Wir brauchen hochkompetente engagierte Fachkräfte im beruflichen Bildungssystem; das ist keine Frage. Wenn die aktuelle Krise dazu führt - das ist nicht zynisch gemeint -, dass sich geeignete Fachleute für den Job in der Schule entscheiden, gerade in den Mangelrichtungen, dann soll uns das sehr recht sein. Das betrifft zum Beispiel Metallverarbeitung und Elektrotechnik.

Hier müssen wir auch darüber nachdenken, ob wir nicht auch Fachhochschulabsolventen für den Schuldienst weiterqualifizieren, möglicherweise auch so, dass wir die Kapazitätsverordnung, die man nicht einfach abschaffen kann - Frau Eisenberg, das müssen wir alle nun einmal wissen, das geht nach dem Beamtenrecht und nach der Verfassung nicht einfach so -, in diesen Fällen möglicherweise gar nicht tangieren. Ich glaube, dass das möglich ist, aber dazu müssen wir noch entsprechende Beschlüsse fassen.

Es gibt noch viele Einzelheiten, über die zu reden wäre. Das kann ich nicht alles in diesen fünf Minuten tun. Lassen Sie uns das im Ausschuss gründlich beraten. Wir müssen - damit komme ich auf den Anfang zurück - alles tun, um eine solche Krise nach der Krise zu vermeiden.

(Beifall bei SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der FDP)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke der Frau Ministerin. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe damit die Beratung.

Nach dem, was die Fraktionen hier geäußert haben, lasse ich zunächst über die Ausschussüberweisung der Drucksache 16/2400 abstimmen. Wer der Aus-

(Vizepräsidentin Frauke Tengler)

schussüberweisung der Drucksache 16/2400 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Es ist einstimmig so beschlossen.

Es ist beantragt worden, über die Drucksache 16/2407 sowohl in der Sache als auch über die Ausschussüberweisung abzustimmen. Ich werde daher zunächst über die Ausschussüberweisung der Drucksache 16/2407 abstimmen lassen. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist die Ausschussüberweisung der Drucksache 16/2407 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW abgelehnt worden.

Ich lasse jetzt über den Antrag in der Sache abstimmen. Wer dem Antrag Drucksache 16/2407 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag Drucksache 16/2407 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der Abgeordneten des SSW abgelehnt worden.

Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 14 auf:

Grünlandverluste stoppen

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/2363

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache und erteile für die antragstellende Fraktion Herrn Abgeordneten Detlef Matthiessen das Wort.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Schleswig-Holstein ist deutscher Meister in der Grünlandvernichtung. Das europäische extensive Grünland, also artenreiche Wiesen und Weiden, hat eine einzigartige Bedeutung im Kontext des globalen Biodiversitäts- und Naturerbes.

In Deutschland kommen im **Grünland** mehr als 2.000 Pflanzenarten vor. Das sind rund 52 % des Artenbestandes bei uns überhaupt. Allgemein geht man davon aus, dass von jeder Pflanze allein 20 Insektenarten direkt oder indirekt abhängig sind.

Das zeigt uns die enorme ökologische Bedeutung von artenreichen Wiesen und Weiden. Diese Le-

bensräume sind nur in Europa in den vergangenen Jahrtausenden in einer koevaluativen Entwicklung zwischen Mensch, Tier und Pflanzen entstanden. Dies ist auch ein Grund dafür, weshalb die Europäische Union bereits seit den 1990er-Jahren durch die FFH-Richtlinie - die Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie - von allen Mitgliedstaaten einfordert, Grünland zu erhalten.

Trotzdem schreitet der **Verlust an Dauergrünland** in Deutschland voran. Dies ergibt sich aus den neuen Zahlen, die die Bundesregierung als Antwort auf eine schriftliche Anfrage der grünen Bundestagsfraktion mitgeteilt hat.

Während der Grünlandanteil zwischen 2003 und 2007 um 2,3 % abgenommen hat, sind es heute bereits 3,4 % im Durchschnitt. Schleswig-Holstein belegt dabei einen traurigen Spitzenplatz. Bei der Grünlandvernichtung sind wir deutscher Meister.

In Schleswig-Holstein waren es 7,5 % Verlust zwischen 2003 und 2007. Das ist die Bilanz der Politik des angeblichen Umweltministers von Boetticher, der sich lieber auf seine Rolle als Bauernminister beschränkt und in diesem Bereich offensichtlich die Interessen großer, schnell wachsender Marktfruchtbetriebe in den Mittelpunkt seiner Bemühungen stellt.

In Schleswig-Holstein wurden doppelt so viele wertvolle grüne Wiesen in Ackerland verwandelt wie im Bundesdurchschnitt.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

- Hören Sie zu, Herr Dr. Garg. Wenn Sie das für einen so lächerliches Thema halten, dann beschäftigen Sie sich bitte wenigstens mit den trockenen Zahlen.

28.000 ha Fläche. Das sind 280 km². Das ist so viel wie die Flächen von Kiel, Flensburg und Neumünster zusammengenommen. So viele Grünlandflächen wurden in Schleswig-Holstein vernichtet. Als wenn das noch nicht genügen würde, stellte sich ein zusätzlicher Verlust von 3 % zwischen 2007 und 2008 ein.

Was machen Sie denn, Herr Minister? Sie können doch nicht sehenden Auges zulassen, dass unser schönes vielfältiges Land in Agrarmonokulturen umgewandelt wird. Sie lassen sehenden Auges zu, wie auf der Halbinsel Eiderstedt die Wasserstände abgesenkt und Gräben trockengelegt werden. Damit wird den Wiesen und Weiden die Grundlage entzogen. Gleichzeitig wird den Wiesenbrütern, schützenswerten Tieren und Pflanzen, die Lebensgrund-

(Detlef Matthiessen)

lage in einem Gebiet vernichtet, das einzigartige Voraussetzungen für die Natur bietet, als hätten Sie von den Auseinandersetzungen um die Gebietsausweitungen Natura 2000 nichts mitbekommen.

Die Parole der CDU „Naturschutz nur mit den Menschen“ entpuppt sich immer mehr als „Mensch, es geht auch ohne Naturschutz in Schleswig-Holstein“. Das Ganze wird flankiert von einer Agrarpolitik, die auf Milchmengenerhöhung, niedrigste Preise für Milch und zunehmende Industrialisierung der Landwirtschaft setzt. Darauf setzen Sie, Herr Minister. Es ist deshalb weder Wunder noch Zufall, dass Schleswig-Holsteins Grünland dabei unter die Räder beziehungsweise unter den Pflug gerät.

Die Große Koalition redet immer vom Erhalt der **biologischen Vielfalt**, sie redet vom Klimaschutz, sie redet und redet. Die Menschen im Lande werden Sie aber nicht nach ihren Sonntagsreden, sondern nach ihren Taten beurteilen, Herr Minister, und da sieht Ihre Bilanz vernichtend aus.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir müssen diesen Aderlass an biologischer Vielfalt endlich stoppen. Jede zweite Pflanzenart, jede zweite Vogelart, dreiviertel der Amphibien in Schleswig-Holstein sind gefährdet oder bereits aus der Landschaft verschwunden. Wie in den Meeren die Korallenriffe sind unsere Wiesen und Weiden Tummelplätze der Artenvielfalt. Wir brauchen nicht weniger, sondern wir brauchen mehr davon.

Meine Damen und Herren, wir bitten Sie, unserem Antrag zuzustimmen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Claus Ehlers das Wort.

Claus Ehlers [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Zuruf von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Der Naturschutzexperte spricht!)

- Davon kannst du ausgehen.

Mit der Halbzeitbilanz im Jahr 2003 hat die Europäische Union weitreichende Beschlüsse gefasst. Die **Flächenprämie** wird vereinheitlicht und damit für die Landwirtschaft in vorgegebenen Grenzen

mehr Freiraum bei der Flächennutzung eingeräumt. Dies haben auch die Antragssteller - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - damals ausdrücklich begrüßt.

Die **Landwirtschaft** nutzt ihre Freiheit mit dem Ergebnis, die Grünen wollen alles wieder auf den Stand von 2003 zurückdrehen. Uns sind alle planwirtschaftlichen Grundsätze fremd, wie wir sie in der Vergangenheit insbesondere in der Landwirtschaft und auch in der ehemaligen DDR hatten. Wir setzen auf marktwirtschaftliche Instrumente, insbesondere auch in der Landwirtschaft.

(Beifall bei CDU und FDP)

Schleswig-Holstein ist in der Nordregion im Verbund mit Hamburg das einzige Bundesland, in dem eine **Grünlandverordnung** erlassen wurde. Diese Verordnung entspricht zu 100 % den Vorgaben der Europäischen Union und ist in der Bundesrepublik Vorbild für kommende Verordnungen in allen anderen Bundesländern.

(Beifall bei CDU und FDP)

Auf dieser Grundlage wirtschaften unsere Landwirte, und sie wirtschaften im Rahmen der Vorgaben in der Europäischen Union. Ob die Grünen dies akzeptieren oder nicht, die Regeln stehen und sind verbindlich. Niemand kann ausschließen, dass bei wieder steigenden Milchpreisen die Attraktivität der Grünlandbewirtschaftung größer wird.

Das „Sahnehäubchen“ des Antrags ist die Forderung, die **Grünlandquote** des **Jahres 2003** wiederherzustellen. In diesem Zusammenhang stellen sich für uns einige Fragen: Soll etwa Ackerland zwangsweise zu Grünland umgebrochen werden? Sollen Flächen, auf denen Rohstoffe für Biogasanlagen angebaut werden, wieder zu Grünland werden? Soll ehemaliges Grünland, das nun als Ackerland verpachtet ist, umgebrochen werden? Solchen Fragen müssen Sie sich stellen, wenn Sie alles auf den Stand des Jahres 2003 zurückdrehen wollen, Herr Matthiessen.

(Beifall bei der CDU)

Wir als CDU-Fraktion haben uns immer für eine unternehmerische Landwirtschaft eingesetzt, die für den Markt produziert. Was BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hier verlangt, ist eine Quotenregelung für Anbauflächen. Dieses planwirtschaftliche Instrument lehnen wir ab.

(Beifall bei CDU und FDP - Zuruf von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Davon haben die Herren nicht die geringste Ahnung. Das ist nun einmal so.

(Claus Ehlers)

(Zuruf von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Nun hören Sie einmal zu. Das ist ein bisschen Nachhilfe für Sie.

Es bleibt daher festzuhalten: Erstens. Die Umwandlung von Grünland erfolgt im Rahmen der EU-Vorgaben, die in Schleswig-Holstein strikt eingehalten werden.

Zweitens. Aktiv und marktorientiert wirtschaftende Landwirte passen ihre Produktion den jeweiligen Verhältnissen an.

Drittens. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN will die Landwirtschaft in ein planwirtschaftliches Korsett pressen. Mit unternehmerischer Freiheit hat das überhaupt nichts mehr zu tun.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wir wollen Grünland erhalten, aber nicht mit neuen Restriktionen, sondern mit den rechtlichen Mitteln, die durch die Europäische Union vorgegeben sind. Trotz erheblicher Vorbehalte beantragen wir die Überweisung an den Umwelt- und Agrarausschuss.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Dr. Henning Höppner das Wort.

Dr. Henning Höppner [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Grünen wollen mit ihrem Antrag zwei Aspekte ansprechen. Erstens soll die Bedeutung des Grünlandes betont werden. Das war sehr lehrreich, aber das wussten wir schon, lieber Herr Kollege.

(Heiterkeit)

Zweitens soll die Landesregierung, der Sie böse Vorwürfe machen, zum Handeln aufgefordert werden. Auch das schlägt fehlt; denn es gibt Regeln, an die wir uns zu halten haben. In dieser Hinsicht haben wir alle notwendigen Dinge umgesetzt.

Die besondere **Bedeutung des Grünlands** als Grundlage für die Milchwirtschaft, aber auch für die Artenvielfalt, den Boden- und Gewässerschutz und damit für den Klimaschutz ist unbestritten. Nach den Daten des IPCC, dem zwischenstaatlichen Ausschuss für Klimaänderungen, eine Einrichtung, die zusammen mit Al Gore den Nobelpreis bekommen hat, aber auch des Umweltbundesamtes ist festzustellen, dass pro Hektar Grünlandumbruch 20 bis 35 t Bodenkohlenstoff freigesetzt

werden. Sie können sich das auch etwas einfacher vorstellen: Wenn Sie 1 m² Grünland umbrechen, werden dabei bis zu 3,5 kg Bodenkohlenstoff freigesetzt. Das passiert übrigens auch in Ihrem eigenen Garten, wenn Sie dort das Grünland umbrechen und ein Blumenbeet anlegen oder vier Gartenplatten auf die Fläche legen.

Dies allein sollte schon Grund genug sein, Grünland zu schützen und seinen Erhalt durch Förderprogramme zu unterstützen. Das geschieht auch. Dennoch haben wir nicht nur in Schleswig-Holstein einen Rückgang des Grünlands zu verzeichnen. Die im Antrag genannten Zahlen mit einem Rückgang von 3,4 % bundesweit im Zeitraum 2003 bis 2008 und in Schleswig-Holstein von 7,5 % sind in der Tat ein alarmierendes Signal. Die Gründe für diesen Rückgang sind die zunehmende Flächenkonkurrenz zwischen Grünlandnutzung und alternativen Anbauformen auf dem Acker, zum Beispiel durch Mais und auch Weizen.

Mit der **EU-Agrarreform** sind die Weichen für den **freien Markt ab 2013** gestellt, und es soll für die Landwirtschaft einvernehmlich die Wahlfreiheit dahin gehend bestehen, womit die Landwirte ihr Geld verdienen wollen. Es gibt also auch die Wahl der Bewirtschaftung zwischen Grünland und Ackerland. Es gibt jedoch auch klare Spielregeln darüber, wie dies zu erfolgen hat. Bei Verstößen sind Sanktionen möglich. So verpflichtet die EU-Verordnung Nr. 1782/2003 die Mitgliedstaaten zum Erhalt des Dauergrünlands. Durch folgende Rechtsvorschriften wird ausgeführt, dass die Mitgliedstaaten sicherzustellen haben, dass das Verhältnis von Dauergrünland zu Ackerflächen auf Basis der 2003 beantragten Flächen um nicht mehr als 10 % zuungunsten des Dauergrünlandes abnehmen darf. Bei einer Abweichung von mehr als 5 % ist die Landesregierung ermächtigt, den Umbruch von Grünland zu verbieten oder von einer Genehmigung abhängig zu machen. Das ist geschehen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Vielen Dank für den Beifall. - Minister von Boetticher hat im Juni vergangenen Jahres eine entsprechende **Verordnung** erlassen. Wer jetzt noch Dauergrünland umbrechen will, der darf das nur noch mit behördlicher Genehmigung tun. Wer dagegen verstößt, muss mit einer Kürzung der EU-Direktzahlungen rechnen. Erst bei einem Rückgang von mehr als 8 % kann die Landesverordnung vorschreiben, dass das umgebrochene Dauergrünland wieder eingesät wird, womit neue Flächen geschaffen werden. Aufgrund dieser Regelung besteht zurzeit keine rechtliche Möglichkeit, die von den Grü-

(Dr. Henning Höppner)

nen beantragten Maßnahmen zur Wiederherstellung der Grünlandquote des Jahres 2003 zu ergreifen.

(Günther Hildebrand [FDP]: Und keine Notwendigkeit)

Diese Regelungen gelten nicht nur für Schleswig-Holstein, sondern sie gelten EU-weit. Darüber hinaus gibt es besondere Schutzauflagen im Naturschutz, besonders in Natura-2000-Gebieten. Wir sollten daher die weitere Entwicklung beim Grünlandanteil sorgsam beobachten und uns im Ausschuss nach dem Grünlandumbruchverbot über die aktuellen Daten berichten lassen. Dann sollten wir aufgrund der neuen Fördermöglichkeiten für das Grünland, die in den Beschlüssen zum Health Check, also zur Gesundheitsreform der Landwirtschaft, beschrieben werden, entscheiden, in welcher Form wir in Schleswig-Holstein Dauergrünland halten und stärken wollen.

Ich glaube, wir sind in diesem Land auf dem richtigen Weg. Neuen staatlichen Dirigismus brauchen wir nicht. Ich beantrage die Überweisung dieses Antrags an den Umwelt- und Agrarausschuss.

(Beifall bei SPD, CDU und FDP)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Fraktion der FDP erteile ich Herrn Abgeordneten Günther Hildebrand das Wort.

Günther Hildebrand [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Man möchte fast meinen, die Grünen rennen mit ihrem heutigen Antrag gegen weitere **Grünlandverluste** offene Türen ein. Der Kollege Höppner sagte es schon, bereits am 24. Juni letzten Jahres titelte unter anderem der „sh:z“:

„Minister verbietet Bauern, Grünland umzupflügen.“

Im nachfolgenden Artikel wurde anschaulich beschrieben, aus welchen Gründen und unter welchen Voraussetzungen Landwirtschaftsminister von Boettcher das Umbrechen von Dauergrünland nur noch mit behördlicher Genehmigung gestatten will. Ein Grund zur Panik, wie ihn die Grünen wieder einmal suggerieren wollen, besteht also nicht.

(Beifall bei der FDP)

Richtig ist, dass es in Schleswig-Holstein erst 2005 gelungen ist, eine deutliche Schiefelage in der Förderkulisse der schleswig-holsteinischen **Landwirtschaft** wieder gerade zu rücken, indem die bis da-

hin geltende Reduzierung der Ackerprämie wieder zurückgenommen wurde. Der grüne Landwirtschaftsminister Müller hatte sie seinerzeit eingeführt, weil er sich mehr seinem grünen Weltbild als einer unternehmerisch und marktwirtschaftlich orientierten Landwirtschaft in Schleswig-Holstein verpflichtet fühlte. Dabei muss es kein Widerspruch sein, die Förderung einer naturverträglichen und klimafreundlichen Grünlandbewirtschaftung auf die Beine zu stellen, die gleichermaßen für Landwirte rentabel ist und die Landschaft für Bewohner und Erholungssuchende attraktiv hält.

(Beifall bei der FDP)

Das aktuelle Positionspapier des Bundesamtes für Naturschutz „Grünland im Umbruch“ aus dem Oktober des letzten Jahres enthält dafür durchaus nennenswerte Vorschläge. Der damalige Landwirtschaftsminister Müller hatte es dagegen viel zu lange verstanden, die Länderoption zur Umverteilung der Flächenprämienkomponenten zugunsten des Dauergrünlands zu bedienen. Das hat nicht nur viele Landwirte gegen ihn aufgebracht. Es hat vor allem zu einer Entwicklung beigetragen, die bei den Landwirten dazu geführt hat, Grünland sogar teilweise nur vorsorglich vor Ablauf des Fünfjahreszeitraums wieder umzubrechen, nur um nicht den Status Dauergrünland zu erhalten.

(Beifall bei der FDP)

Übrigens hat auch das seinerzeitige Vorhaben des Ministers Müller, ganz Eiderstedt unter Vogelschutz zu stellen, zu einem zusätzlichen Umbruch von Weideland in Ackerland und - nebenbei gesagt - auch zu Drainage geführt, was auch schon kritisiert wurde, weil bei den Bauern die Befürchtung bestand, die Flächen nicht mehr wie gewohnt bewirtschaften zu können. Möglicherweise wären viele heutige Ackerflächen immer noch Grünland, wenn es seinerzeit nicht diese irren Versuche gegeben hätte.

(Beifall bei CDU und FDP)

Heute unterstützen die ungewisse Marktsituation und die Nachfrage nach Feldfrüchten diese Entwicklung noch, doch die **landwirtschaftliche Nutzung** des Grünlandes ist nur die eine Seite der Medaille.

Grünland beherbergt als Lebensraum in der Agrarlandschaft mehr als die Hälfte aller in Deutschland vorkommenden Arten. Die müssen sicherlich nicht alle geschützt werden, aber sie sind nun einmal da. Vor diesem Hintergrund hat die EU die Mitgliedstaaten bereits 2003 zur **Erhaltung des Dauer-**

(Günther Hildebrand)

grünlandes verpflichtet. In Deutschland müssen in der Folge dieser Vorgaben die Länder dafür Sorge tragen, dass das für das Referenzjahr 2003 ermittelte Verhältnis von Dauergrünlandfläche zur gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche im Wesentlichen erhalten bleibt. Im Wesentlichen heißt in diesem Zusammenhang, dass bis zu einer Abnahme des Dauergrünlands von 5 % gegenüber dem Referenzjahr in einem Bundesland die Landwirte keine weiteren Verpflichtungen einzuhalten haben. Der Kollege Höppner hat vorhin darauf hingewiesen.

Die Zahlenspiele, mit denen die Grünen aufwarten, lesen sich daher möglicherweise beeindruckend, aber sie sind es nicht. Bis zu 5 % Schwund sind sozusagen erlaubt. Das mag man bedauern, einen Grund zum Aufschrei rechtfertigt dies jedoch nicht. Im Gegenteil, angesichts der neuesten Tendenzen auf dem Agrarmarkt bin ich sogar davon überzeugt, dass sich die Grünlandfläche tatsächlich bis zur Grenze der EU-Vorgaben rückläufig entwickeln wird. Bis zum Jahr 2007 wurde zwar in keinem Bundesland der Schwellenwert von 5 % erreicht, aber im letzten Jahr hat Schleswig-Holstein erstmals die Fünf-Prozent-Marke überschritten. Die vorgegebene Konsequenz ist, dass eine **Genehmigungspflicht** eingeführt werden musste. Diese Entwicklung ist folglich nicht überraschend. Sie war absehbar, und sie war und ist sogar bereits geregelt, wie ich es vorhin schon sagte.

Unser Ziel kann es deshalb heute nicht sein, irgendwelchen historischen Nutzungsverhältnissen nachzutraumern. Unser Ziel muss es sein, die gegenwärtige Neuorientierung in der Agrarwirtschaft und die Abkehr von mengenbezogenen Subventionen noch besser für eine nachhaltige und vor allem standortgerechte Landwirtschaft zu nutzen. Mit der konsequenten Anwendung der geltenden Regeln guter fachlicher Praxis und des geltenden rechtlichen Ordnungsrahmens sind wir dafür auf einem guten Weg.

(Beifall bei FDP und CDU)

Präsident Martin Kayenburg:

Herr Abgeordneter Lars Harms hat für die Abgeordneten des SSW das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Verlust an **Grünland** ist keine neu zu verzeichnende Entwicklung, aber er hat an Fahrt zugenommen. Dies belegen die neuesten Zahlen. Schleswig-Holstein hat hierbei den unrühmlichen

ersten Platz eingenommen. Diese Entwicklung können wir so nicht länger hinnehmen. Die Landesregierung muss eingreifen und gegensteuern.

Beim Grünland geht es nicht nur um den Erhalt wertvoller Kulturlandschaften, es geht auch um den Erhalt naturschutzfachlich wertvoller Flächen, denn die Grünlandflächen haben eine höhere ökologische Wertigkeit. Wenn wir diese also weiterhin erhalten wollen, dann müssen wir entsprechend steuern. Das beste Steuerungselement, das wir haben, ist es nun einmal, einen finanziellen Anreiz zu schaffen.

Leider müssen wir feststellen, dass die EU-Agrarreform von 2005 nicht greift. Mit Cross Compliance sollten die Weichen gestellt und die Förderkulisse sollte dahin gehend geändert werden, dass wir von den reinen Produktionssubventionen weg und hin zu einer marktorientierten Förderung, hin zu einer größeren Gewichtung der Faktoren Tier-, Umwelt- und **Naturschutz** kommen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diesen Schritt hat der SSW befürwortet, aber wir stellen fest: Damit konnte der Grünlandverlust nicht aufgehalten werden.

Mit ihrer Entscheidung, die Grünlandverordnung aufzuheben, sprich die Grünlandprämie zu senken, hat die Landesregierung einen falschen Schritt unternommen und Fakten geschaffen, die nunmehr schwer wieder einzuholen sind.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie hat es bisher auch nicht für notwendig gehalten, auf diese aus naturschutzfachlicher Sicht negative Entwicklung zu reagieren. Das ist mehr als bedauerlich.

Was wir brauchen, sind Programme, die wirklich greifen und der neuen Entwicklung im Agrarbereich standhalten können. Soll heißen, dass die explosionsartige und unkontrollierte Verbreitung von Biomasseanlagen, insbesondere die NawaRo-Anlagen, und damit der massive Anbau von nachwachsenden Rohstoffen die Flächenpreise kaputt gemacht haben.

Wir haben bereits frühzeitig auf diese Entwicklung hingewiesen und die Landesregierung mit einem Antrag aufgefordert, analog zu den Windeignungsflächen Steuerungsmaßnahmen zu ergreifen, um die Entwicklung zu beeinflussen. Doch davon wollten die Landesregierung und die Große Koalition nichts hören, und man hat den Zug ungebremst weiterfahren lassen.

(Lars Harms)

Es wäre wünschenswert gewesen, dass die Landesregierung die Belange der Grünlandbetriebe stärker berücksichtigt hätte.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schließlich geht es hierbei um einen sehr großen Teil der in der schleswig-holsteinischen Landwirtschaft beschäftigten Arbeitskräfte. Dies wird von der Landesregierung leider völlig außer Acht gelassen.

Des Weiteren lässt die Landesregierung außer Acht, dass Grünlandflächen nicht nur wichtige Landschaftsräume sind, sondern erheblich zum Erhalt der Artenvielfalt beitragen. Wenn wir es also zulassen, dass wir noch mehr Grünlandflächen verlieren, so konterkarieren wir damit nicht nur das EU-Ziel, den Verlust der biologischen Vielfalt bis 2010 zu stoppen, sondern auch die nationale Biodiversitätsstrategie. Ebenso sind Grünlandflächen unter dem Aspekt des Klimaschutzes zu betrachten, da mit dem Umbruch solche Flächen klimaschädliche Gase freigesetzt werden.

Wenn jetzt gesagt wird, dass dem Grünlandumbruch Einhalt geboten werden kann und wir jetzt den Genehmigungsvorbehalt haben, so ist dies nur die halbe Wahrheit. Der Umbruch kann nicht immer verwehrt werden. Schließlich haben wir es hier mit einer Rechtsverordnung zu tun. Das weiß auch der Minister. Deshalb stoppen wir den Umbruch nur, wenn wir zusätzlich auch monetäre Anreize bieten, wie wir es schon einmal getan haben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir brauchen also wieder eine vernünftige finanzielle **Grünlandförderung**. Wenn wir es ernst meinen mit nationalen und internationalen Zielen, wenn wir es ernst meinen mit dem Schutz des Grünlandes, dann müssen neue Steuerungsmaßnahmen auf den Weg gebracht werden. Nur so wird es uns gelingen, zumindest den Status quo zu erhalten. Das muss in der jetzigen Situation das Minimalgebot sein. Deshalb werden wir dem Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zustimmen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Landesregierung hat der Herr Minister für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, Dr. Christian von Boetticher, das Wort.

Dr. Christian von Boetticher, Minister für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich freue mich immer, wenn mir die Grünen den Ball auf den Elfmeterpunkt legen und anschließend aus dem Tor gehen. Das macht es ein bisschen einfacher.

Ich versuche, Ihnen kurz die Situation in Erinnerung zu rufen.

Zwischen 1995 und 2003 hatten wir in diesem Land einen Grünlandverlust zu verzeichnen, der ein Achtel der gesamten Grünlandfläche betrug. Die Ministerinnen und Minister, die damals hier das Sagen hatten, sind nicht eingeschritten, weil es dafür keine Rechtsgrundlage gab.

(Peter Lehnert [CDU]: Hört, hört!)

Seit 2003 kam es - dies wurde heute mehrfach erwähnt - zu einem weiteren starken Rückgang. Warum seit 2003? Und vor allen Dingen: Wer war damals an der Regierung und hat das zu verantworten gehabt?

Das war die Reform von Frau Künast. Noch einmal: Ich teile wesentliche Züge ihrer Reform, aber es war eine Reform, die von Frau Künast geprägt worden ist und von ihr gewollt war. Diese hat zu einem Wandel in der Agrarlandschaft geführt. Hinzu kam, dass die Landwirte - das ist ein Zitat von Frau Künast - die Scheichs der Zukunft werden und darum möglichst viele **Biomasseanlagen** bauen sollten, die schließlich auch zu einem Wandel in der Kulturlandschaft geführt haben.

Warum wurde auch in den Jahren 2003, 2004 und 2005 nichts unternommen? Noch einmal: Weil es auch zu diesem Zeitpunkt angesichts des Strukturwandels, der ja politisch vom Bund, von Frau Künast, gewollt war, für einen Landesminister keine Rechtsgrundlage für ein Einschreiten gab.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie wissen ganz genau, dass das nicht stimmt! - Weitere Zurufe des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Habe ich noch das Wort, Herr Präsident? - Danke.

Wir sind uns einig darüber, dass **Grünland** Vorteile hat: Erosionsvermeidung, Biodiversität, Klimaschutz und natürlich auch die in Schleswig-Holstein trotz eines grünen Landwirtschaftsministers immer noch erfolgreiche Milchwirtschaft.

(Minister Dr. Christian von Boetticher)

Im Übrigen zu glauben, wir würden in diesem Land jeden Tag die Grünlandfläche messen, zeugt schon von einer wirklichen Praxisferne. Wenn Sie wüsten, wie das funktioniert, dann wüsten Sie, dass der Rückgang jeweils durch die Auswertung der Sammelanträge zum 15. Mai ausgewertet wird, übrigens in allen anderen Bundesländern auch. Das ist die einzige Möglichkeit, die wir haben.

Außerdem gibt es die EU-Rechtsregel, die heute ebenfalls bereits zitiert worden ist, die es uns erst beim Überschreiten der Fünf-Prozent-Hürde erlaubt, tätig zu werden. Aufgrund dieser Rechtsgrundlage haben wir gehandelt, und zwar als erstes Bundesland in Deutschland.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Natürlich! Bei den größten Verlusten!)

Ich habe gedacht, dass Sie das anerkennen. Wir waren - auch das ist deutlich geworden - Vorbild für andere Bundesländer. Mecklenburg-Vorpommern ist gefolgt, Rheinland-Pfalz hat ebenfalls die Fünf-Prozent-Hürde überschritten und muss noch tätig werden. In der Zwischenzeit haben sich die anderen Bundesländer ein Stück weit an uns orientiert.

Im Übrigen gibt es bei uns eine Grünlanderhaltungsprämie, lieber Herr Kollege Harms. Sie müssten eigentlich wissen, dass wir eine solche Prämie seit einigen Jahren wieder haben.

(Lars Harms [SSW]: Sie ist aber nicht hoch genug!)

Kritisieren Sie mich also bitte nicht für die Abschaffung eines Instruments. Wir haben anschließend - das habe ich damals zugesagt und umgesetzt - wieder für Ausgleich gesorgt.

Es ist schon erstaunlich, dass man glaubt, man könne einen Wirtschaftszweig mit einem Umsatzvolumen von 3 Milliarden € statisch, in sich gesehen, festschreiben, frei nach dem Motto: Grünland bleibt Grünland, Wiesenland bleibt Wiesenland, Milchquote bleibt Milchquote, und gleichzeitig, wie dies Frau Künast vorgeschlagen hat, in einen großen offenen Markt gehen. Das passt am Ende nicht zusammen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Darum hat die Europäische Union auch hier für Flexibilität gesorgt. Grünlandumbruch darf dann in einem Bereich genehmigt werden, wenn in einem anderen regionalräumlichen Zusammenhang ein Ausgleich geschaffen wird. Das genau setzen wir um.

Ich darf auch sagen: Wir werden dafür sorgen, dass die Grünlandwirte von dem Health Check, der jetzt stattgefunden hat, von den Geldern, die uns die **Europäische Union** zur Verfügung stellt, auch in Zukunft profitieren.

Herr Matthiessen, die Förderung, die wir jetzt im Rahmen der Umverteilung, im Rahmen des Health Check, für Dauerweide vorsehen wollen, ist Teil des Milchprogramms, das wir auflegen, eines Programms, das gerade die Milch fördernden Betriebe unterstützen soll und das Sie hier im Landtag ausdrücklich abgelehnt haben. Stellen Sie sich also jetzt nicht als der große Verteidiger unserer kleinen Milchviehbetriebe hin! Sie waren dagegen, dass wir genau diese Förderung in Zukunft vorsehen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wir werden das trotzdem tun. Wir werden ein umfangreiches Programm zur Unterstützung unserer heimischen **Milchwirtschaft** auflegen. Hinzu kommt, dass wir Veränderungen in den Meiereistrukturen brauchen. Insoweit befinden wir uns in einem intensiven Dialog mit allen, mit dem BDM genauso wie mit dem Bauernverband.

Sie versuchen hier nur, mit billiger Polemik einen Keil in die Landwirtschaft zu treiben und davon zu profitieren.

(Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich darf an dieser Stelle sagen: Sie haben den Kurs von Frau Künast weit verlassen. Das liegt daran, dass Frau Künast zumindest eine leise Ahnung von Landwirtschaft hatte; Sie haben sie nicht mehr, und das Vertrauen der Landwirte haben Sie noch nie gehabt.

Insofern kann ich diesen Elfmeter ganz beruhigt treten. Sie haben an dieser Stelle nicht den Rückhalt aus der Landwirtschaft.

(Beifall bei CDU und FDP)

Präsident Martin Kayenburg:

Zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 unserer Geschäftsordnung erteile ich Herrn Abgeordneten Detlef Matthiessen das Wort.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Wie viel Rückhalt Sie in der Landwirtschaft haben, hat man in Hohenwestedt gesehen, Herr Minister.

(Detlef Matthiessen)

(Minister Dr. Christian von Boetticher: Bei 12.000 Betrieben!)

- Bei den Hunderten von Milchbauern, die dort versammelt waren, habe ich vom Rückhalt Ihrer Person in der Landwirtschaft jedenfalls nichts spüren können.

(Minister Dr. Christian von Boetticher: Für Sie aber auch nicht!)

Herr Kollege Ehlers, Sie sagen, Sie seien gegen Planwirtschaft. Nun ist allerdings eine Rechtsverordnung oder irgendeine Regulierung von Wirtschaft - wir haben heute den ganzen Morgen über mangelnde Regulierung in unserer Wirtschaft geredet - nicht mit Planwirtschaft zu verwechseln.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie gegen Eingriffe des Staates in die Landwirtschaft sind, in die immer noch der Löwenanteil an öffentlichen Transferleistungen fließt, nach dem Motto, das sei alles Bauerngeld, so muss ich sagen: Das sind alles Steuergelder, Herr Ehlers.

(Zurufe des Abgeordneten Lars Harms [SSW] und von Minister Dr. Christian von Boetticher)

Meine Damen und Herren, ich möchte mit dem Satz des Ministers beginnen: „Ich versuche Ihnen kurz, die wesentlichen Vorgänge in Erinnerung zu rufen“, so war Ihr Intro. Wir haben hier in der Landesregierung **Grünland** gegenüber **Ackerland** begünstigt.

(Beifall der Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Lars Harms [SSW])

Das war eine der ersten Maßnahmen, die Sie gestrichen haben. Sie, Herr Minister, hätten natürlich sofort bei Amtsantritt ein Antragsgebot für das Umbrechen von Grünland erlassen können. Sie rühmen sich hier: „Wir waren die ersten, die etwas in der Bundesrepublik gemacht haben“ - genau, weil Sie das Grünland kaputt gemacht und nicht gehandelt haben, sind Sie an Grenzen gestoßen, die sie verpflichtet haben, eine Verordnung zu erlassen, für die Sie sich jetzt auch noch als Revolutionär loben lassen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Sie haben auch die Entwicklung im **Biogasbereich** angesprochen, den Maisanbau. Richtig ist, dass wir dort vorangeschritten sind. Die Diskussion ging inzwischen aber - übrigens unter Einschluss des

Herrn Ministerpräsidenten - in eine andere Richtung. Ich nenne hier nur das Stichwort: Tank oder Teller. Die Bauern stöhnen über den Flächenkonkurrenzdruck, der aus der Energiegewinnung resultiert.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das wollten Sie doch!)

Wir haben schon lange einen Parteitagsbeschluss, in dem wir sagen: Anbau von Biomasse - nein, Reststoff für die Biogasgewinnung - ja. Was hat aber bei der letzten Novellierung die Große Koalition im Bundestag gemacht? - Sie hat den sogenannten NawaRo-Zuschlag, also den Zuschlag für den Anbau von Biomasse erhöht. Weil die SPD gern noch die Fotovoltaik durchbekommen wollte, hat die CDU gesagt: Dann gebt uns aber einen höheren NawaRo-Zuschlag. Damit hat die Große Koalition, haben Ihre Parteikollegen in Berlin der milchproduzierenden Landwirtschaft einen Bärendienst erwiesen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Darum haben Sie auch keinen Rückhalt bei den Bauern in Hohenwestedt gehabt. Und die Milchpolitik, in der Sie nur auf Menge setzen, die Erhöhung der Quote um 2 % in eine Größenordnung, die vom Markt gar nicht mehr aufgenommen werden kann, sodass damit das Instrument der Quotenregelung im Milchsektor konterkariert wird, die eigentlich noch bis zum Jahr 2015 gilt, tut ein Übriges.

Präsident Martin Kayenburg:

Herr Kollege Matthiessen, Sie wissen, dass Ihre Redezeit abgelaufen ist.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Verehrter Herr Präsident, ich komme zum letzten Satz. - Ich hoffe, ich habe Ihnen mit diesen kurzen Ausführungen genauso auf die Sprünge geholfen wie eben der Herr Minister.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Präsident Martin Kayenburg:

Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Ich schließe die Beratung. Es ist beantragt worden, die Drucksache 16/2363 dem Umwelt- und Agrarausschuss zu überweisen. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenpro-

(Präsident Martin Kayenburg)

be! - Enthaltungen? - Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auf der Tribüne begrüßen wir ganz herzlich Mitglieder des Ortsverbandes Elpersbüttel der CDU aus Dithmarschen. - Seien Sie uns herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 auf:

Gemeinsame Beratung

a) Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Landesministergesetzes (Nebentätigkeiten)

Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/1663

b) Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Landesbeamtengesetzes (Nebentätigkeiten)

Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/1664

c) Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Abgeordnetengesetzes (Nebentätigkeiten)

Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/1665

d) Zweite Lesung des Entwurfs einer Änderung der Verhaltensregeln für die Abgeordneten des Schleswig-Holsteinischen Landtags

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/1668

Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses
Drucksache 16/2349

Ich erteile dem Berichterstatter des Innen- und Rechtsausschusses, Herrn Abgeordneten Werner Kalinka, das Wort.

Werner Kalinka [CDU]:

Herr Präsident! Der Landtag hat die Vorlagen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksachen 16/1663 bis 16/1665 und 16/1668, durch Plenarbeschluss vom 22. November 2007 federführend an den Innen- und Rechtsausschuss und zur Mitberatung an den Finanzausschuss überwiesen.

Der Innen- und Rechtsausschuss hat sich in sieben Sitzungen mit den Vorlagen befasst und seine Beratungen in seiner Sitzung am 5. November 2008 abgeschlossen.

(Jürgen Feddersen [CDU]: Unglaublich!)

Der Finanzausschuss hat gegenüber dem federführenden Innen- und Rechtsausschuss von einem Votum zum Gesetzentwurf zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Abgeordnetengesetzes und zum Antrag der Fraktion zur Änderung der Verhaltensregeln für die Abgeordneten des Schleswig-Holsteinischen Landtages abgesehen, weil mit beiden Vorlagen keine finanziellen Auswirkungen auf den Landeshaushalt verbunden seien.

Der federführende Innen- und Rechtsausschuss empfiehlt mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimme der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dem Landtag, alle vier Vorlagen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abzulehnen.

Präsident Martin Kayenburg:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. - Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Frau Abgeordnete Monika Heinold.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Deutsche Bundestag hat es vorgemacht. Seit Juli 2007 werden auf der Internetseite des Deutschen Bundestages die **Nebentätigkeiten der Abgeordneten** und die Einkünfte aus den Nebentätigkeiten veröffentlicht. Das Gesetz dazu trat bereits im Oktober 2005 in Kraft. Die Abgeordneten hatten drei Monate Zeit, ihre Einkünfte gegenüber dem Präsidenten offenzulegen.

Innerhalb dieser Frist erhoben neun Abgeordnete Klage beim Bundesverfassungsgericht. Die Kläger aus unterschiedlichen Fraktionen argumentierten mit dem Datenschutzgesetz und mit dem sich daraus ableitenden Vertrauens- und Mandantenschutz.

(Monika Heinold)

Würden sie die Höhe ihrer Einnahmen veröffentlichen, gefährde dies Dritte, nämlich die Mandanten aus ihrer selbstständigen Nebentätigkeit. Auch sahen die Kläger durch die Offenlegung Wettbewerbsnachteile für sich und ihre Tätigkeit, da Konkurrenten Einblick erhielten, beispielsweise in die unternehmerische Tätigkeit der Abgeordneten.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: So ist das!)

Am 4. Juli 2007 entschied das Bundesverfassungsgericht schließlich, die Klage abzuweisen. Seither werden alle Einkünfte der Bundestagsabgeordneten entsprechend der in Kraft getretenen Neuregelung im Internet veröffentlicht.

Mit unserem Gesetzentwurf schlagen wir vor, die für den Bundestag bestehende Regelung nun auch für den Schleswig-Holsteinischen Landtag zu übernehmen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben uns extra entschieden, das Berliner Modell eins zu eins zu übernehmen, um von Anfang an eine rechtlich sichere und schon geprüfte Lösung auf dem Tisch zu haben. Danach müssen alle Angaben zur beruflichen Tätigkeit vor der Mitgliedschaft im Deutschen Bundestag, entgeltliche Tätigkeiten neben dem Mandat sowie Funktionen in Unternehmen, Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts angezeigt werden. Auch Funktionen in Vereinen, Verbänden und Stiftungen sind anzeigepflichtig, genauso wie Beteiligungen an Kapital- oder Personengesellschaften und Vereinbarungen über künftige Tätigkeiten oder Vermögensvorteile.

Die Angaben erfolgen für jede Tätigkeit in drei Stufen. Stufe 1 erfasst einmalige oder regelmäßige monatliche Einkünfte in einer Größenordnung von 1.000 bis 3.500 €, Stufe 2 erfasst Einkünfte bis 7.000 € und Stufe 3 Einkünfte über 7.000 €.

Verstöße gegen die **Verhaltensregeln** können durch ein Ordnungsgeld sanktioniert werden, das bei Verschulden bis zu 44.000 € betragen kann.

Damit hat der Bundestag eine praktikable Lösung gewählt. Wir Grünen sind der Meinung, dass die Wählerinnen und Wähler einen Anspruch darauf haben zu erfahren, ob ihre Abgeordneten Nebentätigkeiten ausüben, welche das sind und wie viel Geld sie damit verdienen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Diese Transparenz soll dazu dienen, das Vertrauen in die Politik zu stärken und mögliche Interessenskonflikte zwischen Politik, Verbänden und einzel-

nen Unternehmen aufzuzeigen. Wer das von uns eingebrachte Gesetz ablehnt, verweigert den Bürgerinnen und Bürgern genau diese Transparenz.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Dr. Heiner Garg [FDP]: Das hätten Sie gern!)

Gerade angesichts der schon bestehenden Skepsis der Bevölkerung gegenüber Politikern wäre das ein fatales Signal. Schon jetzt ist das Ansehen von uns Politikern in der Bevölkerung nicht sehr hoch.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das kann ich gut verstehen!)

Wenn wir dem entgegenwirken wollen, wenn wir Glaubwürdigkeit zurückgewinnen wollen, müssen wir auf die Bürgerinnen und Bürger zugehen und ihnen neue Angebote machen. Dazu bietet die **Veröffentlichung von Nebentätigkeiten** eine gute Möglichkeit, denn für die Bürgerinnen und Bürger wäre dann ablesbar, wie unabhängig ihre gewählten Mandatsträgerinnen und Mandatsträger sind.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Die Frage ist, von wem unabhängig!)

Dass CDU, SPD und FDP dieses Gesetz heute ablehnen wollen, ist ein Armutszeugnis.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Sie dokumentieren damit, dass Sie sich von den Bürgerinnen und Bürgern nicht in die Karten schauen lassen wollen. Das ist ein denkbar schlechtes Signal, um Vertrauen und Glaubwürdigkeit in die Politik zurückzugewinnen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Fraktion der CDU hat Herr Abgeordneter Werner Kalinka das Wort.

Werner Kalinka [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ziel der Gesetzesinitiative von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist a), die Einkünfte aus beruflichen Tätigkeiten und Nebentätigkeiten zu erfahren, und b), dies öffentlich zu machen. Tatsache ist: In Schleswig-Holstein besteht schon jetzt eine **Anzeigepflicht von Nebentätigkeiten** außerhalb des Mandats. Dies folgt aus dem **Abgeordnetengesetz**, und dies folgt aus den 1995 vom Landtag verabschiedeten Verhaltensregeln. Herr Präsident, wenn ich dies alles vorlesen würde, wäre meine Redezeit von fünf

(Werner Kalinka)

Minuten vorbei. Deshalb muss ich leider darauf verzichten.

(Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Dies alles steht schon darin, Frau Kollegin Heinold. Es besteht eine umfassende Anzeigepflicht gegenüber dem Landtagspräsidenten über vorliegende und fortgesetzte Tätigkeiten. Sie umfasst auch daraus resultierende Leistungen. Finanzielle Grenzen sind festgelegt. Wer dagegen verstößt, hat mit Sanktionen zu rechnen.

Ähnliche Forderungen haben Sie an die **Minister** und **Staatssekretäre** gerichtet. Die Landesregierung hat auf Ihre Anfrage in Drucksache 16/1531, Kleine Anfrage der Abgeordneten Heinold aus dem Jahre 2007, umfassend und detailliert geantwortet. Für jeden Minister, Herr Kollege Stegner, steht dort, was er abgeführt hat. Sie haben zum Beispiel 2004 14.145 € an die Landeskasse abgeführt. Es steht alles darin, was man dazu wissen will. Ihre Forderung geht angesichts der faktischen Übererfüllung durch die Landesregierung ins Leere. Die Landesregierung hat zudem mitgeteilt, dass sie weiter detailliert Auskunft geben und das weiterhin so handhaben will. Frau Kollegin, es besteht also schlichtweg kein Handlungsbedarf.

(Beifall bei CDU und FDP)

Dies gilt auch für die Abgeordneten. Aber ich möchte doch einige kurze zusätzliche Anmerkungen dazu machen.

Eine umfassende, detaillierte **Veröffentlichung von beruflichen Daten** ist ein unangemessener Eingriff in die Privatsphäre. Wer will, kann dies ja tun; es hindert ihn niemand daran.

(Beifall bei CDU und FDP)

Jeder kann als **gläserner Abgeordneter** alles darlegen. Sie können Ihre Finanzakten veröffentlichen. Aber ich bitte Sie um Verständnis und Respekt auch für jene, die dies nicht wollen. Und dafür gibt es außerordentlich gute Gründe.

Es gibt für einen Politiker kaum ein größeres Übel, als in der Öffentlichkeit durch die Mangel genommen zu werden. Bestimmte Dinge sind häufig Anlass zu Spekulationen. Es ist eine ungute Entwicklung, dass die Bereitschaft zur Übernahme eines politischen Mandates geringer wird. Das hängt auch damit zusammen, dass man sich diesem Risiko solcher öffentlicher Diskussionen aber nicht aussetzen will. Wir sollten dem nicht unnötig Vorschub leisten.

(Beifall bei CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, ich habe bereits die umfassenden Kontrollmechanismen und Anzeigepflichten in unserem Landtag dargelegt. Es gibt keine nennenswerten Verfehlungen; mir sind jedenfalls keine bekannt. Was hier in diesem Landtag per Gesetz und durch die Verhaltensregeln beschlossen ist, ist ein sehr gutes Beispiel für selbst auferlegte Pflichten. Ich wiederhole: selbst auferlegte Pflichten. Wir sollten durch ungebührliche Forderungen und Diskussionen unser eigenes Leitbild nicht ohne Anlass infrage stellen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Die Initiative der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist, wie von der Kollegin dargelegt, ja eigentlich eine Bundesgeschichte. Es war eine Rede, die sie früher schon in Berlin hätte halten können oder gehalten hat. Es ist eine Geschichte, die durch Ihren Landesparteitag beschlossen worden ist, und dann geht es auch bei uns ins Parlament, unabhängig davon, wie sich die Fakten hier darstellen.

Ich möchte auf Ihre Bemerkung hinsichtlich des Armutszeugnisses noch kurz eingehen.

(Zuruf: Peinlich!)

Es ist allen selbst überlassen, sich ein Urteil über Ihre Ausführungen zu bilden. Aber es gibt einen sehr prominenten, Ihnen lange wohlgesonnenen Politiker, der es weiterhin vehement ablehnt, in dieser Frage eine über das Maß hinausgehende Öffentlichkeit herstellen zu müssen. Es ist Otto Schily, der das strikt ablehnt. Nehmen Sie sich ein Beispiel an Ihrem guten alten Otto! **Datenschutz** gilt auch für Politiker.

(Beifall bei CDU und FDP und vereinzelt bei der SPD)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Fraktion der SPD hat Herr Abgeordneter Klaus-Peter Puls das Wort.

Klaus-Peter Puls [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! So ist das in Koalitionen: Als SPD können wir leider auch vernünftigen Oppositionsvorschlägen nur zustimmen, wenn die CDU mitmacht.

(Zurufe: Oh!)

Nichts ist so gut, Herr Kollege Kalinka, dass man es nicht noch besser machen könnte, zumal in der Politik.

(Klaus-Peter Puls)

Wir halten es für vernünftig, nach dem Vorbild des Abgeordnetengesetzes für den Bundestag auch im Schleswig-Holsteinischen **Abgeordnetengesetz** verbesserte Regelungen zur unabhängigen Ausübung des Mandates zu schaffen. Es geht um konkrete und eindeutige Regelungen über die Unzulässigkeit der Annahme von Geld oder geldwerten Zuwendungen, die nur deshalb gewährt werden, weil dafür Interessenvertretung im Landtag erwartet wird. Es geht um Regelungen über die Pflichten zur möglichst umfassenden Anzeige und Veröffentlichung von Tätigkeiten und Einkünften neben dem Mandat, die auf außerparlamentarische Interessenverknüpfungen hinweisen können. Und es geht um konkrete, praktikable Regelungen, die dem Landtagspräsidenten die Möglichkeit geben, Verstöße gegen Anzeigepflichten mit Ordnungsgeld zu ahnden.

Wir halten es auch für vernünftig und zweckmäßig - Zweck ist ja die Kontrolle der unabhängigen Mandatsausübung -, in unseren **Landtagsverhaltensregeln** nach Maßgabe der Vorschläge der Grünen und ebenfalls nach Berliner Vorbild die anzeigepflichtigen Tatbestände im Einzelnen aufzuführen, von der **Anzeige- und Veröffentlichungspflicht** auch, Herr Kollege Kubicki, anwaltliche und sonstige berufliche Beratungstätigkeit vor und während der Mitgliedschaft im Landtag zu erfassen und dabei selbstverständlich die meldepflichtigen Einkommensstufen so zu gestalten, dass sie die Einhaltung möglicherweise konkurrierender gesetzlicher Berufsheimlichkeitspflichten nicht gefährden. Auch das gewährleisten die Gesetzentwürfe der Grünen.

Aus unserer Sicht schlagen die Grünen vernünftigerweise auch für Landesminister im **Landesministergesetz** und für Staatssekretäre im Landesbeamtenengesetz ähnlich deutliche **Nebentätigkeitsregelungen** vor.

Die CDU-Landtagsfraktion - der Kollege Kalinka hat es vorgetragen - sieht für die Vorschläge der Grünen in Gänze keinen Regelungsbedarf. Aus koalitionsvertraglichen Gründen können auch wir deshalb den Vorschlägen nicht zustimmen und sind gehalten, der antragsablehnenden Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses zu folgen. Wir bedauern das.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Fraktion der FDP hat der Herr Oppositionsführer, der Fraktionsvorsitzende Wolfgang Kubicki, das Wort.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich ist die heutige Debatte völlig überflüssig. Wir haben von der Kollegin Heinold auch nichts gehört, was sie nicht bereits bei der Einbringungsrede mitgeteilt hat. Es ist alles gesagt. Zu Recht, so meinen wir, lehnen CDU und SPD die Gesetzentwürfe mit uns gemeinsam ab.

Die Grünen wollten durch ihre Gesetzesänderungen die **Abgeordneten** dieses Hauses dazu zwingen, ihre **Einkommen** im Einzelnen darzulegen. Es soll darüber hinaus auch aufgeführt werden, welche **Tätigkeiten** ein **Minister** oder Abgeordneter vor dem Antritt seines Mandates beziehungsweise seines Amtes ausgeübt hat.

Unsere Auffassung hierzu ist hinlänglich bekannt; sie hat sich im letzten Jahr auch nicht geändert. Wer immer seinen monetären Exhibitionismusdrang ausüben möchte, der soll das tun. Einen Zwang hierzu darf es nicht geben. Auch Abgeordnete haben einen Anspruch darauf, Dinge nicht preisgeben zu müssen.

(Beifall bei der FDP)

Das sehen die Grünen anders. Sie wollen den politischen Pranger. Sie wollen diejenigen, die von ihrem Recht auf Privatheit Gebrauch machen, unerschwellig in die Nähe des Verdachts der Korruption oder Sonstigem stellen, ganz nach dem Motto, wer nichts zu verbergen hat, der kann auch alles veröffentlichen.

Interessanterweise, Frau Kollegin Heinold, kehren die Grünen das Prinzip um, welches Sie in ihren rechtsstaatlichen Sonntagsreden immer hochhalten.

(Beifall bei der FDP)

Im Dezember bei der Debatte über das BKA-Gesetz haben wir über gesetzlich geschützte Vertrauensverhältnisse gesprochen. Die können auch berührt sein, wenn Mandatsträger ihre Einkünfte sämtlichst offenlegen müssen. Würde dieser Schutz eingeschränkt, dann nähme die Neigung vieler Berufsgruppen ab, sich für eine Tätigkeit im Parlament zu bewerben.

Wenn man an die Anspielungen des Kollegen Stegner oder anderer im Parlament auf Reiche denkt, dann weiß man, worüber wir reden. Jemand, der

(Wolfgang Kubicki)

keine andere Beschäftigung hat, sondern nur die des Abgeordneten, hat auch keine Probleme, das zu veröffentlichen. Alle anderen müssen sich dafür rechtfertigen, dass sie andere Einkünfte haben und möglicherweise das Amt nicht so ausüben, wie Frau Heinold meint, dass man das Amt ausüben sollte. Da gilt auch der Grundsatz, sechs Stunden sitzen heißt nicht, dass man ein besserer Abgeordneter ist, als wenn man nur eine Stunde oder eine halbe Stunde sitzt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nach unserer Auffassung würde diese Regelung extrem kontraproduktiv werden. Wir wollen doch, dass wir die Parlamente insbesondere für die gesamte Bandbreite der Bevölkerung offenhalten. Durch das von den Grünen vorgelegte Gesetz können wir aber tendenziell einen gewissen Bereich der Bevölkerung wie Journalisten, Anwälte, Ärzte oder Unternehmer von dieser Möglichkeit fernhalten.

Man stelle sich vor, ein Mittelständler müsste veröffentlichen, dass es seinem Unternehmen möglicherweise nicht so gut geht, wie wir uns das denken. Das muss er nicht tun, wenn er seine **Einkommensverhältnisse aus Nebentätigkeiten** nicht offenlegen muss. Wenn er das muss, steht dann darin, was er damit verdient. Ich bitte, intensiv darüber nachzudenken, Herr Kollege Neugebauer.

Ich kann mir schon vorstellen, dass Sozialdemokraten nach den Vorkommnissen in Hessen nicht wollen, dass Parlamentarier einen Beruf ausüben und deshalb ihr Kreuz unabhängig machen können, sondern dass sie von der Zustimmung der Partei abhängig sind. Wir haben gesehen, wie der Druck auf die Abgeordneten in Hessen gewesen ist, nachdem Frau Ypsilanti nicht gefolgt werden sollte.

(Beifall bei FDP und CDU)

Da hieß es immer wieder: Die Konsequenz wird sein, ihr werdet nicht wieder aufgestellt. Das können sich nur Leute leisten, die noch einen eigenen Beruf haben, den sie auch ausüben können.

Ich sage zwei Dinge ganz deutlich. Erstens. Die FDP wird sich auch weiterhin für den Schutz von Vertrauensverhältnissen einsetzen - egal, ob dies im Einzelfall politisch opportun ist. Zweitens. Wir brauchen auch künftig Kolleginnen und Kollegen in diesem Parlament, und zwar mehr denn je, die von wichtigen Sachfragen mehr verstehen als professionelle Protestler ohne Sachverstand.

Wir wollen auch die Grünen davor schützen, nachdem sie nicht einmal die Schuldenuhr des Landes auf ihrem Flur auf den richtigen Stand bringen

konnten, künftig mit falschen Zahlen über Einkommen von Abgeordneten an die Öffentlichkeit zu gehen. Dies als Zusatz zum Thema Abgeordnete mit Sachverstand.

(Beifall bei FDP und CDU)

Wenn Sie alles aus dem Bundestag übernehmen wollen, Frau Heinold, können wir vielleicht darüber reden, wie das mit der Vergütung der Bundestagsabgeordneten ist. Bei der Frage der Diäten und der Pauschalen kommen Sie auch nicht auf die Idee zu sagen, das müsse eins zu eins übernommen werden. Wir haben hier im Land doch andere Regelungsmaterien.

Lassen Sie mich abschließend eines feststellen: Es muss endlich Schluss sein mit der Mär, Kollegin Heinold, die Sie heute wieder insinuiert haben, dass das Bundesverfassungsgericht die Regelungen des Bundestages in dieser Frage für verfassungskonform erklärt hat. Zutreffend ist, dass es bei der Annahmeentscheidung ein Patt gegeben hat.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das habe ich doch gesagt!)

Damit wurde die Klage nicht angenommen und keine Entscheidung in der Sache getroffen. Ich bitte, zur Kenntnis zu nehmen, dass eine beachtliche Anzahl von Verfassungsrichtern und Rechtskommentatoren mit guten Gründen erklärt hat, warum der von Ihnen vorgeschlagene Weg eher demokratiefeindlich als demokratiefördernd ist.

(Peter Lehnert [CDU]: So ist es!)

Eine richtige Entscheidung hat hingegen der Innen- und Rechtsausschuss getroffen. Das will ich ausdrücklich sagen. Er hat die Initiative der Grünen abgelehnt. Dabei wird es auch heute bleiben.

(Beifall bei FDP und CDU)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Abgeordneten des SSW hat die Vorsitzende, Frau Abgeordnete Anke Spoorendonk, das Wort.

(Günter Neugebauer [SPD]: Sie sollten sich als Papst bewerben, Herr Kubicki! - Wolfgang Kubicki [FDP]: Aber ich bin nicht katholisch!)

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das vorliegende Paket von Gesetzesänderungen wurde vor mehr als einem Jahr in erster Lesung im

(Anke Spoorendonk)

Landtag debattiert, um Übergangsgeld und Ruhegehalt, die Altersversorgung sowie die Offenlegung der Einnahmen aus Nebentätigkeiten neu zu regeln. Anlass für die Gesetzesänderung war nicht zuletzt, eine mögliche Doppelversorgung von Ministerinnen und Ministern zu vermeiden.

Der SSW hätte sich zu diesen Punkten ein anderes Verfahren gewünscht, hob ich damals hervor, da sich die Änderung des Landesministergesetzes nicht für parteipolitische Profilierung eignet. Das ist weiterhin die Position des SSW, denn letztlich fällt diese Diskussion immer auf uns alle hier im Landtag zurück. Wie komplex dieser Sachverhalt ist, zeigte die anschließende parlamentarische Beratung, die letztlich dazu führte, dass nichts geändert wurde und alles beim Alten blieb.

Das Anliegen der Grünen, mit diesem Paket an Gesetzesänderungen die **Nebentätigkeiten von Ministern und Abgeordneten** transparent zu machen, sollte eigentlich leicht umzusetzen sein. Mit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, die Klage gegen die Änderung des Abgeordnetengesetzes auf Bundesebene zurückzuweisen, kann es keine Entschuldigung mehr dafür geben, eben dies nicht zu tun.

(Beifall beim SSW und des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Seit 2005 müssen alle Bundestagsabgeordneten ihre Nebentätigkeiten anzeigen. Sie werden veröffentlicht, auch im Internet, und sind damit für die Allgemeinheit nachzulesen. Laut Abgeordnetengesetz steht das Mandat im Mittelpunkt der Tätigkeit eines Abgeordneten. Alle anderen Aktivitäten gelten als Nebentätigkeiten, die dem Präsidenten anzuzeigen und von ihm zu veröffentlichen sind. Auch müssen die aus Nebentätigkeiten erzielten Einkünfte dem Präsidenten des Bundestages angegeben werden. Sie werden nicht präzise veröffentlicht, sondern nur im Rahmen von vornherein festgelegten Intervallen.

Der Gesetzentwurf von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sieht vor, die Vorgaben dieses Modells eins zu eins auf Schleswig-Holstein zu übertragen. Das hat der SSW von Anfang an begrüßt, weil auch wir der Meinung sind, dass dadurch die demokratischen Rechte der Bürgerinnen und Bürger gestärkt werden.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es geht hier nicht darum, diese Nebentätigkeit, deren Einkünfte zum Beispiel bei Anwälten oder anderen Berufsgruppen die Höhe der Diäten möglicherweise übersteigen können, zu verhindern oder zu verteufeln. Es geht darum, dass die Bürgerinnen und Bürger genau wissen sollen, in welchen Gremien oder Unternehmen die Abgeordneten oder Minister sonst noch tätig sind.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das entscheiden die Wähler allein!)

Ob diese Nebentätigkeiten zu einem Interessenkonflikt oder zu Abhängigkeiten führen, kann die Öffentlichkeit dann selbst beurteilen. Anders formuliert: Aus Sicht des SSW haben die Bürgerinnen und Bürger Schleswig-Holsteins Anspruch darauf zu erfahren, ob Abgeordnete ihre Entscheidungen frei treffen oder ob sie von wirtschaftlichen oder anderen Interessen geleitet werden.

Ich fasse zusammen: Wir unterstützen weiterhin das Anliegen der Grünen. Wir sind der Meinung, dass Transparenz angesagt ist. Ich denke, das wird auch irgendwann kommen.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Martin Kayenburg:

Frau Kollegin, gestatten Sie noch eine Frage des Herrn Abgeordneten Wolfgang Kubicki?

Anke Spoorendonk [SSW]:

Immer gern.

Wolfgang Kubicki [FDP]: Frau Kollegin Spoorendonk, stimmen Sie mir zu, dass die Wählerinnen und Wähler der FDP in Kenntnis der gegebenen Rechtslage ihre Wahlentscheidung getroffen haben und dass es Ihnen möglicherweise nicht darum geht, dass unsere Wählerinnen und Wähler wissen, wovon wir abhängig oder nicht abhängig sind, sondern möglicherweise Sie das im Rahmen des politischen Meinungskampfes wissen wollen?

- Ich bin fest davon überzeugt, dass die Wählerinnen und Wähler das gerne wissen wollen. Gerade im Deutschen Bundestag oder in deutschen Parlamenten gibt es viele Abgeordnete, die in Aufsichtsräten, in Gremien vertreten sind. Ich finde, die Wählerinnen und Wähler haben einen Anspruch darauf, diese Nebentätigkeiten in ihre Wahlentscheidung einzubeziehen.

(Anke Spoorendonk)

(Beifall bei SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Präsident Martin Kayenburg:

Zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich der Frau Abgeordneten Ursula Sassen das Wort.

Ursula Sassen [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn wir uns über Nebentätigkeiten unterhalten, kann es doch nur darum gehen, dass diese nicht ein Ausmaß annehmen dürfen, das Abgeordnete daran hindert, Mandate in vollem Umfang nach bestem Wissen und Gewissen auszuüben. Da sind Abgeordnete ihren Gewissen verpflichtet. Wenn der Verdacht besteht, dass dem nicht so ist, muss das auf Parteiebene geregelt werden.

Man kann auch die Situation im Land nicht mit der auf Bundesebene vergleichen. Diesen Gesetzentwurf empfinde ich als eine Diskriminierung der Selbstständigen.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben sowieso das Problem, dass unter den Abgeordneten viel zu wenig Selbstständige vertreten sind.

Wie soll ich das machen? Ist meine Existenz, das Geschäft, das ich betreibe, eine **Nebentätigkeit** oder eine **Haupttätigkeit**, oder ist die Ausübung des Abgeordnetenmandats mein Hauptberuf? Wenn ich mir durch zusätzliches Personal, das Kosten verursacht, den Freiraum organisiere, hier in vollem Umfang tätig zu sein - ich kann für mich in Anspruch nehmen, dass ich noch nicht einmal wegen meines Geschäftes hier gefehlt habe -, kann doch nicht das Informationsbedürfnis der Bürgerinnen und Bürgern darin bestehen, dass ich vielleicht meine Bilanz veröffentliche. Hier wird etwas falsch verstanden. Ich kann auch nicht differieren zwischen jemandem, der vielleicht in zu vielen Aufsichtsräten sitzt und diese Nebentätigkeiten angeben soll, und anderen. Wie soll das differenziert werden? Ein bisschen mehr Vertrauen in die Politiker auch von uns wäre wünschenswert.

(Beifall bei CDU und FDP)

Präsident Martin Kayenburg:

Zu einem weiteren Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich dem Fraktionsvor-

sitzenden der SPD, Herrn Abgeordneten Dr. Ralf Stegner, das Wort.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zur Sache ist eigentlich alles gesagt. Der Kollege Puls hat dargelegt, wie die Haltung der SPD-Fraktion ist. Ich habe mich hier aus einem anderen Grund gemeldet. Es geht gar nicht darum, dass man sich nicht wünschen sollte, eine Vielzahl von Menschen aus den unterschiedlichsten Berufen zu haben, die für das Parlament kandidieren. Was mich auf die Palme bringt, ist - das haben Sie, Herr Oppositionsführer, wiederholt getan; deshalb habe ich mich hier gemeldet -, wenn man hier so tut, als seien diejenigen besonders unabhängig, die hohe Einkünfte aus anderen Bereichen haben und nicht vom Abgeordnetenmandat leben. Sie haben auch einmal so einen Zwischenruf gegenüber Herrn Neugebauer gemacht, der lange in diesem Parlament ist, als sei es sozusagen weniger ehrenwert, wenn man für das Gemeinwesen arbeitet und davon lebt und keine zusätzlichen Einkünfte hat. Das weise ich entschieden zurück. Das finde ich eine Frechheit.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das trägt nämlich nicht dazu bei, den Parlamentarismus und dessen Ansehen zu stärken, wenn man so tut, als seien das, was man als Abgeordneter bekommt, sozusagen Peanuts, weil die eigentlichen Einkünfte woanders herkommen. Diese Haltung, die manchmal auch als Verachtung gegenüber dem Parlamentarismus just auch noch von Parlamentariern kommt, finde ich unmöglich - bei allem Respekt für andere Berufe.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Reden Sie doch keinen Blödsinn!)

Lassen Sie mich noch ein Zweites sagen, weil hier das Beispiel Otto Schily gefallen ist: Ich schätze Otto Schily in vieler Hinsicht sehr. Aber er ist nun das denkbar schlechteste Beispiel, weil er gegen die Verhaltensregeln des Deutschen Bundestages verstoßen hat und vom Präsidenten des Deutschen Bundestages just dafür gerügt worden ist - in diesem Fall zu Recht gerügt worden ist. Ihn sollte man in diesem Punkt nun nicht als besonderes Beispiel hier darstellen. Auch dies gereicht dem Parlament nicht zur Ehre.

Bei aller Toleranz - ich bin auch nicht dafür, dass man es mit der **Ausforschung** übertreibt. Man kann über **Transparenz** an dieser oder jener Ecke wirk-

(Dr. Ralf Stegner)

lich unterschiedlicher Meinung sein. Aber die Haltung, sozusagen subkutan die Vorurteile, die es gegenüber dem Parlament gibt, auch noch zu fördern, halte ich für nicht angebracht.

Verehrter Herr Kubicki, selbst wenn Ihre Wähler das nicht interessiert, sind selbst Sie ein Abgeordneter des gesamten Volkes und zuständig dafür, sozusagen das gesamte Volk zu vertreten. Das gilt übrigens für jeden Abgeordneten in diesem Haus. Auch daran bitte ich, sich zu erinnern, bevor man solche fragwürdigen Vergleiche anstellt, auch wenn es noch so sehr der Parteipolemik dienen mag, dass man sich über Abgeordnete lustig macht, die einen anderen Lebensweg haben als Sie.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Der sei Ihnen auch gegönnt. Ich bin übrigens völlig neidfrei, bei Ihnen ganz besonders neidfrei, wenn ich das hinzufügen darf. Aber man muss nicht über andere Parlamentarier so reden. Das will ich wirklich zurückweisen. Das ist ein ehrenwerter Beruf. Sich für das Gemeinwesen einzusetzen, ist allemal ehrenwerter als manches andere.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Martin Kayenburg:

Zu einem weiteren Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erhält der Fraktionsvorsitzende der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Herr Abgeordneter Karl-Martin Hentschel, das Wort.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zur FDP: Jeder Redner der FDP, der heute aufgetreten ist, hatte es nötig zu erklären, dass er klüger sei als die anderen.

(Zuruf des Abgeordneten Holger Astrup [SPD]: Streber!)

Wenn in der Schule solch Verhalten auftritt, hat das nicht unbedingt die Wirkung, dass derjenige die besten Noten bekommt. Das kann auch zum Gegenteil führen.

Sie müssen selbst wissen, ob Sie auf der Bank da drüben Minderwertigkeitskomplexe oder andere Probleme haben. Darauf will ich jetzt nicht weiter eingehen. Mich interessiert mehr die CDU.

Frau Ursula Sassen, niemand hat sich mit diesem Antrag gegen Sie gewandt. Das möchte ich deutlich sagen. Wenn es **Interessenkonflikte** gibt, dann bestimmt nicht bezüglich Menschen, die ein kleines Geschäft haben oder als Selbstständige tätig sind. Das ist überhaupt nicht das Problem. Wenn es um Interessenkonflikte geht, dann geht es darum, Nebentätigkeiten zu haben, die im Bereich von internationalen Konzernen, beispielsweise von Energiekonzernen und Ähnlichem, liegen und möglicherweise tatsächlich Konflikte mit dem politischen Handeln im Parlament bewirken, insbesondere, wenn Interessen des betreffenden Konzerns berührt sind.

Jeder ist frei, tätig zu sein. Jeder ist frei, sich in diesem Bereich zu engagieren und seine Meinung zu sagen. Es ist für den Bürger aber sicherlich sinnvoll, zu wissen, wenn sich jemand in einer bestimmten Richtung betätigt, welchem Herrn diese Person sonst noch dient.

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Dass die FDP die Veröffentlichung der Einkünfte ablehnt, ist mir verständlich. Dass die CDU das tut, ist mir unverständlich. Was mir besonders unverständlich ist: Wir haben eins zu eins die Regelung übernommen, die im Deutschen Bundestag mit den Stimmen der Union verabschiedet worden ist. Warum stimmen Sie im Deutschen Bundestag für eine Regelung und in Schleswig-Holstein dagegen? Das kann ich mir nur damit erklären, dass Sie heute schon, anderthalb Jahre vor der Wahl, einem künftigen Koalitionspartner in den Hintern zu kriechen versuchen.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das ist allerdings zutiefst peinlich.

Präsident Martin Kayenburg:

Herr Kollege, ich bitte Sie, sich parlamentarischer Ausdrücke zu befleißigen.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Oh, Entschuldigung, Herr Präsident. - Jetzt komme ich zur SPD: Ich habe ja auch einmal eine Koalition gemacht; ich weiß, wie schwierig es ist, manchmal Dinge mitmachen oder ablehnen zu müssen, die man nicht gemeinsam trägt. Es gab aber auch immer die Regel, dass es auch Punkte gibt, bei denen es um persönliche Gewissenfragen geht. Hier han-

(Karl-Martin Hentschel)

delt es sich nicht um eine Frage der Koalitionspolitik. Hier geht es um das individuelle Recht des Abgeordneten, und diese Fragen waren zu der Zeit unserer Koalition immer eine Frage der persönlichen Haltung. Da konnte jeder frei abstimmen, wie er wollte. Da gab es keinen **Koalitionszwang**. Insofern bitte ich die SPD-Abgeordneten, sich noch einmal zu überlegen, ob sie sich hier tatsächlich in die Koalitionspflicht zwingen lassen oder ob sie nicht frei sind, ihrem Gewissen zu folgen und frei abzustimmen.

(Beifall beim SSW und der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Präsident Martin Kayenburg:

Zu einem weiteren Kurzbeitrag erhält Herr Abgeordneter Dr. Heiner Garg das Wort.

(Holger Astrup [SPD]: Er nimmt Kubicki in Schutz!)

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich brauche Herrn Kubicki nicht in Schutz zu nehmen; er kann sich im Zweifel selbst verteidigen.

Ich habe mich wegen Ihres weitreichenden Beitrags gemeldet, Herr Stegner, denn ich bin ein solcher Abgeordneter, den Herr Kubicki angeblich denunziert. Ich weise genau diese miese Art und Weise, mit der Sie hier versucht haben, so zu tun, als ob sich der Oppositionsführer, der Fraktionsvorsitzende gegenüber **Abgeordneten**, weil sie ausschließlich ihr Mandat ausüben, herablassend geäußert habe, zurück. Ich habe mich dafür entschieden - das können Sie übrigens auch im Landtagshandbuch nachlesen -: Ich habe all meine **Einkünfte**, die ich nicht habe, auch angegeben, habe also mitgeteilt, dass ich keine habe. Ich habe mich dafür entschieden, das genau so zu veröffentlichen.

Ich sage Ihnen Eines: Sie sind der Letzte, der Allerletzte, von dem ich mich hier vertreten lassen möchte, um das klipp und klar zu sagen. Sie wären der Erste - das hat ihr Redebeitrag heute gezeigt -, der genau diese Angaben, die Sie ja im Prinzip fordern, denen Sie nur nicht zustimmen - angeblich ja aus Koalitionsraison -, gebrauchen würde, um zu denunzieren.

(Zurufe von der SPD)

Deswegen bin ich froh, dass wir diese Möglichkeit heute ausschließen.

(Holger Astrup [SPD]: Das war ziemlich daneben! - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich wusste schon immer, Herr Garg, dass Sie derjenige in diesem Parlament sind, der am meisten unter Herrn Kubicki leidet!)

Präsident Martin Kayenburg:

Herr Kollege Garg, ich bitte, bei Unterstellungen zurückhaltend zu sein.

Zu einem weiteren Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erhält Herr Abgeordneter Werner Kalinka das Wort.

Werner Kalinka [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Debatte hat doch einige Punkte gebracht, über die man sich noch einmal austauschen sollte. Ich muss schon sagen, über die Deutlichkeit und über die Heftigkeit, mit der Kollege Puls gesagt hat, er sei koalitionsmäßig gezwungen, bin ich ein bisschen überrascht. Wir haben das vorher intern nicht so deutlich von Ihnen vernommen. Sie haben gesagt: Wenn Sie es so wollen, werden wir nicht gegenhalten. Hätten wir uns nicht geeinigt, dann wäre es eben stehengeblieben, wie der Antrag gewesen wäre.

Zweiter Punkt: Ich habe den Kollegen Otto Schily deswegen zitiert, Herr Kollege Dr. Stegner, weil es bei Otto Schily imponierend ist, wie er dem **Tagesgerede** nicht nachgibt, sondern in bestimmten Fragen eine Position hat, zu der er steht. Das wollte ich an dieser Frage einmal deutlich gemacht haben.

(Günter Neugebauer [SPD]: Er hat gegen ein Gesetz verstoßen!)

Dies, finde ich, verdient Respekt.

Präsident Martin Kayenburg:

Herr Kollege Neugebauer, wenn Sie einen Beitrag haben, bekommen Sie drei Minuten Redezeit.

Werner Kalinka [CDU]:

Bei den Themen, wo Ihnen das von Otto Schily Gesagte gefällt, klatschen Sie Beifall, und bei dem, was Ihnen nicht gefällt, wollen Sie mit ihm nichts zu tun haben. Das finde ich nicht ganz glaubwürdig.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sie haben es nicht verstanden!)

(Werner Kalinka)

Der dritte Punkt, Herr Kollege Hentschel: Sie haben doch eben Ihren eigenen Antrag völlig wahrheitswidrig wiedergegeben, als Sie der Kollegin Sassen gesagt haben, es ginge hier um die globalisierenden Großkonzerne. Wissen Sie, Sie haben in Ihrem Antrag gefordert, bei 1.000 € pro Monat die **öffentliche Anzeigepflicht** einzuführen. Das ist der Mittelständler, der Geschäftsinhaber, über den wir uns hier unterhalten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei CDU und FDP)

Herr Kollege Hentschel, Sie haben dann etwas mit „In...“ gesagt. - Ich zitiere das nicht. Ich möchte Ihnen in meiner verbleibenden Redezeit von 1:30 Min, Herr Kollege Hentschel, einmal vorlesen, wie die jetzige Rechtslage im Land ist:

„Um Gefahren für die Unabhängigkeit der Abgeordneten erkennen und ihnen entgegenwirken zu können“, beinhalten die Bestimmungen

„1. die Pflicht der Abgeordneten zur Anzeige ihres Berufs sowie ihrer wirtschaftlichen oder anderen Tätigkeiten, die auf für die Ausübung des Mandats bedeutsame Interessenverknüpfungen hinweisen können“.

Es geht weiter:

„2. die Pflicht der Abgeordneten zur Anzeige von Vereinbarungen, nach denen ihnen während oder nach Beendigung der Mitgliedschaft bestimmte Tätigkeiten übertragen oder Vermögensvorteile zugewendet werden sollen, unterschieden nach Vereinbarungen vor und während der Übernahme des Mandats;

3. die Pflicht der Abgeordneten, das Halten und die Aufnahme von Beteiligungen an Kapital- oder Personengesellschaften anzuzeigen, wenn dadurch ein wesentlicher wirtschaftlicher Einfluss auf das Unternehmen begründet wird;

4. die Fälle, in denen eine Pflicht zur Anzeige der Art und Höhe der Einkünfte sowie der Beteiligungen besteht, wenn ein festgelegter Mindestbetrag oder ein festgelegter Grenzwert überstiegen wird;“

Das sind konkrete Dinge, die für jeden von uns gelten. Lassen Sie uns diese Debatte doch nicht in einen Schlagabtausch über uns ausarten, sondern lassen Sie uns Folgendes festhalten:

Erstens haben wir uns in diesem **Parlament** durch unsere Vorgänger und uns selbst umfassende **Anzeigepflichten** auferlegt. Wir haben zweitens die finanziellen Grenzen vom Präsidenten angezeigt be-

kommen, in denen wir anzuzeigen haben. Wir haben drittens Sanktionen. Der einzige Unterschied ist der, dass Sie sagen: Ich will das ab 1.000 € monatlich veröffentlicht wissen. Das unterscheidet uns, und da darf man getrost verschiedener Meinung sein.

(Beifall bei CDU und FDP)

Präsident Martin Kayenburg:

Zu einem weiteren Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich Herrn Abgeordneten Holger Astrup das Wort.

Holger Astrup [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte zwei Bemerkungen machen.

Bemerkung Nummer eins. Herr Kollege Dr. Garg, ich bitte Sie, schlicht und einfach die Formulierung zurückzunehmen, mein Fraktionsvorsitzender wäre der Erste, der irgendwann irgendwann irgendwie denunzieren würde. Ich finde das nicht nur unangemessen und unparlamentarisch, sondern ich finde es schlicht beleidigend.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Zweiter Punkt. Herr Kalinka, Sie haben gesagt, wir würden beim Thema Schily mal zustimmen und mal nicht zustimmen, mal Beifall klatschen und mal nicht Beifall klatschen, je nachdem, wie es passt. Herr Kalinka, wie Sie wissen, stimme ich manchmal sogar Ihrer Rede mit Beifall zu. Insofern sollte man dieses Beispiel nicht zu sehr ausweiten.

Um den Anfang noch einmal in Erinnerung zu rufen: Mein Fraktionsvorsitzender hat sich deshalb in einem Kurzbeitrag geäußert, weil nicht zum ersten Mal und - wie ich den Laden hier kenne - auch nicht zum letzten Mal - -

Präsident Martin Kayenburg:

Sie meinen das Hohe Haus beziehungsweise das Parlament, Herr Kollege.

Holger Astrup [SPD]:

Ich meine das Hohe Haus mit dem Laden. - Herr Kollege Kubicki, Sie sollten einmal darüber nachdenken, wenn Sie, wie vor wenigen Tagen geschehen, in Richtung meines geschätzten Kollegen Günter Neugebauer in einem Zwischenruf gesagt haben, er müsse von seinem Gehalt, von den **Diäten** leben.

(Holger Astrup)

Wie wir wissen, ist es kein Beruf, sondern eine Tätigkeit. Das ist völlig klar.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Ich finde es einfach nur peinlich, wie sich hier **Abgeordnete** vor den Besucherinnen und Besuchern in manchen Bereichen wechselseitig unterstellen, etwas zu wollen, von dem ich meine, Herr Dr. Garg, dass Sie das so nicht aufrecht erhalten sollten.

Letzte Bemerkung. Mir ist die Debatte der vergangenen Viertelstunde ziemlich peinlich. Das mag Ihnen aus anderen Gründen anders gehen. Ich finde aber, wir sollten sie sehr schnell beenden. Jedem Abgeordneten steht es frei, sich zu entscheiden. Ich werde mich dem Votum des Innen- und Rechtsausschusses anschließen. Das mache ich aus freien Stücken, Herr Kollege Hentschel, und werde dazu nicht gezwungen.

Präsident Martin Kayenburg:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Wir stimmen zunächst über den Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 16/1663, ab. Der Ausschuss empfiehlt die Ablehnung des Gesetzentwurfs der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses mit den Stimmen von CDU, FDP und von Teilen der SPD gegen die Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des SSW bei Enthaltung von Teilen der SPD angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 16/1664. Der Ausschuss empfiehlt die Ablehnung des Gesetzentwurfs der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer der Beschlussempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses mit den Stimmen von CDU, FDP und Teilen der SPD gegen die Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Teilen der SPD angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 16/1665. Der Ausschuss empfiehlt die Ablehnung des Gesetzentwurfs der Fraktion

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer der Beschlussempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist die Beschlussempfehlung angenommen mit den Stimmen von CDU, FDP und Teilen der SPD - - Herr Kalinka, zur Geschäftsordnung!

Werner Kalinka [CDU]:

Ich habe bei der SPD nur Zustimmung gesehen. Ich habe sehr genau darauf geachtet.

Präsident Martin Kayenburg:

Ich habe aber eine Ablehnung gesehen.

Werner Kalinka [CDU]:

Wenn es eine war, dann sind es aber nicht Teile. Es mag eine gewesen sein, aber es waren keine Teile.

(Zurufe aus dem Hause: Ein Teil!)

Präsident Martin Kayenburg:

Dann wiederhole ich die Abstimmung über den Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 16/1665. Der Ausschuss empfiehlt die Ablehnung des Gesetzentwurfs der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses mit den Stimmen von CDU, FDP und den Stimmen der SPD bis auf eine Ausnahme gegen die Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW zuzüglich einer Stimme der SPD angenommen.

Wir kommen nur zur Abstimmung über den Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 16/1668. Der Ausschuss empfiehlt die Ablehnung des Antrags der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer der Ausschussempfehlung folgen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist die Beschlussempfehlung mit den Stimmen von CDU, FDP und den Stimmen der SPD mit einer Ausnahme gegen die Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und einer Abgeordneten der SPD angenommen.

Ich rufe nunmehr Tagesordnungspunkt 19 auf:

Umsetzung der Honorarreform 2009

(Präsident Martin Kayenburg)

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 16/2394

Zu diesem Antrag wird ein Bericht im Rahmen dieser Tagung gewünscht. Wer dem Berichtsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Berichtsantrag angenommen.

Ich erteile nunmehr für die Landesregierung der Frau Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren, Frau Dr. Gitta Trauernicht, das Wort.

Dr. Gitta Trauernicht, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Honorarreform war überfällig. Sie war im Übrigen von den Ärztinnen und Ärzten gewünscht. Sie sollte sich bei der Umsetzung durch die Selbstverwaltung aus Ärzten und Krankenkassen an gesundheitspolitischen Zielen orientieren.

Ich nenne die Ziele kurz. Es ging um mehr Honorargerechtigkeit und Transparenz unter anderem durch eine Euro-Vergütung. Es ging um gleiche Bezahlung für Ärztinnen und Ärzte für gleiche Leistungen auf West-Niveau auch in den neuen Ländern. Es ging um eine adäquate Honorierung für Qualität, um die Überwindung der überkommenen Budgetierung, um Anreize für unterversorgte Regionen.

Mit den Entscheidungen der Ausschüsse von Ärzten und Krankenkassen auf Bundesebene hat ein neues - ich füge hinzu: ein zentrales - **Honorarsystem** regional fortentwickelte Strukturen praktisch von einem Tag auf den anderen ersetzt, um nicht zu sagen versetzt. An dem bisherigen System haben sich in Schleswig-Holstein circa 4.600 Ärztinnen und Ärzte sowie Psychotherapeuten mit ihren Praxen im Land ausgerichtet. Das Ergebnis der Honorarreform erzeugte neben einer beachtlichen Zahl von Praxen mit Einkommenszuwächsen auch eine beachtliche Zahl von Verlierern, übrigens nicht nur in Schleswig-Holstein.

Das erklärt die Enttäuschung, ja die Empörung vieler **Ärztinnen und Ärzte**, die mit einer von der Kassenärztlichen Bundesvereinigung kommunizierten Honorarsteigerung von 10 % gerechnet haben. Das war auch Wunsch und Ziel der Politik.

Festzuhalten bleibt, dass für die **ambulante Versorgung** im Jahr 2009 rund 3 Milliarden € mehr gegenüber dem Jahr 2007 zur Verfügung stehen, allerdings - das haben wir bereits diskutiert - leider

mit unterschiedlicher und nicht immer gerechter Verteilung über die gesamte Republik.

Dass ich nicht unbeteiligt daran war, für einen größeren Anteil unserer Ärzteschaft in Schleswig-Holstein zu kämpfen, ist bekannt. Rechnerisch plus 13.000 € pro Arzt in Schleswig-Holstein. Die Steigerung beträgt 6,3 %, was in Geld immerhin knapp 60 Millionen € ausmacht. Damit steht eine Gesamtsumme von 967 Millionen € für die medizinische Versorgung durch niedergelassene Ärzte in Schleswig-Holstein zur Verfügung.

Die **Honorarreform** hat bezogen auf Arztgruppen bestimmte ärztliche Leistungen und auf einzelne Praxistypen auch in Schleswig-Holstein sehr unterschiedliche **Auswirkungen**. Gesicherte Erkenntnis darüber kann nur die Kassenärztliche Vereinigung haben. Es scheint, dass insbesondere große Versorger, Praxen und Facharztpraxen mit differenziertem Angebot von der Honorarreform negativ betroffen sein können, aber nicht alle.

Eine Aussage über die Zahlenrelation von Gewinnern und Verlierern hilft der einzelnen betroffenen Praxis nicht. Ich sage das alles, obwohl bekannt ist, dass der durchschnittliche niedergelassene Arzt in Schleswig-Holstein rund 197.000 € umsetzt und einen durchschnittlichen Überschuss von knapp 88.000 € vor Steuern erzielt. Ärzte zählen damit immer noch zu den gut verdienenden Berufen, zumal sich diese Beträge ausschließlich auf die gesetzliche Krankenversicherung beziehen. Privatrechnungen kommen noch hinzu.

Zur zweiten Frage des Herrn Abgeordneten Garg, die durch die Beschlüsse des Bundesausschusses vom 15. Januar überholt ist: Von Anfang an hat die Landesregierung die zuständige Kassenärztliche Vereinigung engmaschig begleitet, sich über Entwicklungen unterrichten lassen, politisch im Bundesgesundheitsministerium und bei den Bundesausschüssen interveniert, andere Bundesländer sensibilisiert und Mitstreiter gewonnen. Wir haben mit Selbstverwaltern und Ausschussvorsitzenden gesprochen, wir haben die Krankenkassen moderierend eingebunden. Wir haben auch in zahllosen Runden den direkten Austausch mit vielen Vertretern der Vertragsärzteschaft gesucht. Die Intransparenz der Entscheidungen auf Bundesebene, die fehlende Folgenabschätzung für Regionen und der wenig flexible Umgang mit notwendiger regionaler Intervention bei Verwerfungen haben mich - vorsichtig formuliert - nicht zufriedengestellt. Deshalb bleibe ich auch weiterhin dran, und zwar an allen Beteiligten, die die Weichen neu stellen können.

(Ministerin Dr. Gitta Trauernicht)

Zunächst waren - und das bezieht sich auf die dritte Frage des Herrn Abgeordneten Garg - regionale Korrekturen nur über einen Härtefallfonds im Rahmen des auf Bundesebene gesetzten Rahmens möglich. Es war richtig, die **Kassenärztliche Vereinigung** darin zu unterstützen, Flexibilisierungen durchzusetzen und die Einsicht zu erzeugen, dass zu viel Zentralismus schädlich war und ist. Dass bisher etliche hundert betroffene Ärztinnen und Ärzte bei der Kassenärztlichen Vereinigung Hilfe aus dem Härtefonds beantragen mussten, spricht für sich. Mit den im Januar 2009 durchgesetzten Flexibilisierungen steht die Kassenärztliche Vereinigung Schleswig-Holstein nun in der Pflicht, das Beste aus der neuen Situation zu machen, um unzutragliche Umsatzverluste zu verhindern. Klares Ziel und Maßstab sind dabei die Sicherstellung der **medizinischen Versorgung**. Klar ist auch, dass es keinen weiteren Gesamtzuwachs des Honorartopfes geben wird. Ein Plus von über 60 Millionen € in Schleswig-Holstein ist für die Beitragzahler schließlich auch kein Taschengeld.

Damit ist auch die vierte Frage beantwortet. Wer wie ich davon überzeugt ist, dass die **Honorarreform** in vielen Punkten die mit ihr eigentlich verbundenen vernünftigen Ziele noch nicht erreicht hat, der kann mit einer aktuell erkämpften neu gewonnenen Umsetzungszeit von zwei Jahren nicht vollständig zufrieden sein. Wir reden nicht nur über Honorare, sondern wir reden über Praxisbesonderheiten, die zum Beispiel viel mit der uns ganz besonders wichtigen Versorgung des ländlichen Raums zu tun haben. Wir unterstützen in diesem Zusammenhang Konzepte, um durch bessere Vernetzung und Kooperation zu mehr Zukunftssicherheit zu kommen. Nun sind ausgerechnet ländliche Versorgerpraxen mit die größten Verlierer der Honorarreform; das kann nicht sein.

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ebenso muss ein Honorar schonendes und qualifiziertes ambulantes Operieren weiter auskömmlich sein, um nur zwei konkrete Beispiele für die Notwendigkeit einer gründlicheren Neubestimmung in zentralen Fragen der Honorarreform zu nennen. Ich finde es angesichts der bisher zutage getretenen Ergebnisse der Honorarreform - mit Verlaub gesagt - seltsam, wenn Herr Köhler, Chef der Kassenärztlichen Vereinigung, den Ärztinnen und Ärzten in Deutschland aktuell in einem Schreiben erklärt:

„Wir, die Selbstverwaltung, können auf Grundlage der bestehenden Rechtslage die noch ausstehenden Probleme selbst lösen,

ohne dass Gesetzgeber oder Politik eingreifen müssen.“

Das widerspricht allen Erfahrungen, die jetzt auf Bundes- und auf Landesebene gemacht werden. Ich habe jedenfalls deutliche Zustimmung und auch Dankbarkeit dafür erfahren, dass ich mich eben nicht auf den Standpunkt der Nichtzuständigkeit zurückgezogen habe, sondern mich intensiv für die Interessen sowohl der Ärzteschaft als auch im Ergebnis der Patientenversorgung im Land eingesetzt habe.

Ich werde weiter darauf drängen, dass die Honorarreform unsere Versorgungsstrukturen stützt und fördert und dass die Menschen zu ihrem Arzt gehen können, ohne schon beim Zeitunglesen im Wartezimmer mit dessen realen oder auch vermeintlichen Existenzproblemen konfrontiert zu sein. Gleichermaßen gilt aber auch: Ärzte, die ihre Patienten ziemlich platt gegen die **Gesundheitspolitik** und gegen die Politik in Stellung bringen, die eben nicht ursächlich an diesen Verwerfungen beteiligt ist, müssen sich fragen lassen, ob sie ihr Honorar verdienen, für das ich mich einsetze. Krankenversicherungsbeiträge von kleinen Leuten sind nicht dazu geschaffen, sogenannte Praxisstreiks zu finanzieren. Auch diese Feststellung gehört zur gesundheitspolitischen Kultur, die einmal mehr durch die Auseinandersetzung um die Honorarreform gelitten hat. Deshalb fordere ich alle auf, die vorhandenen Probleme mit Sachlichkeit zu lösen. Ich jedenfalls werde auch weiterhin meinen Teil dazu beitragen.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Präsident Martin Kayenburg:

Ich eröffne die Aussprache und weise erstens darauf hin, dass durch die Redezeit der Regierung jede Fraktion drei Minuten mehr Redezeit hat.

Zweitens weise ich darauf hin, dass der Tagesordnungspunkt 41 einvernehmlich abgesetzt und auf die nächste Sitzung verschoben wird.

Drittens will ich feststellen, dass die Formulierung des Kollegen Dr. Garg den Tatbestand einer Rüge erfüllt, die ich hiermit nachträglich ausspreche. Das ist kein Ordnungsruf.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Definitiv nicht! Wir werden das im Ältestenrat besprechen!)

- Hier ist nicht die Zeit für eine Debatte. Wir haben das geprüft, und ich habe eine Rüge - keinen Ordnungsruf - ausgesprochen. Es hat für andere Dinge

(Präsident Martin Kayenburg)

Ordnungsrufe gegeben. Der Wissenschaftliche Dienst ist der Auffassung, dass das so ist. Demzufolge habe ich so gehandelt. Hiermit ist die Rüge ausgesprochen. Herr Dr. Garg. Gleichwohl haben Sie jetzt das Wort.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Welcher Handwerker würde einem dreimonatigen Pauschalvertrag zustimmen, der für 25,84 € alle üblichen Leistungen abdeckt, egal wie häufig dieser Handwerker in diesen drei Monaten angefordert wird? - Sie werden keinen einzigen Handwerker finden. Für genau diesen Preis bekommen Sie seit dem 1. Januar 2009 die hochspezialisierte medizinische Versorgung eines Urologen in Schleswig-Holstein. Dabei lautete Ende 2008 die vermeintlich gute Botschaft für die niedergelassenen Ärzte in Schleswig-Holstein, dass sie gegenüber 2007 statt der zuvor vorgesehenen 3,9 % jetzt 6,3 % mehr Honorar für die **ambulante ärztliche Versorgung** erhalten sollen.

Stattdessen zeichnen sich an vielen Stellen Honorareinbußen und Honorarverschiebungen innerhalb der niedergelassenen Ärzte ab, die den Gesundheitsstandort Schleswig-Holstein ernsthaft in Gefahr bringen. Mittlerweile haben 838 der niedergelassenen Ärzte bei der **Kassenärztlichen Vereinigung** Härtefallanträge gestellt. Erste Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Praxen wurden bereits zum Jahresbeginn entlassen.

Was bei dieser **Honorarreform** grundlegend schiefgelaufen ist, zeigt sich an zwei Punkten: Erstens. Die regionalen Handlungsspielräume der ärztlichen Selbstverwaltung sind mit dem GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz seit dem 1. Januar 2009 beschnitten worden. Sowohl die Honorarverhandlung als auch die Modalitäten der Honorarverteilung erfolgen nur noch zentralgesteuert auf Bundesebene durch den Bewertungsausschuss. Damit ist für die Berücksichtigung regionaler Besonderheiten kaum noch Platz.

Zweitens. Niedergelassene Ärzte, die viele Leistungen bei einzelnen Patienten - beispielsweise bei Krebspatienten - erbringen oder ein sehr hohes Patientenaufkommen haben, werden auf den wesentlich geringeren Fachgruppenschnitt heruntergebrochen oder durch eine Abstaffelungsregelung bestraft. Das trifft besonders die Ärztinnen und Ärzte, die im ländlichen Raum einen weiten Einzugsbereich bedienen. Es betrifft aber auch diejenigen, die besonders viel Spezialdiagnostik erbracht haben und ihre

Patienten eben nicht einfach weiter überwiesen haben.

Die Honorarreform ist bedauerlicherweise das Ergebnis des Gesetzes zur Stärkung des Wettbewerbs in der gesetzlichen Krankenversicherung. Die Rechte der ärztlichen Selbstverwaltung sind mit diesem Gesetz systematisch beschnitten worden. Das hat für die Ärztinnen und Ärzte in Schleswig-Holstein folgende Auswirkungen: Facharztleistungen, die mit einem hohen apparativen Aufwand verbunden sind, wird es bei der jetzigen Preisgestaltung in Schleswig-Holstein in der Fläche nicht mehr geben. Stattdessen werden künftig fachärztliche Leistungen in medizinischen Versorgungszentren erbracht, damit sie sich überhaupt noch rechnen.

Frau Ministerin, den **Facharzt** auf dem Land wird es in Zukunft in dieser Form schlicht und ergreifend nicht mehr geben. Patienten werden es künftig schwerer haben, einen Arzt zu finden, der Leistungen für seine Kasse erbringt. Denn künftig werden Allgemein- und Fachärzte über die Selektiv- und Direktverträge nach § 73 b und c SGB V leistungsorientierte Versorgungsverträge abschließen. Eine bunte Vertragslandschaft wird die Patienten unterschiedlicher Kassen vor das Problem stellen, einen Arzt zu finden, der sie über die Grundversorgung hinaus behandelt. Damit wird gleichzeitig das Ziel der Bundesgesundheitsministerin erreicht, die ärztliche Selbstverwaltung weiter auszuhöhlen und die Ärzte im Vertragswettbewerb gegeneinander auszuspielen.

Der Beschluss des Erweiterten Bewertungsausschusses vom 15. Januar 2009 hat eine erste kleine Atempause gebracht, mehr ist dies allerdings nicht. Denn bis zum 31. Dezember 2010 muss in einem Konvergenzverfahren die schrittweise Anpassung der Regelleistungsvolumen erfolgt sein. Regionale Handlungsspielräume der ärztlichen Selbstverwaltung dürfen sich aber nicht darauf beschränken, für die nächsten Quartale extreme Honorarverwerfungen abzumildern. Die Zeit muss dafür genutzt werden, wieder regionale Handlungsspielräume zurückzugewinnen und zu definieren, wie diese regionale Handlungsspielräume eigentlich aussehen sollen.

Die Einführung regionaler Budgets wäre ein diskussionswürdiger Lösungsvorschlag, um die Honorare für die niedergelassenen Ärzte attraktiv zu gestalten. Ich bin ja an Ihrer Seite, wenn Sie sagen, dass dies primär Aufgabe der **ärztlichen Selbstverwaltung** ist. Aber wenn dies so ist, dann darf man nicht einem Gesetz zustimmen, das die Rechte die-

(Dr. Heiner Garg)

ser Selbstverwaltung dauerhaft beschneidet. So kann sie nämlich dieser Aufgabe nicht mehr gerecht werden.

(Beifall bei der FDP)

Wir sind aufgefordert, die Interessen Schleswig-Holsteins im Bund politisch zu vertreten und die Ärzte zu unterstützen. Ich sage ganz deutlich: Die wichtigste Aufgabe künftiger **Gesundheitspolitik** wird es sein, die Stärkung der Selbstverwaltung wieder sicherzustellen, damit die Selbstverwaltung genau das tun kann, wozu sie eigentlich da ist. Das ist ihr mit dem GKV-WSG, mit dem sogenannten Gesetz zur Stärkung des Wettbewerbs in der gesetzlichen Krankenversicherung, verwehrt. Insofern darf man sich dann auch nicht wundern, dass solche Verwerfungen auftreten.

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten
Lars Harms [SSW])

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Fraktion der CDU hat Frau Abgeordnete Ursula Sassen das Wort.

Ursula Sassen [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zu Risiken und Nebenwirkungen der **Gesundheitsreform** mit dem GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz und dem Gesundheitsfonds wurden zwar Ärzte und Apotheker befragt, aber man hat nicht auf sie gehört. Seit dem 1. Januar 2009 sorgt nun auch noch die **Honorarreform** für Unruhe in der Ärzteschaft. Die Erwartungen an diese Honorarreform waren sehr groß.

Von mehr Gerechtigkeit und Transparenz ist in einer Mitteilung der Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt an die Mitglieder der Regierungsfractionen des Bundestages die Rede. Sie betont, dass das Honorarsystem für niedergelassene Ärztinnen und Ärzte unter der zentralen Ärzteschaft gemäß der Gesundheitsreform von diesen selbst entscheidend mitentwickelt wurde. Das Honorarverteilungsmodell der Kassenärztlichen Vereinigung sah anders aus, wurde aber abgelehnt, sodass diese sich im Hinblick auf eine Mitwirkung nicht so recht ausleben konnte.

Die Reform soll laut Ulla Schmidt den Ärztinnen und Ärzten im Vergleich der Jahre 2007 und 2009 bundesweit einen geschätzten Honoraranstieg von mindestens 2,75 Milliarden € beziehungsweise rund 10 % bringen, wird, wie meine Vorredner schon

sagten, für Schleswig-Holstein aber wesentlich geringer sein.

Dass es zu Honorarverwerfungen innerhalb der Ärztegruppen kommen würde, zeichnete sich schon deutlich ab. Auch die Bundesgesundheitsministerin schließt nicht aus, dass es sich im Zeitablauf zeige, dass einzelne Ärzte tatsächlich gewisse Einbußen zu verzeichnen hätten. Allerdings sei davon auszugehen, dass es eine sehr große „schweigende Mehrheit“ gebe, die von der nun faireren Honorarsystematik nicht nur planerisch, sondern auch direkt finanziell erheblich profitieren werde.

Ich habe bei der Ärztedemonstration in Meldorf am 13. Dezember 2008 einen anderen Eindruck gewonnen, nämlich den, dass eine unverhältnismäßig große Zahl von Ärztinnen und Ärzten nicht nur geringe, sondern existenziell bedrohliche Einnahmeverluste befürchtet. Neben einigen Hausärzten sind vor allem **Fachärzte** betroffen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Von einem gerechteren Honorarsystem im Hinblick auf die individuellen und patientenbezogenen Leistungen kann nicht - noch immer nicht - die Rede sein.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Während die Verhandlungskompetenzen seit dem 1. Januar 2009 fast ausschließlich durch den Bewertungsausschuss auf Bundesebene wahrgenommen werden und damit der regionale Handlungsspielraum stark eingeschränkt ist, legt das Bundesgesundheitsministerium die Verantwortung für die konkrete Vergütung der Ärzte in die Hände der jeweiligen Vertragspartner, und das sind die jeweiligen Kassenärztlichen Vereinigungen. Dort sieht man auch die Hauptverantwortung für „problematische Verteilungseffekte“.

Die notwendige Überprüfung der Rechtmäßigkeit obliegt dem jeweiligen Landesministerium für Gesundheit und Soziales als zuständiger Aufsichtsbehörde. Damit entsteht der Eindruck, dass vor allem die **Kassenärztliche Vereinigung** Schleswig-Holstein und das Gesundheitsministerium den Schwarzen Peter haben.

Die Kassenärztliche Vereinigung Schleswig-Holstein hat sich nach dem Inkrafttreten der Honorarreform unverzüglich an die Ärzte gewandt, Bescheide herausgeschickt und Vergleichsrechnungen erstellt, sodass die Missverhältnisse der Honorarverteilung schnell zutage traten und folglich auch in Schleswig-Holstein schon sehr früh zu Protesten in der

(Ursula Sassen)

Ärzteschaft geführt haben, die es auch in anderen Bundesländern gibt.

Dieser Protest hat Bewegung in das unausgeglichene Honorarverteilungssystem gebracht. Auf Initiative Schleswig-Holsteins wurde erreicht, dass die regionalen Kassenärztlichen Vereinigungen für eine Übergangszeit von zwei Jahren einen größeren regionalen Spielraum erhalten und zumindest extreme Honorarverwerfungen abmildern können. Da allerdings nicht mehr Geld in das System fließt, stellt dies eine Herausforderung an die Solidarität der Ärzte untereinander dar, weil es einer Umverteilung von den Profiteuren zu den Verlierern der Honorarreform bedarf. Es ist nur eine Frage der Zeit, wann die andere Gruppe aufschreit.

Insgesamt betrachtet müssen sowohl das Vergütungssystem als auch die für Schleswig-Holstein herangezogenen Basisdaten auf den Prüfstand gestellt werden.

(Beifall bei der CDU)

Theorie und Praxis klaffen zu weit auseinander. Die Leidtragenden werden im wahrsten Sinne des Wortes die Patienten sein.

Die Leistungsansprüche in der GKV wachsen stetig, und die Finanzierung hält nicht Schritt. Darin liegt das Problem. Zur Lösung des Konflikts zwischen Leistungsanspruch und Leistungsfinanzierung nennt Professor Beske drei Voraussetzungen: erstens einen bedarfsgerechten Leistungskatalog, zweitens eine bedarfsgerechte Finanzierung des Leistungskatalogs und drittens eine leistungsgerechte Honorierung der Leistungserbringer.

Auch wenn ein Teilbereich des FDP-Antrags durch Nachverhandlungen bereits erledigt ist, steht weiterhin die Kernfrage im Raum, welche Auswirkungen die Umsetzung der Honorarreform 2009 auf die **medizinische Versorgung** in Schleswig-Holstein hat. Auch aufgrund der Ausführungen der Ministerin sind wir damit noch nicht ganz am Ende. Denn die Honorarreform ist ja nur ein Teil der Auswirkungen auf die ärztliche Versorgung. Eine gerechte Honorierung der ärztlichen Leistungen ist neben vielen anderen Faktoren der Schlüssel für eine ortsnahe haus- und fachärztliche Versorgung.

Daher wird meine Fraktion weitere Initiativen ergreifen und alle Bemühungen unterstützen, um das Ziel, durch motivierte Ärzte eine gute flächendeckende ambulante Versorgung zu haben, weiterzuverfolgen.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Fraktion der SPD hat Frau Abgeordnete Jutta Schümann das Wort.

Jutta Schümann [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Umsetzung der **Honorarreform** 2009 hat in den vergangenen Wochen in den Medien hohe Wellen geschlagen. Das Finanzierungssystem ist sehr komplex, und deshalb ist es im Rahmen der heute zur Verfügung stehenden Redezeit sicherlich kaum möglich, eine inhaltliche Debatte vernünftig zu Ende zu führen.

Zunächst einige Feststellungen in Kürze. Seit Januar 2009 gelten bundesweit einheitliche Honorare für Ärzte. Allerdings: Wer zuvor viele Patienten behandelte, bekommt nach dem neuen System viel Geld erstattet, während jener, der weniger Patienten mit teuren Geräten behandelt hat, weniger bekommt. Herr Kollege Garg hat darauf hingewiesen. Das bedeutet, dass in jeder Facharztgruppe ein Teil der Ärzte gewinnt. Das sind jene, die jetzt natürlich nicht protestieren. Das bedeutet aber auch, dass ein anderer Teil verliert, und zwar so viel, dass diese Mediziner um ihre Praxis und um die Versorgung ihrer Patienten fürchten.

Es gibt Ärzte, die darauf hinweisen und davon überzeugt sind, das erste Quartal 2009 nicht überstehen zu können. Insofern ist nachvollziehbar, dass Ärzte und natürlich mit ihnen die KV Schleswig-Holstein sehr nachhaltig und deutlich Nachbesserungen in der Honorarvergütung gefordert haben. Sie fordern, dass die im Moment sich abzeichnenden gravierenden Honorarverwerfungen zukünftig besser abgedeckt werden und weiterhin eine flächendeckende **ärztliche Versorgung**, besonders in ländlichen Regionen, sichergestellt werden muss. Dazu benötigen die **Kassenärztlichen Vereinigungen** dringend regionale Handlungsspielräume. Diese haben sie inzwischen, nach einer entsprechenden Initiative der KV SH, auf Bundesebene erhalten. Damit haben die regionalen Kassenärztlichen Vereinigungen für die Dauer von zwei Jahren zumindest die Möglichkeit erhalten, extreme Honorarunterschiede unter den Arztpraxen besser abzumildern. Diese Neuverteilung der Honorare ist nur im Einvernehmen mit den Krankenkassen umzusetzen.

Mit der Honorarreform sind in Schleswig-Holstein 60 Millionen € mehr geflossen. Es ist aber davon auszugehen, dass leider keine weiteren zusätzlichen Finanzmittel zu erwarten sind. Davon müssen wir ausgehen. Deshalb muss es uns jetzt darum gehen,

(Jutta Schümann)

die vorhandene Geldmenge gerechter zu verteilen. Das führt in Einzelfällen sicherlich auch dazu, dass aufgrund der Honorareinbußen bessere oder andere Praxisorganisationen oder auch Organisationsformen eingeführt werden müssen, um diese Einbußen kompensieren zu können.

Wir werden sehen, wie es sich danach weiterentwickelt. Es darf aber nicht dazu kommen, dass wir im ländlichen Raum die ärztliche Versorgung ausbluten lassen. Diese neue Organisation obliegt in erster Linie der Kassenärztlichen Vereinigung gemeinsam mit den Krankenkassen. Es ist natürlich zu begrüßen, dass das Ministerium diesen Prozess konstruktiv begleitet.

In den nunmehr eingeräumten sieben Quartalen als Konvergenzphase wird auszuloten sein, inwieweit die doch sehr zentralistisch organisierte Honorarreform sich auswirkt und ob sie sich bewährt.

Die jetzt ausgehandelten **Übergangsregeln** werden die Proteste zwar abmildern, aber mit Sicherheit nicht ganz verstummen lassen, denn nach wie vor ist nicht auszuschließen, dass an der einen oder anderen Stelle für die ärztlichen Leistungen keine angemessene Honorierung erfolgen wird. Dies hat seine Ursache auch darin, dass die Gesamtvergütung für Ärzte und ihre Verteilung sich in den einzelnen KV-Bezirken rückwirkend unterschiedlich entwickelt haben. In allen Ländern annähernd gleiche Versorgungsverhältnisse auf der Basis möglichst gleicher Vergütung zu schaffen, steht im Gegensatz zu den bisher gewachsenen Besitzständen. Angemessene gleiche Vergütungen zu schaffen, ist das ursprüngliche Ziel der Honorarreform. Wir werden dieses in seiner Weiterentwicklung kritisch betrachten müssen. Falls das ursprünglich angestrebte Ziel nicht erreicht werden kann, müssen wir dann auch eine erneute Überprüfung des Gesamtansatzes in Erwägung ziehen.

Ich denke, das sollten wir dann auch gemeinsam tun. Ich glaube, von der Zielrichtung her - soweit ich die bisherigen Beiträge der Kollegen verstanden habe - sind wir uns da einig. Wir müssen dies kritisch begleiten, und es darf nicht wieder so sein, dass Schleswig-Holstein oder unsere Ärzte hier in Schleswig-Holstein Schlusslicht in der Versorgung und im bundesweiten Vergleich sind. Da sind wir uns alle einig.

(Beifall bei der SPD sowie vereinzelt bei CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Frau Abgeordnete Angelika Birk das Wort.

Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Schon wieder sind die Selbstverwaltungsorgane aus dem Gesundheitswesen heillos zerstritten, und Arztpraxen drohen mit Insolvenz. 3 Milliarden € mehr fließen bundesweit 2009 in die Vergütung der niedergelassenen Ärzte, aber scheinbar gibt es nur Verlierer. Von bis zu 30 % Mindereinnahmen für einzelne **Arztpraxen** in Schleswig-Holstein ist die Rede.

Scheinbar gibt es niemanden, der durch die **Honorarreform** bessergestellt wird. Jedenfalls sagt das niemand laut.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Trotzdem wissen wir, es gibt Gewinnerinnen und Gewinner. Profiteure sind zum Beispiel die neuen Bundesländer, die ganz bewusst einen höheren Budgetzuwachs erhalten. Denn bisher rangierten sie eher am unteren Ende der Vergütung. An dieser Stelle möchte ich daran erinnern, es hat vor einigen Jahren eine ähnliche Auseinandersetzung gegeben, die allerdings nicht so laut geführt wurde. Damals ging es um die Honorare für die Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten, die so niedrig eingestuft wurden, dass es in den sowieso schon völlig unterversorgten neuen Bundesländern - in der DDR-Zeit kannte man diese Berufsgruppe dort kaum - völlig psychotherapeutenfreie Zonen gibt.

Kinder beispielsweise sind dringend auf die Hilfe von Psychotherapeutinnen und -therapeuten angewiesen. Sie können in Mecklenburg weit und lang suchen, bis Sie dort jemanden finden. Da hätte ich mir mehr Öffentlichkeit gewünscht. Wir haben damals in Schleswig-Holstein etwas gemacht, damals hier auch im Sozialausschuss. Die am stärksten betroffenen Gebiete hatten niemanden als Bündnispartner. Insofern bin ich sehr dankbar, dass sich Frau Ministerin Trauernicht stetig und konsequent der Verteilungsgerechtigkeit annimmt.

Die Zielsetzung der Reform - das ist auch gerecht - ist, die Unterschiede zwischen den verschiedenen Regionen anzugleichen. Gewinner sind aber leider auch Bundesländer, die am oberen Ende der bisherigen Vergütungsliste stehen, wie zum Beispiel Bayern oder Nordrhein-Westfalen. Sie müssen nicht so viele Budgetzuweisungen abgeben, wie es

(Angelika Birk)

zur Herstellung einer bundesweit gerechten Vergütung notwendig wäre. Besitzstandwahrung kann sich lohnen. Schleswig-Holstein hat einfach nur Pech gehabt. Das kann natürlich nicht einfach so stehen bleiben. Es gibt auch weitere Gewinner innerhalb der verschiedenen Berufsgruppen. Wenn man in die Details der Honorarreform einsteigen würde, würde man einzelne Arztgruppen und einzelne Regionen innerhalb Schleswig-Holsteins ausmachen können.

Wir haben hier alle den gemeinsamen Willen, dass es keine facharztfreien Zonen auf dem Land geben darf. Wir sind alle gemeinsam der Überzeugung, dass es hier nicht so sein kann, dass Arztpraxen stillgelegt werden müssen, weil nicht einmal mehr die Kosten bestritten werden können.

Was ist also zu tun? - Der aktuelle Beschluss des Erweiterten Bewertungsausschusses eröffnet einen weiteren Handlungsspielraum. Darauf haben sich immerhin die Kassenärztlichen Gremien in verschiedenen Auseinandersetzungen mit Dritten geeinigt, aber Schleswig-Holsteins Kassenärzte bekommen nun doch nicht so viel mehr Geld, wie ihnen bei einer regionalen Gerechtigkeit eigentlich zustünde. Aber immerhin gibt es Flexibilität. Hier müssen wir nun die nächsten zwei Jahre nutzen, um tatsächlich eine gerechte Verteilung herzustellen.

Das ist aber - das sage ich ganz deutlich - in erster Linie eine Aufgabe der Selbstverwaltung. Der Spielraum ist nach wie vor zu klein. Wenn Schleswig-Holsteins **Kassenärztliche Vereinigung** findet, dass sie hier weiterhin über den Löffel barbiert wird - und sie hat gute Gründe dafür, das zu finden -, dann muss es - das ist vielleicht ein Novum in der **Gesundheitspolitik** dieses Staates - auch Wege geben, den Rechtsweg zu nutzen. Es kann nicht sein, dass ein Gremium der Selbstverwaltung dafür sorgt, dass ganze Regionen massiv benachteiligt werden.

Insbesondere die funktionierende Ärzteschaft legt seit Jahrzehnten großen Wert darauf, dass sich die Politik nicht in die Selbstverwaltungsstrukturen einmischt. Frau Ministerin Trauernicht hat auch eine entsprechende Passage vorgelesen, aus der das mehr als deutlich geworden ist. Die Ärzte verstehen sich nach wie vor häufig als selbstständige Unternehmer, wenn sie niedergelassen sind. Nun aber, wo der Konkurrenzkampf der verschiedenen Berufsgruppen innerhalb der Kassenärztlichen Vereinigungen ein völlig willkürliches regionales Verteilungssystem zur Folge hat und einzelne Arztpraxen in den Ruin treibt, wird die Politik an den Pranger gestellt.

Ich habe jedenfalls in der Öffentlichkeit noch keine Aussage einer Arztpraxis gehört, die nun ganz konkret die eigenen Funktionäre an den Pranger stellt, sondern da wird immer sehr deutlich auf die Politik gezielt.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Doch, doch! Unterhalten Sie sich einmal mit den Arztpraxen!)

- Gut, wenn es da eine Änderung gibt, ist das schon der erste Schritt zur Ehrlichkeit.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Es gab sogar Rücktrittsforderungen!)

Wir finden jedenfalls: Die Selbstverwaltungsorgane müssen sich entscheiden. Entweder sie lösen ihr Verteilungsproblem kollegial, oder sie lösen sich auf. Dann sind Parlament und Regierung erst recht am Zug. Ich habe die Kollegin Schümann so verstanden, dass auch ihr dieser Gedanke nicht fremd ist. Wir sollten ernsthaft überlegen, wenn sich die Situation nicht bessert, in welcher Verantwortung wir stehen, um tatsächlich einen neuen Rechtsrahmen für die Kassenärztliche Vereinigung zu schaffen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Abgeordneten des SSW hat Herr Abgeordneter Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Dezember flatterten den niedergelassenen Ärzten die Bescheide über das für ihre Praxis anerkannte Regelleistungsvolumen ins Haus. Umgehend protestierten die Ärzte. Inzwischen bestehen keine Zweifel mehr, dass viele dieser Bescheide angreifbar sind. So werden Patienten in fachgleichen Gemeinschaftspraxen kurzerhand als halbe Patienten eingestuft und honoriert. Das ist eine Vorgehensweise, die zu zahlreichen rechtlichen Widersprüchen führte und die die betroffenen Ärzte noch ein bisschen mehr auf Touren brachte - so wie die unfaire Berichterstattung über die schleswig-holsteinischen Kardiologen, die fälschlicherweise zu den großen Absahmern hochgeschrieben worden waren.

Also, alles wie gehabt: Die Ärzte stöhnen über unerträgliche bürokratische Zumutungen und Einkommensverluste, die Politik in Berlin verspricht eiligst Nachbesserungen, und die Patienten sind zutiefst verunsichert und dürfen das Ganze mit erhöhten

(Lars Harms)

Beiträgen bezahlen. Tatsache ist, dass wir seriöserweise derzeit keine einzige belastbare Zahl haben. Wie viel Honorar jeder Arzt tatsächlich für seine Kassenleistungen im Januar 2009 bekommen wird, erfährt er nämlich erst Mitte des Jahres. Allerdings ahnt man in der Ärzteschaft und unter den in den Praxen Beschäftigten natürlich nichts Gutes.

Was macht Gesundheitsministerin Schmidt inzwischen? Sie kritisiert die Kassenärztlichen Vereinigungen wegen ihrer, nach ihrer Meinung, falschen Informationspolitik und schiebt ihnen damit den Schwarzen Peter zu. Die wiederum verlängern erst einmal die Übergangsfristen, um die Widersprüche und Anfragen bearbeiten zu können.

Damit behalten wir ein **Gesundheitssystem**, das drei grundsätzliche Fehler aufweist: Erstens. Es werden falsche Anreize gesetzt. Die **ärztliche Versorgung** richtet sich nach dem aus, was abrechenbar ist, und nicht immer nach dem, was medizinisch angezeigt wäre. Zweitens. Wir haben eine angebotorientierte Nachfrage, bei der nicht die Krankheit des Patienten für das System entscheidend ist, sondern das Angebot an **Fachärzten**. Drittens. Die Zweiklassen-Versorgung benachteiligt die gesetzlich Versicherten, die zwar die Strukturen finanzieren, aber von bestimmten Angeboten unterdurchschnittlich profitieren.

Wenig überraschend ändert die **Honorarreform** an keinem dieser Strukturfehler etwas. Das wird übrigens auch das weitaus größere Reformprojekt der Großen Koalition, der Gesundheitsfonds, nicht tun. Eine gerechte **Gesundheitspolitik** ist wahrscheinlich in einer Großen Koalition gar nicht durchzusetzen, weil der vermeintlich kleinste Nenner nur in der Einführung von Zusatzbelastungen für die Patienten besteht.

So wird unverdrossen bei der Honorarreform viel Wind um Zahlen gemacht, die noch gar nicht vorliegen. Stattdessen: altbekannte Rituale.

Es ist zweifelhaft, ob überhaupt eines der Ziele der Honorarreform umgesetzt werden kann, also Entbürokratisierung im ambulanten Bereich oder die Besserstellung bislang vernachlässigter Facharztgruppen oder die Verbesserung der Situation bei den ostdeutschen Ärzten. Bislang kann niemand sagen, wohin die zusätzlichen 2 Milliarden € fließen, die übrigens voll von den Beitragszahlern zu finanzieren sind.

Man muss kein eingefuchster Gesundheitspolitikexperte sein, um zu prophezeien, dass wir spätestens in zwei Jahren eine Reform der Honorarreform haben werden, die wiederum auch in zwei Jahren

dann alles wieder beim Alten belassen wird. Das ist wirklich das Einzige, was wir heute schon mit Sicherheit sagen können. Deswegen glauben wir, der Fehler steckt im System und nicht nur in dieser Honorarreform.

(Beifall beim SSW)

Präsident Martin Kayenburg:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Ich stelle fest, dass der Berichtsantrag Drucksache 16/2394 durch die Berichtserstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden hat.

Ich rufe nunmehr Punkt 40 der Tagesordnung auf:

Förderung von Ganztagsangeboten an Gymnasien

Anträge der Fraktion der FDP
Drucksache n 16/1874 und 16/2440

Bericht und Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses
Drucksache 16/2424

Ich erteile der Berichterstatterin des Bildungsausschusses, der Frau Abgeordneten Sylvia Eisenberg, das Wort.

Sylvia Eisenberg [CDU]:

Vielen Dank, Herr Präsident. Der Bildungsausschuss hat sich mit dem ihm durch Plenarbeschluss vom 28. Februar 2008 überwiesenen Antrag Drucksache 16/1874 in mehreren Sitzungen, zuletzt am 15. Januar 2009, befasst. Nach alternativer Abstimmung über den Ursprungsantrag und einen von CDU und SPD in dieser Ausschusssitzung vorgelegten Änderungsantrag empfiehlt der Ausschuss dem Landtag mit den Stimmen von CDU und SPD, den Antrag Drucksache 16/1874 in folgender Fassung anzunehmen:

„Der Schleswig-Holsteinische Landtag begrüßt, dass im Rahmen der Verkürzung der gymnasialen Schulzeit (G8), die seit dem Schuljahr 2008/2009 - -“

(Unruhe)

Präsident Martin Kayenburg:

Das Wort hat die Frau Berichterstatterin!

Sylvia Eisenberg [CDU]:

Vielen Dank! - Ich fange noch einmal an:

„Der Schleswig-Holsteinische Landtag begrüßt, dass im Rahmen der Verkürzung der gymnasialen Schulzeit (G8), die seit dem Schuljahr 2008/2009 mit einer 5. Jahrgangsstufe an den schleswig-holsteinischen Gymnasien gestartet ist, Haushaltsmittel im Rahmen des Doppelhaushaltes 2009/2010 bereitgestellt werden, um beginnend mit dem nächsten Schuljahr 2009/2010 den aufwachsenden G8-Jahrgängen eine Betreuung in der Mittagszeit zu gewährleisten.“

Präsident Martin Kayenburg:

Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat für FDP-Fraktion Herr Abgeordneter Dr. Ekkehard Klug.

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vor einem Jahr hat die FDP-Fraktion einen Entschließungsantrag eingebracht, der darauf abzielte, auch die **Gymnasien** in den Genuss der Fördermittel für **Ganztagsangebote** zu bringen. Nach den Vorgaben des geltenden Schulgesetzes soll es 2010 ja nur noch drei allgemeinbildende weiterführende Schularten in Schleswig-Holstein geben: Regional-schulen, Gemeinschaftsschulen und Gymnasien. Als einzige Schulart wäre dann nach den geltenden Bestimmungen des Bildungsministeriums das Gymnasium nicht berechtigt, Zuschüsse für die Durchführung von Ganztagsangeboten zu beantragen. Diese Diskriminierung der Gymnasien halten wir nicht für tragbar, und zwar erst recht nicht unter den neuen Rahmenbedingungen einer verkürzten Gymnasialschulzeit - Stichwort G8 -, die faktisch einen zumindest teilweisen Umstieg auf Ganztagsbetrieb geradezu erzwingt.

Während also die Gymnasien nach den geltenden Richtlinien des Bildungsministeriums bei der Förderung von Ganztagsangeboten benachteiligt werden, gibt es in der Schulartenverordnung für die **Gemeinschaftsschule** eine Sollvorschrift, die faktisch bedeutet, dass diese neue Schulform, die Gemeinschaftsschule, beim Zugang zu den Fördertöpfen für Ganztagsangebote besonders bevorzugt wird. Auch dieses Missverhältnis gilt es im Zusammenhang mit der Entscheidung über unseren Antrag zu bedenken.

Die CDU-Fraktion hatte in der vor rund einem Jahr zu unserem Antrag geführten Aussprache Zustimmung zu unserem Anliegen signalisiert. Ihr Koalitionspartner, die SPD, und deren Bildungsministerin zeigten sich dagegen ablehnend. Herausgekommen ist nun, nachdem unser Antrag etwa ein Jahr im Ausschuss quasi auf Eis gelegen hat, die Ihnen vorgelegte Beschlussempfehlung, die sich auf eine künftige Betreuung in der Mittagszeit auch an den Gymnasien bezieht. Das ist zwar ein Schritt in die richtige Richtung, das will ich ausdrücklich anerkennen, aber wir bleiben dabei: Es gilt, die bestehende generelle Diskriminierung der Gymnasien beim Zugang zu den Fördermitteln für Ganztagsangebote grundsätzlich zu beseitigen. Dies gebietet unseres Erachtens auch die Notwendigkeit, gegenüber allen Schülerinnen und Schülern weiterführender Schulen faire und gerechte schulische Rahmenbedingungen zu gewährleisten.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, die Haushaltsmittel für die Förderung solcher Ganztagsangebote sind von 3 Millionen € im Jahre 2008 in diesem Jahr, also im neuen Haushalt, auf 5,4 Millionen € und 2010 auf 6,8 Millionen € erhöht worden. Sie wurden also im Rahmen des neuen Doppelhaushaltes mehr als verdoppelt. Sollte dies nicht ausreichen, um auch eine Förderung jener Gymnasien zu ermöglichen, die bereits heute offene Ganztagschulen sind, müsste im anstehenden Nachtragshaushalt für eine angemessene Finanzierung gesorgt werden.

Ich will abschließend darauf hinweisen, dass jedenfalls in den Vorjahren 2006 und 2007 die Mittelansätze bei Weitem nicht ausgeschöpft worden sind. Also auch hier gilt es, Spielräume zu prüfen.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit, auch wenn es sehr spät geworden ist, und bitte um Zustimmung zu unserem Ergänzungsantrag zur Beschlussvorlage.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Fraktion der CDU hat das Wort der Fraktionsvorsitzende, Herr Abgeordneter Dr. Johann Wadepful.

Dr. Johann Wadepful [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Klug, diese Debatte korreliert etwas mit der erhitzten vorangegangenen Debatte über Nebeneinkünfte von Abgeordneten.

(Dr. Johann Wadephul)

Hier ist es die CDU, die aus - wie hat der Kollege Puls so galant formuliert? - koalitionstechnischen Gründen nicht zustimmen kann.

Wir sind in der Sache nicht weit voneinander entfernt. Nicht nur Sie, sondern auch die Regierungskoalition hat sich zum Ziel gesetzt, die Gymnasien und deren Personal-, Sach- und Fachmittelausstattung in unserem Land zu stärken und auszubauen. Dass sich darüber hinaus die CDU-Fraktion in diesem Hause unseren Gymnasien in besonderer Art und Weise verpflichtet fühlt, ist sicherlich kein Geheimnis und wird auch von der FDP entsprechend gewürdigt. Wir haben uns im Zuge der Schulreform bis heute dafür eingesetzt und werden uns auch in Zukunft dafür einsetzen, vor allem die Qualität des Abiturs durch Einführung des flächendeckenden G8-Modells zu verbessern und unseren Schülerinnen und Schülern durch die Profiloberstufe eine breitere Allgemeinbildung und Studierfähigkeit im internationalen Vergleich an die Hand zu geben.

Sehr geehrte Frau Ministerin, ich stimme daher Ihrer in diesem Plenum vor einem guten halben Jahr getroffenen Einschätzung vollumfänglich zu, dass „dort, wo es in Schleswig-Holstein G8 gibt, sich heute erkennen lässt, dass dieser Weg zu guten Ergebnissen führt und dass es nicht automatisch eine Überlastung von Schülerinnen und Schülern hervorruft“.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir waren uns auch in der jüngsten Plenardebatte zum Thema G8 einig, dass aufgrund der **Schulzeitverkürzung Nachmittagsunterricht** und eine besondere Betreuung, die sich in den Schulalltag einfügt, unumgänglich werden. Langfristig müssen daher in allen Gymnasien die Rahmenbedingungen geschaffen werden, den Weg zur echten, gebundenen Ganztagschule zu gehen. Weit über die Hälfte der **Gymnasien** bietet bereits **Ganztagsangebote** an, ein hoher Anteil im Vergleich zu anderen Schular-ten.

Die Regierungskoalition erkennt daher die erheblichen Fortschritte und Innovationen an unseren Gymnasien an. Wir werden eine **Mittagsbetreuung** im Rahmen einer belastungs- und qualitätsgerechten Ausgestaltung des verkürzten gymnasialen Bildungsgangs einführen.

Insofern begrüße ich es, sehr geehrter Herr Kollege Dr. Klug, dass Sie genau an dieser Stelle den Finger in die Wunde gelegt haben. Vor gut zwei Wochen hat die Ministerin im Bildungsausschuss klargestellt, dass Haushaltsmittel im Rahmen des Doppelhaushalts 2009/2010 bereitgestellt werden, um be-

ginnend mit dem nächsten Schuljahr für die aufwachsenden G8-Jahrgänge eine Betreuung in der Mittagszeit zu gewährleisten. Wir gehen davon aus, dass im Rahmen von G8 an zwei Tagen Nachmittagsunterricht stattfindet und je eine Zeitstunde Mittagsbetreuung finanziert werden muss. Dass die Mittagsbetreuung mit 350 € pro Betreuungsstunde und Lerngruppe gefördert wird, ist ein deutliches Signal, die schon vom Bund und Land angeschobenen Fördermaßnahmen fortzuschreiben.

Ich denke da nur an das Investitionsprogramm „Zukunft, Bildung und Betreuung“ - IZBB - des Bundes, bei dem Vorhaben an 17 Gymnasien im Land mit rund 16 Millionen € gefördert worden sind, und an das Landesprogramm „Investitionen an Ganztagschulen“, bei dem Vorhaben an Gymnasien mit rund 1,7 Millionen € unterstützt worden sind.

Sehr geehrter Herr Kollege Dr. Klug, Sie wissen, dass ich Ihren Einsatz für die bildungspolitischen Belange in unserem Heimatland sehr wohl zu würdigen weiß. Wer weiß, wohin das noch führt. Gleichwohl halte ich Ihr Ansinnen zum jetzigen Zeitpunkt für verfehlt, nachträglich Förderungsbedarfe im Haushaltseinzelnplan festschreiben zu wollen - so sehr ich Ihren Einsatz für die Gymnasien schätze. Gerade die Unionsfraktion hat in den abgeschlossenen Haushaltsverhandlungen den erhöhten Förder- und Zuwendungsbedarf an den Gymnasien gesehen und praktisch umgesetzt.

Auf unser Bestreben hin sind zu den im Regierungsentwurf eingeplanten 150 Stellen für die Jahre 2009 und 2010 nochmals 100 Stellen für Lehrerinnen und Lehrer zusätzlich an den **Gymnasien** zum kommenden Schuljahr geschaffen worden. Wir haben einen großen Beitrag für eine adäquate Lehrerversorgung an den überquellenden Gymnasien im Rahmen der Verhandlungen zum Doppelhaushalt durchgesetzt und sind stolz darauf und sehr dankbar, dass dies im Haus insgesamt eine Mehrheit gefunden hat.

Wir haben Wort gehalten. Wir bleiben dabei: Wir stehen hinter den Gymnasien. Wir werden sie weiter fördern. Wir werden den **G8-Bildungsgang** mit Augenmaß, aber auch Zielstrebigkeit durchsetzen und dafür sorgen, dass dort eine gute **Mittags- und Nachmittagsbetreuung** stattfinden kann.

Die CDU Schleswig-Holstein setzt sich nunmehr seit knapp acht Jahren dafür ein, dass gebundene Ganztagschulen Regelschulen in Schleswig-Holstein werden. Dies ist ein Gebot der Stunde, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu fördern, um auch insgesamt die Ausbildung an den Gymna-

(Dr. Johann Wadephul)

sien zu verbessern. Insofern rennt der Kollege Dr. Klug hier offene Türen ein. Ich bin sicher, dass wir spätestens bei den nächsten Haushaltsberatungen zu einer Unterstützung dieses Antrags kommen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Fraktion der SPD hat Herr Abgeordneter Dr. Henning Höppner das Wort.

Dr. Henning Höppner [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe optisch vernommen, dass von Herrn Wadephul schon mächtig auf gelbes Blinklicht gesetzt worden ist.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Daran sind wir nicht schuld!)

- Ich verstehe das nicht. Ich bin schwerhörig. Entschuldigen Sie. - Ich habe in der vorletzten Landtagstagung vorgerechnet, dass wir wahrscheinlich schon im nächsten Schuljahr eine Situation haben, in der die Gemeinschaftsschule in Schleswig-Holstein die stärkste Schulart sein wird.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

Sie wissen, **Gemeinschaftsschulen** sind obligatorisch offene Ganztagschulen. Wir wissen, dass fast die Hälfte der **Gymnasien** offene **Ganztagschulen** sind. Ich sage ausdrücklich für meine Fraktion und für meine Landespartei: Wir sind auch auf dem Weg, uns dafür einzusetzen, dass die weiterführenden Schulen in Schleswig-Holstein zukünftig alle Ganztagsangebote vorhalten werden. Es wird nur im Moment noch nicht sein.

Die Gymnasien erhalten keine Zuschüsse. Dennoch sind 46 Gymnasien in der Lage, Ganztagsangebote vorzuhalten. Das hat einen einfachen Grund. Anders als die anderen Schularten, die offene Ganztagsangebote vorhalten, gibt es an den Gymnasien ein höheres Unterrichtsangebot beziehungsweise eine höhere Unterrichtsnotwendigkeit. Viele Gymnasien, die heute offene Ganztagschulen sind, brauchen keine zusätzlichen Unterrichts- oder Betreuungsangebote, sondern regeln dies durch Arbeitsgemeinschaften oder andere Dinge, die zum allgemeinen Schulleben gehören.

Führt man die Diskussion mit den Eltern, erfährt man, dass es nicht fehlende Betreuungsangebote sind, die sie bekümmern, sondern der vermehrte

Unterricht, der durch die Einführung von G8 zustande kommt. Der bringt die Eltern auf, und sie sagen, wir müssen dazu kommen, dass es an den Gymnasien des Landes eine **Mittagsbetreuung** gibt, weil wir Nachmittagsunterricht machen müssen.

Im Schuljahr 2008/2009 haben wir mit einer 5. Jahrgangsstufe angefangen. Sie wissen, dass in den Jahrgangsstufen fünf und sechs 63 Unterrichtsstunden erteilt werden sollen. In der Regel sind wir in der 5. Klasse mit 30 und 31 Stunden gestartet. Im nächsten Schuljahr, 2009/2010, werden wir eine 6. Klasse haben, die 32 oder 33 Unterrichtsstunden haben wird. Wir werden gleichzeitig mit Beginn des Schuljahres 2009/2010 dafür sorgen - so sieht das auch die Beschlussempfehlung des Ausschusses, und so sehen es unsere Beschlüsse vor -, dass wir sicherstellen, dass die Schülerinnen und Schüler, die in den G8-Jahrgängen aufwachsen, die Möglichkeit bekommen, über die Mittagszeit hinweg betreut zu werden. Das ist das Ziel. Das ist auch die Erwartungshaltung der Eltern. Aus diesen Gründen bitte ich Sie, der Ausschussempfehlung zuzustimmen.

(Beifall bei SPD und CDU)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich der Frau Abgeordneten Angelika Birk das Wort.

Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Hier sind gerade zwei sehr bemerkenswerte Äußerungen gefallen. Zum einen möchte ich in Zukunft Sie, Herr Wadephul, daran erinnern, dass Sie gerade einen sehr zukunftsweisenden Satz gesagt haben. - Jetzt hört er gerade leider nicht zu, weil er so intensiv im Gespräch mit Herrn Kubicki ist.

Präsident Martin Kayenburg:

Herr Abgeordneter Wadephul, Sie sind angesprochen.

Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Na ja, vergiss es! - Der CDU wird dieser Satz mal auf die Füße fallen, wenn sie einmal ganz andere Beschlüsse fasst. Sie haben gesagt, **gebundene Ganztagschulen** sind wegen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf das Gebot der Stunde. Das

(Angelika Birk)

Gebot der Stunde! Gebundene Ganztagschulen! Das dokumentiert eine Lernfähigkeit zumindest des Fraktionsvorsitzenden der CDU.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Da ich weiß, dass das trotz einer sehr couragierten Familienministerin im Bund immer noch nicht Mehrheitsmeinung in Ihrer Partei ist, gilt es, dies hier festzuhalten.

Die zweite Äußerung, die ich für sehr bemerkenswert halte, ist das, was Herr Kollege Höppner festgestellt hat. Er hat gesagt, die Ganztagsangebote an den Gymnasien sind deswegen sehr viel leichter durchzuführen als an anderen Schularten, weil das Unterrichtssoll mit G8 so hoch ist, dass wir tatsächlich weniger Lücken haben, dass es einen höheren Anteil an Nachmittagspflichtstunden, an Unterricht und entsprechenden Arbeitsgemeinschaften gibt. Wir haben hier vor einigen Monaten auf die Ungerechtigkeit hingewiesen, dass immer noch die Kinder, die aufs **Gymnasium** gehen und meistens einen besseren Bildungshintergrund haben als die Mehrheit der Schüler an anderen Schularten, ein größeres **Unterrichtsangebot** bekommen. Das ist eine Ungerechtigkeit. Das halte ich an dieser Stelle fest.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Davon gehen wir auch nicht runter. Da muss sich noch etwas ändern.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es reicht deshalb vor diesem Hintergrund nicht zu begrüßen, dass das Bildungsministerium die Zuschüsse für die Ganztagsbetreuung insgesamt erhöht hat, wie das die Große Koalition pflichtschuldig erklärt. So gibt es zwar insgesamt mehr Geld für die **Ganztagsangebote**, aber die Unterstützungssumme des Landes pro Kind und Angebot bleibt so niedrig - 35 ct; Sie erinnern sich -, dass manche Schulen sogar Hausaufgabenbetreuung und Förderunterricht am Nachmittag kostenpflichtig machen. Das darf nicht sein.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nachweislich werden so gerade die Kinder ausgeschlossen, denen die Eltern am wenigsten Unterstützung für ihre Schulbildung geben können.

Wir halten deshalb an unserem Ziel fest: **Ganztagschulen** müssen für die Kinder **kostenfrei** werden.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Leider wurden unsere diesbezüglichen Haushaltsanträge abgelehnt, obwohl sie gegenfinanziert waren.

Warum stimmen wir dem FDP-Antrag trotzdem zu, der den Gymnasien eine Landesbezuschussung von offenen Ganztagsangeboten einräumen will? Die Argumentation der Ministerin und des Kollegen Höppner, dass die höhere Pflichtstundenzahl des achtjährigen Gymnasiums automatisch für einen Ganztagsunterricht sorgt, stimmt so ganz doch nicht. Denn in der Pressemitteilung vom Dezember 2008 geht das Ministerium lediglich von einem Nachmittagsunterricht von an bis zu zwei Tagen pro Woche aus und stellt für eine einstündige Betreuung in der Mittagspause pro Schulklasse jährlich bis zu 700 € in Aussicht. Darauf hat sich Herr Wadephul auch gerade bezogen. Aber selbst auf dieses Almosen besteht kein Rechtsanspruch. Daher ist eine Änderung der Richtlinie in mindestens der Weise, wie die FDP das in ihrem Antrag fordert, notwendig.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Trotzdem halte ich daran fest: Eigentlich müssten wir darüber hinausgehend die Summe pro Kind und Stunde deutlich erhöhen, damit die Angebote kostenlos sind. Wir müssten darüber hinaus dafür sorgen, dass das Unterrichtsangebot auch bei den anderen Schularten so groß wird, dass die ergänzenden Unterrichtsangebote, die über Vereine, Verbände und so weiter erfolgen, nicht den Charakter eines Lückenbüßertums für mangelnden Unterricht haben. An dieser Stelle bleibt noch viel zu tun.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Abgeordneten des SSW erteile ich der Vorsitzenden, der Frau Abgeordneten Anke Spoorendonk, das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die heutige Debatte ist wohl eher eine Pseudodebatte, denn richtig ist, dass sich der FDP-Antrag seit einem Jahr in der Beratung befindet. Richtig ist auch, dass das, was von der Großen Koalition in der Beschlussempfehlung vorgeschlagen wird, schon lange haushaltswirksam ist, nämlich seit der Verabschiedung des Doppelhaushalts. Das heißt, wir be-

(Anke Spoorendonk)

grüßen mit der Beschlussempfehlung eigentlich etwas, was schon beschlossene Sache ist und was jetzt eigentlich nicht mehr zur Diskussion steht; denn zur Diskussion steht inhaltlich gesehen nur der Antrag der FDP.

(Beifall beim SSW)

Von anderen ist schon gesagt worden, dass von den 105 **Gymnasien** des Landes knapp 50 schon **Ganztagsangebote** vorhalten. Obwohl diese Schulart bisher nicht in die Richtlinien über die Förderung von Ganztagsangeboten an offenen Ganztagschulen aufgenommen ist, haben die Schulen erkannt, welche Chancen sich mit diesen Ganztagsangeboten für sie ergeben. Aus Sicht des SSW muss es das Ziel sein, dass Ganztagschulen flächendeckend eingeführt werden.

(Beifall beim SSW)

Dafür gibt es eine ganze Reihe von guten pädagogischen Gründen, die ich hier wegen der Kürze der Zeit nicht alle aufzählen will.

Richtig ist auch, dass es nicht einfach sein kann, dass eine Schulart von der Betriebskostenförderung ausgeschlossen wird, ohne dass es irgendeine pädagogisch sinnvolle Begründung dafür gibt.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dass das nicht von heute auf morgen geschehen kann, ist allen klar. Aber das Ziel muss sein, dass **alle Schulen Ganztagschulen** werden. Von daher ist der Ansatz der FDP ein richtiger Ansatz. Wir werden diesem Antrag daher zustimmen.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich füge hinzu: Rom wurde nicht an einem Tag gebaut. Das wissen wir, aber das Konzept muss sein, dass alle Schulen Ganztagschulen werden.

(Beifall bei SSW, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Landesregierung erhält die Ministerin für Bildung und Frauen, Ute Erdsiek-Rave, das Wort.

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung und Frauen:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich werde alles weglassen, was schon gesagt worden ist. Es gibt gute Gründe dafür, dass wir die **Mittagsbe-**

treuung in den **Gymnasien** eben nicht über ein Ganztagsschulprogramm, sondern jetzt als eigene Lösung sicherstellen. An den offenen Ganztagschulen - das ist der entscheidende Unterschied - melden die Eltern ihre Kinder freiwillig an, und die Mittagsbetreuung gehört in Zukunft zum Pflichtprogramm. Deswegen ist sie auch kein Almosen, sondern die Schüler haben Anspruch darauf.

Die Konsequenz von **G8** ist bekannt. Die kürzere Gesamtdauer führt zu mehr Unterricht, zu längeren Schultagen. Es kommt dabei - allerdings in begrenztem Umfang - zu **Ganztagsunterricht**. Um durchgehenden Unterricht von 8 bis 14 Uhr zu vermeiden - das wäre sonst nämlich die Konsequenz -, ist es sinnvoll, eine gestaltete Mittagspause einzurichten.

Ich will Ihnen ein Beispiel nennen, das schon erprobt worden ist: Die Kieler Gelehrtenschule hat das im November vergangenen Jahres durchgeführt. Der 5. Jahrgang - also der erste G8-Jahrgang - hat dort 31 Wochenstunden. Diese wurden so aufgeteilt, dass die Kinder vier Tage mit sechs Unterrichtsstunden und einen Tag mit durchgehend sieben Unterrichtsstunden bis 14 Uhr hatten. Für diesen Tag wurde während des vierwöchigen Versuchs eine betreute Mittagspause mit Essen und Bewegung geschaffen. Sie hatten dann eben erst um 15 Uhr Schulschluss. Eine anschließende Befragung hat ergeben, dass die große Mehrheit dies für sinnvoll hielt.

Für solche Angebote stellen wir also vom kommenden Schuljahr an die Förderung bereit. Das kostet nicht nichts. Es ist ja nicht so, dass das sozusagen Peanuts wären, sondern das kostet für die zwei Jahre auch schon 1 Million €. Das ist alles nicht so billig. Ich wundere mich wirklich, dass einen Monat nach Verabschiedung des Haushalts hier schon wieder großzügige Ausweitungen von Fördermitteln angekündigt werden.

Es ist ja alles richtig: Der Weg muss dort hingehen, ich glaube, da gibt es inzwischen keinen Dissens mehr. Inzwischen, muss ich allerdings sagen, Herr Dr. Wadehul. Sie haben sich hier so vehement für dieses Thema eingesetzt, deswegen spreche ich Sie auch gern an. Die Ausweitung des Schulangebots Schritt für Schritt hin zur gebundenen Ganztagschule mag ja ein gemeinsames Ziel sein, das wir inzwischen alle hier vertreten - inzwischen, muss ich sagen, da gab es ja auch mal andere Meinungen -, aber eines muss ich ja nun doch sagen:

(Zuruf von der CDU: Wir waren von Anfang an dafür!)

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

Sie sagen, das werden wir vom nächsten Doppelhaushalt an Schritt für Schritt in Angriff nehmen. Wie wollen Sie in Zukunft eigentlich noch vertreten, dass Sie auf der einen Seite meinen, der kostenfreie Kita-Besuch sei nicht finanzierbar, aber auf der anderen Seite ankündigen, dass wir hier Schritte zu weiteren **gebundenen Ganztagschulen** gehen, und zwar bis hin zu einem kompletten flächendeckenden Angebot? Sie sollten einmal ausrechnen, was das an Lehrerstellen kostet. Ich glaube, da kommen wir mit dem, was wir für die nächsten zehn Jahre geplant haben, wahrlich nicht aus.

Ich sage Ihnen, Herr Dr. Klug: Es ist nicht so; die **Haushaltsmittel** sind für den nächsten Doppelhaushalt schon gut kalkuliert. Es wird für die Schulen, die davon profitieren sollen, ausreichen, aber eben nicht für eine Ausweitung auf G8. Ich füge gern hinzu: so wünschenswert das wäre. Aber wir müssen wirklich gucken, was machbar ist, und da ist das, was wir jetzt tun, glaube ich, ein wichtiger und richtiger Schritt.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Martin Kayenburg:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratungen.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der FDP, Drucksache 16/2440, abstimmen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? Damit ist der Antrag Drucksache 16/2440 mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimmen von FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW abgelehnt.

Ich lasse dann über den Antrag Drucksache 16/1874 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung abstimmen. Wer der Ausschussempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? Damit ist der Antrag in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimmen von FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW angenommen worden.

Ich rufe nunmehr Tagesordnungspunkt 8 auf:

Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten bei dem Landesarbeitsgericht Schleswig-Holstein in Kiel

Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses
Drucksache 16/2415

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich lasse über den Wahlvorschlag des Innen- und Rechtsausschusses abstimmen und schlage Ihnen offene Abstimmung vor. - Widerspruch höre ich nicht; dann werden wir so verfahren.

Ich weise noch darauf hin, dass für die Wahl die Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen, das heißt 46 Stimmen, erforderlich ist.

Wer dem Wahlvorschlag Drucksache 16/2415 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist so beschlossen worden.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So viele?)

Nach Erkenntnis des Präsidiums haben wir die Zahl 46 überschritten, Herr Kollege Hentschel.

Ich teile nunmehr mit, dass Tagesordnungspunkt 24, Solares Dachflächenkataster der Landesliegenschaften, Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 16/2402, im Einverständnis mit dem Antragsteller heute abgesetzt wird und auf die nächste Tagesordnung gesetzt werden soll, einschließlich einer Aussprache.

Ich rufe nunmehr auf:

Sammeldrucksache über Vorlagen gemäß § 63 Abs. 1 a der Geschäftsordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtages**Drucksache 16/2426**

Wir wollen ohne Aussprache eine Gesamtabstimmung vornehmen. Voraussetzung ist, dass keine Abgeordnete und kein Abgeordneter widerspricht. - Das ist nicht der Fall. Dann werden wir so verfahren.

Die Tagesordnungspunkte mit den entsprechenden Voten der Ausschüsse und der Fraktionen entnehmen Sie bitte der Ihnen vorliegenden Sammeldrucksache. Wir kommen damit zur Abstimmung.

Wer mit der Übernahme der Empfehlungen entsprechend der Sammeldrucksache 16/2426 einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen worden.

Damit teile ich Ihnen mit, dass der Beginn der nächsten, der 40. Tagung des Landtags, am 25. Fe-

(Präsident Martin Kayenburg)

bruar 2009 um 10 Uhr sein wird. Ich wünsche allen
einen angenehmen Abend.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 18:10 Uhr